



Protokoll

der 21. - 24. Sitzung, Amtsjahr 2022 / 2023

Mittwoch, den 22. Juni 2022, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Donnerstag, den 23. Juni 2022, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Jo Vergeat, Grossratspräsidentin*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher und Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende:

21. Juni 2022, 09:00 Uhr André Auderset (LDP), Oliver Battaglia (LDP); Erich Bucher (FDP), Beat Braun
21. Sitzung (FDP); Salome Hofer (SP), Oliver Thommen (GAB).
22. Juni 2022, 15:00 Uhr André Auderset (LDP), Erich Bucher (FDP), Raoul I. Furlano (LDP), Anina
22. Sitzung Ineichen (GAB), Salome Hofer (SP).
23. Juni 2022, 09:00 Uhr André Auderset (LDP), Erich Bucher (FDP), Raoul I. Furlano (LDP), Felix Wehrli
23. Sitzung (SVP).
24. Juni 2022, 15:00 Uhr André Auderset (LDP), Erich Bucher (FDP), Mark Eichner (FDP), Raoul I. Furlano
24. Sitzung (LDP), Toya Krummenacher (SP), Felix Wehrli (SVP).

Verhandlungsgegenstände:

| | | |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung | 895 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte | 896 |
| 3. | Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission..... | 896 |
| 4. | Wahl eines Mitglieds des Erziehungsrates..... | 897 |
| 5. | Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2021 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2021 der fünf kantonalen Museen | 897 |
| 6. | Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zum Historischen Museum Basel | 910 |
| 7. | Zweiter Zwischenbericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission Biozentrum (PUK)..... | 919 |
| 8. | Bericht des Regierungsrates betreffend Sammelvorlage Nachtragskredite 2022 | 920 |
| 9. | Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Ausgabenbewilligung für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an einer Kapitalerhöhung der MCH Group AG | 921 |
| 10. | Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2018 | 939 |
| 11. | Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2019 und 2020 | 944 |
| 12. | Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie zur Umgestaltung der Tramhaltestellen in der Austrasse im Zuge von Sanierungsmassnahmen sowie zum Anzug Beat Leuthardt und Joël Thüring betreffend vier elektrische Weichen am Brausebad für ein nachhaltigeres und flexibleres Basler Tramnetz | 944 |
| 13. | Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen | 949 |
| 14. | Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur "Gartenlandschaft Milchsuppe" | 954 |
| 15. | Ratschlag betreffend 9. Rahmenausgabenbewilligung für Staatsbeiträge in den Jahren 2022-2025 gemäss Gesetz über den Denkmalschutz vom 20. März 1980..... | 960 |
| 16. | Ratschlag Einführung eines elektronischen Logiernächtemanagements im Tourismus; Anpassung von § 35 des Gastgewerbegesetzes vom 15. September 2004 (SG 563.100) | 962 |
| 17. | Ratschlag betreffend Beschaffung von eTransportern für die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt..... | 963 |

| | | |
|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------|
| 18. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P419 "Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag" | 968 |
| 19. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P433 "Für eine sinnvolle, nachhaltige Schulraumnutzung und Schulraumplanung im Niederholzquartier" | 970 |
| 20. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P443 "Kantonale Brückenleistung 60plus - statt Gang aufs Sozialamt" | 971 |
| 21. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P445 "Für den Erhalt unserer Friedhofskultur auf dem Hörnli - Nein zum Entfernen von Kreuzen und christlichen Symbolen" | 974 |
| 22. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Consorten betreffend gezielter Ausbau der digitalen Möglichkeiten in den Schulen und in der Zweitausbildung | 976 |
| 23. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Joël Thüring und Consorten betreffend Task-Force Lehrstellenmarkt: Gemeinsam die Auswirkungen der Corona-Krise bewältigen | 977 |
| 24. | Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Beda Baumgartner und Consorten für Unterstützung von aufsuchender Arbeit im Altersbereich | 977 |
| 25. | Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raphael Fuhrer und Consorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung § 30 | 978 |
| 26. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Luca Urgese und Consorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen | 983 |
| 27. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Harald Friedl und Consorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen | 985 |
| 28. | Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Daniel Hettich und Consorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept | 986 |
| 29. | Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Balz Herter und Consorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend rasche und proportionale Rückerstattung der Krankenkassen-Reserven an der Bevölkerung | 988 |
| | Anhang A: Abstimmungsergebnisse | 989 |
| | Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen) | 1024 |
| | Anhang C: Neue Vorstösse | 1027 |

Beginn der 21. Sitzung

Mittwoch, 22. Juni 2022, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[22.06.22 09:00:00, MGT]

Mitteilungen

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen.

Nicola Goepfert (GAB) nimmt den Platz des zurückgetretenen Beat Leuthardt ein.

Ich bitte Nicola Goepfert, sich kurz von seinem Sitz zu erheben.

Ich wünsche Nicola Goepfert für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse ihn hier herzlich willkommen.

Eine weitere freudige Nachricht

Am Sonntag 19. Juni ist Carlotta Leontine Elisabeth Cramer auf die Welt gekommen. Im Namen des Grossen Rates möchte ich den beiden Eltern Conradin & Stephanie Cramer ganz herzlich zu diesem freudigen Ereignis gratulieren und wünsche der Familie von Conradin Cramer gutes Kennenlernen.

Conradin Cramer spendiert uns aus diesem Anlass heute Morgen den Kaffee und wird bis 10:00 Uhr hier in der Sitzung sein.

Vielen Dank für diese grosszügige Geste.

[Applaus]

Besuch auf der Zuschauertribüne

Auf der Tribüne darf ich zwei Schulklassen der Sekundarstufe begrüssen. Die eine Klasse mit Lehrerin Florence Herzog kommt aus dem Theobald Baerwart Schulhaus, die zweite Klasse mit Lehrerin Nora Köhli aus dem Schulhaus De Wette.

Herzlich willkommen bei uns.

[Applaus]

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: 1. Antrag auf dringliche Traktandierung:

Die PUK Biozentrum beantragt, das Traktandum 7 Zweiter Zwischenbericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission Biozentrum (PUK), dringlich zu traktandieren.

Christian von Wartburg, Präsident GPK: Wir haben versucht, bis Ende definitiv den Bericht zu Ende zu bringen, wir haben das so lange versucht zu tun, dass wir jetzt mit einem dringlichen Gesuch an Sie gelangen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das Geschäft dringlich traktandieren. Ich würde das dann gerne auch kurz erläutern.

Abstimmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 181, 22.06.22 09:03:35]

Der Grosse Rat beschliesst

der dringlichen Traktandierung von Traktandum 7 zuzustimmen.

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: 2. Antrag auf dringliche Traktandierung:

Der Regierungsrat beantragt, das Traktandum 8 Bericht des Regierungsrates betreffend Sammelvorlage Nachtragskredite 2022, dringlich zu traktandieren.

Abstimmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 182, 22.06.22 09:04:42]

Der Grosse Rat beschliesst

der dringlichen Traktandierung von Traktandum 8 zuzustimmen.

Der Grosse Rat beschliesst

die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[22.06.22 09:05:06, ENG]

Zuweisungen

Christian von Wartburg, Präsident GPK: beantragt Mitbericht der GPK zum Gleichstellungsgesetz.

Die GPK sieht sich mit der Geschäftsordnung konfrontiert, die in § 69 Abs. 5 statuiert, dass sich die GPK auch mit rechtlichen Fragen der Gleichstellung von Männern und Frauen auseinandersetzen soll. Dies ist für die GPK Anlass, Ihnen zu beantragen, dass wir zu diesem Gesetz einen Mitbericht verfassen mit dem Fokus insbesondere auf den Querschnittsthemen, die über die Departemente hinausgehen sollen. Ich denke, das ist durchaus sinnvoll. Die GPK hat eine gewisse Erfahrung bei Verfassen von Mitberichten und meine Erfahrung ist positiv. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie unserem Antrag folgen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, einen Mitbericht der GPK zum Gleichstellungsgesetz.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) zu genehmigen.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von den im Geschäftsverzeichnis zur Kenntnisnahme beantragten Geschäften gemäss Anhang B zu diesem Protokoll.

3. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

[22.06.22 09:06:44, WA1]

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 4 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Selbstverständlich werden die Abstimmungen dann aber einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele JA-Stimmen wie NEIN-Stimmen.

Abstimmung

Durchführung offener Wahlen bei den Traktanden 3 bis 4 (Zweidrittelmehr)

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 183, 22.06.22 09:07:47]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahlen bei den Traktanden 3 - 4 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Fraktion GAB nominiert Nicola Goepfert (GAB) als Mitglied der Justiz- Sicherheits- und Sportkommission.
Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsdauer unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion GAB lauten.

Eric Weber (fraktionslos): Ich möchte vorschlagen, als Nachfolge für Beat Leuthardt Fleure Weibel zu wählen.

Abstimmung

Wahl von Nicola Goepfert

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 184, 22.06.22 09:09:54]

Der Grosse Rat

Nicola Goepfert als Mitglied der Justiz- Sicherheits- und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Wahl eines Mitglieds des Erziehungsrates

[22.06.22 09:10:23, WAH]

Die Fraktion GAB nominiert Cornelia Birchmeier Resch (GAB) als Mitglied des Erziehungsrates.

Abstimmung

Wahl von Cornelia Birchmeier Resch

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 185, 22.06.22 09:12:15]

Der Grosse Rat

Cornelia Birchmeier Resch als Mitglied des Erziehungsrates für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2021 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2021 der fünf kantonalen Museen

[22.06.22 09:12:38, FKom /BKK, FD, 22.5239.01, BER]

Die Finanzkommission und die Bildungs- und Kulturkommissionen beantragen auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Zu diesem Geschäft begrüsse ich auch den Präsidenten des Gerichtsrates, Herrn Stephan Wullschleger. Die Finanzkommission beantragt, die Jahresrechnung 2021 zu genehmigen.

Ich gebe Ihnen den Ablauf der Beratung der Jahresrechnung bekannt. Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission Seiten 1 - 22 und die Jahresrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission das Wort erhält. Danach spricht die Präsidentin der BKK, welche einen Mitbericht zu den kantonalen Museen verfasst hat. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine weiteren Mitberichte eingebracht. Nach den Kommissionen sprechen der Vorsitzende des Gerichtsrats, die Finanzdirektorin und der Präsident des Regierungsrates, anschliessend die Fraktionen (je maximal 10 Minuten) und dann die Einzelvotierenden (je maximal 5 Minuten). Das erste Schlusswort zum Eintreten haben die beiden Mitglieder des Regierungsrates, der Vorsitzende des Gerichtsrats sowie die Präsidentin der BKK und das ultimative Schlusswort hat wieder der Präsident der Finanzkommission. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Zu den Gerichten spricht der Präsident des Gerichtsrates. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 56 des Berichts der Finanzkommission und die Schlussabstimmung.

Stefan Suter, Präsident FKom: Die Finanzhoheit des Parlaments führt dazu, dass nicht nur das Budget durch den Grossen Rat zu genehmigen ist, sondern auch die Jahresrechnung. Dem gesetzlichen Auftrag gemäss hat die Finanzkommission die Jahresrechnung 2021 des Kantons Basel-Stadt eingehend und sorgfältig geprüft, eine Klausur und die entsprechenden Hearings durchgeführt und schliesslich den Ihnen vorliegenden Bericht zur Jahresrechnung verfasst.

Die FKom beantragt Ihnen, die Jahresrechnung 2021 zu genehmigen. Hinzuweisen ist auf einige Punkte.

Die Rechnung 2021 weist ein positives Gesamtergebnis aus mit einem Überschuss von Fr. 215'000'000, obwohl die Bewältigung der Coronakrise zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung von Fr. 174'000'000 geführt hat. Infolge von im Verlauf des Jahres 2021 bewilligter Nachtragskredite für Coronamassnahmen ist aus dem vom Grossen Rat im Dezember 2020 beschlossenen Budgetüberschuss von Fr. 135'000'000 ein Budgetdefizit von Fr. 19'000'000 geworden. Hauptgründe für das positive Ergebnis sind das Ausbleiben der pandemiebedingt erwarteten Steuerausfälle, eine höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank sowie hohe Grundstücksgewinn- und Handänderungssteuern.

Die Nettoschulden nehmen um den positiven Finanzierungssaldo von Fr. 178'900'000 ab und nicht wie budgetiert um Fr. 225'200'000 zu. Damit verfügt der Kanton per Ende 2021 über ein Nettovermögen von Fr. 59'400'000. Die Nettoschuldenquote liegt erstmals leicht unter Null, die Bruttoschulden reduzieren sich um Fr. 308'800'000.

Zu den Auswirkungen von Covid 19: Die Jahresrechnung 2021 wird aufgrund der Covid 19-Massnahmen mit Fr. 174'000'000 belastet, Fr. 55'000'000 betreffen die Unterstützung der Spitäler und Pflegeheime. Alle Departemente und der Gerichtsrat wurden von der Finanzkommission über die Auswirkungen in finanzieller Hinsicht befragt. Die verschiedenen Departemente wurden naturgemäss unterschiedlich stark von der Covid-19-Pandemie betroffen. Im Vordergrund stand das Gesundheitsdepartement. Die Hearings mit den Departementen haben aber auch ergeben, dass sich die Pandemie als Katalysator im Bereich Digitalisierung erwiesen hat. Auch hat sich das Bewusstsein verändert, Pandemiepläne und Krisenkonzepte aktuell zu halten und regelmässig zu überprüfen.

Die Finanzkommission hat sich schwerpunktmässig auch nebst allen anderen Themen mit den Gebühren befasst. Die Finanzkommission hat anlässlich der Hearings alle Departemente und den Gerichtsrat zur Angemessenheit der Gebühren befragt. Gebühren haben dem Äquivalenzprinzip zu entsprechen. Nicht kostendeckende Abweichungen sind möglich, wenn dies bewusst dem politischen Willen des Gesetzgebers entspricht, ist dies nicht der Fall, besteht die Gefahr einer ungerechtfertigten Privilegierung. Die Finanzkommission hat festgestellt, dass die Gebührenhöhe vielerorts nicht aktualisiert wurde, sondern oft auf teilweise recht alten Gebührentarifen basiert. Die Finanzkommission wünscht sich eine Aktualisierung und regelmässige Überprüfung.

Einige Wort zum Investitionssaldo: Der Saldo der Investitionsrechnung fiel Fr. 156'600'000 tiefer aus als budgetiert. Die Finanzkommission erachtet dies als problematisch, wenngleich die Hinweise auf Verschiebungen aufgrund der Pandemie und verlangsamte Abläufe und Lieferengpässe nachvollziehbar sind. Auch wurde in Einzelfällen der Projektbeginn verschoben, wie bekanntlich die Kunsteisbahn Margarethen.

Zusammenfassend beantragt Ihnen die Finanzkommission, die Rechnung zu genehmigen, ebenso den Bericht der Finanzkommission.

Franziska Roth, Präsidentin BKK: Auch im Jahr 2021 war der Einfluss der Pandemie spürbar. Alle Museen haben mit verhaltenen Ergebnissen gerechnet, was sich auch bestätigt hat. Trotz den Einschränkungen gelang es den Museen aber Ausrufezeichen zu setzen. So konnte das Naturhistorische Museum einen grossen Erfolg mit der Ausstellung "Erde am Limit" erzielen und hat erfreulich viele Schulklassen begrünnen dürfen. Auch das Kunstmuseum hat sich mit der Sonderausstellung "Camille Pissarro. Das Atelier der Moderne" positiv abheben können und verzeichnete eine erfolgreiche zweite Jahreshälfte. Und obwohl die Pandemie auch Einfluss auf das Generieren von Drittmitteln hatte, konnte das Antikenmuseum seinen hohen Anteil an Drittmitteln erhalten.

Die BKK stellt fest, dass die Museen einen souveränen Umgang mit der Pandemie gefunden haben und auch dank der finanziellen Unterstützung des Kantons bislang gut durch die Pandemie gekommen sind. Alle fünf staatlichen Museen haben diese finanzielle Unterstützung auch wertschätzend anerkannt und festgehalten, dass sie im Vergleich zu den privaten Museen und Kulturinstitutionen während der Pandemie in einer etwas besseren Situation gewesen sind. Dass die fünf staatlichen Museen aber eben kantonale Institutionen sind und sich somit auch an Gesetze und Vorgaben des

Kantons halten müssen, merken die Museen allerdings manchmal auch einschränkend. Klar ist, dass die Gesetze eingehalten werden müssen. Allerdings fragt sich die BKK, ob Projekte wie das Projekt C4 oder die Verwendung vom IKS sinnvoll sind, wenn sie eins zu eins auch bei den Museen umgesetzt und angewendet werden, oder ob es hier Anpassungen an die Eigenheiten und auch an die spezifischen Bedürfnisse, die einzig die Museen haben, brauchen würde. Die BKK regt daher an, dies zu überprüfen und allenfalls anzupassen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle sowohl bei den fünf staatlichen Museen wie auch beim Präsidialdepartement für die geleistete Arbeit, auch für die geleistete Mehrarbeit im vergangenen Jahr. Die BKK empfiehlt, die Rechnung 2021 der fünf kantonalen Museen zu genehmigen.

Stephan Wullschleger (Präsident des Gerichtsrates): Demokratie ist die Staatsform der allseitigen Kommunikation. Dies gilt insbesondere in der direkten Demokratie, in der wir leben und die von der allseitigen Partizipation und von dem Empfangen und berücksichtigen von Anregungen aus der ganzen Bevölkerung lebt. Rechtsstaatliche Demokratie lebt vom stetigen Dialog zwischen den Gewalten. Gerade im Rahmen der Oberaufsicht geht es darum, Erfahrungen der Exekutive und Judikative zur Gesetzesevaluation durch den Gesetzgeber zu nutzen und zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund enttäuscht mich, dass sich die FKom sehr überrascht und irritiert zeigt, dass der Gerichtsrat einleitend auf aktuelle Probleme der Volkswahl der Gerichtspräsidien in unserem Kanton hinweist. Es enttäuscht mich vor allem, weil dies auch auf einem Missverständnis beruht. Die FKom führt aus, sie sehe keinen Grund, den Grundsatz der Volkswahl der drei Gewalten in Frage zu stellen. Wir auch nicht. Wir haben allein eine Optimierung dieser Volkswahl in unserem Jahresbericht angeregt. Explizit haben wir ausgeführt, dass der Gerichtsrat eine vorurteilslose Prüfung der Wahl und insbesondere der Wiederwahl der Gerichtspräsidien durch den Verfassungs- und Gesetzgeber empfehle. In diesem Zusammenhang wäre insbesondere eine Adaption des Systems einer Wahl auf unbestimmte Zeit mit Abberufungsrecht eines Justizrates nach dem Modell des Kantons Fribourg auf das basel-städtische System mit einer Volkswahl, und damit die Abschaffung der Wiederwahl von Gerichtspräsidien zu prüfen.

Dem entgegnet die Kommission folgendes: Auch wenn es durch Volkswahlen zu Schwierigkeiten, Problemen und zu Personen, die nicht über genügend Kompetenzen verfügen, kommen kann, erachtet die Kommission diesen demokratischen Prozess noch immer als den bestmöglichen Weg, sowohl die Regierung wie auch Parlament und Richterinnen und Richter zu wählen. Das sehen wir auch so im Grundsatz, aber anzugehen sind aus unserer Sicht die auch von der Kommission genannten aktuellen Probleme. Wenn die Öffentlichkeit von den Medien kaum mehr über Richterwahlen informiert wird, wenn ein Medium explizit beschliesst, darüber nicht berichten zu wollen, wenn die Öffentlichkeit nicht über ein hängiges Strafverfahren eines mittlerweile rechtskräftig verurteilten Kandidaten informiert wird, dann besteht aus unserer Sicht ein Problem, vor dem wir die Augen nicht verschliessen wollen. Zudem ist aus rechtsstaatlicher Sicht schon lange die offene Frage, wie Medien und die Öffentlichkeit über das Wirken der bisherigen Gerichtspräsidien informiert werden sollen. Auch diese Frage verdient aus unserer Sicht Beleuchtung.

Demokratie verlangt wie jeder andere Entscheidungsprozess auch Informationen des zum Entscheid berufenen Volkes. Wo diese Information fehlt, sollte sich aus unserer Sicht der Gesetzgeber fragen, wie dieses Manko anzugehen ist, wohlverstanden im Rahmen der Volkswahl. Aber selbstverständlich sind wir nicht der Gesetzgeber, es ist nur unsere Anregung, dies zu prüfen, und das haben wir getan, und das sollte aus unserer Sicht nicht irritieren.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Auch ich freue mich über den Überschuss von Fr. 215'000'000, der trotz den zusätzlichen Ausgaben für Corona von Fr. 174'000'000 zustande kam. Der Präsident der Finanzkommission hat dies und die Gründe dafür bereits ausgeführt. Ich kann Ihnen aber sagen, dass es den meisten Kantonen so gegangen ist. Nicht nur wir hatten einen so grossen Überschuss. Das hängt auch damit zusammen, dass es schwierig war, in der Pandemie ein Budget zu erstellen. Die Unsicherheiten waren zu Beginn gross, wir wussten nicht, wie sich das auf die Wirtschaft, auf die Arbeitnehmenden auswirkt. Und wir können heute sagen, dass wir wahrscheinlich nicht nur Glück hatten, sondern dass wir diese Pandemie gut gemeistert haben, indem wir rechtzeitig und genügende Härtefallhilfen ausgegeben haben. Dies hat auch dazu geführt, dass die Steuereinnahmen - wir haben damals vermutet, dass wir etwa Fr. 95'000'000 weniger Erträge haben werden - grösser waren als angenommen.

Zu den Investitionen: Der Präsident der FKom hat bereits gesagt, dass wir zwar Ausgaben von Fr. 325'000'000 hatten, aber diese liegen Fr. 127'000'000 unter Budget. Das hängt mit den Corona- und Lieferengpässen zusammen, aber es hängt auch damit zusammen, dass wir den Plafonds erhöht haben, wir haben entschieden, dass es wichtig sei, dass der Staat alles Mögliche unternimmt, um in dieser Pandemie zu investieren und diese Massnahmen, bei denen wir das Gefühl haben, dass wir sie verwirklichen können, haben wir aufgenommen.

Selbstverständlich führte das dann dazu, dass es doch nicht überall gereicht hat, vor allem bei der Beschaffung der E-Busse und der Tramkombinationen und auch bei der ARA gab es Verzögerungen. Das heisst aber nicht, dass wir diese wichtigen Investitionen nicht machen, sondern es führt einfach zu Verzögerungen.

Die Nettoschulden konnten wir zum ersten Mal vollständig abbuchen. Wir haben ein Nettovermögen von Fr. 59'000'000. Das musste ich wiederholen, weil es so historisch ist. Die Nettoschuldenquote sinkt auf minus 0,1 Promille. Die Bruttoschulden konnten wir auch abbauen, das heisst wir konnten einen Teil, Fr. 300'000'000 zurückbezahlen. Es kann sein, dass wir wieder Geld aufnehmen müssen, aber es zeigt, dass es unserem Haushalt sehr gut geht.

Bei den Steuern habe ich schon erwähnt, dass wir stabil geblieben sind. Die Ausfälle kamen nicht. Ich möchte aber erwähnen, dass die Nachfrage nach Patentboxen unter unseren Erwartungen blieb, 30'000'000 weniger als wir erwartet haben. Das könnte mit der anstehenden OECD-Steuerreform zusammenhängen, da die Patentboxen nicht in die Mindestbesteuerung hineinfallen, das heisst, es spielt dann für die Unternehmen keine Rolle mehr.

Zudem haben wir bei unseren Abgrenzungen in der Vergangenheit zu hoch abgegrenzt. Das gibt dann auch noch ein

Minus von Fr. 91'000'000. Abgesehen davon blieben aber die Steuereinnahmen konstant.

Was bringt die Zukunft? Es ist mir wichtig, trotz dieses guten Abschlusses einen minimalen Dämpfer anzubringen. Wir mussten bei der Hochrechnung bereits zurückkriechen. Wir sind jetzt bei einem Überschuss von Fr. 36'000'000, also Fr. 25'000'000 weniger als budgetiert. Wir nehmen an, dass wir positiv bleiben, aber etwas weniger als erwartet. Wir haben nach der Pandemie auch noch Mehrausgaben aufgrund des Ukrainekrieges. Wir müssen für die Unterbringung der Flüchtlinge bereits Ausgaben tätigen und wir werden das wohl auch nächstes Jahr tun müssen. Wie das weiter geht, wie hoch diese Ausgaben genau sind, ist sehr schwierig einzuschätzen.

Zudem gibt es eine OECD-Steuerreform. Diese ist im Moment noch beim Bundesrat, am Donnerstag findet die Medienkonferenz statt, die Botschaft kommt, die Räte werden sie in diesem Jahr diskutieren und wir stimmen im nächsten Jahr ab. Man kann sagen, dass das gut sei, da es Mehreinnahmen gibt. Aber das wissen wir noch nicht, das wird sich dieses Jahr entscheiden. Es gibt auch Wünsche von anderen Kantonen, die möchten, dass wir allfällige Zusatzeinnahmen direkt dem Bund abgeben. Das könnte für unseren Kanton schwierig werden, aber es ist sehr schwer abschätzbar, was das bedeutet. Wir werden selbstverständlich versuchen, dies bereits für das Budget des nächsten Jahres abzuschätzen und es in den Finanzplan aufzunehmen.

Daher gibt es vor allem ab 2024 viele Unsicherheiten. Die Jahre 2022 und 2023 sehen noch sehr positiv aus, aber wie es weitergeht ist noch etwas unklar. Daher lohnt es sich, sich heute über diesen guten Abschluss einfach zu freuen. Und ich möchte mich schon hier sehr bedanken für die gute Zusammenarbeit mit der FKom und für ihren Bericht, den ich mit viel Interesse gelesen habe und der uns viele Anregungen gegeben hat.

Mark Eichner (FDP): Die FDP folgt den beiden für dieses Geschäft zuständigen Kommissionen und wird den Beschlüssen zustimmen resp. diese zur Kenntnis nehmen.

Gerne nehme ich die Jahresberichterstattung zum Anlass, Dank auszusprechen. Als erstes möchte ich im Namen der FDP-Fraktion den Dank der FKom an Regierungsrat, Verwaltung, Finanzkontrolle und Anstalten und Betriebe des Kantons für die konstruktive Zusammenarbeit wiederholen. Wir dürfen auch in diesem Jahr besonders Danke sagen, und zwar allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die erneut mit Unsicherheiten und mit ständig wechselnden Voraussetzungen das abgelaufene Pandemiejahr mit so grossen Anstrengungen versehen haben, um die gesundheitlichen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Folgen der Pandemie so gering wie möglich zu halten, zum Wohle unserer Stadt, Region und zum Wohle von uns allen.

Viel wichtiger erscheint mir aber gerade im Zusammenhang mit der guten Finanzlage des Kantons, den Unternehmen und deren Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern Danke zu sagen. Die Pandemie hat uns alle müde gemacht, wir waren es leid, ständig geplante Veranstaltungen, Geschäftsreisen, Einladungen oder Sitzungen und Versammlungen kurzfristig wieder absagen zu müssen, nur weil wieder eine neue Virusvariante sich schneller oder anders ausgebreitet hat. Und trotzdem wurde fleissig weitergearbeitet, investiert und ausgebildet.

Letztlich generiert nur der grosse Einsatz der global player und unserer lokalen KMU die Einkommen und Gewinne, deren fiskalische Abschöpfung dann zu den grossen Steuererträgen und guten Ergebnissen führt. Dass diese Wertschöpfung auch in den Pandemieumständen von 2021 erwirtschaftet wurde, verdient unser aller grosser Respekt.

Zu den finanziellen Kennzahlen wurde schon viel berichtet und die FDP darf die guten Finanzzahlen erneut mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen. Der Covid-19 bedingte Mehraufwand von Fr. 174'000'000 konnte gestemmt werden. Doch gelang es trotz der erheblichen Mehreinnahmen erneut nicht, ein ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erreichen. Die auffallend hohen Steuereinnahmen sind erneut auch auf aussergewöhnliche Umstände zurückzuführen. So beschert das sonst doch eher Sorge bereitende hohe Niveau der Immobilienpreise für sehr hohe Einnahmen im Bereich der Transaktionssteuern. Trotz Pandemie konnten offenbar genügend gut qualifizierte Ausländerinnen und Ausländer in unserer international ausgerichteten Wirtschaft gehalten werden, womit erneut ein Rekordergebnis bei den Quellensteuern von knapp Fr. 135'000'000 anfiel.

Wie Sie alle wissen, liefen die Finanzmärkte 2021 ja noch erfreulich, und auch dies dürfte zu den enorm hohen Einnahmen bei den Vermögenssteuern von knapp Fr. 370'000'000 geführt haben. Wie ich schon oft erwähnt habe, haben neben den knapp Fr. 1'500'000'000 Einkommenssteuern auch die Vermögenssteuereinnahmen von Fr. 370'000'000 strategische Bedeutung für unseren Haushalt.

Das alleine zeigt, wie wichtig es ist, das sich der Regierungsrat im Rahmen der nächsten Steuersenkung Gedanken macht, auch im Bereich der Vermögenssteuern zumindest ein Signal zu setzen. Aus Sicht der FDP wäre eine deutlichere Entlastung wünschbar, einerseits zur Stärkung von Basel, Riehen und Bettingen im Wettbewerb der Wohnsitzstandorte, aber auch letztlich auch zur langfristigen Sicherstellung der vorgenannten Erträge für unseren Kanton. Denn nach wie vor wird in Basel-Stadt das in unserer Region sehr präzente Ressourcenpotenzial überdurchschnittlich stark fiskalisch abgeschöpft, was mit der stets steigenden Mobilität der Bevölkerung mittelfristig erhebliche eben auch finanzielle Risiken für unseren Staatshaushalt bewirkt. Ich kann nur erneut appellieren, dass ein kluges und voraussehendes Agieren angezeigt ist. Der Fokus ist darauf zu richten, das Ressourcenpotenzial zu halten und davon allenfalls etwas weniger unmittelbar auszuschöpfen.

Bei der Ausgabenseite liegt im Berichtsjahr sicherlich erneut ein aussergewöhnliches Jahr vor. Die FDP-Fraktion begrüsst, was vorher die Finanzvorsteherin erwähnt hat, dass die Covid-19-Stützungsmaßnahmen grosszügig fortgeführt wurden, damit das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben nach der Pandemie ohne Schaden auf unverändert hohem Niveau weitergeführt werden kann. Unerfreulich bleibt aber, dass das ZB wesentlich schneller steigt als das Wirtschaftswachstum, ebenso wie die Entwicklung der Anzahl Stellen beim Kanton und den verselbständigten Betrieben. Hier werden wir bestimmt neue Steuerungsmöglichkeiten diskutieren müssen.

Unverständlich ist für die FDP-Fraktion, dass trotz der stets steigenden Personalressourcen die Verwaltung offenbar nicht in der Lage ist, die bewilligten Projekte auf den Boden zu bringen. Lediglich 60% der budgetierten Projekte wurden umgesetzt und gleichzeitig entgleitet das Management der grossen Projekte komplett. Wir müssen uns ständig über Fehlleistungen bei Biozentrum, St. Jakobshalle, Amt für Umwelt und Energie oder Kasernenhauptbau berichten lassen. Diese unhaltbar tiefe Ausschöpfungsrate wurde zum Teil mit Pandemie bedingten Erhöhungen der Projekte begründet, doch sie kratzt letztlich an der Glaubwürdigkeit unserer Institutionen. Auch das sonst gebetsmühlenartig wiederholte Statement des Regierungsrats, dass über alles gesehen das Projektmanagement ja im Griff sei, verblasst angesichts dieser tiefen Auslastung komplett. Meines Erachtens ist das Projektmanagement weder über alles ganz generell noch erst recht bei den Grossprojekten im Griff.

Es stellt sich doch umgekehrt die Frage, ob ein so tiefer Ausschöpfungsgrad von 60% nicht bedeutet, dass wir den maximalen Investitionsplafonds bereits erreicht haben und dass Mehr gar nicht möglich ist. Und da wachsen natürlich die Sorgen ob all der grossen Investitionsprojekte wie Fernwärme, Tramausbauten und Digitalisierung. Die FDP verlangt von der Verwaltung, beim Projektmanagement realistischere Planungen vorzulegen.

Ich erwähne gleich zwei, drei Punkte zu den Departementen, damit wir nachher effizienter debattieren können. Beim Präsidialdepartement fällt die Betonung der eingeführten Nachweispflicht für die Einhaltung der Lohngleichheit auf. Leider wird im Jahresbericht nicht erwähnt, dass es für viele Unternehmen stossend ist, dass der Kanton den Nachweis nur über seine eigene Software zulässt.

Beim Erziehungsdepartement fällt der interkantonale Vergleich im Bericht der Finanzkommission für Kosten pro Schüler auf. Basel-Stadt liegt hier offenbar mit den Schulausgaben an der Spitze im gesamtschweizerischen Vergleich, und das mit Abstand. Die Gründe dafür konnten in die Jahresberichterstattung nicht einfließen, doch es bleibt interessant zu wissen, wieso das so ist und welche Bereiche dieses Ergebnis vor allem verursachen. Es bleibt das Gefühl, dass der Output bei den Schulen leider nicht diesem enormen Input entspricht.

Beim JSD liegt der Headcount bei Kantonspolizei und Stawa tiefer als der Sollbestand. Die rückständigen Zeitguthaben konnten zwar gesamtdepartemental abgetragen werden, doch ist bei den Blaulichtorganisationen das Bild durchgezogen. Unhaltbar hingegen ist der Pendenzenberg an unerledigten Fällen bei der Stawa, der dazu führt, dass als nicht das prioritär beurteilte Straffälle unerledigt bleiben, bis gar zur Verjährung. Die FDP erwartet, dass von Seiten des Departements rasch Vorschläge zur nachhaltigen Behebung dieses Missstands vorgelegt werden.

Beim WSU fällt die Aussage nach der grossen Nachfrage nach Laborplätzen auf, die derzeit offenbar nicht befriedigt werden kann. Für den Forschungsstandort müssen genügend Laborplätze zur Verfügung stehen, und es stellt sich die Frage, welche Vorreiterrolle der Kanton übernehmen soll.

Trotz all diesem Handlungsbedarf an vielen Stellen bleibt für das vergangene Jahr aber mein eingangs erwähnter Dank an die mit der Berichterstattung befassten Behörden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verwaltung, Anstalten und Betrieben und an die Leistungserbringerinnen und -erbringer in den Unternehmen und bei unseren Bewohnerinnen und Bewohnern.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der FDP-Fraktion, den Berichten zuzustimmen resp. diese zur Kenntnis zu nehmen.

David Wüest-Rudin (GLP): Ich kann mich dem Dank meines Vorredners auch im Namen der Fraktion der Grünliberale anschliessen, dem Dank an den Regierungsrat, die Verwaltung, alle Mitarbeitenden für die Bewältigung der bereits zwei letzten schwierigen Jahre.

Was ist noch zu sagen, wenn man einen Überschuss zur Kenntnis nehmen darf? Natürlich gibt es dazu Kommentare und Mahnungen, weil eben ein Überschuss nicht die alleinige Kerngrösse und Steuerungsgrösse in der Finanzpolitik ist. Man darf die Finanzen nicht nur über das Endergebnis der Volksrechnung steuern. Natürlich sind wir froh, dass es so positiv ausfällt. Es ist wichtig, dass wir Sorge tragen zum Standort, damit die Einnahmensituation auch so bleiben kann. Mark Eichner hat die Wirtschaft erwähnt, die Steuerbelastung. Zu ergänzen sind gewisse Veränderungen in den Rahmenbedingungen wie Wohnschutz, Mindestlohn oder andere. Auch da müssen wir aufpassen, dass die allgemeinen Rahmenbedingungen nicht sich so verschlechtern, dass die Einnahmen darunter leiden.

Wir schätzen es sehr und unterstützen auch den Einsatz der Regierungsrätin im Bereich der OECD-Steuerreformen. Sie hat das erwähnt. Auch das ist ein wichtiger Punkt, damit wir nicht dem Bund Einnahmen abgeben müssen. Wir sind froh, dass es offenbar Basel-Stadt so gut geht, dass wir die Schulden zum Teil zurückzahlen konnten, dass wir also auch in Zukunft Mittel haben werden, um wichtige Aufgaben zu stemmen, Investitionen zu leisten. Ein wichtiges Stichwort ist für uns der Klimaschutz, für den weitere Mittel bereit sein sollen.

Sorge bereitet uns auch die steigenden Ausgaben. Das wiederholen wir regelmässig. Wir sind froh, dass der Regierungsrat sich auf einen 1,5%-beschränkt, aber natürlich ermutigt das auch die Verwaltung, laufend bis zu 1,5% die Ausgaben auch zu steigern. Die 1,5% sind nicht naturgegeben, finanzpolitisch ist das eine wichtige Stellschraube, über die man mal diskutieren und nachdenken müsste.

Es wurde gesagt und wird wahrscheinlich weiter erwähnt, die Rechnung ist geprägt von Corona. Die Massnahmen waren wichtig und richtig, wir sind dankbar, dass man rasch und vorausschauend gehandelt hat. Man sieht die Bedeutung bei den Mehr- und Minderausgaben. Man sieht dort auch, wie schwierig es war, genau zu budgetieren. Es gibt viele Abweichungen in diesem Bereich. Stark zu Buche geschlagen haben die Leistungen im Gesundheitsdepartement und die Stützungsmaßnahmen der diversen Branchen. Das sieht man auch an den Nachtragskrediten, die wir heute noch zu besprechen haben.

Wir hoffen, dass wir bald wieder in normale Budgetierungsprozesse kommen können. Es darf nicht einreissen, dass die Regierung mit Nachtragskrediten arbeiten muss. Früher war es relativ selten, dass man Nachtragskredite hatte. Regierungsrätin Tanja Soland hat schon angesprochen, dass mit der Ukraine-Krise weitere Unsicherheiten auf uns zukommen. Immerhin kann man festhalten, dass weder der Steuerertrag noch die Sozialhilfe wesentlich unter der Pandemie gelitten haben.

Noch eine Anmerkung zur historischen Nettoschuldenquote: Diese ist zwar historisch, aber sie ist leider nach wie vor nicht so überzeugend. Wir haben bereits kritisiert, dass die Nettoschuldenquote zur Steuerung der Finanzen nicht ausreicht. Zum einen können wir die Immobilien, die vor allem im Vermögen, gar nicht veräussern. Wir könnten also die Schuld gar nicht abbauen. Das ist eine sehr theoretische Grösse. Und wir müssen darum weiter auf die Bruttoschulden schauen. Diese konnten wir zwar leicht abbauen, im Verhältnis zur Ertragskraft sind sie aber etwa gleich geblieben. Im schweizweiten Vergleich haben wir immer noch sehr hohe Bruttoschulden.

Wenn die Rahmenbedingungen sich verändern, die Inflation anzieht - wir haben international gesehen zum Teil sehr hohe Inflationsraten - dann werden auch die Zinsen anziehen, und das wird zwei Effekte haben. Die Nettoschuld wird steigen wegen Wertberichtigungen mit zugleich negativen Einflüssen auf die Erfolgsrechnung. Und die Zinslast wird natürlich steigen. Wir werden wiederkehrend Aufwand haben, genau in eine andere Richtung als er im Bericht gezeigt wird. International haben wir bereits historisch markante Zinsschritte gesehen. Es kann also rasch gehen, dass wir wieder bei 30, 40, 50 Millionen Zinslast pro Jahr kommen. Es wäre doch schade, wenn wir dem Kapitalmarkt unser Steuergeld einfach abgeben müssen, weil wir in guten Zeiten zu wenig Schulden abgebaut haben.

Weiter ist zu erwähnen, dass die Logik der Nettoschuldenquote bedingt, dass der Ertrag auf das Vermögen steigen muss, wenn die Zinslast steigt. Das würde eigentlich heissen, dass die Mieten der kantonalen Immobilien steigen müssten, weil damit der Erträge erhöht werden müssten. Das sind alles unerwünschte Entwicklungen, und darum sind uns die Bruttoschulden eine wichtige Grösse, auf die wir in Zukunft vermehrt achten müssten.

Das Thema Inflation ist an diesem Punkt hervorzuheben. Die Inflation bedeutet steigende Kosten, Sorgen der Bevölkerung um die Wahrung des Lebensstandards, es bedeutet Schwierigkeiten für geringer Verdienende. Was kann der Kanton tun? Der Kanton könnte die Nachfrage nicht noch antreiben mit steigendem Konsum, er könnte allenfalls seine Ausgaben etwas drosseln, vielleicht 1,5% Steigerungsrate hinterfragen und er könnte Schulden zurückzahlen. Denn die Zinswende wird kommen. Der Kanton kann einen Teil seiner Einkünfte wieder zurückgeben. Wir haben ein Steuerpaket, das im Moment bei der WAK liegt, und es ist richtig, dass wir darüber nachdenken und diskutieren und dann hoffentlich auch beschliessen, dass die Steuerzahlenden entlastet werden und darum mehr zur Verfügung haben auch in Zeiten der Inflation.

Ich möchte nun ein paar Anmerkungen zum Jahresbericht und zum Bericht der Finanzkommission machen. Diese sind zum Teil relativ kurz.

Ein wichtiges Thema für uns ist die Informatik bzw. die Sicherheit der Informatik. Wir sehen im Bericht der Finanzkommission, auch im Bericht der Finanzkontrolle, die Feststellung, die relativ starker Tabak sind. Die identifizierten Schutzmassnahmen würden nicht systematisch umgesetzt und im Urteil der Finanzkontrolle kann ein ordnungsgemässer IT-Betrieb und damit die Ordnungsmässigkeit der IT-Systeme in der kantonalen Verwaltung nicht sichergestellt werden. Das sind Alarmglocken. Das ist ein Thema, dem sich der Regierungsrat sicher intensiv widmen muss.

Ein weiteres Thema im Bereich Baudepartement sind die Bauprojekte. Mark Eichner hat das angesprochen. Das Drei-Rollen-Modell wird ein noch zu vertiefendes Thema sein. Hier wäre anzuregen, dass man generell über Beschaffungen diskutieren könnte, wie wird beschafft, werden die Möglichkeiten des neuen BöB genutzt, wie sieht es mit Lebenszyklusbeschaffungen oder langfristigen Partnerschaften mit Privaten aus.

Ein weiteres Thema ist natürlich der ÖV. Hier ist die Herausforderung, die Finanzen wieder postpandemisch ins Lot zu bringen, die Leute wieder zurück auf den ÖV zu bringen. Positive Signale sehen wir in der Klimapolitik. Toll finden wir auch das Konzept der Schwammstadt, hier sind wir gut unterwegs. Wir freuen uns, wenn hier weiter investiert wird.

Hinsichtlich Kriminalpolizei ist der Bericht sehr besorgniserregend. Es gibt viel zu wenig Personal. Der Bericht ist nicht nur besorgniserregend, eigentlich sind die Zustände offenbar unhaltbar. Auch hier gibt es dringlichsten Handlungsbedarf. Wir empfehlen Ihnen Zustimmung zu den Berichten und zur Rechnung.

Michela Seggiani (SP): Zuerst möchte ich mich bei Regierungsrätin Tanja Soland für die gute Jahresrechnung 2021 bedanken, und auch beim gesamten Regierungsrat und bei den Verwaltungsangestellten bedanke ich mich, weil sie hinter diesen Zahlen stehen. Dank solider, sozialdemokratischer Finanzpolitik können wir auch heute, trotz einer zusätzlichen finanziellen Belastung von Fr. 174'000'000 durch Corona bedingt ein wirklich gutes Ergebnis verabschieden. Letztes Jahr haben wir schon von einer historisch tiefen Nettoschuldenquote von 0,2 Promille gesprochen. Jetzt liegt sie zum ersten Mal im Minus bei 0,1 Promille.

Ich möchte die Bedeutung hervorheben. Ich sehe diese deutlich höher als mein Vorredner. Sie können nicht gleichzeitig einen Schuldenabbau und mehr Investitionen verlangen. Das funktioniert nicht. Dem Haushalt geht es gut, wir haben es von der Finanzdirektorin gehört, und auch die Ratingsagentur Standard & Poors bestätigt die Bestnote AAA für den Kanton Basel-Stadt.

Im Namen der Fraktion äussere ich mich jetzt zu einigen Punkten in den Departementen, ich gehe nicht auf alle Departemente ein, das ist aber mehr der Zeit als einer Wertung geschuldet und zum Teil werden wir Einzelvoten hören. Allen Departementen, sowohl der Regierung wie auch den Angestellten, möchte ich hier meinen Dank aussprechen, und zwar dezidiert, denn wir hatten spezielle Herausforderungen, und wir werden sicher wieder herausgefordert werden. Bitte machen Sie weiter so und arbeiten Sie für die Bevölkerung nach bestem Wissen und Gewissen.

Im Präsidiatdepartement fällt neben der deutlichen Abweichung von Fr. 19'000'000, die auf den Covidschutzschirm zurückzuführen ist, ein Unterschied von Fr. 4'500'000 zum Budget auf. Auch diese Differenz hat mehrheitlich mit der Pandemie zu tun, weil sie auf weniger Einnahmen von Museen und Messen und Märkten zurückzuführen ist. Die zwei Coronajahre haben auch bei den Museen klar negative Folgen. Die tieferen Einnahmen sind aber nicht nur darauf zurückzuführen, so zum Beispiel beim Historischen Museum. Wir hoffen, dass die Zahlen in Zukunft wieder besser sind, nicht nur die Zahlen, sondern auch die Situation.

Leider kommt es in Basel immer wieder vor, dass der Bau von Gebäuden wegen so komplizierten Dingen wie Stromversorgung und Abwärme, die unvorhersehbar waren, sich verzögert, so auch bei der Kaserne. Das ist unerfreulich. Bei der gestaffelten Übergabe der Mietflächen an die verschiedenen Mietenden hoffe ich deshalb, dass keine weiteren Pannen sichtbar werden. Eine Panne, dass nämlich die Räumlichkeiten zwar rollstuhlgängig sind, nicht aber die Toiletten, sollte bei einem Neubau definitiv nicht vorkommen.

Die Umsetzung der Trinkgeldinitiative wird das Kulturbudget erhöhen, das werden wir dann aber wahrscheinlich bei der Budgetdebatte besprechen. Sehr überraschend sowohl für die Finanzkommission wie auch für die Fraktion der SP war das Schreiben der Gerichte im Jahresbericht, geht es hier doch um eine Empfehlung des Systems der Volkswahl von Richter und Richterinnen. Wir sind darüber sehr irritiert und halten es nicht für den richtigen Ort, darüber zu lamentieren. Für die heute gehörten Worte des Gerichtspräsidenten Stefan Wullschleger bedanke ich mich. Ich habe sie gehört. Wir sind nicht die vierte Gewalt. Die Medien können auch wir nicht beeinflussen. Aber vielleicht können wir die gegenseitigen Irritationen, die entstanden sind, bei weiteren Gesprächen beseitigen. Ich auf jeden Fall wünsche mir das.

Zum Bau- und Verkehrsdepartement: Die vielen Massnahmen im BVD zum Klimaschutz sind sehr erfreulich. Die Richtung hin zu mehr öffentlichem Grünraum und mehr Bäumen, zur Entsiegelung und Elektrobussen führen klar auch zu mehr Aufwand in der Planung und vor allem den Personalressourcen. Aber wir haben ja auch nicht die Zeit, Massnahmen, um mit dem Klimawandel irgendwie klar zu kommen, zu verschieben. Bei der Arealentwicklung Volta Nord und Klybeck ist die Regierung besonders gefordert, hier muss auf jeden Fall noch viel Arbeit geleistet werden.

Das Gesundheitsdepartement weist für uns keine nennenswerten Auffälligkeiten auf, ausser die Wertberichtigungen der universitären Altersmedizin Felix Platter. Diese sind als kritisch zu betrachten, sind sie doch in zwei Jahren auf Fr. 16'000'000 angestiegen. Auf die Auswirkungen der Pandemie, auf die Gesamtrechnung gehe ich an dieser Stelle nicht weiter ein, sondern möchte noch einmal auf die Auswirkungen auf das Personal hinweisen. Denn dem Personal müssen wir Sorge tragen.

Trotzdem ist es nicht ersichtlich, warum im JSD, namentlich bei der Staatsanwaltschaft, die Pendenzen nicht abgebaut werden und warum genau hier ein Plus von 60 Stellen zu verzeichnen ist. Nicht nur betriebswirtschaftlich ist das ziemlich schwer zu verstehen.

Das WSU hingegen baut eher Stellen ab bei der Sozialhilfe, wobei natürlich niemand entlassen wurde. Wir sehen es positiv, dass die Fallzahlen sinken und es weniger Langzeitarbeitslose gibt. Für die SP ist hier natürlich kritisch zu fragen, was die Gründe sind.

Im Finanzdepartement setzt die Finanzdirektorin eine klare, aktive Wohnpolitik um, was mit dem Kauf des Claraareals gezeigt wurde. In Zukunft wird es ja nicht nur darum gehen, sozial benachteiligten Menschen zu helfen, sondern Wohnraum für die ärmer werdende Mittelschicht bereitstellen zu können.

In allen Departementen ist Homeoffice ein Thema, und es wäre toll, hier eine schon etwas einheitlichere Strategie oder Linie zu erkennen. Auch das Thema Digitalisierung ist in allen Departementen und bis jetzt in allen Voten präsent. Hier wird es einige Ressourcen mehr generieren und auch Mut brauchen, eine klare Linie zu finden. Der sogenannte digitale Cheffizier im FD ist schon einmal ein guter Schritt dahin.

Trotz aller Ungewissheiten hat Basel eine gute und solide Finanzsituation. Wir hoffen, dass es auch weiterhin so ist, auch trotz der OECD-Steuerreform, Inflation und trotz vielen weiteren Eventualitäten. Für uns heisst das auf jeden Fall, weiter vorsichtig optimistisch sein.

Pascal Messerli (SVP): Immer im Juni in der Bündelitagssitzung wird die Rechnung traktandiert und wir führen eine finanzpolitische Diskussion, teilweise über mehrere Stunden. Wenn wir aber ehrlich sind, dann ist das Traktandum Rechnung nicht das Hauptinstrument, um finanzpolitisch tätig zu sein. Die Rechnung ist mal mehr oder weniger so, wie sie ist. Wir können sie kommentieren, wir können diskutieren, wir können lamentieren, aber am Schluss werden wir sie ohnehin genehmigen.

Unsere finanzpolitischen Hauptinstrumente sind die Budgetdebatten, die jeweiligen Ratschläge und die persönlichen Vorstösse. So soll es aus Sicht der SVP auch sein. Deshalb staunen wir schon über die hoch engagierten Voten anlässlich der Rechnung, besonders wenn es um die Ausgaben geht, dass diese viel zu hoch seien bei gleichzeitiger kompletter Passivität in finanzpolitischen Fragen. Das Budget wird mit Ausnahme der SVP-Fraktion seit Jahren völlig unkritisch genehmigt. Es gibt nie Änderungsanträge, Kürzungsanträge, kritische Voten beim Stellenwachstum. Wenn ich auf andere Kantone blicke und sehe, wie teilweise Budgetdebatten einen ganzen Tag dauern mit 80 verschiedenen Änderungsanträgen, dann staune ich. Wir müssen uns doch als Parlament proaktiv einbringen. Ich staune über das Votum von David Wüest-Rudin, der gesagt hat, die Ausgaben seien zu hoch. Sie und Ihre Fraktion sind eine der grössten Ausgabentreiber in diesem Parlament. Auch bei den Ratschlägen ist es sehr häufig so, dass der Regierungsrat finanzpolitisch restriktiver agiert als das Parlament, teilweise dank Ihrer Hilfe gewinnt rot-grün, und wir haben dann wieder Mehrausgaben, nur um dann bei der Rechnung die zu hohen Ausgaben zu monieren. Ich frage mich, wie man das unter einen Hut bringt.

Nennen wir das Beispiel der heutigen Debatte. Wieder kommt das Argument, dass die Ausgaben zu hoch seien, aber nur,

um ein paar Stunden später mehrere Millionen von Franken Steuergelder einem strukturlosen Konstrukt namens Messe hinterherzuwerfen. Auch hier ist die SVP die einzige Partei, die diese Mehrausgaben bekämpft. Wenn Sie Finanzpolitik machen wollen, machen Sie das doch und bringen Sie sich dort ein, wo wir als Parlament Handlungsspielraum haben, wo wir agieren können und nicht einfach bei der Rechnung die zu hohen Ausgaben kritisieren. Ich kann das nicht mehr hören. Es grenzt teilweise an Wahnsinn.

Inhaltlich können wir uns aber weitgehend dem Bericht der Finanzkommission und dem Votum ihres Präsidenten anschliessen. Wir haben den Bericht mit Spannung gelesen. Ein spannender Punkt war der Bereich mit den Gebühren, wo die Kommission der Ansicht ist, dass diese Gebühren nicht aktualisiert sind. Es ist aus Sicht der SVP so, dass diese Gebühren dem Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip entsprechen müssen. Wenn das nicht aktualisiert wird, ist das durchaus problematisch, denn Sie wissen ja, Kausalabgaben sind nicht Kosten, die vom Einkommen berechnet werden, sondern sie zählen für alle gleich. Deshalb ist es sozialpolitisch problematischer, wenn hier das Äquivalenzprinzip und das Kostendeckungsprinzip nicht immer zur Anwendung kommen. Wir werden prüfen, entsprechende Vorstösse einzureichen, die eine generelle Überprüfung der Gebühren fordern oder vielleicht nur in gewissen Bereichen.

Bei den Einnahmen teilen wir die Voten unserer bürgerlichen Vorredner, dass wir jetzt einen gewissen Fokus auf Steuersenkungen setzen müssen. Wir haben es gehört, die Finanzen sind gut, seit Jahren, und irgendwann muss man zum Schluss kommen, dass das Geld der Menschen nicht grundsätzlich und prinzipiell dem Staat gehört, sondern dass wir hier eine hohe Belastung haben, insbesondere bei den Einkommen, die nicht von Prämienverbilligungen profitieren. Es gibt einen Mittelstand, der doch relativ stark belastet ist mit Krankenkassenprämien und hohen Mietzinsen. Es ist wichtig, dass wir als Staat für Entlastung sorgen. Wir sind durchaus der Meinung, dass mit dem Steuerpaket, das derzeit in der WAK ist, sehr grosszügig entlastet werden kann. Man soll diese Entlastung auch relativ schnell umsetzen, nicht dass man wieder wartet. Die Finanzen sind gut, auch angesichts des Coronajahrs, in dem der Kanton richtig und gut gehandelt hat. Jetzt kann man wieder von Entlastung reden.

Erlauben Sie mir noch ein paar Worte zum Bereich Richterwahlen. Wir sind etwas irritiert, dass die Volkswahlen zur Diskussion gebracht wurden. Wir sehen erstens keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Rechnung, die hier traktandiert ist, und den Volkswahlen. Wir sind aber schon davon überzeugt, dass sich das jetzige System so bewährt hat. Es hat niemand ernsthaft die Kantonsverfassung systematisch so in Frage gestellt, dass das problematisch wäre. Wir halten an dieser Volkswahl fest, es ist auch für die Gerichtspräsidenten gut, wenn sie immer wieder legitimiert werden, alle sechs Jahre. Bei den letzten Gerichtspräsidentenwahlen hat man gesehen, dass sehr gute Gerichtspräsidentinnen und -präsidenten gewählt wurden. An diesem System gibt es gar nichts zu rütteln.

Auch wir bitten Sie, die Rechnung zu genehmigen. Wenn Sie kritische Voten haben, können Sie diese selbstverständlich im Rahmen der parlamentarischen Debatte kundtun, aber glaubwürdiger wäre es, wenn Sie sich beim Budget einbringen würden und dort vielleicht den einen oder anderen Kürzungsantrag stellen und nicht immer nur in eine Richtung nach oben stimmen würden.

Zwischenfrage

Eric Weber (fraktionslos): Sie haben gesagt, nur die SVP würde ablehnen. Aber ich bin auch noch da und ich lehne auch immer ab. Bitte vergessen Sie mich nicht.

Pascal Messerli (SVP): Das nehme ich so zur Kenntnis.

Balz Herter (die Mitte/EVP): Auch die Fraktion die Mitte/EVP freut sich sehr über das Ergebnis des letzten Jahres. Wir danken allen, die das möglich gemacht haben. Die erwarteten Steuerausfälle sind zum Glück nicht eingetreten, das sicher auch dank der Firmen, die im Kanton ansässig sind und in der Krise sehr stabil agiert haben. Auch die staatliche Unterstützung während der Krise hat geholfen, das zu verhindern.

Wir müssen Sorge tragen zu diesen Firmen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Firmen hier bleiben, gute Rahmenbedingungen haben, dass auch Steuerzahlerinnen und -zahler nach Basel ziehen, und zwar Personen in Segmenten, die etwas höher sind. Man darf diese auch anlässlich der wohnpolitischen Themen nicht ausklammern.

Mich freut, dass das Steuerpaket kommt, dass der von mir langjährig geforderte Abzug von Krankenkassenprämien berücksichtigt wird. Wir sind sehr gespannt, was uns die WAK vorlegen wird. Ich hoffe schwer, dass wir es so durchbekommen, wie es die Regierung vorschlägt und dass wir keine Abstriche machen. Ich denke vor allem an die Vermögenssteuern. Sie wissen, Leute mit einem Vermögen in der Klasse, die es treffen wird, sind sehr flexibel und können ihren Wohnsitz von heute auf morgen an einen Ort verlegen, wo es deutlich günstiger ist. Und das schmerzt dann deutlich mehr als das, was wir schlussendlich als Mindereinnahmen budgetieren.

Uns ist das Drei-Rollen-Modell speziell aufgefallen. Mark Eichner ist bereits darauf eingegangen. Das Projektmanagement ist ein Problem. Die verschiedenen Amtsstuben arbeiten nicht sehr harmonisch miteinander, es wird nicht viel miteinander geredet. So passieren Dinge wie in der Kaserne, es kommt zu Verzögerungen. Bis dann alle an einem Tisch sitzen, ist der Zug längst abgefahren.

Wir möchten, dass das Projektmanagement besser funktioniert, nicht nur bei Grossprojekten, von denen wir heute hören werden, sondern auch bei kleineren Projekten. Das Drei-Rollen-Modell führt auch dazu, dass es eine politische Färbung des oder der jeweiligen Departementsvorstehers oder -vorsteherin gibt. In einem Geschäft gibt es auch ein Drei-Rollen-Modell, aber da ziehen alle am gleichen Strang. Das scheint uns hier nicht immer der Fall zu sein, denn wenn wir kritische Fragen stellen, heisst es jeweils, der andere sei zuständig. Das führt schlussendlich zu Problemen, Verzögerungen,

Unklarheiten, die die Steuerzahlenden Geld kosten und die Projekte über lange Zeit verzögern.

Ich danke der Verwaltung und dem Regierungsrat für ihre gute Führung unseres Staatshaushalts. Und zuguterletzt danke ich auch unseren Steuerzahlerinnen und -steuerzahlern, die uns ermöglichen, uns diesen Luxus zu leisten. Ich hoffe, dass das so bleiben wird, dass wir auch zukünftig noch Steuereinnahmen haben und die Leute nicht aus lauter Frust über die Politik wegziehen.

Die Fraktion die Mitte/EVP genehmigt die Rechnung und den Bericht.

Philip Karger (LDP): Auch die LDP möchte sich bei allen Beteiligten für die gute, transparente und konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Die vorliegende Jahresrechnung ist erfreulich. Die LDP-Vertreter in der Finanzkommission haben sich die Rechnung genau angeschaut und keine grossen Mängel entdeckt. Wie zu erwarten, hat Corona auch im Jahr 2021 für einige Turbulenzen im Finanzhaushalt des Kantons Basel-Stadt gesorgt. Es gab etliche Abweichungen gegenüber Budget und Rechnung, die aber alle von Seiten der Behörden erklärt werden konnten. Auch die Schwankungen in den Headcounts der verschiedenen Departemente und Abteilungen wurden uns gut erklärt und sind grösstenteils ebenfalls auf Corona zurückzuführen.

Die LDP macht sich aber Sorgen über den Umgang mit der Digitalisierung. Ein erster Schritt, die Einsetzung eines Chief Digital Officers im Finanzdepartement ist getan, und wir verfolgen gespannt, wie Patrick Frauchiger die Geschäftsstelle für digitale Verwaltung leiten wird. Ein grosses Thema für diese Geschäftsstelle aber auch für die Abteilungen im Kanton werden der Daten- und Persönlichkeitsschutz sein und sind es schon. Hier stellen wir grosse Mängel fest. Bei vielen Abteilungen scheint die Wichtigkeit der Cybersecurity noch nicht angekommen zu sein. Es werden veraltete Programme eingesetzt und es ist zu wenig ausgebildetes Personal vorhanden, um einen guten Schutz zu bieten. Oft fehlt schlicht das Verständnis für den sicheren Umgang mit Daten und Maschinen.

Der wiederum beträchtliche Überschuss der Jahresrechnung freut die LDP. Mit dem Schuldenabbau und der angekündeten Steuersenkung geht der Regierungsrat einen guten Schritt, der hoffentlich noch besser ausgearbeitet wird. Besonders die Steuer- und Ausgabenbelastung muss für die Bevölkerungsgruppen und Firmen auf ein konkurrenzfähiges Niveau sinken. Gebühren wurden teilweise seit Jahren nicht mehr angepasst, sie müssen in kürzeren Intervallen überprüft und reduziert werden. Wenn nötig sollen neue Gebühren durch entsprechende Reduktion der Steuerbelastung kompensiert werden.

Ganz allgemein müssen sich die Verwaltung, die Regierung und Politikerinnen und Politiker wieder verstärkt bewusst werden, dass sämtliche Mittel von Bürgerinnen und Bürgern stammen, welche diese dem Gemeinwesen in Form von Steuern, Gebühren oder Abgaben zur Verfügung stellen, die vorab erwirtschaftet werden müssen. Insbesondere mittelständische Familien und Firmen werden im Kanton Basel-Stadt heute durch Steuern und Abgaben bedeutend stärker belastet als im schweizerischen Durchschnitt. Ein attraktives Steuerklima ist aber eine Grundvoraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft und für den Wohlstand des Kantons und damit der Bevölkerung.

Basel muss zu einer nachhaltigen Finanzpolitik finden. Ausgaben müssen sich an den verfügbaren Ressourcen und den Bedürfnissen aller Einwohnerinnen und Einwohner orientieren. Die Fraktion der LDP folgt der Finanzkommission. Sie möchte sich bei den Kolleginnen und Kollegen der FKom, den Behörden, bei der Regierung und bei der Verwaltung für die sehr gute Arbeit bedanken. Der Dank geht aber vor allem auch an die Steuerzahlenden.

Die Fraktion der LDP stimmt der Rechnung zu.

Anina Ineichen (GAB): Unsere Fraktion stimmt der Jahresrechnung des Kantons und den Rechnungen der fünf kantonalen Museen zu. Finanzpolitisch ist das Ergebnis erfreulich, der Kanton kann zum 16. Mal in Folge einen positiven Abschluss realisieren.

Dem Kanton Basel-Stadt geht es finanziell gut. Selbstverständlich ist ein solcher Abschluss nicht. Dahinter steckt Arbeit, Engagement und eine gute Kassenführung. Die Finanzkontrolle bescheinigt dem Regierungsrat eine hohe Qualität der Rechnungsführung. Gerne nutzen wir die Gelegenheit, um dem Regierungsrat und der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit zu danken.

Trotzdem gibt es kritische Punkte. Kritisch anzumerken ist, dass der Kanton weniger investiert als budgetiert. Grundsätzlich geht es nicht darum, auf Kosten von zuwenig Investitionen Gewinn zu erzielen, zumal es teilweise auch nicht besetzte Stellen lag, zum Beispiel im Bereich Fuss- und Veloverkehr, dass bestimmte notwendige Investitionen nicht getätigt wurden.

Dass die Budgets nicht ausgeschöpft wurden, ist zwar zum Teil erklärbar, zum Teil aber auch nicht. Gerne erinnere ich daran, dass der Kanton durch seine Tätigkeit für seine Bevölkerung eine hohe Lebensqualität garantiert. Daran ist festzuhalten. Nicht ausgeschöpfte Budgets tragen dazu nichts bei. Auffällig ist auch, dass die Ausgaben im Sozialbereich abgenommen haben. Hier muss erwähnt werden: die unsichtbare Armut nimmt in der Schweiz immer mehr zu. Es reicht also nicht einfach aus, die Sozialhilfequote anzuschauen und dann sich an der abnehmenden Zahl an Ausgesteuerten zu erfreuen. Aufgrund der verlängerten Massnahmen bei den Arbeitsämtern konnten einige aufgefangen werden. Es ist aber auch so, dass vermehrt Menschen sich nicht bei der Sozialhilfe melden, sei es aus Scham, sei es aus Angst vor Repression oder einfach aus dem Gefühl, dem Staat nicht auf der Tasche liegen zu wollen.

Bei den Investitionen ist gleichzeitig aber auch immer die Effizienz und der Nutzen des Mitteleinsatzes im Auge zu behalten. Im Bildungsbereich gibt Basel im Schweizer Vergleich pro Kopf am meisten aus. Dies schlägt sich jedoch nicht unbedingt in der Qualität der Bildung nieder. Trotz der sehr hohen Ausgaben und den Budgetüberschreitungen bei den verstärkten Massnahmen sind zum Teil zu wenig Angebote vorhanden und es besteht eine spürbare Unzufriedenheit bei

der Bevölkerung. Das schlechte Abschneiden der Schülerinnen und Schüler bei der ÜGK-Erhebungen führt wiederholt zu Kritik. Hier muss das ED über die Bücher.

Auch bei der Stawa stellt sich die Frage des Mitteleinsatzes. Wie im Bericht steht scheint, dass die Kriminalität eher verwaltet wird als bekämpft. Bei der Prioritätensetzung der Stawa braucht es eine klare und nachvollziehbare Linie. Und es muss auch die Frage geklärt werden, ob die Eingliederung der Kripo bei der Stawa weiterhin Sinn ergibt.

Besorgniserregend sind weiter die Überstunden, welche zum Teil angesammelt wurden insbesondere bei den Blaulichtorganisationen. Bei der Kantonspolizei sind sie zwar ein bisschen gesunken, aber mit durchschnittlich 144 Stunden pro Mitarbeitende immer noch erschreckend hoch. Bei der Sanität und Feuerwehr sind sie sogar gestiegen. Wir erwarten, dass bei der Kapo weiter gesenkt wird und die Entwicklung bei der Sanität und Feuerwehr gestoppt und umgekehrt wird.

Wir haben schon im vergangenen Jahr festgestellt, dass trotz den guten Zahlen die finanzpolitische Situation in unserem Kanton fragil ist. Die positiven Abschlüsse beruhen auf einer seit Jahren guten Wirtschaftslage, den gestiegenen Steuereinnahmen und Einnahmen, welche aus den hohen Immobilienpreisen resultieren. Dem gegenüber stehen grosse Unsicherheiten. Die geopolitische Lage ist angespannt und die Kostenfolgen sind noch nicht abschätzbar. Wir durchleben eine grosse Gesundheitskrise mit Covid 19, deren Auswirkungen wir mit Erfahrungen von zwei Jahren mehr schlecht als recht abschätzen können. Die Klimakrise macht sich auch bemerkbar.

Zwar ist das Gesamtergebnis gut, aber wir wissen alle, dass neben den genannten Krisen dieser Spielraum durch die Steuersenkungswünsche auf kantonaler Ebene, die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der OECD-Steuerreform sowie durch die Änderung beim Finanzausgleich schnell schmelzen können. Kurz, vor uns stehen finanzpolitisch herausfordernde Jahre und wir können es uns nicht leisten, nun leichtfertig Steuergeschenke zu machen. Priorität hat für uns, dass der Kanton auch in Zukunft die notwendigen Finanzen bereitstellen kann, um anstehende Herausforderungen zu finanzieren.

Eine anstehende finanzielle Herausforderung macht mir besonders grosse Sorge. Ich denke dabei an die Senkung der Treibhausgasemissionen und die Adaption an die Klimakrise. Diese ist vielleicht die grösste Krise seit Menschengedenken. Unsere Spezies ist daran, die natürliche Grundlagen, auf denen unsere Gesellschaft, unser Wohlstand und unsere Lebensweise beruhen, zu zerstören. Während die notwendigen Zielsetzungen der Dekarbonisierung auf dem Tisch liegen und auch im Legislaturprogramm festgehalten sind, sind die Massnahmen, diese zu erreichen, Gegenstand heftiger Diskussionen. Es scheint, dass noch nicht in allen Köpfen angekommen ist, was uns die Erreichung von Netto Null kosten wird. Es ist heute schon klar, dass es viel teurer werden wird, je länger wir warten. Jede nicht getätigte Investition in diesem Bereich ist deshalb eine indirekte Schuldaufnahme in der Zukunft. Das werden viele Menschen heute schon angesichts der verschlafenen Energiewende ganz direkt im Portemonnaie zu spüren bekommen.

Sorge bereitet uns zudem die schnell zunehmende Ungleichheit in der Gesellschaft. Während eine Minderheit der Bevölkerung immer reicher wird, ächzt ein immer grösser werdender Teil unter den hohen Gesundheitskosten, steigenden Mieten und neu auch unter Inflation. Sowohl die geopolitische Lage, die Covid-Pandemie wie auch die Klimakrise treffen den ärmeren Teil der Bevölkerung schneller und stärker. Umso ärgerlicher ist, dass trotz des hohen allgemeinen Wohlstands es nicht gelingt, dass alle partizipieren können. Angesichts dieser Situation haben wir wenig Verständnis für die Forderung nach Sparmassnahmen oder Steuersenkungen, wie sie von gewissen Seiten immer wieder erhoben wird und unter denen klar die weniger Begüterten leiden würden. Es ist wichtig, das Geld zielgerichtet dort einzusetzen, wo der grösste Nutzen erwartet wird. Und so viel sei gesagt, den grössten Nutzen hat es bei jenen, welche sich jede Kleinigkeit vom Mund absparen müssen.

Aus den genannten Gründen freuen wir uns zwar über die positive finanzielle Bilanz in der Jahresrechnung, verweisen aber mit aller Deutlichkeit auf die Fragilität dieser Zahlen und die Probleme und Herausforderungen auch finanzieller Art, die auf uns zukommen, schneller als uns lieb sein dürfte. Die Mitglieder unserer Fraktion werden sich in der Detailberatung gegebenenfalls noch zu einzelnen Aspekten der Jahresrechnung äussern. Ich bitte Sie, den vorliegenden Anträgen zuzustimmen.

Eric Weber (fraktionslos): Unsere Kernaufgabe ist, die Regierung finanziell zu kontrollieren. In Basel zeigt sich, wie in vielen anderen Städten Europas, die Folge einer katastrophalen Flüchtlingspolitik, auch die unserer Kantonsregierung, die es jedem ermöglicht, ungehindert nach Basel einzureisen. Die Volksaktion hat wiederholt gefordert, den Zuzug von Asylbewerbern in die Stadt zu begrenzen, um die Aufnahmefähigkeit der Stadt nicht zu überfordern. Wir haben immer wieder auf Fehlentwicklungen hingewiesen, aber alle unsere Anträge sind leider abgelehnt worden.

Die Volksaktion wie auch die SVP fordern, dass man von diesen überzogenen Wachstumszielen der Stadt Basel abrückt, dass man sich einsetzt für eine restriktivere Flüchtlingspolitik. Es wird zu viel Geld ausgegeben für eine "Alles-wird-gratis-Politik". Wir müssen linksorientierte Ideologien zurückfahren. Ich habe gesagt, dass ich mich freue über die Flüchtlinge, die aus der Ukraine kommen, aber ich lese in den Unterlagen zum dringlichen Nachtragskredit folgendes: "Damit sind bis Jahresende 6'555 mit Schutzstatus S in Basel zu verzeichnen." Das ist eine hohe Zahl.

Ich möchte ein paar Angaben machen zur Jahresrechnung. Seit Jahrzehnten zeichnen sich die westlichen Demokratien dadurch aus, dass die Staatsquoten immer weiter steigen. Die Staatsausgaben steigen schneller als die Staatseinnahmen. Neben der Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen des Staats, also seinen Defiziten, entwickeln sich die Sozialleistungen am dynamischsten. Das ist gefährlich. Der typische westeuropäische Sozialstaat hat Staatsausgabenquoten in der Höhe der Hälfte des Bruttoinlandsproduktes und Sozialtransferquoten in der Nähe eines Drittels. Die Staatsschulden sind meist ähnlich hoch und zu hoch. Durch die steigenden Sozialtransfers gibt es eine

Überlastung der künftigen Generationen. Ich finde, wir überlasten unsere Kinder und Enkelkinder mit Schulden.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Mark Eichner hat gesagt, dass das Projektmanagement und der tiefe Ausschöpfungsgrad von 60% unverständlich seien. Das wurde bereits im Bericht ausgeführt, und ich finde vor allem Ihre Frage, ob wir überhaupt mehr leisten können, interessant. Ich kann Ihnen keine Antwort geben, aber ich kann Ihnen sagen, dass wir das auch schon besprochen haben. Die Projekte nehmen zu, der Druck nicht nur aus der Regierung sondern auch aus dem Grossen Rat nimmt zu. Ob das alles einfach nur mit mehr Geld und mehr Stellen zu leisten ist, ist uns auch nicht klar. Das ist tatsächlich ein Thema, welches wir anschauen müssen. Ich denke aber, dass wir das gemeinsam tun müssen, dass hierzu auch der Grosse Rat, sei es in der Finanzkommission, sei es in der BRK, sich auch bewusst werden muss, was geht und was nicht mehr geht. Das ist ein sehr spannender Punkt, mit dem wir uns befassen müssen.

Zu unserem Zielpfad: Der Zielpfad ist ein interner Zielpfad, das ist kein Wachstumspfad. Es ist nicht so, dass wir diesen festlegen und dann schauen, wie wir ihn ausschöpfen können. Das möchte ich wirklich von mir weisen. Es ist eher ein Kostendach, das wir auf keinen Fall überschreiten können. Wir schauen sehr ausführlich mit jedem einzelnen Departement, was wir Neues brauchen, welche Aufträge wir aus dem Grossen Rat haben, was wir neu ermöglichen müssen, Aufträge vom Bund, und am Ende entscheidet die Regierung, was nötig ist. Falls er nicht ganz ausgeschöpft wird, dann spielt das keine Rolle. Es ist also ein Kostendach und kein Zwang zu bestimmten Mehrausgaben. Das möchte ich wirklich von mir weisen.

Es heisst immer wieder, wir sollten Schulden abbauen. Gut, aber dann senken wir die Steuern nicht. Das ist widersprüchlich. Wir brauchen die Erträge, damit wir die Bruttoschulden abbauen können. Da geben Sie widersprüchliche Zeichen. Egal, was wir machen, es ist falsch. Wir waren der Ansicht, dass wir in einer guten finanziellen Lage sind und daher Steuersenkungen dem Parlament vorschlagen können, ein gutes Paket mit Vorstössen auch von Ihrer Seite und Ideen von unserer Seite. Wir waren der Meinung, dass das möglich ist. Gerade Steuersenkungen sind für die Ärmere eine sehr gute Massnahme. Da haben sie direkt mehr im Portemonnaie. Wir schlagen den Krankenkassenabzug als Pauschalabzug vor, das heisst, die Personen, die einen Teil der Prämienverbilligung erhalten, kriegen trotzdem den ganzen Abzug. Sie geben dann genau diesen Menschen mehr Geld. Das ist eine der sinnvollsten, einfachsten Massnahmen, um diesen Menschen mehr zu geben. Der Regierungsrat steht trotz der Bruttoschulden hinter diesem Vorschlag der Steuersenkungen. Wir erachten das im Moment als sinnvoll.

Einen weiteren Punkt, den ich auch nicht ganz verstehe, ist die Forderung nach Gebührenerhöhung. Ich glaube, bei mir liegt ein Vorstoss, der eine Senkung fordert. Ich habe früher immer verstanden, dass Sie tiefere Gebühren wollen, und jetzt höre ich, dass wir diese anpassen und eher erhöhen sollen. Das müssen wir noch etwas diskutieren. Aber wir nehmen das selbstverständlich zur Kenntnis.

An der IT-Sicherheit arbeiten wir. Wenn Sie denken, dass wir mehr Stellen und Ressourcen brauchen, dann müssen Sie überlegen, wo Sie den Streichungsantrag beim Budget machen. Wir haben letztes Jahr dazu eine Diskussion geführt. Da müssen wir wohl einfach Prioritäten setzen. Es geht leider nicht ganz so schnell, wie man das manchmal wünscht, aber wir nehmen das selbstverständlich ernst.

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Detailberatung des Berichts der Finanzkommission. Zuerst behandeln wir die allgemeinen Kapitel 1 - 4 des Jahresberichts und des Berichts der Finanzkommission. Danach kommen wir zu den einzelnen Departementen.

Bei jedem Departement erhalten zuerst die Vorsteherin oder der Vorsteher des jeweiligen Departements das Wort, dann allfällige Fraktionsvotierende, danach Einzelvotierende, und schliesslich nochmals die Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrates. Bei den Gerichten spricht anstelle des Regierungsrates der Präsident des Gerichtsrates.

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

keine Wortmeldungen

Präsidialdepartement

keine Wortmeldungen

Bau- und Verkehrsdepartement

keine Wortmeldungen

Erziehungsdepartement

Tim Cuénod (SP): Im Erziehungsdepartement fällt das grosse Stellenwachstum auf. Wir haben als SP-Fraktion in Übereinstimmung mit der Finanzkommission nicht den Eindruck gewonnen, dass dies nicht gerechtfertigt sei. Für die besonderen Anstrengungen im Rahmen der Pandemie möchten wir allen im Erziehungsdepartement Beschäftigten danken. Für die St. Jakobshalle hat sich die Pandemie insofern als Glücksfall erwiesen, dass sie jetzt bald so weit ist, dass

sie betriebsfähig ist, alle Bewilligungen vorliegen. Zwar liegt noch keine definitive Baukostenabrechnung vor, aber immerhin gibt es eine Betriebsanalyse. Wir hoffen, dass es keine weiteren negativen Überraschungen gibt und dass die konsequente Umsetzung dieser Analyse, die mehr Personal bedingt, auch die gewünschten Ergebnisse mit sich bringen wird.

Sorge bereitet uns der Lehrer- und Lehrerinnenmangel und die zunehmenden Schwierigkeiten, in einzelnen Schulfächern geeignete Lehrpersonen zu finden. Sorge bereitet uns die nicht nur Pandemie beding schlechte psychische und psychosoziale Gesundheit vieler Schülerinnen und Schüler. Was die Höhe der Bildungsausgaben in der Volksschule anbelangt, kann ich mich den Ausführungen von Anina Ineichen anschliessen. Es gibt strukturelle Fragen, ob wir unsere Bildungsausgaben nicht effizienter und effektiver einsetzen könnten. Dennoch sind wir alles in allem gesehen hinsichtlich der Rechnung des ED zufrieden.

David Wüest-Rudin (GLP): Beim ED haben wir zwei Themen, zu denen wir Anmerkungen anbringen möchten.

Die Joggelihalle wurde soeben erwähnt. Es ist eine lange, leidvolle Geschichte. Die Betriebsanalyse wurde erwähnt, die sehr erhellend ist. Eine wichtige Schlussfolgerung für uns ist, dass die finanzielle bzw. die Kostentransparenz fehlt. Wir wissen nicht, was eine Schwimmstunde kostet, was sie Ausbildungssequenz der Polizei kostet. Wir wissen einfach, dass wir investieren und sanieren müssen, aber wie die Kosten effektiv verteilt werden und ob die Veranstaltungen tatsächlich kostendeckend sind, ist unklar. Das ist für uns ein Manko. Das sollten wir verbessern. Wir sollten wissen, was die Halle für die Leistungen, die sie erbringt, kostet, auch langfristig, inklusive Abschreibungen. Damit haben wir mehr Klarheit, welche Events wir brauchen, ob sie kostendeckend sind, was sie uns am Schluss bringen.

Die Betriebsanalyse macht in diese Richtung Empfehlungen. Der Regierungsrat hat bis jetzt eine Prüfung in Richtung Globalbudget erwogen, ist aber nicht weiter gegangen und das hat uns etwas enttäuscht. Wir wären der Meinung, dass man etwas konsequenter und überzeugter allenfalls eine rechtliche oder zumindest finanztechnische Verselbständig prüft.

Das zweite Thema ist die integrative Schule. Es gibt in der Jahresrechnung Hinweise zu diesem Thema. Ich kann es nicht im Detail aufrollen, aber man sieht in der Jahresrechnung, dass die Unterrichtskosten das Budget um rund Fr. 4'000'000 übersteigen, was gemäss Bericht der Finanzkommission vor allem auf die Mehrausgaben für verstärkte Massnahmen zurückzuführen ist. Im Jahr 2020 hatten 847 Schülerinnen und Schüler verstärkte Massnahmen, im Jahr 2021 sind es schon 924 Schülerinnen und Schüler. Das zeigt gemäss Bericht der Kommission, dass der integrative Unterricht an seine Grenzen stossen kann. Hier wäre ein Vergleich mit anderen Kantonen spannend.

Das Ganze ist auch im Headcount sichtbar. Dieser ist um 103 Stellen gestiegen, aufgrund der gestiegenen Zahlen von verstärkten Massnahmen sind in diesem Bereich 19 Stellen mehr geschaffen worden als budgetiert. Die Finanzkommission meint dazu: "Das Personal- und Kostenwachstum im ED werde gut begründet, es müsse aber stets von neuem überprüft werden, ob der Mitteleinsatz effizient und effektiv ist. Basel-Stadt hat im Volksschulbereich mit Abstand die höchsten Kosten pro Schüler/Schülerin, an zweiter Stelle folgt Zug." Insgesamt ist die Zunahme der Kosten im Bereich der verstärkten Massnahmen besorgniserregend hoch. Damit ist eben unserer Meinung nach das Thema der Effektivität und Effizienz der integrativen Schule mit angesprochen. Diese ist zu überprüfen. Die Debatte dazu ist natürlich an einem anderen Ort zu einem anderen Zeitpunkt zu führen. Aber auch die Jahresrechnung zeigt, dass es langsam dringlich ist, diese Debatte zu führen.

Finanzdepartement

keine Wortmeldungen

Gesundheitsdepartement

keine Wortmeldungen

Justiz- und Sicherheitsdepartement

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich möchte dennoch kurz das Wort ergreifen, weil ich bei Ihren Eintretensvoten durchaus gehört habe, dass Sie die Situation der Staatsanwaltschaft beunruhigt. Es ist so, der Bericht der FKom ist in dieser Hinsicht ziemlich ungeschminkt. Ich teile diese Einschätzung voll und ganz, und ich muss Ihnen auch sagen, dass die Einschätzung nicht neu ist. Wie Sie wissen, spricht die Aufsichtscommission über die Staatsanwaltschaft seit Jahren das Ressourcenproblem an, mit einem konkreten Ressourcenbedarf im Bericht 2018/2019, wo die Aufsichtscommission auch ausdrücklich benennt, dass eine massgebliche Aufstockung von mindestens 10% der Personalressourcen dringend erforderlich wäre. An diesem Punkt stehen wir heute nicht. Es sind zwar richtigerweise immer wieder Stellen gesprochen worden, aber nicht im Umfang von diesen eben mindestens 10%. Diese Situation ist bekannt, es ist höchst unbefriedigend, dass Fälle verjähren. Das ist für die Opferseite aber auch für die Beschuldigtenseite nicht ideal, wenn man weiss, dass man ein Delikt erfahren hat es aber nicht zu einer Behandlung des Falles kommt. Es ist auch nicht akzeptabel. Insofern besteht hier Handlungsbedarf.

Sie wissen, die Budgetdebatte fängt erst an. Das ist sicher ein Punkt, den wir aufgreifen müssen. Demnächst wird der neue Aufsichtsbericht publiziert. Ich will nichts vorwegnehmen, aber dieser Punkt wird höchstwahrscheinlich wieder ein Thema sein. Natürlich geht nicht immer alles über Personalressourcen, man muss auch die Organisation sehr gut betrachten. Auch da wurde einiges gemacht. Die Kripo wurde durchleuchtet, man muss die Abläufe und die Organisation immer wieder überprüfen. Auch daran wird, auch an der Schnittstelle zur Kantonspolizei möchte ich im Speziellen ein Augenmerk auf die Abläufe richten. Sie können insofern aus meinem Votum sehen, dass wir sehr nahe an diesem Thema

dran sind und dass es uns ein Anliegen ist, dass die Strafverfolgung effizient ausgestattet ist.

Ein letztes Wort noch zur Situation auf Bundesebene. Sie wissen, es ist eine grosse Revision in Gang, die in Hinsicht Effizienz einige Erleichterung hätte bringen können. Leider ist diese Revision in den wesentlichen Punkten auf Bundesebene gescheitert. Das lässt nicht hoffen, was die Abläufe in Zukunft angeht und beunruhigt mich auch. Das als kurzes Votum zur Situation.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

keine Wortmeldungen

Gerichte

keine Wortmeldungen

Behörden und Parlament

keine Wortmeldungen

Regierungsrat

keine Wortmeldungen

Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission

keine Wortmeldungen

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 186, 22.06.22 10:56:43]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Jahresrechnung 2021 des Kantons Basel-Stadt wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung 2021

Betriebsergebnis Fr. -35'160'539

Finanzergebnis Fr. 250'325'963

Gesamtergebnis Fr. 215'165'424

Bilanz per 31. Dezember 2021

Finanzvermögen Fr. 7'358'801'028

Verwaltungsvermögen Fr. 6'058'977'827

Aktiven Fr. 13'417'778'855

Fremdkapital Fr. -7'299'419'776

Eigenkapital Fr. -6'118'359'080

Passiven Fr. -13'417'778'855

Investitionsrechnung 2021

Ausgaben Fr. -325'230'036

Einnahmen Fr. 51'733'299

Saldo Investitionsrechnung Fr. -273'496'738

Die Geldflussrechnung 2021, der Eigenkapitalnachweis per 31. Dezember 2021 und der Anhang zur Jahresrechnung 2021 (gemäss Kapitel 4.4 bis 4.6 des Jahresberichts 2021) werden genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zum Historischen Museum Basel

[22.06.22 10:56:58, GPK, PD, 22.5209.01, BER]

Die Parlamentarische Untersuchungskommission Biozentrum beantragt, auf den Zwischenbericht einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Christian von Wartburg, Präsident GPK: Ich gestatte mir zu unserem Bericht zum Historischen Museum einige ganz kurze Vorbemerkungen. Eine Geschäftsprüfungskommission, die sich auch traut, zu gewissen Zeitpunkten ausserhalb des normalen Rhythmus zu berichten, setzt sich auch immer wieder dem Vorwurf aus, dass sie sich einmischt, dass sie über Gebühr zum falschen Zeitpunkt berichtet, dass sie in laufende Geschäfte eingreift. Ich kann Ihnen versichern, dass das mit diesem Bericht in keiner Art und Weise unsere Absicht war. Wir haben gemäss Gesetz konkrete Aufgaben in der Oberaufsicht, und dazu gehört, dass wir das staatliche Handeln überprüfen, insbesondere auf Rechtmässigkeit, Angemessenheit, Verhältnismässigkeit, Transparenz und Effizienz. Das machen wir nach bestem Wissen und Gewissen, ausgewogen und neutral, niemandem zuliebe und niemandem zuleide.

Es ist aber auch so, dass die Oberaufsicht nicht etwa den Kanton, wenn er in ein Verfahren gerät, schützen kann oder darf. Wir haben auch dort neutral zu bleiben. Was mir auch wichtig ist, hier in aller Deutlichkeit zu sagen: Wir führen keine justizförmigen Verfahren durch. Wir sind parlamentarische Oberaufsicht. Wir machen eine parlamentarische Untersuchung. Wir sind ein Milizparlament und machen das nicht im Rahmen eines formellen, justiziellen Verfahrens mit rechtlichem Gehör. Mir ist klar, dass wir unsere Erkenntnisse nach unserer Einschätzung als richtig erachten, aber das ist nicht die absolute Wahrheit, sondern es ist eine Einschätzung einer parlamentarischen Oberaufsichtskommission zu einem gewissen Zeitpunkt. Dass wir in die Situation geraten, auch unangenehme Erkenntnisse gegenüber der Regierung äussern müssen, ist meines Erachtens keine Selbstverständlichkeit. Sie zeichnet einen Rechtsstaat aus. Es ist wichtig, dass eine Oberaufsicht, ein Parlament das tun kann und das auch tut.

Wir haben auch versucht, die Flughöhe einer Oberaufsicht einzuhalten und uns nicht in kleine Streitereien, die es in jeder Institution überall geben kann, ohne Not einzumischen. Aber beim Historischen Museum gab es grundsätzliche Probleme, grundsätzliche Fragen, die sich gestellt haben, die die GPK bereits in einem allerersten Bericht bereits vor Jahren, in einem zweiten Bericht 2020 und jetzt in einem dritten Bericht gemacht hat. Wir sind gegenwärtig in einer Teilrevision des Museumsgesetzes und die GPK erhofft sich, dass mit dieser präzisen Darstellung klar dargelegt wird, dass das Verhältnis zwischen Museen und Präsidialdepartement, die Zuständigkeiten und die Verantwortlichkeiten, die heute über einen mittlerweile berühmten § 6 abgehandelt werden, wahrscheinlich besser gelöst werden kann als die Lösung, die den Zuständigen zur Verfügung stand. Es ist immer schwierig, wenn der Staat einer Institution eine Autonomie gibt, diese Autonomie auch einzuhalten. Umgekehrt kann es auch Situationen geben, wo die Autonomie übersteuert werden muss. Die Balance zu finden, wo genau das der Fall ist und wo nicht, ist schwierig, und wir hoffen, dass wir mit diesem Bericht auch aufzeigen können, wo Sollbruchstellen entstehen können und wo Schwierigkeiten manifest werden in einer Krise. Damit sei auch gesagt, dass bei schönem Wetter wir alle über den See segeln können, aber wenn der Sturm aufkommt, muss man sich vorbereitet haben und gute Gesetzgebung bereitet sich eben auch auf Stürme vor.

Wir hatten aus Sicht der GPK auch nach unserem Bericht im Jahr 2020 immer wieder Hinweise erhalten, dass die Situation nach wie vor schwierig sei, auch in den Medien war es immer wieder ein Thema, dass die ruhigen Gewässer immer noch nicht erreicht seien, trotz den Interventionen auf der Chefetage. Deshalb hat sich die GPK entschieden zu versuchen, einen Überblick zu verschaffen über die Situation der Mitarbeitenden auf allen Stufen: Chefetage, Kuratorium, akademische Mitarbeitende und Betriebsmitarbeitende. Wir sind dabei klar zur Auffassung gekommen, dass diese ruhigen Gewässer ein Stück weit erreicht worden sind, dass die Probleme, die über den § 6 aufgetaucht sind, im Moment wieder so laufen, dass die Verantwortlichen autonom agieren können und das PD sich wieder auf eine Dienstaufsicht beschränkt, und auch, dass mit grossem Effort versucht wird, die Altlasten anzugehen. Sie wissen, es sind neue Mitarbeitende hinzugekommen, um die ganze Problematik mit der Lagerung und Archivierung aufzuarbeiten.

Wichtig ist der GPK, dass wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können. Wir haben unser Bestes gegeben, zu versuchen, einen Querschnitt über den Zustand der Mitarbeitenden zu bekommen. Wir denken, dass der neue Direktor auf dem richtigen Weg ist und es geschafft hat, das Schiff insofern auf Kurs zu bringen, als für die Mitarbeitenden sich die Situation in gewisser Weise beruhigt hat. Es gibt sicher immer noch einzelne Mitarbeitende, die aus ganz bestimmten Gründen noch nicht zufrieden sind, aber das muss die GPK auch anerkennen. Wir sind keine Beratungsstelle und auch keine Personalrekurskommission. Wir müssen respektieren, dass es andere Instanzen gibt, die diese Probleme adressieren. Und wir möchten dazu aufrufen, dass das auch dort geschieht.

Nun ist es richtig, dass wir uns auch in diesem Bericht noch einmal zu den Geschehnissen rund um die Freistellung des Direktors und die Aufhebungsvereinbarung geäussert haben. Wir haben das nicht getan, um uns wichtig zu machen oder uns aufzuspielen, sondern um in aller gebotenen Sachlichkeit diese Transparenz zu schaffen, die aus Sicht der GPK notwendig geworden ist. Gestützt auf die mediale Aufmerksamkeit, gestützt auf den Umstand, dass es sich um einen Chefbeamten gehandelt hat und ein öffentliches Interesse gegeben war, und gestützt auch auf den Umstand, dass immer wieder Gerüchte und falsche Gerüchte im Umlauf war, haben wir versucht, die Faktenlage soweit wir sie überblicken darzulegen. Dies in der klaren Absicht, dass wir uns zu der Rechtmässigkeit dieser Geschehnisse, insbesondere der

Freistellung, zur materiellen Rechtmässigkeit nicht äussern wollen, weil dies Gegenstand einer gerichtlichen Auseinandersetzung ist.

Es hat sich die Frage gestellt, ob man warten soll, bis diese Freistellungsangelegenheit rechtskräftig definitiv abgeschlossen ist. Die GPK hat sich entschieden, dass der Zeitpunkt gekommen war, mit unserem Bericht an die Öffentlichkeit zu gelangen, nachdem auch diese Aufhebungsvereinbarungszeit abgelaufen war und wir alle Anhörungen durchgeführt hatten. Man kann sich darüber streiten, man kann auch Kritik daran üben. Wir haben uns nun so entschieden. In der Endabrechnung werden wir sehen, ob das richtig war oder nicht. Unsere Einschätzung war, dass der Zeitpunkt gekommen war, auch um zu versuchen, diese Geschichte jetzt abzuschliessen aus Sicht der parlamentarischen Oberaufsicht. Was weiter geschieht, ist nun in den Händen der Justiz, des PD, bei der neuen Kommission, die die neue ausgeschriebene Stelle zu besetzen hat. Nicht dass immer die Idee vorherrscht, dass irgendwann noch der grosse Bericht der GPK kommt, der alle Probleme löst.

Nicht zuletzt auch, weil eine unserer Erkenntnisse ist, dass, wenn eine kantonale Institution in eine Krise gerät, aus welchen Gründen auch immer, es wichtig ist, dass diese Krise auch benannt wird, dass erklärt wird, dass es im Moment schwierig ist, dass die Belegschaft informiert wird über die Entscheide zur Krisenbewältigung, dass versucht wird, Transparenz zu schaffen und dass dann die Situation sich auch wieder beruhigen kann. Wenn aber Gerüchte und Unklarheiten über Jahre im Raum bleiben, dann ist das nicht zuträglich für eine Institution.

Nun ist auch richtig, dass dieser Bericht sich auch äussert zu einem Thema, das natürlich heutzutage immer diese hohe Brisanz bekommt, auch in den Medien. Es gab Vorwürfe von mutmasslicher sexueller Belästigung, Vorwürfe von mutmasslichen Grenzverletzungen im Bereich der Arbeit. Die GPK hat nie den Anspruch erhoben, dass sie diese Frage klären möchte. Es hat sich so zugetragen, dass die Regierung damals die Ombudsstelle gebeten hat, ihr eigenes Verhalten in dieser Untersuchung zu beurteilen, und die Ombudsstelle ist dann an uns gelangt, wobei wir gesagt haben, dass das nicht ihre Rolle sei. Wenn diese Sache beurteilt werden soll, dann durch die Oberaufsicht und nicht durch die Ombudsstelle. Wir haben uns deshalb schon damals entschlossen, uns dieser Sache anzunehmen, auch weil wir denken, dass sich grundsätzliche Fragen stellen, weit über den Einzelfall hinaus. Es sei noch einmal in aller Deutlichkeit gesagt: Sexuelle Belästigung ist immer noch nur eine Übertretung im Strafrecht, es gibt nur eine Busse. Darum muss man sehr vorsichtig sein, weil es aus unserer Sicht auch Persönlichkeitsrechte zu schützen gibt, es die Unschuldsvermutung gibt. Wir haben zusammen mit dem PD entschlossen, dass das PD einen Bericht einholt zu dieser Frage, wie damit umgegangen worden ist, wie die grundsätzlichen Fragen zu lösen. Wir haben in unserem Bericht uns diesem Bericht angeschlossen, weil wir denken, dass er die richtigen Aspekte eruiert und die richtigen Empfehlungen macht. Wir haben uns diesen Empfehlungen vollumfänglich angeschlossen.

Warum war es eine grundsätzliche Frage? Das ist wirklich etwas, das uns in unserer Zeit möglicherweise noch in anderen Fällen noch beschäftigen wird. Eine normale Geschichte bei sexuellen Belästigungen oder Grenzverletzungen ist, dass sich eine Person beschwert und möchte, dass das untersucht wird. Wenn es aber zu Grenzverletzungen kommt und die betroffene Person erklärt, dass es zwar schon so geschehen ist, sie es aber nicht stört, dann stellt sich die Frage, was der Arbeitgeber dann tut. Verfolgt er trotzdem diesen Fall weiter, auch wenn die betroffene Person das nicht mehr möchte? Oder lässt er die Geschichte sofort fallen? Das sind sich widerstreitende Interessen, einerseits das Interesse des Arbeitgebers an einem störungsfreien Arbeitsklima, andererseits das Interesse einer betroffenen Person, nicht an den Opferpranger gestellt zu werden. Das sind ganz schwierige Fragen, und der Bericht versucht, dies detailliert aufzuzeigen. Er zeigt auch Wege auf, wie man mit einer solchen Situation umgehen kann und alle Rechte in verhältnismässiger Art und Weise abwägen kann.

Darum haben wir uns entschieden, über diesen Aspekt zu berichten und dies in der aus unserer Sicht gebotenen Zurückhaltung. Das ist nicht ganz einfach, die Balance zu finden, damit keine Persönlichkeitsverletzungen geschehen. Ich möchte aber hier in aller Deutlichkeit betonen, dass in Bezug auf jeden Vorwurf, der thematisiert wird, die Unschuldsvermutung gilt, und dass es der GPK vielmehr darum ging, die Lösung grundsätzliche Probleme in einer solchen Situation darzulegen. Wir haben in unserem Bericht gute Lösungen gefunden und diese öffentlich gemacht.

Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD: Wie Sie wissen, habe ich vergangenen Herbst im Interesse des Kantons entschieden, im Rechtsverfahren in Sachen Marc Fehlmann in den Ausstand zu treten. Regierungsrat Lukas Engelberger ist regelhaft der Stellvertreter des Vorstehers und wird deshalb in der Ratsdebatte Stellung zum Verfahren betreffend Marc Fehlmann nehmen. Zu allen anderen Punkten, namentlich den Kapiteln 3 und 4 inklusive den dazugehörigen Empfehlungen, nehme ich im Namen des Regierungsrats wie folgt Stellung:

Es ist dem Regierungsrat ein grosses Anliegen, zunächst den Mitarbeitenden des Historischen Museums Basel für deren alltägliche und motivierte Leistung zu danken, auch wenn das Historische Museum in den letzten Jahren immer wieder auch öffentlich in einem problemorientierten Fokus stand. Die Mitarbeitenden leisteten in schwierigen Zeiten sehr gute Arbeit. Ich möchte auch der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats danken für die Arbeit, die sie leistet. Sie ist nicht einfach und sie ist wichtig.

Zu den Vorwürfen der sexuellen Belästigung und zum Expertenbericht: Wie im GPK-Bericht wiedergegeben, hat sich das Präsidialdepartement im Herbst 2021 veranlasst gesehen, die bereits abgeschlossenen Fälle der angelegten sexuellen Belästigung noch einmal vertieft zu prüfen. Ich danke der externen unabhängigen Fachperson für ihren Bericht und es freut uns, dass auch die GPK bei ihren Empfehlungen sich an dem Bericht orientiert. Diesen durch das PD in Auftrag gegebenen Bericht und die Empfehlungen daraus nehmen wir sehr ernst.

Die empfohlene Schulung und Weiterbildung für Führungskräfte und für Mitarbeitende wird bald umgesetzt. Weitere präventive Massnahmen sind in Prüfung. Grundsätzlich hat der Arbeitgeber Basel-Stadt diverse Instrumente in Bezug auf die Verhinderung von und Sensibilisierung betreffend sexueller Belästigung. So wird im Bericht des unabhängigen

Experten auf die geltenden Regelungen in der basel-städtischen Verordnung über den Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz sowie auf den internen Leitfaden für Mitarbeitende und Führungsverantwortliche "Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz" verwiesen. Zudem stehen in jedem Departement den Mitarbeitenden je zwei Vertrauenspersonen zur Verfügung. Betroffene Mitarbeitende können sich des weitern an die betriebliche Sozialberatung von HR BS wenden. Der Regierungsrat bedauert, dass dies im GPK-Bericht keine Erwähnung findet.

Zum im GPK-Bericht behandelten konkreten Fall einer vermuteten sexuellen Belästigung: Wir betonen, dass im Expertenbericht ausdrücklich festgehalten wird, dass das interne Abklärungsverfahren sofort und korrekt in die Wege geleitet und durchgeführt worden sei, und dass die beiden betroffenen Mitarbeiterinnen betonten, sie hätten sich zu keinem Zeitpunkt belästigt gefühlt. Die Auffassung der GPK, man müsse dennoch auf solche Vorwürfe reagieren, ist absolut richtig. Das geschah auch. Gestützt auf den Sachverhalt wurde reagiert, ein Mitarbeiter wurde ermahnt, die Auffassung, man hätte härter und umfassender reagieren müssen, ist vertretbar.

Lassen Sie mich klar und deutlich sagen - beim Kanton Basel-Stadt als Arbeitsumfeld herrscht der Grundsatz der Nulltoleranz und der Schutzsicherung, was Erscheinungsformen sexueller und sexistischer Belästigung anbelangt. Auf Grundlage dieser unverrückbaren Haltungen, den Empfehlungen des unabhängigen Expertenberichts und der Einschätzung der GPK sind wir daran, spezifische Massnahmen umzusetzen.

Zur Empfehlung einer Information der Mitarbeitenden: Der Regierungsrat teilt das Anliegen einer möglichst transparenten Information. Dem Kanton sind allerdings in mehrfacher Hinsicht die Hände gebunden. Das Amtsgeheimnis verhindert die Preisgabe von Details aus der Krisenbewältigung, die Fürsorgepflicht gegenüber dem oder den betroffenen Mitarbeitenden ebenfalls. Uns bleibt deshalb nichts anderes übrig, als zwischen den Interessen der Belegschaft an Aufklärung und den Interessen der Betroffenen an Privatsphärenschutz abzuwägen. Das ist immer eine Herausforderung.

Zur Empfehlung bezüglich Fürsorgepflicht gegenüber Arbeitnehmenden: Sollte diese Empfehlung suggerieren, dass in der gesamten kantonalen Verwaltung ein generelles Problem bestehe, dann weisen wir das entschieden zurück. Der Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber erfüllt höchste Grundsätze der Fürsorgepflicht gegenüber den Arbeitnehmenden. Selbstverständlich ist jeder Einzelfall, bei dem einer Fürsorgepflicht nicht nachgekommen wird, für sich schwer genug. Es gilt sich immer wieder an den gesetzten, höchsten Standards zu orientieren.

Zur aktuellen Situation im Historischen Museum: Der Regierungsrat ist mit der GPK in der Anerkennung einig, dass sich Interimsdirektor Marc Zehntner mit grossem Einsatz engagiert, das Historische Museum Basel wieder in ruhige Gewässer zu bringen und eine zukunftsfähige Strategie, die breit abgestützt ist, für das Museum zu entwickeln. Auch nimmt der Regierungsrat positiv zur Kenntnis, dass die GPK das kommunizierte Verfahren, dass nun eine ordentliche Findungskommission eingesetzt wurde, die eine neue Direktorin oder einen neuen Direktor sucht, begrüsst. Der Regierungsrat ist ebenfalls der Auffassung, dass die Interimssituation beendet werden muss, um Kontinuität zu schaffen.

Zur Bemerkung und Empfehlung, dass Dienstwege einzuhalten sind: Das ist selbstverständlich auch die Meinung des Regierungsrats. Wir verstehen anhand des GPK-Berichts nicht, worauf er sich bezieht. Die Dienstwege wurden unseres Erachtens eingehalten. Aber es muss den Mitarbeitenden selbstverständlich immer auch die Möglichkeit zugestanden werden, dass sie sich bei Fragen aber auch bei allfälligen Problemstellungen an die zuständige Personalabteilung wenden dürfen. Der Regierungsrat nimmt weiter positiv zur Kenntnis, dass die GPK anerkennt, dass das Historische Museum Basel gegenwärtig wieder im Rahmen der Vorgaben von § 6 des Museumsgesetzes autonom agieren kann und dass das Präsidialdepartement versucht, die Balance zwischen Wahrnehmung der Aufsicht und Gewährung der inhaltlichen, organisatorischen und personellen Selbständigkeit zu halten. Auch der Regierungsrat erhofft sich, dass die Problematik der Untersteuerung oder Übersteuerung der Museumsdienststellen behoben werden kann und dass das Museumsgesetz Klarheit über das Verhältnis und die Verantwortlichkeiten schaffen kann. Wir tragen auch dazu bei.

Der Regierungsrat dankt der GPK für die Erfüllung ihrer wichtigen Aufgabe. Ich gebe das Wort weiter an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich bedanke mich ebenfalls für den umfassenden Bericht der GPK, der uns diese Diskussion auch ermöglicht. Regierungspräsident Beat Jans hat seinen Ausstand erklärt und erläutert und ich werde deshalb als sein Stellvertreter namens des Regierungsrats Stellung nehmen zu denjenigen Punkten im Bericht, welche die personalrechtliche Auseinandersetzung rund um diese Freistellung des früheren Direktors betreffen.

Gestatten Sie mir einleitend zwei Bemerkungen. Zunächst, unser Rechtsverständnis ist, dass sich die GPK auf die Behandlung grundsätzlicher Fragen der Personalpolitik beschränken und sich nicht mit hängigen personalrechtlichen Einzelverfahren beschäftigen sollte. Wenn Mitarbeitende mit personalrechtlichen Entscheiden nicht einverstanden sind, können sie diese gerichtlich anfechten. In den entsprechenden Verfahren wird dann geprüft, ob personalrechtliche oder auch verfassungsrechtliche Vorgaben verletzt worden sind. Es erscheint nicht im besten Interesse des Kantons, wenn sich die GPK zu solchen hängigen Verfahren öffentlich äussert. Dementsprechend hält die GPK im vorliegenden Bericht zu Recht fest, dass sie sich nicht im vertieften Detail mit operativen Prozessen beschäftigen will und sich nicht zur Rechtmässigkeit der Freistellung des Direktors äussere, da diese Gegenstand einer gerichtlichen Auseinandersetzung sei. Effektiv hat sich die Kommission nach Ansicht des Regierungsrats allerdings dann nicht an diesen Grundsatz gehalten. Sie hat eigene Nachforschungen und Befragungen vorgenommen, vertrauliche Inhalte veröffentlicht sowie im öffentlichen Bericht eigene Ausführungen und Einschätzungen über entscheidungsrelevante Sachverhalte geäussert.

Mittlerweile ist das Urteil des Appellationsgerichts betreffend Zulässigkeit der schriftlichen Freistellung eingetroffen. Der Rekurs des früheren Direktors wurde abgewiesen, die Freistellung wurde bestätigt. Damit besteht nun in der Hauptfrage Klarheit. Ich werde hier nicht näher auf das Urteil eingehen, es ist noch nicht veröffentlicht worden. Ich gehe aber davon aus, dass akkreditierte Journalistinnen und Journalisten das Urteil erhalten werden.

Wir sind sodann der Auffassung, dass der Bericht der GPK erhebliche Lücken aufweist. Nicht thematisiert wird das Arbeitsverhalten des früheren Direktors, obwohl der GPK das gesamte Personaldossier vorgelegen hat. Nicht thematisiert wird, was der Grund für den Abschluss der Aufhebungsvereinbarung gewesen ist, wenn es für die Trennung keine triftigen Gründe gegeben hätte, hätte der anwaltlich vertretene frühere Direktor die Vereinbarung niemals unterzeichnet. Auch verweist die GPK auf das Assessment, das für den Fall seiner Einstellung diverse Empfehlungen machte, welche darauf hindeuten, dass er schon von Anfang an wesentliche Defizite aufwies. Auch auf diesen Punkt wird im gesamten Bericht nicht eingegangen.

Zur Vorgeschichte: Es ist richtig, nach herausfordernden Jahren unter der damaligen Direktorin zeigten im HMB in den Jahren 2015, 2016 und 2017 die neugeschaffenen Führungs-, Steuerungs- und Kontrollinstrumente gute Wirkung und die Mitarbeitenden leisteten in schwierigen Zeiten sehr gute Arbeit. Es freut uns, dass die GPK das auch so sieht. Richtig ist auch, dass das HMB im Dezember 2019 erneut in den Fokus der Öffentlichkeit rückte, der offen ausgetragene Konflikt zwischen dem PD und dem früheren Direktor war bedauerlich. Der Kanton hat diesen Konflikt nicht öffentlich gemacht.

Zur Anstellung des früheren Direktors: Wie die GPK ausführt, sollte nach der personellen und strukturellen Unruhe ein neuer Direktor oder eine neue Direktorin Ruhe in das HMB bringen. Die doppelte Aufgabe war Konsolidierung und Ausbau der Position des HMB als bedeutendes historisches Museum. Das PD glaubte, diesen Direktor gefunden zu haben. Der bereits erwähnte Assessmentbericht enthielt bereits Vorbehalte gegenüber seiner Anstellung. Der Bericht machte daher wie von der GPK ausgeführt Empfehlungen für den Fall einer Anstellung von Marc Fehlmann. Unter anderem empfahl er eine enge Führung durch die vorgesetzte Person. Eine engere Führung erfolgte, als es zu Konflikten kam. Im Nachhinein war dies wohl zu spät. Die Sichtweise der GPK erscheint jedoch widersprüchlich. Einerseits sollen Empfehlungen des Assessments umgesetzt werden, andererseits werden Eingriffe in die Selbständigkeit des Museums kritisiert.

Zum Umgang mit den Konflikten im HMB: Nach erheblichen Auseinandersetzungen im Historischen Museum erfolgte eine Weisung der damaligen Vorsteherin des Präsidialdepartements, der Direktor dürfe selbst keine personalrechtlichen Massnahmen mehr ergreifen. Dies war zum Schutz der Mitarbeitenden nötig und richtig. Die Selbständigkeit des Museums gilt im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, insbesondere im Rahmen von § 6 des Museumsgesetzes. Aufgrund der Fürsorgepflicht, die der Arbeitgeber auch hat gemäss § 14 des Personalgesetzes, konnte das Departement nicht zusehen, wie die Situation am Museum eskaliert und Mitarbeitende gesundheitlichen Schaden nehmen würden. Die Aufsicht, trotz gewisser Autonomie des Museums, muss in diesen Fällen greifen. Auch wir sind jedoch der Ansicht, dass entsprechende Eingriffe in die Autonomie eines Museums gut abgewogen sein müssen. In Zukunft wird genau zu prüfen sein, wann ein Eingriff erfolgt und wann nicht. Sollte sich die Situation aber wiederholen, wird das Departement aus denselben Überlegungen erneut eingreifen müssen.

Zur Vereinbarung und der Freistellung des früheren Direktors: Bekanntermassen schlossen am 14. Januar 2020 der Kanton, vertreten durch die damalige Regierungspräsidentin, und der ehemalige Direktor des Historischen Museums eine Vereinbarung. Vereinbart wurde die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses per Ende 2022. Weiter wurden verschiedene Begleitmassnahmen vereinbart, unter anderem ein Coaching, ein Konfliktklärungsprozess mit zwei Supervisorinnen und eine sogenannte Feedbackgruppe. Diese Massnahmen sollten gewährleisten, dass die verbleibende Anstellungsdauer erfolgreich verläuft. Unter bestimmten Umständen, grundsätzlich aber frühestens nach Abbruch der Supervision, sah die Vereinbarung für die Arbeitgeberin das Recht vor, den Direktor freizustellen. Der Inhalt der Vereinbarung war im Zeitpunkt des Abschlusses allen Beteiligten klar. Es bestand Einigkeit. Man wollte erreichen, dass Marc Fehlmann seine Funktionen als Direktor bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses zum vereinbarten Zeitpunkt erfüllen kann. Dies zeigen auch die vereinbarten aufwändigen Begleitmassnahmen. Der Vorwurf der GPK, es sei mit Blick auf die Vereinbarung unprofessionell gearbeitet worden, ist aus unserer Optik unzutreffend. Den Parteien musste klar gewesen sein, was mit der Vereinbarung gemeint war, und es gab sachliche Gründe für eine mögliche Freistellung. Anders als dies der Bericht der GPK impliziert, musste die Vereinbarung und die spätere Freistellung nicht vom Regierungsrat genehmigt werden. Dies bestätigt der bereits publizierte Entscheid des Appellationsgerichts vom 13. April 2021: "Beim Abschluss des Arbeitsvertrags des Mitarbeiters war der Vorsteher des Präsidialdepartements Anstellungsbehörde... Im Verlauf des Arbeitsverhältnisses hat die Vorsteherin des PD den Mitarbeiter sich selbst direkt unterstellt ... Für eine Änderung oder Aufhebung eines Vertrags muss dieselbe Behörde zuständig sein wie für seinen Abschluss. Auch dies spricht dafür, dass eine Änderung der Unterstellung des Mitarbeiters während des Arbeitsverhältnisses keine Änderung seiner Anstellungsbehörde zur Folge hat." Es war keine formelle Genehmigung des Regierungsrats nötig, informiert war der Regierungsrat allerdings aufgrund einer mündlichen Mitteilung der damaligen Vorsteherin.

Nach Abschluss der Vereinbarung wurde der Konfliktklärungsprozess gestartet. Die beiden Supervisorinnen haben diesen Prozess nach kurzer Zeit aber abgebrochen. Das Präsidialdepartement hat keinerlei Einfluss auf diesen Entscheid genommen und ausserordentlich bedauert, dass die Konfliktlösung nicht erfolgreich war. Wie üblich haben die Supervisorinnen verlangt, dass inhaltlich nichts bekannt gegeben würde. Das hat in der Branche Tradition, man fürchtet, dass in Zukunft niemand mehr offen spricht im Rahmen von derartigen Supervisionsprozessen, wenn im Nachhinein beim Scheitern bekannt wird, wer was gesagt hat oder wie die Sache ausgegangen ist im Detail. Dies wurde durch das Departement akzeptiert.

Unbestrittenermassen erfolgte die erste mündliche Freistellung mit formellen Fehlern. Das PD ging davon aus, die Freistellung sei nicht separat zu verfügen, da bereits in der Vereinbarung vorgesehen. Das war gemäss Entscheid des Appellationsgerichts nicht korrekt. Die Freistellung wurde deshalb nach dem Entscheid des Appellationsgerichts formell neu ausgesprochen und verfügt und jetzt eben vom Gericht bestätigt.

Ich möchte nun zu den einzelnen Empfehlungen der GPK noch Stellung nehmen, welche diese personalrechtliche Auseinandersetzung direkt betreffen. Die GPK schreibt "Bei der Revision des Museumsgesetzes müssen Lehren und richtige Schlussfolgerungen aus den Schwierigkeiten im Umgang mit § 6 gezogen werden, die Konsequenzen einer

gewährten Autonomie eines Museums müssen für alle klar sein." Auch der Regierungsrat erhofft sich eine Klärung im Rahmen der Revision des Museumsgesetzes, das gewählte Modell autonomer Dienststellen birgt jedoch immer ein Spannungsverhältnis. Hierarchische Unterstellung und damit Verantwortung des Departementsvorstehers steht eben dieser Idee der Autonomie gegenüber und dieses Spannungsverhältnis wird nicht vollkommen aufgelöst werden können.

Zu beachten ist auch, dass im Rahmen der gewährten Autonomie der Museen das Präsidialdepartement einerseits nicht korrigierend einwirken kann, andererseits wenn etwas schief läuft trotzdem politisch dafür verantwortlich gemacht wird wegen unzureichender Wahrnehmung der Aufsicht. Eskaliert eine Situation wie jetzt am HMB, wird das Departement deshalb auch in Zukunft seine Verantwortung und Fürsorgepflicht wahrnehmen und einschreiten müssen, wenn die Aufgabenerfüllung des Museums gefährdet ist oder die Mitarbeitenden Schaden nehmen könnten.

Weiter schreibt die GPK: "Gerät eine kantonale Institution in eine Krise, muss diese Krise nicht nur benannt werden, sondern die Belegschaft muss über die Entscheide zur Krisenbewältigung sorgfältig informiert werden. Über den Abbruch begonnener Mitarbeiterprozess sind daher alle Involvierten transparent zu orientieren, dies im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ebenfalls über das Resultat etwaiger Verdachtsfälle wegen sexueller Belästigungen." Das sehen wir gleich, dem PD und allen Behörden sind allerdings in mehrfacher Hinsicht die Hände gebunden. Das Amtsgeheimnis verhindert die Preisgabe von Details aus der Krisenbewältigung. Die Fürsorgepflicht gegenüber dem oder den betroffenen Mitarbeitenden ebenfalls. Gleichzeitig verpflichtet sich das Departement bei der Inanspruchnahme von Coaching und Supervisionsdienstleistungen in der Regel usanzgemäss, den Inhalt dieser Verfahren geheim zu halten. Es wird hier also sorgfältig zwischen den Interessen der Öffentlichkeit an Aufklärung und den Interessen der Betroffenen abzuwägen sein, auch in Zukunft.

Die GPK schreibt weiter: "Werden bei Anstellungen Assessments durchgeführt, sind deren Empfehlungen zu berücksichtigen." Auch dies sehen wir gleich. Es ist einzuräumen, dass den Empfehlungen des Assessments hier zu wenig Rechnung getragen wurde. Wie erwähnt erstaunt uns die Empfehlung, andererseits aber etwas, hat doch das Assessment unter anderem eine engere Führung von Marc Fehlmann durch den Vorgesetzten empfohlen, was an anderer Stelle im Bericht im Zusammenhang mit der Museumsautonomie von der GPK kritisiert wird.

Die GPK schreibt weiter: "Werden Aufhebungsvereinbarungen getroffen, die mehr als die potenzielle Lohnfortzahlung von 12 Monaten beinhaltet, sind diese vom Gesamtregierungsrat zu genehmigen." Aufhebungsvereinbarungen, die ein Lohnfortzahlung von 12 Monaten ohne Arbeitsleistung des Mitarbeitenden beinhalten, werden selbstverständlich dem Gesamtregierungsrat zur Genehmigung vorgelegt und sind überhaupt eine sehr seltene Ausnahme. Die Vereinbarung mit dem früheren Direktor betrifft diesen Fall, auf den sich die Empfehlung bezieht, aber nicht. Im Zeitpunkt der Vereinbarung war nicht beabsichtigt, Marc Fehlmann freizustellen. Ziel des Departements war es, dem bisherigen Direktor die Chance für eine erfolgreiche Tätigkeit in der verbleibenden Amtszeit zu geben. Das PD hat sich in dieser Hinsicht sehr stark engagiert, das zeigen auch die aufwändigen Begleitmassnahmen, die mit der Vereinbarung installiert wurden. Die mögliche Freistellung war lediglich eine Rückfallposition von beiden Seiten für den Fall des Scheiterns gewünscht und so vereinbart. Die Freistellung war eine unmittelbare Umsetzung der Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitenden des HMB. Das Urteil des Appellationsgerichts hat die Position des Regierungsrats auch in diesem Punkt bestätigt.

Die GPK schreibt: "Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs und das Willkürverbot im Kanton Basel-Stadt sind jederzeit und ausnahmslos einzuhalten." Der Regierungsrat stimmt dieser Aussage selbstverständlich zu. Im konkreten Fall ist bei der ersten mündlichen Freistellung ein formeller Fehler passiert. Das PD ist davon ausgegangen, dass zwischen dem früheren Direktor und dem PD Einigkeit darüber besteht, dass im Fall einer weiteren Eskalation die Zusammenarbeit beendet werden muss und sich zum Schutz aller Beteiligten in diesem Fall ein rasches Vorgehen aufdrängt. Deshalb war die Freistellung vorgesehen und vertraglich vereinbart. Das Appellationsgericht hat festgestellt, bereits in einem früheren Urteil, dass selbst beim Vorliegen einer Vereinbarung über die Freistellung die Voraussetzungen strikt geprüft und die formellen Erfordernisse eingehalten werden müssen. Hier hat das PD in formeller Hinsicht Fehler gemacht, was wir bedauern. In inhaltlicher Hinsicht steht der Regierungsrat aber nach wie vor hinter dem Freistellungsentscheid.

Schliesslich noch zur letzten Empfehlung: "Die Fürsorgepflicht gegenüber den Arbeitnehmenden ist strikte und jederzeit einzuhalten." Selbstverständlich stimmt der Regierungsrat dieser Aussage zu. Die von der damaligen Vorgesetzten getroffenen Massnahmen erfolgten gerade zur Wahrung der arbeitgeberischen Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitenden des Museums.

Zwischenfrage

Joël Thüring (SVP): Sie beziehen sich auf ein neues Urteil des Appellationsgerichts. Darf ich Sie fragen, ob dieses Urteil schon rechtskräftig ist?

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich weiss nicht, ob gegen dieses Urteil ein Rechtsmittel ergriffen wurde. Ich kann Ihnen aus eigener juristischer Beurteilung sagen, dass ich es für höchst unwahrscheinlich halte, dass dieses Urteil noch umgestossen werden kann. Es wird wohl bald veröffentlicht werden, es wird dann wohl eine Information eingehen, ob Rechtsmittel ergriffen wurden oder nicht. Ich habe davon derzeit keine Kenntnis.

Joël Thüring (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für seine Ausführungen. Wir möchten als SVP-Fraktion insbesondere der GPK danken, dass sie sich noch einmal intensiv mit den Vorkommnissen am Historischen Museum befasst hat. Wir schliessen uns aber auch dem Votum von Kommissionspräsident Christian von Wartburg an, dass es nun einmal gut sein muss. Die GPK soll keine begleitende Funktion einnehmen, selbstverständlich auch nicht im Historischen Museum.

Nur alleine die Tatsache, dass auch in den letzten eineinhalb Jahren wieder Meldungen an die GPK gelangt sind, und nicht nur an die GPK, dass es in diesem Haus immer noch eine grosse Unzufriedenheit gibt, zeigt, dass es noch nicht so gut läuft, wie uns die Regierung weismachen möchte. Deshalb war es auch richtig, dass die GPK hier noch einmal genau hingesehen hat und einige Dinge noch aufgeklärt hat.

Ich bin etwas irritiert auch als Mitglied der GPK über das Votum der Regierung. Sie kritisieren einerseits, dass wir Sachen veröffentlicht haben, sagen aber an einer anderen Stelle, wir hätten Sachen ausgelassen. Wir haben diesen Bericht als sehr bezogen auf die aktuelle Situation und in Bezug auf den Rechtsfall, der immer noch laufend ist, hingeschrieben. Marc Fehlmann kann also noch ans Bundesgericht gelangen. Deshalb finde ich es etwas mutig, wenn man sich jetzt schon so stark auf das Urteil des Appellationsgerichts stützt und dann auch in einem sehr langen Statement eine Einschätzung dazu vornimmt. Wir kennen diese Einschätzung des Regierungsrats, wir haben die Stellungnahme, die sie uns gestern noch mit dem Stempel "geheim" zugestellt haben, jetzt noch einmal lesen dürfen. Auch das finden wir etwas speziell, dass wir zwei Mal dasselbe erfahren dürfen.

Die GPK adressiert diverse Empfehlungen, und die SVP-Fraktion kann sich diese Empfehlungen stellen. Wir möchten auch in diesem Zusammenhang an den Fall der sexuellen Belästigung erinnern. Hier hat Christian von Wartburg aber auch Regierungspräsident Beat Jans bereits erwähnt, dass man hier natürlich auch aus diesem Fall lernen kann. Trotzdem muss man festhalten, dass der Bericht das Präsidialdepartement gerügt hat, dass diese Abklärung eben nicht so durchgeführt worden ist, wie es eigentlich richtig gewesen wäre, und dass der Bericht explizit erwähnt, dass der damalige Direktor in diesem Fall vorbildlich vorgegangen ist. Wir wünschen uns schon, dass es auch innerhalb des Präsidialdepartements diese Kultur gibt, dass man angesichts solcher Vorwürfe auch tatsächlich so umfassend abklärt, dass man nicht einfach davon ausgehen kann, einer Sache nicht mehr nachgehen zu müssen, wenn eine Angestellte, die vielleicht sexuell belästigt wurde, in einem Gespräch sagt, das sei nicht der Fall gewesen. Die Fürsorgepflicht muss dann sehr ernst genommen werden. Aber das PD hat ja auch anerkannt, dass es da besser hätte laufen können, und wir hoffen, dass ein solcher Fall nicht mehr vorkommen wird.

Zur Rolle des PD in Bezug auf das Museumsgesetz: Wir glauben aufgrund beider Berichte, dass es gute Lessons learnt für das Museumsgesetz gibt, das ja noch in der Beratung ist. Wir glauben schon, dass die Situation, wie sie entstanden ist, unabhängig von der Person Marc Fehlmann und unabhängig vom Museum, auch darauf gründet, dass die Rollen im Museumsgesetz zu wenig klar geklärt waren. Wir sind sehr froh, wenn mit dem neuen Museumsgesetz diese Dinge besser geklärt sind, damit alle Beteiligten, sowohl das PD, die Regierung, das Parlament aber auch die Museumskommission und das Haus selber wissen, welche Rolle, welche Funktion und welche Kompetenzen sie jeweils haben. Wir glauben, dass dieser Vorfall rund um das Historische Museum tatsächlich ein guter Anhaltspunkt ist, Dinge für die Zukunft zu verbessern und wir sind sehr zuversichtlich, dass uns das gemeinsam gelingen wird.

Weil Lukas Engelberger auf die Situation mit dem Assessment eingegangen ist, möchte ich auch noch etwas dazu anmerken. Wenn in einem Assessmentbericht gewisse Empfehlungen gemacht werden, dann steht es dem Regierungsrat frei, den Direktoren oder die Direktorin einzustellen, aber wenn dieser Assessmentbericht klare Empfehlungen ausspricht, dann müssen diese aus unserer Sicht schon von Anfang an angewandt werden. In diesem Falle war dies nicht so, deshalb ist aus unserer Sicht genau das der Ursprung des Problems. Man hat in einem Assessmentbericht wesentliche Dinge ignoriert, und das hat am Schluss wahrscheinlich dazu geführt, dass es überhaupt zu dieser Situation gekommen ist, in der wir uns im August 2020 befunden haben.

Ein weiterer Punkt ist die Situation mit den Mediatorinnen und Mediatoren. Da möchten wir auf den GPK-Bericht hinweisen, der diesen Punkt noch einmal sehr deutlich hervorhebt auf Seite 8. Eine entsprechende Aktennotiz, in welcher die Regierungspräsidentin feststellt, dass die beiden Beraterinnen, die den Konfliktlösungsprozess geleitet haben, ihr mitgeteilt hätten, dass sie eine Weiterführung des Konfliktklärungsprozesses nicht mehr verantworten können, wurde erst im Nachhinein erstellt. Diese Aktennotiz ist erst später auch uns zugänglich gemacht worden. Wir sind schon der Ansicht, dass die Prozesse auch innerhalb der Verwaltung so geregelt und gewährleistet sein müssen, dass es bei solchen Entscheidungen auch nachvollziehbar ist, wie es zu einer Entscheidung kommt. Das bleibt aus Sicht der SVP-Fraktion immer noch ein offener Punkt, der auch im GPK-Bericht nicht abschliessend geklärt wird.

In die Zukunft blickend ist die SVP sehr froh, dass diese Findungskommission eingesetzt worden ist, die die Nachfolge von Marc Fehlmann endgültig klären soll. Wir sind schon ein wenig überrascht, wie lange diese Interimsphase gehen muss. Das ist aus unserer Sicht nicht schwierig, was die Person anbelangt, aber es ist natürlich generell heikel, wenn jemand über mehrere Jahre interimistisch Direktor ist und dann allenfalls im Auswahlverfahren nicht zum Zuge kommt, denn das führt im Haus zu einer zusätzlichen Unsicherheit. Hier wären wir schon sehr froh gewesen, wenn diese Interimsphase etwas kürzer ausgefallen wäre. Aus Sicht der Compliance finden wir es zumindest etwas bemerkenswert, dass der jetzt interimsmässig eingesetzte Direktor am damaligen Auswahlverfahren der Co-Leitung der Abteilung Kultur involviert war. Nun hat also die von ihm mit ausgewählte Amtsleiterin die Möglichkeit, den Direktor des Historischen Museums auszuwählen. Es ist ja davon auszugehen, dass sich Mark Zehntner für diese Stelle auch bewerben wird. Wir sind uns da nicht ganz so sicher, ob das compliancetechnisch so sinnvoll war und ist. Aber wir sind sehr gespannt, welchen Vorschlag die Findungskommission dann unterbreiten wird.

Wir möchten abschliessend der GPK für diese grosse Arbeit danken, die sie noch einmal geleistet hat. Die SVP-Fraktion stellt sich voll und ganz hinter diese Empfehlungen und wünscht sich, dass diese in der Umsetzung seitens des Präsidialdepartements ernst genommen werden.

Tonja Zürcher (GAB): Zuerst möchte ich mich bedanken für den Bericht der GPK und die Arbeit, die sie hier geleistet hat, und auch bei der Regierung für die klärenden Worte, die wir gerade gehört haben, insbesondere auch in Bezug auf den inzwischen erfolgten Gerichtsentscheid.

Das GAB lehnt den Bericht ab. Es ist zwar begrüßenswert, dass die GPK den halbfertigen Bericht von 2020 nun fertig gestellt hat und auch die offenen Punkte geklärt hat. Es ist aber äusserst fraglich, dass der vorliegende Bericht und die ausführliche Ausbreitung, wer wann was zu wem gesagt hat, tatsächlich zur Lösung der Probleme im Historischen Museum beiträgt, sofern diese struktureller Natur waren, insbesondere die personalrechtlichen Fragen im nun abgeschlossenen gerichtlichen Verfahren und nicht von der GPK geklärt werden mussten.

Es muss festgestellt werden, dass das PD und seine Leitung in gutem Treu und Glauben mit damaligen Direktor gehandelt hat und versucht hat, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Wir müssen jedoch auch feststellen, dass das PD bei der Vereinbarung dem ehemaligen Direktor finanziell sehr weit entgegengekommen ist, aus unserer Sicht deutlich zu weit. Es ist problematisch, dass Kaderangestellten derart entgegengekommen wird, während einfachen und vielleicht auch weniger gut vernetzten Angestellten gekündigt wird, ohne dass ihnen ein goldener Fallschirm mitgegeben wird.

Nach den Jahren der Unruhe und der Führungsprobleme ist das Historische Museum aktuell auf einem guten Weg, das wurde uns von allen Seiten bestätigt. Wir hoffen, dass dieser Weg nun auch erfolgreich weitergegangen werden kann.

Die Autonomie des Museums wurde gewahrt. Sie wissen es, es fand sogar diese frauenfeindliche Podiumsdiskussion mit dem Titel "Ein Spielzeug sei das Weib dem Manne" statt, obwohl es offensichtlich und auch medial ausgebreitet wurde, dass die Vorsteherin des PD das nicht wirklich begrüsst hat und meines Wissens auch ein Grossteil der Politik und der Bevölkerung nicht. Dass das Departement zum Schutz der Angestellten und des Museums eingreifen muss, wenn der Direktor beides gefährdet, ist richtig, und wurde von der GPK selbst im Abschluss der letzten Trennung von einer Museumsdirektorin so gefordert. Ich möchte das noch einmal kurz zitieren, für diejenigen, die damals noch nicht dabei waren: "Die GPK empfiehlt dem PD deshalb eine generell engere Begleitung von neuen Direktoren." "Für die GPK ist es nicht nachvollziehbar, weshalb das Departement nicht über Führungs-, Steuerungs- und Kontrollinstrumente verfügt, welche nach den ersten Anzeichen von Problemen beim HMB besser griffen. Es scheint dass § 6 des Museumsgesetzes seitens der Verantwortlichen des Präsidialdepartements zu einseitig interpretiert wird, indem die Autonomie der Museen höher gewichtet wird als die Durchsetzung der gesetzlichen Rahmenbedingungen." Und schlussendlich: "Die GPK erwartet vom Präsidialdepartement die vollständige Durchsetzung der gesetzlichen Rahmenbedingungen bei allen staatlichen Museen." Genau das wurde nun gemacht. Ich denke, das könnte man auch etwas mehr würdigen.

Zur transparenten Information, die gefordert wird: Ja, die unterstützen wir absolut, aber wenn es Arbeitsverhältnisse betrifft, dann hat der Kanton auch eine Verantwortung als Arbeitgeber und muss die Persönlichkeit schützen. Es ist deshalb nicht möglich, die ganze Belegschaft über alles zu informieren. Im Fall des Historischen Museums ist die Gratwanderung zwischen Transparenz und Persönlichkeitsschutz besonders eng. Wir haben beobachten können, wie unzählige Details in den Medien gelandet sind und sogar vertrauliche Bericht. Es ist deshalb wichtig, dass hier sehr vorsichtig mit diesen Belangen umgegangen wurde.

Das GAB begrüsst, dass die GPK sich mit Verdachtsfällen der sexuellen Belästigung beschäftigt hat und sich genau angeschaut hat. Es ist festzustellen, dass die externe Überprüfung zum Schluss kam, dass das PD grundsätzlich richtig gehandelt hat. Wir unterstützen jedoch die Forderung der GPK nach Nulltoleranz bei sexuellen Belästigungen und freuen uns, dass das offenbar inzwischen auch bei anderen Fraktionen angekommen ist. Ich möchte Sie daran erinnern. Als Betroffene nach einem Polizeieinsatz gegen eine feministische Demonstration gesagt haben, dass sie sexuell belästigt worden seien, beleidigt oder gedemütigt, klang das noch ganz anders. Damals wurden die Vorwürfe ohne Untersuchung als unhaltbar abgetan und Fragen dazu abgelehnt, und zwar vom Sprecher der Partei meines Vorredners. Es gab damals auch keine Untersuchung der GPK, ebenfalls ist dazu weder ein Bericht erschienen noch wurden Empfehlungen formuliert. Ich hoffe, dass dieser Fall, den wir heute diskutieren, vielleicht ein Umdenken in der Politik und in der Verwaltung hervorruft. Wir erwarten, dass überprüft und umgesetzt wird, dass die geltenden Regeln in allen Departementen richtig umgesetzt werden und präventiv und im Verdachtsfall auch aktiv gegen sexuelle Belästigung vorgegangen wird und nicht nur im PD.

Der Empfehlung zur Berücksichtigung der Empfehlung des Assessments können wir uns anschliessen. Ob im vorliegenden Fall bei einer Berücksichtigung der Empfehlung es wirklich zu einer Anstellung gekommen wäre, ist aber offen.

Wir sind froh, dass mit dem inzwischen angestellten Interimsdirektor eine Beruhigung und eine Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden zurückgekehrt ist. Wir unterstützen auch die Forderung, dass die Aufhebungsvereinbarung mit einer Lohnfortzahlung während 12 Monaten vom Gesamtregierungsrat zu genehmigen ist, wir würden sogar noch etwas weiter gehen und fordern, dass auf solche Vereinbarungen und solche goldene Fallschirme doch ganz verzichtet wird.

Die letzten drei Punkte, die Empfehlungen zum rechtlichen Gehör, zur Fürsorgepflicht und zur Einhaltung der Dienstwege suggerieren, dass hier systematische Probleme vorliegen, wofür im Bericht selber aber kein Nachweis erbracht wird. Was im Einzelfall genau passiert ist, hat das Gerichtsverfahren klären müssen, und ich bin gespannt, welches die Erwägungen genau sind.

Sie sehen, einzelne Empfehlungen können wir unterstützen, andere nicht. Deshalb werden wir diesen Bericht schlussendlich ablehnen. Wir hoffen aber sehr, dass mit dem vorliegenden Bericht die politische Ausbreitung des vergangenen Konflikts im Historischen Museum abgeschlossen ist und dass das Museum nun in Ruhe die bestehenden Probleme lösen kann. Wir wünschen allen Mitarbeitenden des Historischen Museums und auch der Verwaltung viel Erfolg auf diesem Weg und bedanken uns für die Arbeit.

Claudio Miozzari (SP): Auch die SP-Fraktion möchte sich bei der GPK für diesen Bericht bedanken. Wir bedanken uns auch beim Regierungsrat für die Ernsthaftigkeit, mit der er mit diesem Bericht umgeht und auch für die Aussagen, die gemacht wurden und die sich genau mit dieser Sache beschäftigen.

Wir sind uns einig, es ist eine schwierige Konstellation. § 6 wurde mehrfach genannt, auch die persönlichen Konstellationen scheinen hier schwierig gewesen zu sein. Ziel ist es nun für uns, nicht mit dem Finger auf vermeintliche Schuldige zu zeigen. Das wäre zu verkürzt und würde nicht helfen. Für uns geht es um einen positiveren Umgang in Zukunft mit solchen Fällen, mit der Grundkonstellation und mit den Lessons learnt, die auch schon genannt wurden.

Ein interessanter und wichtiger Punkt scheint mir auch zu sein, dass die Zusammenarbeit zwischen GPK und PD funktioniert hat, besser als auch schon, dass das PD volle Transparenz auf den Tisch gelegt hat, und das ist wirklich ein ermutigendes Zeichen für die Zukunft, dass man mit solchen Fällen umgehen kann, dass man kritisch auch zurückschauen kann, dass man auch kritisch die Empfehlungen der GPK würdigt, aber vor allem dass man bereit ist zu lernen. Es ist nun nicht einfach alles gut im HMB. Die Geschehnisse haben immer noch Auswirkungen auf die Menschen, die da arbeiten. Wir hoffen sehr, dass es nun schon bald möglich ist, einen Schritt vorwärts zu gehen.

Schluss der 21. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 22. Sitzung

Mittwoch, 22. Juni 2022, 15:00 Uhr

Andrea Strahm (die Mitte/EVP): Ich darf das Fraktionsvotum halten für die GLP und die Mitte/EVP. Ich bin sehr kurzfristig gebeten worden, deshalb beschränke ich mich auf ein paar kurze Feststellungen.

Als Mitglied der GPK sage ich, dass wir in der Kommission vier Juristen sind. Wir haben ausführlichst darüber gesprochen, was wir im Bericht sagen dürfen und was Gegenstand des Verfahrens zwischen der Verwaltung und Marc Fehlmann ist. Tatsächlich ist es so, dass die Frage der sexuellen Übergriffe und die Causa Fehlmann ineinander griffen und Gegenstand des Gerichtsverfahrens ist natürlich nur das Arbeitsverhältnis zwischen Marc Fehlmann und der Verwaltung und nicht die Geschehnisse im Zusammenhang mit den sexuellen Übergriffen. Marc Fehlmann hatte sich in dieser Sache sehr vehement eingesetzt und uns sind in diesem Zusammenhang ein paar Geschehnisse aufgestossen.

Die Vereinbarung sah bekanntlich eine Mediation vor und das war Voraussetzung dafür, dass Marc Fehlmann freigestellt werden sollte. Diese Mediation wurde nach ein oder zwei Sitzungen abgebrochen, eine Begründung gab es nicht. Tatsache ist aber, dass die Vereinbarung mit Marc Fehlmann im Januar 2020 geschlossen worden war. Da wusste man noch gar nichts von diesen Übergriffen, und die Mediation wurde abgebrochen am 9. Juli, nachdem am 3. Juli diese Problematik mit den Übergriffen bekannt geworden war. Die GPK musste sich deshalb auch damit auseinandersetzen, warum diese Mediation wohl abgebrochen wurde. Tatsächlich aus arbeitsrechtlichen Gründen oder weil Marc Fehlmann sich vehement für diese Damen eingesetzt hatte und dies natürlich gegen ein Mitglied, welches auch an dieser Mediation beteiligt war. Da war natürlich die Stimmung im Eimer, und wir fragten uns, wohl zu Recht, ob diese Mediation wirklich gescheitert ist in dem Sinne, wie sie damals im Januar Niederschlag in die Vereinbarung gefunden hatte. Daraus stellt sich die Frage, ob die Freistellung wirklich rechtens war, denn schliesslich hätte die Mediation die Kausalität mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängen müssen und nicht mit dem Streit um diese Übergriffe.

Wir haben gerügt, dass das Assessment Vorgaben gemacht hatte zur Anstellung von Marc Fehlmann, diese wurden aber nicht umgesetzt. Später wurde dann eine Begleitung vereinbart und wir haben gerügt, dass das zu weit ging. Tatsächlich sind wir der Ansicht, dass, wäre die Begleitung von Anfang an erfolgt, gerade auch mit den Erfahrungen die man im Zusammenhang mit der Vorgängerin hatte, das ganze Debakel vielleicht hätte vermieden werden können. Es ist richtig, dass wir das ganze Personaldossier erhalten haben. Es sind zwei Bundesordner. Wir erhielten alle Unterlagen ungeordnet in loser Blattform. Wir haben sie gelesen. Wir haben im letzten Jahr gerügt, dass die Personalakte nicht so geführt worden war, wie wir uns das vorstellen. Wir haben also die Personalunterlagen tatsächlich bekommen und gelesen, vielleicht hat das die Regierung nicht vollständig machen können, was verständlich wäre.

Weiter haben wir gerügt, dass der Dienstweg einzuhalten sei. Damit meinen wir nicht, dass nicht eskaliert werden kann, wenn mit dem direkten Vorgesetzten keine Einigung erzielt werden kann. Tatsache ist, dass die Mitarbeitenden des Museums unsicher waren, an wen sie sich nun wenden sollten, weil bekanntlich dem Direktor des Museums verboten worden war, personalrechtliche Verfügungen zu treffen. Das hat zu einer grossen Verunsicherung geführt, sodass die Leute zum Teil direkt ans PD gingen, zum Teil zu jemand anderem. Das haben wir gerügt. Selbstverständlich muss jemand eskalieren können, wenn der direkte Vorgesetzte oder die direkte Vorgesetzte nicht auf einen Missstand reagiert. Es muss aber für alle klar sein, wie dieser Dienstweg aussieht und an wen sie sich wenden können. Wenn der direkte Vorgesetzte keine personalrechtlichen Entscheidungen treffen kann, dann führt das zu einer grossen Unsicherheit. Das befriedigt nicht.

Zum Schluss noch kurz eine Bemerkung zum Museumsgesetz. Wir haben das gerügt, weil die Schnittstellen im Museumsgesetz nicht klar sind. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass hier sehr klar formuliert wird, wie weit das PD in die Führung der Museen eingreifen kann und soll und inwieweit die Autonomie gehen soll, gerade auch in personalrechtlichen Fragen. Alles andere kann nicht befriedigen.

Christian von Wartburg, Präsident GPK: Die Ausführungen der Regierung verlangen nach einer Replik der GPK, die ich

gerne abgebe. Ich kann in dieser kurzen Pause nicht eine Kommissionssitzung abhalten und das mit meinen Kollegen und Kolleginnen besprechen, aber ich möchte doch auf gewisse Sachen, die gesagt wurden, präsidial replizieren.

Die Regierung behauptet, dass wir von der GPK uns nicht an das gehalten hätten, was wir uns als Prämisse vorgegeben hätten. Wir haben in unserem Bericht geschrieben, dass wir uns zwar zum Hergang der Freistellung des Direktors im Jahr 2020 äussern, aber nicht zur Rechtmässigkeit derselben. Nun bin ich der dezidierten Überzeugung, dass wir uns nicht zur materiellen Rechtmässigkeit dieser Freistellung geäussert haben und diesen Bereich ausgeklammert haben. Das führt natürlich dazu, dass dann ein Bericht nicht umfassend sich zu dieser Freistellung äussern kann, dass wir uns nicht äussern können, ob diese Freistellung materiell gerechtfertigt war durch das Verhalten dieses Direktors. Dadurch würden wir ja genau diese Prämisse verletzen. Ergo hat ein solcher Bericht gewisse Dinge bewusst ausgeklammert, und er ist lückenhaft, weil er genau das nicht wollte, weil er nicht in ein justizielles Verfahren eingreifen wollte.

Was die GPK aber gemacht hat und was ihre Aufgabe ist, ist, die bekannten Abläufe, die aus einem rechtskräftigen Urteil des Appellationsgerichts, aus einer externen Abklärung eines Dritten stammen, transparent gemacht werden. Das ist unserer Auffassung nach in Abwägung passiert zwischen öffentlichem Interesse und privaten Interessen der Betroffenen. Wir haben dazu extra unseren Bericht vom Datenschutzbeauftragten prüfen lassen, ob wir mit dieser Flughöhe und mit diesen Einschätzungen auf Kurs sind. Das wurde uns bestätigt, und darum haben wir entschieden, in der Abwägung gewisse Aspekte transparent zu machen, weil sie von öffentlichem Interesse geworden sind. Nicht jede Auseinandersetzung in einer Institution, in einem Museum ist von öffentlichem Interesse. Aber es gibt Momente, wo in einer Stadt ein Thema öffentlich wird, wo es öffentlich verhandelt wird, und dann kommt der Moment, wo eine Oberaufsichtskommission sich die Mühe nimmt, in ihrer Freizeit diese Dinge aufzuarbeiten. Ich weise jede Kritik, dass wir irgendwelche Absichten hätten, zurück. Wir haben das objektiv gemacht, sorgfältig gemacht, uns strikt an die Fakten gehalten, die wir aus den Berichten gelesen haben und die wir mitgenommen haben aus den Anhörungen, die wir gemacht haben. Da ist alles überprüft. Wenn wir dann diese Schilderung machen und uns ausklammern in Bezug auf die materielle Rechtmässigkeit der Freistellung, dann ist klar, dass das nicht ein umfassender, abschliessender Bericht ist, weil wir gewisse Bereiche ausklammern.

Wenn wir nicht schreiben, was im Assessment stand, dann war das unsere Entscheidung, dass wir eben dort eine Grenze gezogen haben und gesagt haben, dass es gewisse Empfehlungen gab, dass es aber niemanden etwas angeht, was diese Empfehlungen waren, dass wir aber der Meinung sind, dass man sie umsetzen muss. Wenn die Regierung nun sagt, wir würden nur Teile berichten, dann kann ich den Ball gleich wieder zurückspielen. Auf der anderen Seite ist das genauso passiert, da ist auch eine lückenhafte Darstellung präsentiert worden.

Weiter möchte ich in aller Deutlichkeit sagen, wenn wir Empfehlungen machen, dann machen wir dies am Schluss eines Berichts mit gewissen Überlegungen, aber gerade wenn wir sagen, dass die Fürsorgepflicht auch berücksichtigt werden muss, dann meinen wir, dass, wenn eine mutmassliche sexuelle Belästigung oder Grenzverletzung stattfindet, die Fürsorgepflicht nicht nur in Bezug auf die betroffene Mitarbeiterin fokussieren soll, sondern dass je nachdem Fürsorge auch notwendig ist gegenüber den anderen Mitarbeitenden im Betrieb und gegenüber dem mutmasslichen Täter. Diese Abwägungen sind extrem schwierig. Dieser Experte hat genau das gemacht. Er hat gesagt, dass in diesen Abwägungen die Institution informiert werden soll, damit diese Gerüchte aufhören, dass die Verdächtigungen weitergehen und die Sachen ungeklärt bleiben. Dort ist ein Fürsorgeaspekt gegeben. Me Too hat mich das gelehrt, dass wir in einer Gesellschaft dann die Persönlichkeitsrechte nicht einfach als Mauer vor die Geschichte stellen können, weil sonst passiert ein Stück weit das, was hier passiert ist. Dann gehen die Gerüchte weiter, und die Gerüchte sind heutzutage nicht einfach Bagatellen. Hier ist eine saubere Abklärung nötig.

Wenn wir von Fürsorgepflicht reden, reden wir auch davon, dass wir möchten, dass in Basel-Stadt kein Urteil ergeht in einem Personalverfahren, wo die Justiz der Verwaltung Willkür vorwirft. Wenn das beim rechtlichen Gehör immer gesagt wird, es sei nur ein formeller Fehler, dann ist das für die Betroffenen doch extrem schwierig, weil sie nämlich keine Begründung bekommen für das Verhalten der Verwaltung. Das hat nicht die GPK kritisiert, das können Sie Satz für Satz in einem Urteil des Appellationsgerichts nachlesen. Man kann schon sagen, dass das nur ein formeller Fehler war, aber es ist eben auch unsere Aufgabe als Oberaufsicht über die Verwaltung, dass wir, wenn so etwas geschieht, den Finger auf diese Wunde legen.

Noch ein Aspekt zum Dienstweg. Die Empfehlung, den Dienstweg einzuhalten, ist ja eine Binsenwahrheit. Das ist ja in der Verwaltung eingepflegt. Aber jetzt haben wir just ein Museum autonomisiert. Die Mitarbeitenden haben einen Direktor und eine Geschäftsleitung. Die Einhaltung des Dienstweges wäre ja in der Autonomie beim Direktor beendet. Aber wir haben HR BS, wir haben auch das Human Resources vom PD. Für uns gab es eine Sorge. Wenn wir eine autonome Institution haben und ständig Menschen, die dort arbeiten, nach aussen gehen, dann ist das zwar wahrscheinlich noch im Dienstweg, aber es ist dann sehr schwierig, eine solche Institution zu führen, wenn quasi die ganzen Personalweisungsangelegenheiten an einem anderen Ort stattfinden. Unser Anliegen war einfach, dass eine ernannte Führungsperson in einer Institution pro futuro diese Hoheit haben sollte. Das ist sicher kompliziert. Sie werden irgendwann einmal unseren Mitbericht zum Museumsgesetz lesen dürfen. Dort haben wir uns intensiv mit dieser Problematik auseinandergesetzt, dass man in Widersprüche geraten kann, die sich nicht auflösen. Die Regierung hat selbstverständlich recht wenn sie sagt, dass es auch den Dienstweg zum HR BS gibt. Aber letztlich ist das natürlich für eine Institution, die geführt werden will, nicht unbedingt einfacher, weil HR BS nur über das Arbeitsrecht Zugriff auf die Personen hat, aber nicht über das Weisungsrecht. Die Anlage ist etwas schwierig, und das wollten wir damit zum Ausdruck bringen.

Dass wir uns auch zum Konfliktklärungsprozess geäussert haben, hat auch damit zu tun, dass dort ein Bodennebel vorhanden war, wo man der GPK vorgeworfen hat, wir hätten uns überhaupt nicht darum gekümmert, wir hätten das gar nicht angeschaut. Wir haben gesagt, dass wir gerne diese Konfliktklärungsprozessfrage näher klären wollten. Wir haben

keine Unterlagen erhalten, also können wir auch nicht vollumfänglich berichten. Wir können nur über das berichten, was wir aus dem anderen Verfahren erfahren haben. Dazu haben wir uns geäussert.

Ich weise präsidential die Kritik der Regierung an unserem Bericht zurück.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Genehmigung Bericht
 2. Kenntnisnahme Empfehlung und Erwartungen
- Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 187, 22.06.22 15:19:37]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht der GPK zum Historischen Museum Basel wird genehmigt.
 2. Die Empfehlungen und Erwartungen im Bericht der GPK werden in zustimmender Weise zur Kenntnis genommen.
- Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Zweiter Zwischenbericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission Biozentrum (PUK)

[22.06.22 15:19:52, PUK Biozentrum, 21.5652.02, ZBM]

Die Parlamentarische Untersuchungskommission Biozentrum beantragt, auf den Zwischenbericht einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Christian von Wartburg, Präsident GPK: Wir sind im Rahmen der parlamentarischen Untersuchungskommission am Punkt, wo unser Bericht kurz vor Verabschiedung steht. Wir haben aber etwas unterschätzt, dass wir eine sehr präzise Vorgabe haben vom Gesetz in Bezug auf das rechtliche Gehör. Wenn wir gewisse Personen oder Gremien als Betroffene identifizieren, denen wir Vorwürfe machen, dann müssen wir ganz korrekt das rechtliche Gehör gewähren. Auch wenn wir kein justizielles Verfahren sind, gibt es bei einer PUK genaue Vorgaben, die wir in aller Sorgfalt einhalten möchten. Das wird dazu führen, dass es eine ausreichende Dauer geben muss für die Betroffenen, damit sie Stellung nehmen können, die wir wiederum einarbeiten können. Der finalisierte Schlussbericht muss dann noch einmal an diese Betroffenen gehen, damit sie auch noch eine schriftliche Stellungnahme einreichen können. Um diesen Prozess kommen wir leider nicht herum. Ich wäre auch froh, wenn der Bericht schon publiziert werden könnte. Aber wir müssen diese Via Dolorosa noch drei Monate weitergehen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns Ihre Unterstützung geben und uns diese Fristverlängerung bewilligen.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Fristerstreckung
 2. Ersatz von Ziff. 2 des GRB vom 20. Oktober 2021
- Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der PUK, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 188, 22.06.22 15:22:48]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Parlamentarische Untersuchungskommission Biozentrum (PUK) wird eine Fristerstreckung bis zum 30. September 2022 bewilligt.
2. Mit der Beschlussfassung wird Ziff. 2 des Grossratsbeschlusses vom 20. Oktober 2021 (21/43/10G) ersetzt. Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Bericht des Regierungsrates betreffend Sammelvorlage Nachtragskredite 2022

[22.06.22 15:23:06, FKom, FD, 22.0784.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Stefan Suter, Präsident FKom: Gemäss § 15 Abs. 2 des Finanzhaushaltgesetzes beschliesst der Grosse Rat auf Antrag der Finanzkommission über Nachtragskredite. Die Finanzkommission hat über die Sammelvorlage Nachtragskredite Budget 2022 kurzfristig aber intensiv beraten und Beschluss gefasst. Ein Nachtragskredit kann beantragt werden, wenn eine Überschreitung von Budgetkrediten nicht mittels Kreditüberschreitungen bewilligt werden kann. Dies ist bei den beantragten Nachtragskrediten der Fall. Die beantragten fünf Kreditbegehren waren nicht oder jedenfalls nicht in ihrer Höhe beim Budget 2020 vorhersehbar.

Das Budget hat gemäss § 10 des Finanzhaushaltgesetzes die voraussehbaren Aufwände aufzunehmen, und es wäre an sich wünschenswert, wenn das Budget bereits voraussehend alle Posten und Beträge berücksichtigen würde. Allerdings gilt es auch abzuwägen, denn die Sorgfaltspflicht bei Erstellung des Budgets bedingt gerade, dass nicht auf Vorrat grosse Beträge eingestellt werden sollen.

Alle Positionen, insbesondere der Zionistenkongress, waren bei Ausfertigung und Beschlussfassung über das Budget in dieser Form nicht voraussehbar, weswegen die Finanzkommission Ihnen beantragt, diese Nachtragskredite zu bewilligen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es sind vier Positionen, bei denen wir Ihnen einen Nachtragskredit beantragen.

Wir freuen uns, anlässlich des Zionistenkongresses im August so viele Gäste aus aller Welt empfangen zu dürfen, über 1'000, die zum 125. Jubiläum des Zionistenkongresses nach Basel kommen. Da es hier auch hochrangige Vertreter Israels dabei haben wird, braucht es bestimmte Sicherheitsvorkehrungen. Daher sind auch die Sicherheitskosten sehr hoch. Das hängt nicht an der Gefährlichkeit des Anlasses, sondern an diesen hochrangigen Vertretern. Es gibt nach Protokoll Bestimmungen, wie viele Personen und was genau geschützt werden muss. Daher betragen die Sicherheitskosten Fr. 5'500'000. Und die gute Nachricht: Heute hat der Bund in einer Medienmitteilung geäussert, dass er sich daran beteiligen wird. Gemäss Bruttoprinzip haben wir alles budgetiert, aber es wird wohl ein Beitrag vom Bund kommen. Er hat leider in der Medienmitteilung nicht gesagt, wie viel. Aber es kommt etwas. Wir freuen uns sehr, dass wir das mit durchführen können, wir freuen uns sehr, dass es stattfindet, aber wir müssen die Kosten tragen.

Der zweite Punkt ist die Umsetzung Wohnschutzinitiative. Da gab es eine Frist in der Initiative, dass wir diese umsetzen müssen ab Ende Mai. Daher konnten wir das Personal, die Software und die Sitzungszimmerausrüstung noch nicht budgetieren und brauchen für dieses Jahr noch rund Fr. 770'000. Alles andere, auch das Wiederkehrende, wird dann selbstverständlich im Budget erfolgen.

Der dritte Punkt ist die Deckung der Einnahmeausfälle bei der BVB, und zwar für das Jahr 2021. Wir haben uns mit der BVB so abgesprochen, dass wir immer erst wenn die Zahlen definitiv sind entscheiden, welchen Teil wir übernehmen. Daher ist das nachträglich. Wir haben bereits Rückstellungen von Fr. 10'000'000 gemacht und es kommen noch einmal Fr. 12'200'000 hinzu. Wir werden für die Einnahmeausfälle in diesem Jahr dann auch erst nächstes Jahr entscheiden.

Bei Punkt vier, Mehrausgaben Bekämpfung Coronavirus, versuchen wir, je länger je mehr ins Budget zu übernehmen. Aber das ist wirklich sehr anspruchsvoll, weil sich mit diesem Virus nicht so einfach budgetieren lässt. Die Mittel fürs Contact Tracing brauchen wir doch noch. Das konnte so nicht budgetiert werden. Beim Impfen ist auch wieder absehbar, dass es mehr Impfungen braucht. Und beim Testen schlägt uns nicht nur der Virus einen Haken, sondern auch der Bund. Der Bund hat beschlossen, dass er sich bei den Schultests nicht mehr beteiligt. Das kommt manchmal sehr unverhofft, und deshalb benötigen wir dort auch mehr Geld und beantragen noch einmal Fr. 15'000'000 Nachtragskredit.

Wir haben diese Sammelvorlage gebracht in der Hoffnung, dass Sie hier das grössere Bild sehen. Auf Wunsch der FKom haben wir Einzelbeschlüsse gemacht. Wir hoffen, dass Sie der FKom und der Regierung folgen und diesen zustimmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

1. Bewilligung Nachtragskredite

Zeile 1 Nachtragskredit 125 Jahre Zionistenkongress

Zeile 2 Nachtragskredit Umsetzung JA zum echten Wohnschutz

Zeile 3 Nachtragskredit Erhöhung Globalbudget öffentlicher Verkehr

Zeile 4 Nachtragskredit Mehrausgaben im Rahmen der Bekämpfung des Coronavirus Contact Tracing

Zeile 5 Nachtragskredit Mehrausgaben im Rahmen der Bekämpfung des Coronavirus Contact Impfungen und Testen
Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 189, 22.06.22 15:32:00]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für Aufwendungen im Kontext 125 Jahre Zionistenkongress wird für das Jahr 2022 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 4'929'000 bewilligt (Präsidialdepartement, Dienststelle Staatskanzlei, Kostenartengruppe 30: Fr. 846'000/ Kostenartengruppe 31: Fr. 4'083'000).

2. Für die Umsetzung der Initiative «Ja zum echten Wohnschutz wird für das Jahr 2022 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 768'000 bewilligt (Präsidialdepartement, Dienststelle Staatskanzlei, Kostenartengruppe 30: Fr. 554'750/ Kostenartengruppe 31: Fr. 213'250).

3. Für die Deckung von Einnahmehausfällen im Jahr 2021 aufgrund der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie wird für das Jahr 2022 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 12'235'270 bewilligt (Bau- und Verkehrsdepartement, Dienststelle Mobilität, Globalbudget ÖV, Kostenartengruppe 46).

4. Für Mehrausgaben für das Contact Tracing im Rahmen der Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) wird für das Jahr 2022 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 4'800'000 bewilligt (Gesundheitsdepartement, Dienststelle Departementsstab, Kostenartengruppe 30).

5. Für Mehrausgaben für Impfungen und Testen im Rahmen der Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) wird für das Jahr 2022 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 15'000'000 bewilligt (Gesundheitsdepartement, Dienststelle Medizinische Dienste, Kostenartengruppe 31).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

9. Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Ausgabenbewilligung für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an einer Kapitalerhöhung der MCH Group AG

[22.06.22 15:32:48, WAK, WSU, 22.0470.02, BER]

Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP): Die Vorgeschichte, warum wir nach zwei Jahren wieder eine Kapitalerhöhung für die MCH Group entscheiden müssen, ist im Kommissionsbericht ausführlich dargelegt, ich verzichte hier auf eine Wiederholung. Unterdessen hat sich die Situation der MCH Group dahingehend entwickelt, dass die Gesellschaft zur Deckung ihrer Finanzierungsbedürfnisse eine erneute Kapitalerhöhung plant. Diese soll bis Anfang des Jahres 2023 durchgeführt werden und es ermöglichen, dass eine im nächsten Mai fällige Anleihe über Fr. 100'000'000 zurückgezahlt werden kann und gleichzeitig noch genügend Liquidität für das operative Geschäft sowie die notwendige Verbesserung der Eigenkapitalquote erreicht wird.

Der Regierungsrat beantragt die Zustimmung zur Beteiligung des Kantons an der geplanten Kapitalerhöhung und die Bewilligung, für den Erwerb neuer Kapitalanleihen Ausgaben von bis zu Fr. 34'000'000 tätigen zu können. Der Regierungsrat will damit weiterhin sicherstellen, dass die Sperrminorität von über einem Drittel der Kapitalanteile in öffentlicher Hand verbleibt. Die Beteiligung an der geplanten Kapitalerhöhung erfolgt ausserdem paritätisch mit der zweiten Aktionärin Lupa Systems. Dies hatten die beiden Ankeraktionäre bereits im Zuge der Kapitalerhöhung 2020 vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen politischen Organe vereinbart. Darüber hinaus beantragt der Regierungsrat den Erlass der Rückzahlung des restlichen Darlehens vom 7. Juni 2010 in der Höhe von Fr. 5'800'000. Dies vor dem

Hintergrund, dass die MCH Group im Kanton Basel-Stadt nur in sehr geringem Ausmass Covid-19-Härtefallhilfe erhalten konnte. Weiter wird beantragt, der MCH Group Aktien, die sich heute im Finanzvermögen befinden, zu den übrigen Anteilen des Kantons an der MCH Group ins Verwaltungsvermögen umzuwidmen. Um im Hinblick auf die Fälligkeit des erwähnten Darlehens rechtzeitig noch eine allfällige Referendumsabstimmung gewährleisten zu können, hat die Kommission das Geschäft durch Zusatzsitzungen vorantreiben müssen. Ich bedanke mich hier bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die intensive, konstruktive und konzentrierte Behandlung des Geschäfts.

Wir haben das Geschäft an vier Sitzungen beraten und eine Subkommission für die vertiefte Befassung mit gewissen internen Dokumenten der MCH Group eingesetzt. Die Kommission hat auch die Gelegenheit erhalten, sich während einer Sitzung ausführlich von James Murdoch und Vertreterinnen und Vertretern des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung direkt informieren zu lassen. Das Geschäft musste in der Kommission unter der strikten Verpflichtung der Geheimhaltung behandelt werden, weil es sich überwiegend um börsenrelevante Informationen handelte.

Wie im Ratschlag ausgeführt wurde, hat sich die finanzielle Situation der MCH Group seit Ende 2020 trotz der damaligen Kapitalerhöhung nicht stabilisieren können. Eine umfassendere Finanzierung der erwähnten Anleihe ist auf dem Kapitalmarkt unter den gegenwärtigen Umständen und den sich in der MCH Group aktuelle stellenden Finanzierungsbedingungen nicht möglich. Um die Rückzahlung der Anleihe sicherzustellen und eine Mindestliquidität in der Höhe von Fr. 50'000'000 zur Abdeckung des operativen Bedarfs zu erhalten, ist gemäss der aktuellen Finanzplanung eine Kapitalerhöhung im Umfang von Fr. 68'000'000 notwendig. Die dadurch resultierende Verbesserung der Eigenkapitalquote ermöglicht dann allfällige folgende neue Fremdfinanzierungen vornehmen zu können. Für die Durchführung einer weiteren Kapitalerhöhung wurden bereits im Jahr 2020 die Grundlagen gelegt. Der Kanton und Lupa Systems haben sich gemeinsam zu einem sogenannten Backstop (das ist eine Auffanglösung) verpflichtet, welche die paritätische Beteiligung beider Ankeraktionäre bei einer weiteren Kapitalerhöhung, wie sie nun beantragt wird, vorsieht.

Mit dem vorliegenden Ratschlag erfüllt der Regierungsrat die im Jahr 2020 definierte Backstop-Vereinbarung. Der Grosse Rat ist in seinem Entscheid aber frei, denn die Auffanglösung wurde vorbehältlich der Zustimmung im demokratischen Entscheidungsprozess formuliert. Über die Beteiligung an der geplanten Kapitalerhöhung hinaus beantragt der Regierungsrat den Verzicht auf die Rückzahlung eines Restdarlehens im Umfang von Fr. 5'800'000. Dieser Erlass ist nicht liquiditätswirksam, würde aber die Eigenkapitalbasis der MCH Group zusätzlich stärken und wäre ein Ausgleich für die nur sehr geringe Covid-Härtefallhilfe. Der Kanton konnte die MCH Group nämlich lediglich mit Fr. 750'000 unterstützen, weil der Kanton mit mehr als 10% am Unternehmen beteiligt ist und dadurch die MCH Group die Bedingungen des Bundes für den Erhalt von Härtefallgeldern nicht erfüllte.

Würde das Parlament oder im Fall eines Referendums die Bevölkerung die Kapitalerhöhung nicht befürworten, so hätte dies weitreichende Auswirkungen auf das Unternehmen. Insbesondere entfielen auch die Verpflichtung für die zweite Ankeraktionärin Lupa Systems, sich an einer Kapitalerhöhung zu beteiligen. Damit würde dringend benötigtes Kapital fehlen, da nach Darlegung der MCH Group eine vollumfängliche Refinanzierung der Fr. 100'000'000 Anleihe nicht möglich wäre. Würde der Kanton nicht an der Kapitalerhöhung teilnehmen und Lupa Systems würde beschliessen müssen, die Kapitalerhöhung allein zu tragen, so würde dies für die finanzielle Zukunft des Unternehmens zwar helfen, hätte aber weitreichende Konsequenzen für den Kanton Basel-Stadt. Insbesondere würde es zu einem Sinken der Staatsquote unter die Sperrminorität von einem Drittel kommen. Mit dem Verlust der Sperrminorität könnten allfällige Statutenänderungen nicht mehr verhindert werden. Gemäss dieser aktuellen Statuten besteht der Zweck der Gesellschaft unter anderem darin, an den Standorten Basel, Zürich und Lausanne Messen, Kongresse und weitere Veranstaltungen durchzuführen. Dieser Standortbezug im Gesellschaftszweck stellt die Absicherung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der MCH Group für die genannten Messestandorte dar und soll nicht ohne Zustimmung der öffentlichen Hand geändert werden können.

Neben diesen negativen Folgen für den Kanton hätte das Unterschreiten der Staatsquote potenziell weitreichende Auswirkungen auf die finanzielle Situation des Unternehmens, weil dann nebst der zur Ablösung stehenden Fr. 100'000'000 Anleihe bei der Zürcher Kantonalbank auch ein Darlehen von Fr. 40'000'000 bei der Basler Kantonalbank fällig gestellt werden könnte. Daneben wären auch noch weitere Nachteile die Folge, das Worst Case Szenario wäre dabei der Konkurs der MCH Group. In diesem Fall stellt sich dem Kanton die Frage, ob er eine Auffanggesellschaft gründen würde, um die Hallen der MCH Group, an denen im Rahmen der bestehenden Darlehensverträge nach Einfallrecht besteht, weiterzubetreiben, mit ähnlichen Problemstellungen wie im Fall eines Verkaufs der Hallen an den Kanton, oder ob der Messestandort Basel ganz aufgegeben wird. Käme es zum Letzteren, wäre ein Messewertschöpfungsbeitrag zugunsten des Kantons nicht mehr möglich. Die Wertschätzung für den Kanton wäre mit grosser Wahrscheinlichkeit viel kleiner als bei Fortführung der MCH Group.

Die WAK war sich bewusst, dass der Kanton mit der Kapitalerhöhung ein Risiko eingeht. Weder weiss man sicher, wie sich das Messengeschäft entwickeln wird noch kann niemand den weiteren Verlauf der Pandemie voraussagen. In der Kommissionsberatung wurde auch deutlich, dass die Enttäuschung über den Verlust der Basel World und der Muba nachwirkt. Auch die in der Vergangenheit festzustellenden Managementfehler tragen zu einer Missstimmung bei, und die MCH Group hat nach Wertung der WAK auf dem Platz Basel entsprechend mit einem Reputations- und Vertrauensproblem zu kämpfen.

Dennoch ist die Kommission am Ende der intensiv geführten Diskussionen zum Schluss gekommen, dem Grossen Rat mehrheitlich Zustimmung zur Ausgabenbewilligung für die Kapitalerhöhung zu beantragen. Die Kommission konnte sich davon überzeugen, dass der Einstieg von Lupa Systems als Ankeraktionärin neue und innovative Impulse in das Unternehmen eingebracht hat. Obwohl die Pandemie den operativen Bereich ausgebremst hat, wurden in der Firma weitreichende Änderungen vorgenommen. Der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung wurden teilweise neu besetzt. Die drei Geschäftsfelder der MCH Group arbeiten verstärkt zusammen. Statt starrer Unternehmensstrukturen rücken die Quernutzung und Vernetzung der Kompetenzen in den Vordergrund. Das Unternehmen befindet sich mitten in einem

Turnaround.

Klar ist, dass das traditionelle Messegeschäft eine Modernisierung benötigt. Im Gespräch mit den Verantwortlichen wurde deutlich, dass die vergangenen zwei Jahre genutzt wurden, um sich neu zu sortieren, neue Produkte zu entwickeln und sich gut aufzustellen, um die bestehenden und die neuen Formate geographisch auszudehnen und in die digitale Welt zu erweitern. Mängel sieht die Kommission allerdings noch sowohl bei der Umsetzung konkreter Massnahmen, um die identifizierten Risiken zu reduzieren, als auch bei der externen Kommunikation. Das Unternehmen durchläuft zudem einen notwendigen intensiven Kulturwandel, der noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Für die Kommission war es wichtig zu sehen, dass die MCH Group breit aufgestellt ist. Die neuen Strukturen ermöglichen es dem Unternehmen, schneller auf gesellschaftliche Entwicklungen oder Marktveränderungen zu reagieren. Die Angebotspalette ist vielfältiger, wodurch das Klumpenrisiko, wie es mit der Basel World bestand, verringert wird. Die Unternehmensstrategie wurde in der Kommission weitgehend positiv bewertet.

Neben der Prüfung der Ausgangslage der alternativen Unternehmensstrategie spielen für die Kommission die Standortüberlegungen eine zentrale Rolle. Die Mehrheit der Kommission sieht in der Kapitalerhöhung ein Investment im Sinne der Standortförderung, von welcher nicht nur die MCH Group selber profitiert, sondern der ganze Kanton, namentlich die Gastronomie, Hotellerie, der Detailhandel aber auch viele KMU, was wiederum positiv auf das Arbeitsplatzangebot wirkt. Gemäss Ratschlag des Regierungsrats sollen bis zu 10'500 Arbeitsplätze von der Wertschöpfung der MCH Group profitieren. Aus diesem Grund ist die Standortsicherung von weitreichender öffentlicher und wirtschaftlicher Bedeutung.

Die Kommission konnte sich ein umfassendes Bild des Unternehmens und der relevanten Personen machen. Trotz einiger kritischer Punkte fällt die Bewertung der Kommission mehrheitlich positiv aus. Bei einigen Kommissionsmitgliedern überwiegen allerdings die Bedenken, ob der angepeilte Turnaround gelingen wird. Diese schätzen das Risiko höher ein, dass das zur Verfügung gestellte Kapital vollständig abgeschrieben werden muss, als das beim Verlust der Sperrminorität eintretende Risiko einer Abwanderung von Tätigkeiten der MCH Group.

Während für das Unternehmen eine breite Angebotspalette und zukunftsfähige hybride und digitale Formate von grosser Bedeutung sind, ist für den Standortkanton vor allem auch wichtig, welche Aktivitäten vor Ort stattfinden. Hierzu konnte sich die Kommission überzeugen, dass die Standortsicherung ab dem Jahr 2020 für mindestens 15 Jahre gilt. Neben den bereits im Jahr 2020 getroffenen Vereinbarungen wird aber auch aus den Ausführungen von James Murdoch im Gespräch mit der Kommission klar, dass ihm der Bezug zur Stadt und zur Marke Basel wichtig ist. So konnten die Befürchtungen, dass die Art Basel nach Paris transferiert werden könnte, bei einer Mehrheit der Kommission zerstreut werden.

Neben der Erhalt der Art Basel in Basel ist für den Kanton zudem wichtig, dass die Hallen nebst den eigenen Messen auch durch Fremdvermietungen gut ausgelastet werden. Das Gleiche gilt für das Congress Center. Von der Durchführung von Veranstaltungen mit vielen Teilnehmenden profitieren Stadt und Region besonders stark. Da sich die Hallen und das Congress Center im Besitz der MCH Group befinden, hat diese ein grosses wirtschaftliches Interesse daran, die Infrastruktur gut auszulasten. Die Private Public Partnership bei der MCH Group eröffnet global wie lokal viele Möglichkeiten, auch wenn die Unternehmensprozesse und Organisation aufgrund der Börsenkotierung komplex sind.

Die Mehrheit der Kommission ist der Überzeugung, dass es sich bis auf Weiteres um die richtige Struktur handelt, um das Beste für den Standort Basel herauszuholen, und möchte Basel als Messe- und Kongressstandort absichern. Entsprechend beantragt sie dem Grossen Rat, den Anträgen der Regierung zuzustimmen. Ich danke allen Beteiligten für die intensive Arbeit und wünsche der MCH Group für die Zukunft viel neuen Wind in den Segeln und wenig pandemische Turbulenzen.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Basel ist Messe- und Kongressstadt. Dies haben wir alle gesehen in der letzten Woche, als die Art Basel hier wieder durchgeführt werden konnte. Dies hat uns gezeigt, Messen können funktionieren und es hat uns auch gezeigt, wie wichtig Messen für uns als Basel sind. Wichtig für uns als Standort, indem der Name nach aussen getragen wird, indem Menschen hierher kommen und die Messe entdecken, indem aber auch die Hotels voll sind, die Wirtinnen und Wirte die Gäste bewirten können und auch der Detailhandel seine Umsätze machen kann.

Im Jahr 2019, vor der Pandemie, waren 31% der Übernachtungen in Basler Hotels aufgrund des Kongress- und Messetourismus. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Anders, moderner, angepasst, digitaler, hier bei uns am Standort Basel. Das Messegeschäft ist im Umbruch, und ja, es sind auch Fehler passiert in der Vergangenheit. Wir sind aber jetzt mit einem neuen Management am Ort des Unternehmens und auch der VR ist neu aufgestellt, mit vielen Ideen, wie sich das Unternehmen weiterentwickeln soll.

Das Unternehmen hat neben den strukturellen Herausforderungen auch zwei Jahre Covid-19-Pandemie hinter sich. Wenn die Gastronomie und Hotels ihre Kunden nicht hatten und wir sie unterstützt haben, die Messe hatte grosse Probleme in dieser Zeit, weil Messen und Kongresse in diesen zwei Jahren nicht durchgeführt werden konnten und das zu entsprechenden Ertragseinbrüchen geführt hat.

Vor zwei Jahren hat der Grosse Rat einen klaren Entscheid gefällt, dass ein neuer Ankeraktionär kommen soll, dass die Kapitalerhöhung stattfinden soll, und es gab auch den klaren Auftrag des Grossen Rates, dass mindestens ein Drittel der Aktien in der öffentlichen Hand bleiben muss. Dies ist auch Auftrag an uns, an den Regierungsrat, dies sicherzustellen. Weil es zum Teil in den Medien falsch wiedergegeben wurde, möchte ich darauf hinweisen, dass vor zwei Jahren kein Geld des Kantons in die MCH Group geflossen ist. Wir haben damals ein Darlehen umgewandelt in Eigenkapital und wir haben die Aktien des Kantons Basel-Landschaft. Aber Geld ist vor zwei Jahren keines geflossen von uns, aber vom neuen Ankerinvestor.

Die MCH braucht aufgrund der strukturellen Veränderungen und der Covid-19-Ausfällen frisches Kapital, dies auch, um

die Fr. 100'000'000 Anleihe im kommenden Mai ablösen zu können. Deshalb führt sie eine Kapitalerhöhung durch. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, daran teilzunehmen, in gleicher Höhe wie Lupa Systems, dies, um der MCH zum notwendigen Kapital zu verhelfen und dies auch, um den Drittel der öffentlichen Hand zu sichern. Der Drittel ist wichtig, weil dieser garantiert, dass wir über die Statutenänderung mitbestimmen können, eine Vetomacht haben. Dies heisst, dass wir auch weiterhin sicherstellen können, dass wir drei öffentliche Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat haben und dass auch der Sitz von Basel und die Durchführung von Messen hier in Basel in den Statuten weiterhin gesichert ist.

Das Mitziehen ist auch mit Risiken verbunden. Das ist dem Regierungsrat sehr bewusst. Die MCH steht in einem harten Wettbewerb, wir als Standort stehen in einem Wettbewerb, und so kann man nicht zu 100% wissen, wie sich dieses Geschäft entwickeln wird. Uns ist aber klar, dass dieses Risiko kleiner ist als das Risiko, das wir eingehen, falls wir die Kapitalerhöhung ablehnen. Dieses Risiko ist für den Standort ganz bestimmt höher als heute mitzuziehen.

Klar hätten wir auch gerne eine selbstlaufende MCH, wie es früher war, die sich selber finanziert, Dividenden ausschüttet bis zu einer Million. Diese Bestvariante gibt es aber zur Zeit nicht, und Verantwortung übernehmen heisst heute, die Variante zu wählen, die für uns, für den Standort, für die Firmen und Menschen hier in Basel-Stadt die beste ist. Das ist in diesem Fall die Kapitalerhöhung. Sicherheit bei diesem Entscheid gibt uns, dass auch der private Ankeraktionär, die Lupa Systems, in gleicher Höhe mitmacht. Lupa Systems macht bei dieser Kapitalerhöhung mit, als privater Investor hat er Vertrauen, dass dieses ein erfolgreiches Investment ist. Dies macht er auch mit klarem Bekenntnis zum Standort Basel, mündlich in Gesprächen, aber auch schriftlich abgesichert.

Neben der Kapitalerhöhung beantragen wir Ihnen auch, auf die Rückzahlung des restlichen Darlehens in der Höhe von Fr. 5'800'000 zu verzichten. Der Grund liegt darin: Wenn die MCH ein privates Unternehmen wäre, hätte sie mindestens Fr. 7'500'000 durch den Härtefallfonds erhalten. Erhalten hat sie nur einen Zehntel, dies, da der Kanton über 10% der Aktien hält und der Bund dann eine Unterstützung ausgeschlossen hat. An anderen Messestandorten sah das anders aus, dort sind öffentliche Gelder direkt in die Messegesellschaften geflossen, als Härtefallgelder, in der Zeit, als die Geschäftstätigkeit von Messen in der Schweiz nicht möglich war.

Wenn Sie heute die Kapitalerhöhung genehmigen, dann ist das auch mit Erwartungen an die MCH verknüpft. Mit diesem frischen Kapital erwarten wir, dass die MCH in die Eigenfinanzierung zurückkehrt, dass sie hier in Basel Messen und Kongresse durchführt und die Hallen entsprechend auslastet. Natürlich mit der Art Basel, mit der Swissbau und den anderen Messen, die es schon gibt, aber auch mit neuen Formaten wie zum Beispiel die Spring Basel oder die Sustainability Days, die die Messe angekündigt und geplant hat.

Wir erwarten auch von der MCH, dass sie mit diesen neuen Formaten und auch mit einer offenen und transparenten Kommunikation einer gewissen Demut mit der aktiven Zusammenarbeit mit dem Kanton, mit dem hier ansässigen Gewerbe, mit den Hoteliers und der Gastronomie und auch neuen Formaten wieder Vertrauen und Unterstützung zurückgewinnt. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des Regierungsrats und im Interesse unseres Messe- und Kongressstandorts, der Kapitalerhöhung zuzustimmen.

Harald Friedl (GAB): Die Fraktion des GAB ist bei diesem Geschäft geteilter Meinung, und entsprechend haben wir ein Offen für unsere Mitglieder beschlossen. Während eine knappe Mehrheit der Fraktion für die finanzielle Aufstockung der Beteiligung an der Messe ist, lehnt ein anderer Teil der Fraktion diese kategorisch ab. Es gibt aber auch in unserer Fraktion eine dritte Meinung. Eine Minderheit der Fraktion wird sich der Stimme enthalten, weil sie der Meinung ist, dass eine Entscheidung aufgrund der ungenügenden politischen Diskussion in diesem Geschäft nicht möglich ist. Damit sprechen diese Personen die Diskussion an, die ähnlich wie 2020 bei der Behandlung der Messe wiederum in einer grossen Eile stattfinden müssen, und das im dicht abgeschlossenen Rahmen der WAK.

Damit war eine breite politische oder öffentliche Diskussion wegen der Börsenrelevanz der Messe nicht möglich. Diese Personen, die ich genannt habe, haben den Antrag gestellt, dass die ganze Fraktion sich enthalten soll. Wir haben das diskutiert aber dann schlussendlich beschlossen, dass wir Offen eingeben. Trotzdem werden sich einige Personen voraussichtlich der Stimme enthalten.

Ich werde nun für den denjenigen Teil der Fraktion sprechen, der sich für den Ratschlag des Regierungsrats ausspricht und somit auch bereit ist, der Kapitalerhöhung für die Messe Schweiz zuzustimmen. Dies im gleichen Umfang wie der zweite Ankeraktionär, die Lupa Systems. Diese Betonung auf den gleichen Umfang ist uns wichtig, weil damit die Sperrminorität des Kantons aufrechterhalten.

Auch wenn gewisse Personen unserer Fraktion, wie ich selber auch, diesem Ausgabenbericht zustimmen werden, erlaube ich mir einige kritische Worte zur Messe Schweiz. Die einleitend angesprochene Kritik an der fehlenden Diskussion in der Öffentlichkeit und in der Politik über die Strategie der Messe Schweiz ist auch ein Resultat eines Fehlkonstrukts. Die Struktur als börsenkotierte Aktiengesellschaft zwingt uns als öffentliche Hand, die Entscheidungen im abgeschlossenen Rahmen vorzubesprechen, die Ausrichtung der Messeangebote sollte aber breiter diskutiert werden, wenn wir als öffentliche Hand schon daran beteiligt sind und die Gelder im Sinne der Öffentlichkeit sprechen. Für uns als Milizparlamentarier ist dies in hohem Masse unbefriedigend, da wir hier eine sehr grosse Verantwortung übernehmen müssen über Gelder, die wir sprechen sollen oder nicht, ohne die Meinung und die Stimmung einer breiter gefassten Politik und der Gesellschaft abholen zu können.

Dies war nicht möglich, so lange es in der Kommission unter Geheimhaltung beraten werden musste. Dieses Dilemma konnte während der kurzen Beratung auch nicht aufgelöst werden innerhalb der WAK. Es stellt sich dann für uns schon auch die Frage, ob diese Form der börsenkotierten AG weiterhin in dieser Art und Weise fortgeführt werden soll. Dies zu klären ist aber ein langer Prozess, der kann nicht in der kurzen Zeit behandelt werden, die uns zur Verfügung stand. Ich bin aber dezidiert der Meinung, solange die heutige Rechtsform gilt, sollten und müssen wir auch den Anspruch haben an

einer namhaften Beteiligung, dies um sicherzustellen, dass die Messe Schweiz zumindest teilweise im Sinne der Standortkantone wirtschaftet.

Die Kommission durfte in den Beratungen der WAK die Vorstellungen einer Delegation des Verwaltungsrats, der Geschäftsleitung und eines Grossaktionärs anhören, und auch kritische Fragen dazu stellen. Die Strategien haben die Mitglieder der Kommission teilweise mehr oder teilweise weniger überzeugt. Einige Ideen haben vielleicht das Potenzial, den Standort wieder zu stärken und die Messe zu alter Stärke zu bringen. Aber es war auch nicht alles gleich überzeugend. So wurden doch die Pläne der Messe in der Kommission kontrovers diskutiert. Für diese Gelegenheit, in der Kommission die Fragen zu stellen und mit den Leuten zu sprechen, möchte ich hier nachträglich danken.

Worin wir uns trotz aller kontroversen Diskussionen in der Kommission einig waren, ist, dass die Messe glaubwürdig aufzeigen konnte, dass ihr der Messestandort Basel weiterhin wichtig ist und dass sie daran festhalten will, und auch daran festhalten wird. Weiter herrschte Einigkeit in der Kommission, dass die Messe teilweise unglücklich und insgesamt zu wenig proaktiv kommuniziert, wie sie den Turnaround schlussendlich schaffen will. Das ist etwas, das einer Unternehmung in dieser Grössenordnung und mit dieser Bedeutung gut anstehen würde. Dies ist in unseren Augen gerade auch wichtig, weil ein beträchtlicher Teil des Unternehmens im Besitz der öffentlichen Hand ist und daher auch ein öffentliches Interesse besteht. Dem muss die Messe Schweiz mehr Rechnung tragen, um wieder eine für das Unternehmen positive Stimmung zu erlangen und Vertrauen zu schaffen in der Bevölkerung. Das hat in den letzten Jahren massiv gelitten. Vor allem ist das wichtig nach den zwei Pandemie Jahren, während denen viele wichtige Messen nicht stattfinden konnten und der Mehrwert der Messe Schweiz auch nicht in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden konnte.

Schlussendlich ist die Frage der Zustimmung zum Ausgabenbericht nebst der betriebswirtschaftlichen auch eine politische Frage. Dabei müssen wir uns von der Frage leiten lassen, ob wir ein lokal ansässiges Messeunternehmen in Basel haben wollen, das im Sinne der lokalen Bevölkerung und der lokalen Wirtschaft Messen und Events in Basel veranstaltet. Und ob wir als Kanton an diesem Unternehmen beteiligt sein wollen. Diese Frage hat die WAK schlussendlich mehrheitlich bejaht. Wir glauben weiterhin an den Messestandort Basel. Wir glauben auch an die vorhandene Infrastruktur und den Messegeist in dieser Stadt. Der Entscheid, den wir heute fällen, ist auch ein Entscheid der Fortführung des Entscheids von 2020, bei dem schon klar war, dass pendente Darlehen auslaufen und der Kanton eventuell das Portemonnaie noch einmal öffnen muss. Mit der heutigen Situation scheint es sehr schwierig, die nötigen Gelder zur Ablösung der ablaufenden Darlehen auf dem freien Markt zu beschaffen. Das können Sie auch im Bericht nachlesen. Wenn wir also heute Nein sagen, würden wir den eingeschlagenen Weg von 2020 auf halber Strecke abbrechen. Davon will ich hier dringend abraten.

Ich möchte noch ein Wort zur neuen Leitung der Messe Schweiz anbringen. Neu wurde ein CEO eingestellt. Die neue Leitung konnte der Kommission aufzeigen, dass sie gewillt ist, das Unternehmen mit neuen Angeboten in neues Fahrwasser bringen. Die Mehrheit der WAK möchte ihr dazu noch einmal die Möglichkeit geben, diese Ideen umzusetzen und ihr noch einmal eine allerletzte Chance geben. Es muss aber der Messe Schweiz klar sein, dass dies wohl das letzte Mal der Fall sein wird, dass die Politik der Messe Schweiz noch einmal in diesem Masse unter die Arme greift.

Der zustimmende Teil unserer Fraktion ist überzeugt, dass die Messe Schweiz den Wirtschaftsstandort Basel nach wie vor bereichert, auch wenn wir nicht mit allen Begleitumständen der Messen glücklich sind. Es ist eine Tatsache, dass international ausgerichtete Messen wie die Art Basel viel Verkehr, insbesondere Flugverkehr, generiert und auch einer Entwicklung Vorschub leistet, überbissene Preise auf einem aufgeblasenen Kunstmarkt zu generieren. Trotzdem ist die Mehrheit der Fraktion der Meinung, dass diese Messe in dieser Stadt eine Dynamik auslöst, die auch der lokalen Bevölkerung und der lokalen Wirtschaft nützt und unsere Stadt positiv belebt und bereichert. Oberstes Ziel muss es aber künftig sein, weitere attraktive Messen und Kongresse für alle zu generieren, auch für die hiesige Bevölkerung, der es nicht möglich ist, für einen Messeeintritt Fr. 50 oder mehr hinzulegen. Darauf soll und muss unsere Vertretung im Verwaltungsrat verstärkt hinwirken.

Den Änderungsantrag der GLP lehnen wir ab. Diese Kurzfristigkeit stösst uns auf, es hätte Gelegenheit gegeben, das zu diskutieren innerhalb der Kommissionsberatung. Die GLP kann das als Motion einreichen und dann kann der Grosse Rat dazu Stellung nehmen.

Lorenz Amiet (SVP): Heilige Kühe schlachtet man nicht, man füttert sie durch, bis sie eines natürlichen Todes sterben. Das ist mir in den Sinn gekommen, als ich die Kreuztabelle zu diesem Geschäft gestern gesehen habe. Ich versuche namens der SVP schon gar nicht, Sie von der Ablehnung dieses Ratschlags zu überzeugen. Beantragen tue ich es selbstverständlich dennoch, einerseits um meinen Beitrag zur Debatte zu leisten, andererseits, damit Sie unsere Überlegungen, weshalb wir gegen dieses 40-Millionen-Paket sind, verstehen.

Messen haben in Basel Tradition. Auch die SVP hat Freude an Messen, wie zum Beispiel an der Art, die vor Kurzem zu Ende ging. Messen sind auch ein Wirtschaftsfaktor, wir haben es gehört, etwas mehr auf der Seite der Hotellerie und Gastronomie, etwas weniger im kleingewerblichen Bereich, weil gerade im Bereich des Standbaus mittlerweile sehr vieles exportiert ist. Nicht zuletzt unterstützt der Messeplatz aber auch die internationale Strahlkraft unserer Stadt. Umso enttäuschender ist die Tatsache, dass die MCH Group in den letzten Jahren durch externe Faktoren insbesondere die Pandemie, aber vor allem auch aufgrund von internen Versäumnissen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Fehlinvestitionen und vielen anderen Fehlern in arge Schieflage geraten ist.

Es besteht aber nun die Hoffnung, dass das aktuelle Management das Schiff wieder auf Kurs bringt. Das kann gelingen. Vielleicht aber auch nicht. Die Ausgangslage ist unsicher, wir haben es vorher im Votum von Regierungsrat Kaspar Sutter gehört. Deshalb stimmen wir heute über Fr. 34'000'000 Risikokapital ab. Für die, die es lieber Neudeutsch haben, wir stimmen über Venture Capital ab. Bei Risikokapital stellt sich immer die Frage nach Alternativen. Regierungsrat Kaspar Sutter hat es auch gesagt, es ist eine Risikoabwägung. Auch wir haben das Risiko abgewägt, sind einfach zu einem anderen Schluss gekommen.

Was kann passieren, wenn wir heute Nein sagen würden? Zunächst müsste die MCH Group versuchen, Kapital und Liquidität auf dem freien Markt zu beschaffen. Da ist es alles andere als ausgeschlossen, dass der Hauptaktionär Lupa Systems die Kapitalerhöhung alleine stemmen würde. Das Kleingeld ist mit Sicherheit vorhanden, und Glaube sowie Freude an Investment wohl auch. Klar, bei diesem Szenario gäbe die öffentliche Hand die Sperrminorität hinsichtlich Statutenänderung auf. Was hätte das zur Folge?

Erstens Stadt und Kanton Zürich würden wohl ihren garantierten Verwaltungsratssitz verlieren. Basel hätte aufgrund des Aktienanteils arithmetisch immer noch Anrecht auf zwei Sitze, wie bisher. Von einem Verkauf der bisherigen Anteile zum jetzigen Zeitpunkt halten wir im Übrigen gar nichts.

Zweitens, der Zweckartikel könnte von der Generalversammlung geändert werden, der Zweckartikel, demgemäss Kongresse, Messen und weitere Veranstaltungen unter anderem namentlich in Basel durchgeführt werden. Wenn man aber das hohe Lied des Ankeraktionärs auf Basel in den Medien zum Massstab nimmt, hat hier Basel nicht das Geringste zu befürchten, allenfalls Zürich und vielleicht Lausanne, welche in den Statuten zum Nulltarif mitgeschützt werden und die sich an der Kapitalerhöhung nicht beteiligen. Was aber, wenn es der MCH Group nicht gelänge, genügend Kapital auf dem Markt zu beschaffen? Dann müsste die Gesellschaft redimensioniert werden. Zürich und insbesondere Lausanne blieben wohl als Standorte der MCH Group nicht erhalten. Der grösste und vermutlich rentabelste Standort Basel aber mit allergrösster Sicherheit schon, ausser die Firma ginge Pleite. Dieses Szenario könnte schlimmstenfalls eintreten, auch wenn das abzulösende Darlehen nicht refinanziert werden könnte oder wenn die heute traktandierten Massnahmen nicht ausreichen, also auch bei einem Ja heute ist dieses Szenario nicht auszuschliessen. Dann würde sofort die einzigartige Infrastruktur in Basel bespielen, sowohl im Bereich Messen wie bei den Kongressen, halt nur in Basel und schlimmstenfalls zu Beginn in etwas kleinerem Massstab.

Infrastruktur, Standortattraktivität, Erreichbarkeit, Reputation und Kostenstruktur wären schlicht zu gut, als dass sich nicht neue Unternehmen für unsere Basler Messen in Basel interessieren würde. Unser Kanton müsste bei diesem Szenario einzig die grösstenteils abgeschriebenen Liegenschaften, welche sich im Baurecht des Kantons befinden, aus der Konkursmasse herauslösen.

Noch einmal, dies ist der Worst Case, einer, der auch bei der heute zu erwartenden Zustimmung eintreten kann und mit dem die SVP im schlimmsten Fall leben könnte. Aus diesem Grund lehnt sie diesen Ratschlag ab.

Luca Urgese (FDP): Dieses Geschäft ist eine Herausforderung, nicht nur weil das betroffene Unternehmen börsenkotiert ist, die WAK unter Geheimhaltung tagte und wir unsere Kolleginnen und Kollegen deshalb nur sehr eingeschränkt informieren konnten, sondern auch weil hier sehr viele Motionen mit im Spiel sind. Jeder und jede hier im Saal verbindet wohl mindestens ein persönliches Erlebnis mit unserem Messeunternehmen. Die Messe prägt unser Stadtbild, nicht nur mit imposanten Bauten, sondern auch mit dem Erscheinungsbild der Stadt, das sich wieder letzte Woche mit der Art Basel verändert hat.

Hinzu kommt die grosse wirtschaftliche Bedeutung für sehr viele Menschen in unserer Stadt, von der Restaurantinhaberin bis zum Hotelier, von der Taxifahrerin bis zum Standbauer. Kaum verwunderlich also, wenn Empörung entsteht, wenn ein Flaggschiff wie die Basel World abstürzt, wenn Aufträge und Buchungen wegbrechen, der Börsenkurs auf ein Rekordtief fällt und das Unternehmen ins Straucheln gerät. Verbindet sich das dann auch noch mit unternehmerischen Fehlentscheiden, arrogantem Auftreten und gewagten Experimenten, entsteht eine geladene Stimmung. Der Unmut und die Enttäuschung sind gross. Nun will die Messe auch noch Geld von den Steuerzahlenden. Kein Wunder gehen die Wogen hoch.

In diesem Moment ist es wichtig, einen Schritt zurückzumachen und sich die richtigen Fragen zu stellen. Was wollen wir eigentlich als Kanton, und wie erreichen wir das, was wir wollen, am wahrscheinlichsten? Was wir als FDP wollen, ist klar. Wir wollen einen erfolgreichen Messe- und Kongressstandort Basel, wir wollen die daraus entstehende Wertschöpfung, von der so viele Menschen in unserer Region wirtschaftlich profitieren, in der Region halten. Wir wollen die Arbeitsplätze, die Aufträge, die Steuereinnahmen und durchaus auch die internationale positive Wahrnehmung unserer Stadt, die mit einem erfolgreichen Messe- und Kongressstandort entsteht, erhalten und wenn möglich ausbauen. Das erreichen wir nicht mit Vergangenheitsbewältigung. Deshalb ist es hier wichtig zu unterstreichen: Wir entscheiden nicht über die Vergangenheit, nicht darüber, ob wir den Untergang der Basel World bedauern oder ob wir die Arbeit für CEOs gut oder schlecht fanden, wir entscheiden darüber, ob wir daran glauben, dass die MCH Group in Basel eine Zukunft hat, und darüber, ob wir dafür als Aktionär mit Sperrminorität im Boot bleiben wollen oder nicht.

Bei all diesen Diskussionen stellt sich für einen Freisinnigen zuallererst natürlich die Frage, warum der Staat überhaupt an der börsenkotierten MCH Group beteiligt ist und sein soll. Die Antwort ist ernüchternd und für Anhänger der Marktwirtschaft zugegebenermassen durchaus ein Graus. Aber je mehr man sich mit dem internationalen Messestandortwettbewerb auseinandersetzt, umso mehr stellt man fest, ohne öffentliche Hand geht es in diesem Markt einfach nicht. Mir ist kein Standort bekannt, in dem nicht in der einen oder anderen Form Steuergeld fliesst. In einigen Städten wird die Infrastruktur mit Steuergeld finanziert, in anderen Städten können dank Steuervergünstigungen oder auch direkten Geldzuschüssen tiefere Gebühren angeboten werden, als es dem Markt entsprechen würde.

Als Beispiel ein Blick nach Deutschland: In Hannover hat sich der Staat mit 250'000'000 Euro an einer Kapitalerhöhung beteiligt, in Stuttgart wurde mit Steuergeld für Fr. 800'000'000 ein neues Gelände gebaut und wird jetzt deutlich unter Marktpreis verpachtet. Berlin, Köln, Frankfurt, überall fliesst Steuergeld, in anderen Ländern wie Italien, Frankreich, Spanien ist es genauso. Einfach weil man sich bewusst ist, dass es sich volkswirtschaftlich lohnt. Man kann es richtig oder falsch finden, aber ohne finanzielle Beteiligung der öffentlichen Hand ist kein privates Unternehmen im Messe- und Kongressgeschäft wettbewerbsfähig, weil es gegenüber anderen Standorten mit finanzieller Unterstützung durch den Staat im Nachteil ist.

Das ist eben der Knackpunkt. Man kann lange sagen, wenn Basel mit seinem Standort attraktiv ist, werden Private investieren. Natürlich hat Basel seine unbestreitbaren Vorteile. Wer wenn nicht wir sollte davon fest überzeugt sein. Aber am Schluss sind für jede Messe und für jeden Kongress doch die finanziellen Aspekte relevant. Wenn Basel als Standort zu Marktpreisen operieren muss, während alle anderen mit steuerlich finanzierten Dumpingpreisen antreten, kommt das für Basel nicht gut. Das ist, wie wenn wir in einem internationalen Wettrennen mit den schweren Skischuhen antreten, während alle anderen in den neusten federleichten Turnschuhen rennen dürfen.

Also halten wir fest: Ohne Steuergelder geht es leider nicht. Nun bleibt noch die Strukturfrage. Es ist ja nicht so, dass die heutige Struktur die einzige mögliche ist. Im Gegenteil, es ist eher ungewöhnlich, wie wir die MCH Group in Basel strukturieren haben. Insofern liegen auch all jene falsch, die behaupten, diese Vorlage sei alternativlos. Man kann mit Recht die Frage in den Raum stellen, ob die heutige Struktur die richtige ist. Die FDP hat diese Frage vor einigen Jahren auch schon in den Raum gestellt, und vorgeschlagen, separat eine Betreiber- und Infrastrukturgesellschaft zu führen. Aber es gibt zwei Dinge, die dabei wichtig sind. Erstens muss man ehrlich sein mit den Leuten. Wenn gewisse unter Ihnen behaupten, man könne hier und heute den Ausstieg einleiten und das sei dann für die Steuerzahlenden die günstigere und bessere Lösung, dann betreiben Sie im besten Fall Augenschwärze. Wie ich schon gezeigt habe, geht es ohne Steuergelder nicht. Wir werden dann dieses einfach in anderer Form in den Messebetrieb einschleusen müssen. Transparenter ist das nicht, ganz zu schweigen davon, dass Sie kaum für Fr. 34'000'000 die ganze Messeinfrastruktur aus der MCH Group auskaufen können. Nur schon der Nettobuchwert aller Bauten im Finanzbericht wird auf rund Fr. 172'000'000 beziffert.

Zweitens müsste man eine Umstrukturierung sauber aufgleisen und kontrolliert umsetzen. Heute Nein zu sagen wäre das Gegenteil davon. Es würde bedeuten, sich zurückzuziehen, ohne Plan das Unternehmen MCH Group und damit den Messestandort Basel seinem Schicksal zu überlassen und einfach auf das Beste zu hoffen. Das entspricht nicht unserem Verständnis von Verantwortung und schon gar nicht einem verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern.

Im Ergebnis ist die FDP-Fraktion zum Schluss gekommen, dass die vorgelegte Kapitalerhöhung heute die beste Option ist. Wir wollen der MCH Group die Zeit und die Möglichkeit geben, die dargelegte Strategie umzusetzen und den Turnaround zu schaffen. Jedem, der sich die letzten beiden Jahre nicht irgendwo in der Wildnis abgeschottet hat, ist klar, dass ein Turnaround für ein Messeunternehmen in den letzten zwei Jahren mit Veranstaltungsverbots und Reisebeschränkungen unmöglich war. Vor zwei Jahren haben wir in diesem Saal entschieden, dass wir der heute bestehenden Konstellation mit einem grossen privaten Ankerinvestor eine Chance geben wollen. Es ist nichts als logisch und konsequent, wenn wir uns den damaligen Entscheid heute bestätigen. Es ist eine Zukunftswette mit Risiko. Auch hier müssen wir ehrlich sein mit den Steuerzahlenden. Es gibt keine Garantie dafür, dass es gut kommt. Aber es ist aus unserer Sicht ein deutlich kleineres Risiko als der unkontrollierte Rückzug. Und dass ein Privatinvestor bereit ist, dasselbe Risiko auf sich zu nehmen, ohne Absicherung durch die Steuerzahlenden, gibt uns dadurch ein gewisses Vertrauen.

Ein grosser Teil der Kritik, der an der MCH Group und ihren Verantwortlichen geübt wurde, ist berechtigt. Es wurden schwere Fehler gemacht, aber irgendwann müssen wir darunter einen Schlussstrich ziehen und in die Zukunft schauen. Wenn dieses Unternehmen wieder auf die Beine kommen soll, dann braucht es jetzt auch ein Zeichen des Vertrauens von Seiten der Politik, dass wir an die Strategie und an die Zukunft des Unternehmens glauben. Wir sind dazu bereit, heute dieses Zeichen zu setzen, für einen Messestandort Basel mit Zukunft. Wir beantragen Ihnen deshalb, dem Beschluss zuzustimmen. Zum Antrag der Grünliberalen werde ich mich später noch äussern.

Annina von Falkenstein (LDP): Herzlichen Dank an das WSU und an das Management der MCH Group für die umfassenden Unterlagen und die zeitnahe Beantwortung aller offenen Fragen der Kommission. Wir alle verfügen jetzt über ausreichend detaillierte Informationen, um den beantragten Beschluss fällen zu können. Die LDP bittet Sie, dem Antrag von Regierungsrat und Kommission zu folgen.

Während der Geschäftsberatung wurde klar, dass Lupa Systems als zweiter Ankeraktionär sich sehr stark zu Basel bekennt. Nicht nur die Aussagen James Murdochs als Gründer und CEO von Lupa Systems, sondern auch die geplanten neuen Messeformate belegen dies. Das MCH Group Aushängeschild Art Basel ist über Jahrzehnte erfolgreich, die Ausdehnung auf weitere internationale Durchführungsorte war ein richtiger Entscheid für den Unternehmenserfolg. Die Art Basel lässt Basel auf der Weltkarte stärker erscheinen. Mit der neuen Messehalle, die übrigens von den Ausstellenden zum Teil unter Androhung des Wegzugs aus Basel gefordert wurden, sind moderne Räumlichkeiten vorhanden. Erhalten wir durch die Kapitalerhöhung Sperrminorität, kann der statuarische Bezug zum Durchführungsort Basel nicht gestrichen werden. Für unseren Standort und das hiesige Gewerbe ist diese Garantie auch für die Zukunft sehr wünschenswert.

Die Zukunft der Messebranche lässt sich nicht linear aus deren Vergangenheit ableiten. Die Digitalisierung setzt die Branche in Umbruch. Covid hat direkte Begegnungen temporär ganz unterbunden. Wer am bisherigen Geschäftsmodell von Messen festhalten will, wird scheitern. Deshalb hat die MCH Group den Messemarkt beobachtet. Parallel dazu hat sie kritisch nach innen geschaut. Dabei hat sie sich auch nicht gescheut, Missstände festzustellen und diese aufzuarbeiten. Über die vorhandenen Erfahrungswerte und Kompetenzen wurde eine Auslegeordnung gemacht. Der Messemarkt, dessen Grössensegmente, deren Verteilung, die Marktmitspieler und gesellschaftliche Trends wurden analysiert. Aus der Standortbestimmung von innen und aussen sind neue Messeformate und Geschäftsmodelle entstanden, so die Sustainability Days und die Spring. Interpretiert man diese Schritte mit etwas Optimismus, dürften weitere Konzepte folgen, die aufgrund der Börsenkotierung allenfalls zur Zeit noch nicht spruchreif sind. Da die MCH Group in die Hosen gestiegen ist und alles andere als tatenlos die hohle Hand hinhält, ist durch die heute diskutierte Kapitalerhöhung eine Umwegrentabilität zu erwarten. Diese käme der hiesigen Wirtschaft zugute, wie es in vergangenen Jahren bereits in sehr grossem Ausmass der Fall war.

So weit so gut. Dennoch sprechen wir über Steuergelder und zwar nicht wenig. Corona hat Einnahmen, mit denen

üblicherweise gerechnet werden kann, verunmöglicht. Anders als andere Branchen hat die MCH Group nicht nahezu volle Entschädigung vom Bund für die staatlich vorgegebene Unmöglichkeit der Durchführung von Veranstaltungen erhalten. Das hat den Ruts in die aktuelle Bedarfslage aufgrund der stark reduzierten Geschäftsmöglichkeiten drastisch verschleunert. Es ist unbekannt, ob die aktuelle Kapitalerhöhung ansonsten jetzt überhaupt Thema wäre.

Eine vermeintlich dem Gewerbe nahestehende Partei war an vorderster Front dabei, als es darum ging, die Hotellerie, den Detailhandel und die Gastronomie vor verheerenden Covidfolgen zu retten. Eben diese Partei stellt sich nun gegen eine Kapitalerhöhung, welche eine Wertschöpfung von mehreren hundert Millionen pro Jahr bewirkt und die letztendlich 10'500 Arbeitsplätzen vorwiegend in eben diesen Branchen zugute kommt. Besonders für Basels Hotellerie und Gastronomie ist gewiss: Lassen wir die MCH Group Konkurs gehen und dieses Szenario droht, ist mit massiv weniger Umsatz im Hotel und Gastgewerbe zu rechnen. Für die von Covid bereits gebeutelten Branchen wäre dies ein weiterer grosser Dämpfer. Von einer anderen Partei überrascht es jedoch weniger, dass sie den vorliegenden Bericht nicht ohne Änderungsanträge oder Optimierungsvorschläge stehen lassen kann. Einmal mehr erfolgt dies im Nachgang der Kommissionsberatungen und eher kurzfristig.

Entscheiden wir uns für die Kapitalerhöhung, ist dies ein Zeichen für weitere Lebensjahre für die MCH Group. Bauen wir in denselben Beschluss jedoch die verbindliche Erarbeitung von Alternativen und Ausstiegsszenarien ein, schwächt dies die sonst positive Signalwirkung sehr stark ab. Es ist zwar positiv zu verzeichnen, dass im vorliegenden Änderungsantrag die Standortsicherung mehrfach betont wird, diese wiegt die grosse Unsicherheit, die die Prüfung des Ausstiegs mit sich bringt, in der vorliegenden Form allerdings nicht auf. Da die MCH Group ein börsenkotiertes Unternehmen ist, empfiehlt die LDP-Fraktion bereits jetzt den Änderungsantrag zur Ablehnung.

Ebenso kann ich nicht nachvollziehen, wie man sich in diesem Geschäft enthalten kann, denn es war schon lange bekannt, dass wir darüber beraten und auch unter Wahrung der absoluten Geheimhaltung waren Andeutungen über den Verlauf durchaus möglich. Ja liebe SVP, tatsächlich habe auch ich den Vergleich mit einer Kuh eingebaut, vielleicht ist das das Resultat der sonst bereits sehr guten bürgerlichen Zusammenarbeit. Nehmen Sie an, die MCH Group wäre eine Kuh. Nicht nur hat sie den Kanton in der Vergangenheit sehr viel Milch beschert, sie hat gleich mehrfach gekalbt und konnte gedeihen. Jetzt ist die Kuh aber krank. Wollen Sie die Kuh, die grosse Verdienste hat, deshalb direkt verhungern lassen und ihr die Pflege verweigern und auch die Aussicht darauf, dass sie vielleicht wieder gesund wird? Wenn wir die Kuh nun vorübergehend direkt und aktiv hegen und pflegen und füttern, ist sie hoffentlich bald wieder im Stande, selbst zu fressen und kann hoffentlich schnell genesen. Wer nicht füttert, kann auch nicht mehr melken.

Im Namen der liberaldemokratischen Fraktion bitte ich Sie, die MCH Group in ihrem Turnaroundprozess zu unterstützen. Helfen wir heute mit, den Weg zu hohen Steuereinnahmen der MCH Group wieder zu ebnen, die alle hier im Kanton Ansässigen bereits in der Vergangenheit zugute kamen und auch wieder kommen können. Sichern wir die kantonale Sperrminorität und unser Mitspracherecht und ermöglichen so wertvolle Wirtschaftstätigkeiten für unseren Standort Basel.

Thomas Gander (SP): Heute Morgen habe ich in einer Zeitung gelesen, wir reden heute über Too big to fail. Ich denke aber, das ist falsch. Wir reden heute über den Point of no return. Bei sinkenden Aktienkursen ist es nicht sinnvoll zu verkaufen, und wir denken, es ist auch sehr sinnvoll, Risikokapital einzuschiessen. Wir sind in einer Situation, wo nur die Flucht nach vorne eine wirkliche Alternative ist, um den Standort Basel bzw. die Wertschöpfung unserer Stadt nicht zu gefährden und die Filetstücke nicht zu einem Spekulationsgut zu machen. Seien wir also klar. Bei der Mitbeteiligung des Kantons geht es zur Hauptsache um diese zwei Gründe, und ja, diese unterliegen einem Prinzip Hoffnung. Diese Hoffnung ist auch mit Unsicherheit verbunden, das wollen wir gar nicht wegdiskutieren. Die Wechsel an der CEO-Spitze lassen vermuten, dass auch das Management sich weiterhin am Finden ist und nach wie vor mit Altlasten zu kämpfen hat.

Genau hier ist Kommunikation wichtig, und diese vermissen wir. Dies kritisieren wir auch stark, weil für Aussenstehende ist es nicht klar nachvollziehbar, welche Überlegungen die Messe Schweiz für die Zukunft macht. Wir sehen hier klar kommunikativen Verbesserungsbedarf. Eine Messe hängt eben auch mit einer Region bzw. mit einem Standort sehr eng zusammen. Ich habe in der Historie nachgelesen über Messen allgemein. Die erste Messe fand 634 statt, und die Messen waren immer mit einer Stadt oder Region infrastrukturell oder finanziell verbunden. Es geht auch hier nicht im Kern um uns Politiker und Politikerinnen. Messen, Bevölkerung und Unternehmen müssen sich gegenseitig unterstützen. Es braucht eine positive Wechselwirkung. Nur so funktioniert Messe in einer Stadt.

Hier braucht es aber auch Vertrauen. Es braucht Transparenz und auch die Bereitschaft zur Kooperation. Sonst wird der Standort austauschbar und damit eine Kantonsbeteiligung überflüssig. Es braucht also klare Signale, dass die frühere Selbstbedienungsmentalität und auch das Missmanagement hinter sich gelassen wird. Das frische Geld muss und soll Perspektiven schaffen, und im Gegensatz zu anderen Fraktionsprechenden trauen wir dem jetzigen Management der Messe Schweiz das auch zu.

Das aktuelle Management muss zeigen, dass es fähig ist, die Messe in eine selbsttragende Zukunft zu führen. Wir sind daher auch bereit, mit Kantonsmitteln der Messe eine Zukunftsperspektive zu geben, damit daraus ein positiver Drive entsteht. Wir sind in den letzten Jahren permanent in einer Lose-lose-Situation und wir sind nur mit dieser Unterstützung in der Lage, Stabilität zu schaffen.

Der Bericht der WAK ist sehr gut. Ich bedanke mich dafür. Es war eine sehr grosse Herausforderung auch für die WAK-Mitglieder, in der kurzen Zeit sich einen Überblick zu verschaffen. Sie haben Hearings durchgeführt mit der Managementebene, mit dem Verwaltungsrat, und sie haben uns klar und plausibel dargelegt, dass eine Investition, wie wir sie jetzt tätigen, auch Zukunftsperspektiven schaffen soll. Die Vergangenheit müssen wir kritisieren, die Vergangenheit muss in den Köpfen des aktuellen Managements vorhanden sein, aber wir müssen jetzt in die Zukunft schauen. Das klingt immer schön, aber wir haben tatsächlich keine andere Alternative, um diesen Standort zu sichern. Deshalb verstehe ich auch nicht den Antrag der GLP, der versucht, die Messe Schweiz in eine Privatisierung zu treiben, wobei doch sonnenklar

ist, dass die Filetstücke in Basel nicht mehr zu finden sind. Die werden an den Markt gehen, die werden verscherbelt, die werden anderswo stattfinden. Und dann haben wir den Standortvorteil unserer Stadt zusammen mit der Messe schlichtweg kaputt gemacht.

Es war in der Fraktion eine kritische Diskussion, wir haben verschiedene Meinungen, aber wir haben uns durchgerungen mit der positiven Überzeugung, mit dieser Ausgabenbewilligung eine Wiese zu schaffen, wo die Kühe glücklich sind.

David Wüest-Rudin (GLP): Gleich vorab möchte ich eines klar festhalten. Für die Grünliberalen ist die MCH Group wichtig. Sie war mal eine Erfolgsgeschichte, und die mit ihr verbundenen Messen, Events und Kulturevents, die Kongresse und Märkte waren und wären wichtig für den Wirtschafts- und Kulturstandort Basel. Darum ist es auch wichtig und richtig, dass der Kanton eine funktionierende und wirksame Standortförderung im Bereich Messen, Kulturevents, Kongresse und Märkte hat. Wir wollen dem Messestandort und der Standortförderung nicht schaden, im Gegenteil, sie sind wichtig.

Historisch verwurzelt ist die MCH Group in der Muba. Die Genossenschaft Messe Basel wurde um das Jahr 2000 herum in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, mit den Messen in Zürich zusammengeschlossen und die Holding an der Börse kotiert. Damit ist schweizweit ein einmaliges Konstrukt entstanden. Der Kanton hält eine Beteiligung im Verwaltungsvermögen, an einer Sonderform der Aktiengesellschaft, die zugleich an der Börse gehandelt wird. Das hat als Schönwetterkonstrukt im Erfolg gut zehn Jahre funktioniert, aber in der Krise hat sich gezeigt, dass es grosse Herausforderungen birgt.

Erstens übernehmen wir als Kanton ein finanziell relevantes unternehmerisches Risiko. Zweitens möchten die privaten Investoren weltweit frei von lokaler Gebundenheit gemäss Marktnachfrage Erträge erwirtschaften, während der Kanton zugleich lokal in Basel grosse Veranstaltungen durchgeführt sehen will. Drittens müssen wir Milizparlamentarierinnen und -parlamentarier unternehmerische Entscheide fällen, mit Investitionen von zweistelligen Millionenbeträgen, obwohl wir aufgrund der Börsenkotierung der MCH gar nicht die erforderlichen Geschäftsinformationen haben dürfen. Viertens kann trotz Mehrheit der Kanton letztlich nicht erzwingen, dass Veranstaltungen in Basel abgehalten werden, auch wenn es in den Statuten steht, wenn der Markt dies nicht nachfragt. Es wäre ja auch gegen das Interesse der Gesellschaft.

In schwierigen Zeiten entstehen also vielfache Interessenkonflikte. Vor über fünf Jahren haben wir Grünliberalen begonnen zu fordern, dass der Regierungsrat dem Parlament Alternativen aufzeigt, wie der Messestandort ohne das Konstrukt MCH Group oder abgewandelt gefördert werden könnte. In einem vor drei Jahren ohne Gegenstimme überwiesenen Anzug hat der Grosse Rat dem Regierungsrat den Auftrag erteilt, zu prüfen und zu berichten, "mit welcher alternativen Strategie er die Messe und Standortförderung und den volkswirtschaftlichen Nutzen sichert, ohne Beteiligung an der MCH Group." Im Anzug wurde deutlich gemacht, "dass es für Parlamente ärgerlich ja untragbar ist, wenn sie von der Exekutive vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Anzugstellenden wollen darum Transparenz, frühzeitige Information über Alternativen, eine politische Diskussion und vor allem im Grossen Rat keine Sachzwänge vorgelegt bekommen, über die sie dann nur noch pro forma entscheiden können, weil keine Alternativen mehr bestehen."

Das war die Forderung vor drei Jahren. Drei Jahre später ist klar, der Regierungsrat hat nichts gemacht. Er präsentiert einen teuren Sachzwang nach dem anderen und stellt seine geforderten Finanzspritzen als alternativlos dar. Die einzige kurzfristige andere Option, die zu sehen ist, sei der sofortige ungeordnete und konzeptlose Ausstieg aus der MCH Group. Und es geht noch darüber hinaus. Regierungsrat Kaspar Sutter hat noch diesen Februar vom Parlament gefordert, es solle doch alternative Forderungen aufstellen. Wir Milizionäre sollen also die Arbeit der Verwaltungsprofis erledigen. Der Regierungsrat zeigt auch im Ratschlag nicht vollständig auf, was passiert und welche Optionen bestehen, wenn die Kapitalerhöhung abgelehnt wird. Lorenz Amiet hat auch Varianten skizziert. Die Option gibt es. Der Kanton könnte im Rahmen des im Ratschlag beschriebenen Backstop die Refinanzierung als Anleihe durchführen. So ist es beschrieben, Fr. 54'000'000 wären so zusammengekommen. Weiteres Fremdkapital wäre dann eine Frage des Preises. Der Regierungsrat aber schlägt nur den für die MCH Group billigeren und einfacheren, aber für den Kanton teureren und riskanteren Weg über die Kapitalerhöhung vor.

Darüber ärgern wir uns und dagegen wehren wir uns auch. Wir wehren uns, dass der Regierungsrat seine Hausaufgaben verweigert und ein Milizparlament vor vollendete Tatsachen stellt. Bildlich gesprochen können wir zwischen Pest und Cholera wählen. Wir können und wollen nicht wiederholt zweistellige Millionenbeträge in die MCH Group einschliessen, ohne zugleich über einen sinnvollen und werthaltigen alternativen Weg zu entscheiden, unter Abwägung aller Vor- und Nachteile. Luca Urgese hat es gesagt, man muss einen Schritt zurückmachen und fragen, was wir wollen und wie wir es umgesetzt haben wollen. Die Frage kann man aber gar nicht stellen, es liegen keine Alternativen vor.

Wir sprechen von werthaltigen, konstruktiven, zukunftsfruchtigen Alternativen, wir sprechen nicht davon, konzeptlos und destruktiv einfach den Bettel hinzuschmeissen, was uns der Regierungsrat eigentlich präsentiert. Wir müssen jetzt nachschliessen oder wir haben einen ungeordneten, chaotischen Ausstieg. Damit kommen wir zum Problem mit dem heutigen Entscheid. Der Regierungsrat fordert insgesamt Fr. 40'000'000 für die MCH Group, echte Alternativen sind keine ausgearbeitet, die Risiken und Konsequenzen eines Nein sind ebenfalls unklar. Bei einem Nein könnte tatsächlich ein ungeordneter, ungeplanter Ausstieg folgen, möglicherweise mit Verlusten für den Kanton und Schaden für die Standortförderung. Bei einem Ja für die Finanzierung ist offen, ob sich das Investment finanziell lohnt oder das Geld verloren sein wird. Das weiss ehrlicherweise niemand.

Kurz, der vom Regierungsrat vorgelegte Entscheid kann eigentlich nicht seriös gefällt werden. In dieser Situation rückten für die Grünliberalen zwei Punkte in den Vordergrund. Zum einen, dass mögliche schädliche Konsequenzen eines chaotischen Ausstiegs aus der MCH Group vermieden werden, ein Verkauf zur Unzeit ist falsch, zum anderen muss die Zeit der konzeptlosen Sachzwänge endlich ein Ende haben. Daher ist die grünliberale Fraktion zum Schluss gekommen, dass zur Abwendung von Schaden ein Ja zur Kapitalerhöhung und zum Darlehensverzicht vertretbar ist, zumal ja die Chance besteht, dass sich die MCH Group erholt und das Investment nicht ganz verloren ist. Die Fraktion kann aber nur

dann zustimmen, wenn der Grosse Rat später sicher über die weitere Fortsetzung der Beteiligung und eine mögliche Neuausrichtung der Standortförderung entscheiden kann. Darum haben wir diesen Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag zum Grossratsbeschluss gestellt. Es muss in zwei Jahren eine Auslegeordnung mit Alternativen auf den Tisch, davon mindestens ein werthaltiges, sinnvolles Ausstiegsszenario. Der Grosse Rat muss in Freiheit und in Abwägung von Vorteilen und Nachteilen über die Fortsetzung oder Änderung der Standortförderung Messe entscheiden können.

Im Rahmen einer Motion haben wir skizziert, wie ein Gesamtkonzept und ein Deal für den Kanton aussehen könnte. Die Motion haben wir nach dem ergebnislosen Anzug diesen Februar vorbereitet. Es wurde sonnenklar, dass der Regierungsrat weder etwas unternehmen will noch eigene Ideen hat. Wir wurden von der Kapitalerhöhung überrascht. Wir haben abgewogen, ob wir die Motion einreichen, wir haben die Debatte in der WAK abgewartet und haben uns nun dafür entschieden. Sie zeigt einen Ansatz, in welche Richtung der Regierungsrat denken könnte. Und sie ermöglicht es, wenn der Grossratsbeschluss nicht gemäss unserem Antrag geändert wird, die Debatte noch einmal vertiefter zu führen. Wenn unser Änderungsantrag durchkommt, ziehen wir die Motion zurück und reichen sie als Anzug ein, ein Anzug ohne den Grossratsbeschluss bringt aber nichts. Der Regierungsrat würde wieder nichts unternehmen, das ist die letzten fünf Jahre deutlich genug geworden.

Wir bitten Sie daher, unserem Ergänzungsantrag zuzustimmen und dann auch der Kapitalerhöhung, wenn der Antrag durchkommt. Wird unser Antrag abgelehnt, gibt die Fraktion der Grünliberalen keine Empfehlung ab, wir werden uns wahrscheinlich enthalten.

Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP): Wir haben jetzt schon sehr viele Argumente gehört. Es wurde von Ehrlichkeit gesprochen, von Vertrauen, von Demut, von Emotionen. Wir haben aber auch von Tierwelten, von Kühen, von Filetstücken gesprochen. Ich möchte jetzt zwei Seiten sehr persönlich darlegen. Ich möchte die Aspekte Menschen und Kontrolle darlegen.

Menschen: Zwei Menschen haben im letzten Jahrhundert etwas Grosses gemacht. Der eine war Claude Nobs, er hat 1967 das Jazzfestival mitbegründet und aus einem verschlafenen Plätzchen Montreux eine weltbekannte Destination gemacht. 1969 hat Ernst Beyeler mit Galeriefreunden die Art Basel begründet, welche noch heute aus der kleinen Stadt am Rheinknie für kurze Zeit zum Nabel der Kunstwelt verwandelt. Das haben wir letzte Woche alle wieder life mitbekommen und sicherlich genossen.

Nach einer Gründungsphase hat das Aufsichtsorgan bei der MCH Group die Aufgabe, zu kontrollieren, ob diese Menschen, welche ein Unternehmen führen, eine gute Arbeit machen. Hier trägt die Basler Regierung eine grosse Verantwortung, denn sie bestimmt zwei Vertreter für dieses Gremium. Wir haben hier nichts zu sagen, das ist eine Kompetenz des Regierungsrats. Aber diese Kontrolle hat lange vor Corona versagt. Und man hätte sehen können, dass die operative Führung die Bodenhaftung verloren hat. Und hier kommt meine Erfahrung als Hotelier zum Zug. Als ich 2003 in der Rheingasse begonnen habe, hatten wir eine ausländische Messebauaufirma, welche für die Basel World einen Stand aufgebaut hat. Im ersten Jahr ging alles gut, aber die Rechnung für ihren Aufenthalt im zweiten Jahr wollten sie nicht bezahlen. Trotz Anerkennung der Schuld - und das waren damals über Fr. 30'000 - blieben sie mir das Geld schuldig. Im letzten Jahr hatte ich erfahren, dass diese Firma wieder einen Stand aufbaut und ich habe meine Chance gesehen, eine Pfändung ihrer Werkzeuge und Firmenautos zu erwirken und mein Geld zu erhalten. Ich habe die Messeleitung informiert, dass ich das machen werde. Was war ihre Reaktion? Sie haben mir nicht geholfen, sondern sie haben mir gedroht, wenn ich zu diesem Mittel greifen würde, wäre das ein Reputationsschaden für die Basel World und ich solle das unterlassen. Ich bin zum Tagesrichter, habe ihm mein Begehren bekannt gegeben, er hat stattgegeben, die Polizei ist in die Messehalle und ich hatte am nächsten Tag mein Geld auf dem Konto.

So wurden wir kleinen Hoteliers auch in den folgenden Jahren behandelt. Mein Vertrauen in die Geschäftsleitung war äusserst gering. Da konnte mich auch der damalige LDP-Regierungsrat und Verwaltungsratspräsident nicht umstimmen. Es gilt festzuhalten: Die MCH hat mit der alten Geschäftsleitung den Messestandort Basel in eine Sackgasse geführt und alle haben mitgemacht. Auch wir Hoteliers haben übertrieben, und ich hatte kurz vor dem Untergang der Messe einen Maximumpreis vorgeschlagen. Da haben über die Hälfte der Hoteliers mitgemacht, aber keine einzige Hotelkette, auch nicht die Hotelkette des Unternehmens, das ungefähr die Farbe meines T-Shirts hat.

Als ich vorletzte Woche den neuen CEO der MCH Group kennengelernt habe, habe ich ihn gefragt, was die zwei grössten Risiken sind in seinen Augen. Und etwas überrascht hat er geantwortet, der Faktor Mensch ist das grösste Risiko. Da stimme ich ihm zu. Die Menschen sind aber auch verantwortlich, wenn es einem Unternehmen gut geht. Und nun ist ein neues Team, ein neuer Verwaltungsrat am Werk. Und ich finde im Moment, sie mache das gut, und sie geben auch die Fehler der Vergangenheit zu. Der Kanton sollte jetzt wohl die letzte Chance ergreifen, mithelfen, dass Basel wieder eine grosse Messe- und Konferenzstadt wird. Was aber auch bedeutet, dass sie mehr und besser überprüfen sollen, wie dieses Unternehmen geführt ist. Ich teile die Ansicht, die Kommunikation muss deutlich verbessert werden, die Dialogbereitschaft und das Integrieren des lokalen Gewerbes, was in der Vergangenheit nicht gemacht wurde. Auch die Raison d'être der Messe, ob ein börsenkotiertes Unternehmen noch die richtige Form ist, kann zu einem späteren Zeitpunkt wieder diskutiert werden.

Die Fraktion die Mitte/EVP ist grossmehrheitlich für Überweisung dieses Geschäfts.

Zwischenfrage

David Jenny (FDP): Haben Sie geprüft, ob die von Ihnen vorgeschlagene Preisabsprache nicht gegen Artikel 5 Abs. 2 des Kartellgesetzes verstösst?

Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP): Ja natürlich habe ich das abgeklärt. Der Rechtsdienst unseres nationalen Verbands hat mir dabei geholfen und es wurde als in Ordnung angesehen.

Eric Weber (fraktionslos): beantragt Nichteintreten und Rückweisung an den Regierungsrat.

Basel wird ausgeschlachtet. Ich habe Angst, dass die nach London, Paris oder Frankfurt abhauen. Ich finde es ein Zeichen der Geringschätzung der Messeleitung, dass keiner auf der Tribüne ist. Wäre ich Präsident der Mustermesse Basel, wäre ich auf der Tribüne und würde dem Parlament danken. Aber ich sehe keinen Messechef. Der lacht uns aus, der schaut sich die Debatte nicht einmal im Livestream an.

Die Gelder werden einfach abgeschöpft, und dann sind die Leute weg. Es erinnert mich an die DDR. Die Firmen werden abgewickelt durch Treuhand und ausgeschlachtet. Oder wie in der Sowjetunion, wo die Oligarchen die Firmen ausgeschlachtet haben. Es passt nicht. Ich spüre, dass die Chefs der Mustermesse uns auslachen.

Darum muss ich Rückweisung und Nichteintreten beantragen. Ich möchte an Franz-Xaver Leonhardt anknüpfen. Er hat persönliche Beispiele gebracht über die Messe. Das möchte ich auch machen. Ich schreibe Briefe an die Messe. 40 Jahre lang bekam ich Tickets für die Art Basel, zur Muba. Nun kommt nichts mehr. Ich habe der Messe ein E-Mail geschrieben. Ich verlange von der Mustermesse, dass wir als Grossräte wieder unsere Freikarten bekommen. Wer bezahlt befiehlt. Ich möchte meine zwei Freikarten für die Art und für Basel Spring. Ich möchte auch Broschüren erhalten und ein Mittagessen.

Franz-Xaver Leonhardt hat dargelegt, wie er um sein Geld gebracht wurde, aber er hat es dann doch wieder bekommen. Ich werde um meine Freikarten gebracht. Darum beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten. Wir als Grossräte sollten einen Brief bekommen von der Messe, in dem steht, dass sie uns zur Wahl gratulieren. Das vermisse ich bei dieser Messe. Da ich von der Messe kein Dankeschön mehr erhalte, werde ich Nein stimmen. Es ist ein arrogantes Verhalten. Man bekommt nicht mal mehr einen Wunsch des Glückes, dass man gewählt wurde. Das geht nicht.

Die Mustermesse Basel verteilt so viele Karten kostenfrei aber nicht mehr an uns. Da merke ich, hier stimmt was nicht. Und ich stehe dazu. Ich vermisse den Messechef auf der Tribüne. Ich habe Anstand gelernt. Viele Basler fühlen sich traurig, weil Basel World weg ist. Darüber hat keiner geredet.

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: spricht Eric Weber einen Ordnungsruf aus.

Heidi Mück (GAB): Ich spreche im Namen des Teils der Fraktion des GAB, der die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Kapitalerhöhung ablehnt. Wir lehnen es ab, dass der Kanton einem börsenkotierten Unternehmen wie der MCH Group nur zwei Jahre nach der letzten Finanzspritze schon wieder bis zu Fr. 34'000'000 einschiessen soll. Diese Ablehnung hat verschiedene Gründe. Zum einen war die in der WAK vorgestellte Unternehmensstrategie nicht überzeugend. Vor ziemlich genau zwei Jahren wurde in der damaligen Debatte zur Kapitalerhöhung an der MCH Group mehrfach gesagt, dass wir über die zukünftige Ausrichtung der Messe diskutieren müssen und auch darüber, wie sich die öffentliche Hand gegenüber der Messe positioniert. Was nun im Vorfeld gelaufen ist, kann nicht wirklich als Diskussion über die zukünftige Strategie bezeichnet werden. Dazu reichte die Zeit gar nicht. Die Zeit reichte für eine gut und professionell gestaltete Werbeveranstaltung der MCH Group, inklusive Anwesenheit von James Murdoch persönlich, der der WAK versichert hat, wie toll er Basel findet und wie wichtig der Brand Art Basel für Lupa Systems ist. Die konkreten Informationen, die die WAK erhalten hat, waren aber ziemlich dürftig, und die Informationen, die wir dann auch weitergeben durften, waren noch viel dürftiger. Es ist mir schon klar, dass dieses Vorgehen zum Teil in der Natur der Sache liegt, aber es ist trotzdem ein No go. Wenn es in der Kommissionsarbeit ständig heisst "Dazu können wir ihnen nichts sagen", "Jenes muss streng geheim bleiben, weil es börsenrelevante Informationen sind", und gleichzeitig besteht die Erwartung an die WAK, dass wir unter enormem Zeitdruck uns ein Bild machen und eine Meinung bilden und dann noch die eigenen Leute überzeugen. Wie soll das gehen?

Eine meiner Vorrednerinnen hat gesagt, sie verstehe nicht, dass man sich hier enthalten kann, weil es ja trotz Geheimhaltung die Möglichkeit von Andeutungen gab. Aber Andeutungen sind doch keine seriöse Politik. Wie soll denn das gehen? Und obwohl die MCH Group und auch Regierungsrat Kaspar Sutter sich grosse Mühe gegeben haben, mich konnten sie nicht überzeugen. Ich bezweifle nach wie vor, dass die Messe auf gutem Weg ist, und ich finde nicht, dass die dir Fr. 34'000'000 gut investiertes Geld sind. Ein Teil des GAB sieht überhaupt nicht, was die verstärkte Fokussierung auf hybride und digitale Formate für den Standort Basel und seine Bewohnerinnen und Bewohner konkret bringen soll. Wir fragen uns, wo die Angebote für die ganz normale Bevölkerung sind, die nicht mit dem Privatjet an die Art kommt und dort Millionengeschäfte macht. Was ist mit den Menschen, die sich nicht einmal ein Art-Ticket für Fr. 65 pro Tag leisten können? Ich habe nichts davon gemerkt, dass die Bedürfnisse dieser Menschen in den strategischen Überlegungen der MCH Group Platz gefunden hätten. Kleine, eher volksnahe Messen klagen zum Beispiel über die immens hohen Preise, die sie für die Messehallen zahlen müssen, und sie fühlen sich kaum unterstützt.

Bei aller Euphorie, kurz nach der diesjährigen Art, dürfen wir ruhig auch zur Kenntnis nehmen, dass die Art Basel dieses Jahr zwar über 70'000 Besucherinnen und Besucher in fünf Tagen hatte, die lange nicht so exklusive Fantasy Basel brachte in nur drei Tagen 62'000 Besucher und Besucherinnen nach Basel. Und es ist nicht davon auszugehen, dass diese Besucher und Besucherinnen mit dem Privatjet gekommen sind. Somit punktet die Fantasy nicht nur bezüglich Besucherzahlen, sondern auch bezüglich Nachhaltigkeit. Doch das scheint der MCH Group nicht so wichtig zu sein. Hauptsache, man kann sich mit dem Leuchtturm Art Basel schmücken. Da hat sich gegenüber den letzten wirklich problematischen Jahren in den MCH-Chefetagen offenbar nichts geändert.

Der Teil der Fraktion, den ich vertrete, kritisiert auch, dass das Argument mit der Sperrminorität den Kanton in eine

enorme Zwangslage bringt. Wenn wir so krampfhaft an dieser Sperrminorität festhalten, dann müssen wir jedes Mal mitziehen, wenn der grosse Investor eine Kapitalerhöhung anstrebt. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, diese Kapitalerhöhung nicht zu gewähren.

Zwischenfragen

Luca Urgese (FDP): Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass die von Ihnen kritisierte Leitung der MCH Group erst kürzlich mit der Spring Basel eine Messe angekündigt hat, die genau die Zielgruppe adressiert, die Sie vorher angesprochen haben?

Heidi Mück (GAB): Ich habe zur Kenntnis genommen, dass diese Messe angekündigt wurde. Ich weiss nichts über die Preispolitik, ich weiss nicht, ob sie auch Familiensonntage anbieten und Rabatte für Familien.

Beda Baumgartner (SP): Habe ich Sie richtig verstanden, Ihre Position ist, dass man auf die Sperrminorität verzichtet und auf den künftigen Anteil des Kantons Basel-Stadt an der MCH Group gänzlich verzichtet?

Heidi Mück (GAB): Meine Position ist folgende: Wenn wir James Murdoch glauben schenken, dass er den Standort hier behalten will, dann ist es nicht nötig, diese Sperrminorität zu behalten. Und wenn wir ihm nicht glauben können, dann bringt diese Sperrminorität überhaupt nichts.

Joël Thüring (SVP): Es ist unglaublich, wie David Wüest-Rudin es schafft, in seinem Votum sechs Minuten lang Argumente für ein Nein zu liefern und zwei Sätze vor dem Ende noch zu erläutern, weshalb er trotzdem für ein Ja ist. Diese Flexibilität der grünliberalen Partei ist schon erstaunlich. Bei diesem Geschäft finde ich sie ganz und gar peinlich. David Wüest-Rudin, Ihr Änderungsantrag kam in allerletzter Minute. Er kam völlig quer bezüglich alle Debatten. Es steht im Bericht der WAK nichts dazu, dieser Antrag wurde offenbar nicht in der Kommission gestellt. Was Sie hier in Ihrem Antrag fordern ist das, was Sie bereits in Ihrem Anzug, den Sie übrigens auch erwähnt haben, gefordert haben. "Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, wie er die Kantonsfinanzen schützt, die Rückzahlung der Darlehen sichert und einen Nachschuss in die MCH Group verhindert." Das haben wir 2019 stillschweigend an den Regierungsrat überwiesen. In diesem Jahr hat der Regierungsrat darauf geantwortet. Der Regierungsrat ist auf Ihr Anliegen nicht eingegangen. Es wird sich doch jetzt nichts ändern, wenn Sie mit dem genau gleichen Anliegen noch einmal in etwas anderer Form versuchen, Ihre eigene Position zu veredeln. Sie wollen keine Farbe bekennen. Sie kritisieren seit fünf, sechs, sieben Jahren die Struktur, die Strategie, das Management der MCH Group und Sie haben heute die Möglichkeit Farbe zu bekennen, ob Sie diesem Ratschlag zustimmen oder nicht. Sie haben heute die Gelegenheit zu entscheiden, ob Sie danach ein Referendum ergreifen und der Bevölkerung die Möglichkeit geben, eine Meinung dazu kundzutun. Wenn die Bevölkerung Nein sagt, dann kann sich letztlich der Kanton Basel-Stadt auch überlegen, wie er mit dieser Beteiligung, die er ja noch immer hat, umgehen soll.

Was Sie hier versuchen ist einmal mehr eine Kurve der GLP-Fraktion, die nun wirklich niemand mehr versteht. Ich appelliere wirklich an die GLP-Fraktion, endlich Farbe zu bekennen, seriöse Politik zu machen, solche Anträge in der Kommission zu stellen, damit man in der Kommission darüber beraten kann und nicht erst kurz vor zwölf Uhr mit einem speziellen, unabgesprochenen Antrag zu kommen.

Für meine Fraktion ist klar, was aufgrund der Überlegungen, die wahrscheinlich sogar sehr ähnlich sind wie die Ihrigen, unser Schluss ist. Wir sagen heute nämlich Nein. Und ich bin da sehr bei Heidi Mück. Wenn der Messestandort Basel so wahnsinnig attraktiv ist, und ich bin überzeugt, dass er das ist, dann bleibt James Murdoch mit der Messe in Basel. Dann brauchen wir diese Beteiligung nicht. Wir haben es gehört, auch andere Gemeinden und Kantone sind an der Messe beteiligt oder im Verwaltungsrat vertreten. Die haben dort auch keine speziellen Vereinbarungen, und trotzdem finden Messen statt.

Ich finde schon, dass wir das Schreckensszenario etwas abschwächen sollten, dass, wenn wir heute Nein sagen, morgen keine einzige Messe mehr in Basel stattfindet. So ist es nicht. Und ich glaube, auch die Charmeoffensive, der wir ausgesetzt sind mit kurzfristigen Einladungen an eine Informationsveranstaltungen, und der Ankündigung einer einzigen Messe, ist unglaubwürdig. Diese Millionen, die wir investiert haben, rechtfertigen nicht eine viertägige Messe, von der wir noch nicht einmal wissen, ob sie ein Erfolg wird. Wer garantiert uns, dass sie ein Erfolg wird? Zu behaupten, dass die Messe aufgrund dieser Ankündigung eine Strategie für die Zukunft hat mit einem CEO, der jetzt bald anfängt, stelle ich für den Moment in Frage.

Haben Sie heute Mut, sagen Sie Nein zum Ratschlag und geben Sie der MCH Group die Chance, dieses Kapital auf dem freien Markt einzusammeln. Wenn wir vom Standort überzeugt sind, dann wird sich für unsere Stadt ohnehin nichts ändern. Ich bitte Sie deshalb auch im Interesse des Steuerzahlers, diese fast Fr. 40'000'000 heute nicht zu sprechen.

Isler-Christ, Lydia, LDP

Viel wurde schon gesagt. Es ist sicher nicht erfreulich, dass der Kanton Basel-Stadt bereits wieder einen staatlichen Unterstützungsbeitrag leisten muss. Trotzdem, das Messengeschäft hat trotz des Verlustes von mehreren namhaften Messen in den vergangenen Jahren nach wie vor eine beträchtliche volkswirtschaftliche Bedeutung. Die Gastronomie, die Hotellerie, auch viele weitere Gewerbebranchen profitieren direkt oder indirekt von der Durchführung von Messen und

Kongressen.

Auf der anderen Seite wurden von der MCH Group in den vergangenen Jahren zahlreiche Entscheide mit negativen regionalwirtschaftlichen Konsequenzen getroffen. Viele dieser Entscheide betraf auch das Basler Gewerbe ganz direkt. Während der vergangenen Jahre hat die MCH Group zunehmend eigene Partner mit Exklusivrechten und Subventionen bevorteilt bzw. versucht, Dritte mit Gebühren oder höheren Anforderungen aussen vor zu behalten. Messestandmieter gemäss begann die Zwangskonsumierung spätestens mit der Aufhebung beliebter regionaler Gastrobetriebe in den Hallen, wie beispielsweise dem Metzger- oder Bäckerstübli. Ziel der Messe war eine Monopolisierung der Gastronomie, die Ausschreibung schien massgeschneidert auf eine Firma aus München zu passen, welche dann auch den Zuschlag erhielt. Konsequenz war neben einer massiven Reduktion der kulinarischen Vielfalt sowohl für Besucher als auch für Standbetreiber eine massive Erhöhung der Preise, auch für Kundenaperos an den Ständen, für welche den Standmieter ab damals quasi ein monopolisierter Zwangskonsum aus Bayern auferlegt wurde. Es folgten in Kürze weitere Pflichtbezüge zu massiv teureren Preisen als zuvor. Für Standbau, Stromanschlüsse, Beschallung, Beleuchtung, Reinigung. Die Nebenkosten für die Standmieter stiegen, gleichzeitig wurden den hiesigen Gewerbetrieben durch die MCH Group die vorherigen Aufträge entzogen. Nichts desto trotz hat das Gewerbe in den vergangenen Jahren die Messe stets unterstützt, sei es im Rahmen des Neubaus, sei es im Zusammenhang mit dem steigenden Kapitalbedarf. Ich befürworte, dass der Kanton Basel-Stadt im Sinne einer letzten Chance sich an der Kapitalerhöhung der MCH Group beteiligt. Die Führung der MCH Group ist jetzt gefordert mit einem innovativen, zukunftsfähigen und langfristig orientiertem Betriebskonzept, rasch zurück auf die Erfolgsspur zu finden. Das regionale Gewerbe als wichtiger Partner der Messe kann hierzu einen wertvollen Beitrag leisten. Dafür braucht es jedoch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Ich fordere deshalb die MCH Group dazu auf, dass Leistungen wieder verstärkt extern an die regionale KMU-Wirtschaft vergeben wird. Das ist auch im Sinne der LDP. Denn wir alle wollen einen starken Messestandort Basel, aber ich möchte keine staatlich unterstützten Organisationen und Firmen, die das örtliche Gewerbe konkurrieren.

Oliver Bolliger (GAB): Für mich stellen sich heute wie vor zwei Jahren immer noch gleichen, grundsätzlichen Fragen. Ich finde es keine gute Idee, Realpolitik rein von Sachzwängen abhängig zu machen. Aber genau das passiert hier. In Anbetracht des Moments und den weltweiten grossen Herausforderungen, in denen wir gerade leben, sind wir in der Pflicht, auch grundsätzliche Entscheide zu treffen, die vielleicht auf den ersten Blick nicht ganz berechenbar sind und uns aus der Komfortzone herausführen.

Nach zwei Jahren sollen wir also bereits wieder Steuergelder einem börsenkotierten Unternehmen zur Verfügung stellen, welches nicht gut aufgestellt ist, und dies nicht erst seit gestern. Aus einer linken Sicht war die Gründung der MCH Group im Jahre 2001 und der Gang an die Börse der grösste und schwerwiegendste Fehler in der Geschichte der Messe Basel. Seitdem musste alles gross, gigantisch und highend sein. Die Preise für die Aussteller und im ganzen Umfeld der Messe stiegen von Jahr zu Jahr. Profitgier und Wachstum waren die Treiber, bis sich das ganze kapitalgetriebene System sich sozusagen selber vernichtete und dazu führte, dass sich immer mehr Messen vom Standort Basel abwendeten, wie beispielsweise die Uhren- und Schmuckmesse, die dann als Basel World im Jahr 2019 definitiv beerdigt wurde.

Die Schweizer Mustermesse und die jährlich stattfindende MUBA, die neben der Olma die zweitgrösste Messe in der Schweiz darstellte, war jahrzehntelang als Genossenschaft organisiert. Für die Durchführung von Messen und als bedeutender Messestandort ist die Rechtsform einer Aktiengesellschaft also nicht zwingend, und schon gar nicht als ein börsenkotiertes Unternehmen. Im Gegenteil führt dies zu grossen politischen Problemen, sei es mit Sperrminoritäten, mit dem erwarteten Profitdruck, der bestehenden Intransparenz gegenüber Behörden und der Politik und in den letzten Jahren hohen Handlungsdruck. All das führt ganz konkret zu Demokratieverlust. Die politische Mitsprache und die Transparenz sind minimal, vieles ist geheim, und die Geschäfte kommen auf den letzten Drücker.

Das Innehaben der Sperrminorität macht uns schlussendlich nur zum Spielball anderer grosser Finanzgeber und zwingt uns in ein Korsett, aus dem auszusteigen es schwierig ist, ohne das ganze Konstrukt grundsätzlich in Frage zu stellen. Wir müssen also stetig nachziehen, um die Minorität zu halten, und dies ist ein Hochrisikospiele. Denn irgendwann fällt auch im Schachspiel die letzte Figur. Es stellt sich die Frage, ob wir ein Ende mit Schrecken wollen, oder ob wir einen Schrecken ohne Ende riskieren.

Dass es anderes geht beweist beispielsweise die Stadt Düsseldorf als ein sehr bedeutender Messestandort, der von der öffentlichen Hand und der dortigen Handelskammer getragen ist. Die Lösung ist also nicht die Privatisierung, sondern die Vergesellschaftung der Messe, um nicht dauernd Kapital einschiessen zu müssen. Konkret bedeutet dies, dass wir die Messehallen und das Kongresszentrum wieder in den Besitz der öffentlichen Hand zurücknehmen, der Boden gehört uns ja eh, und dann wäre es an der Politik, die Rahmenbedingungen zu bestimmen, dass auch in Zukunft Messen und eine Art Basel so umgesetzt werden, dass sie nachhaltigen Mehrwert für die Stadt Basel ermöglicht, und dass die Bevölkerung auch etwas davon hat.

Messen erzeugen den angesprochenen Mehrwert, und dann, wenn sie hier vor Ort stattfinden können und ein breites Publikum ansprechen und die Konzepte nachhaltig wirken. Es stellt sich schon die Frage, ob es wirklich sinnvoll ist, Menschen aus der ganzen Welt einfliegen zu lassen, um für ein paar Tage Kunst zu kaufen und mit dem Kapital neue Anlegestrategien zu ermöglichen. Das frage ich auch ganz direkt Teile meiner Fraktion und die SP. Anstatt alles dem Profit und der Idee von Glamour zu unterwerfen und ständig vom grossen Leuchten der Leuchttürme zu sprechen, wären in den vergangenen Jahren mehr Bodenhaftung angezeigt gewesen. Die Regierung hatte das letzte Mal den Auftrag erhalten zu prüfen, welche Ausstiegsszenarien möglich sein könnten, im Bericht lese ich wirklich nichts darüber.

Wie schon erwähnt lehnt ein Teil des GAB diese Kapitalerhöhung ab und ist gleichzeitig aber zuversichtlich, dass der Messestandort Basel mit einer Messe Basel eine Zukunft haben wird.

Zwischenfrage

David Jenny (FDP): Ist Vergesellschaftung ein Euphemismus für entschädigungslose Enteignung?

Oliver Bolliger (GAB): Nein, das sehe ich nicht so.

Beda Baumgartner (SP): Natürlich gibt es Dinge, die ich an der MCH Group in den letzten Jahren bemängle, bezüglich der Teilhabe beispielsweise, in Bezug auf gewisse Eintrittspreise und auch ein elitäres Auftreten gewisser Manager und Vertreter in den Vorjahren. Aber ich möchte schon noch aus sozialdemokratischer Perspektive ein paar Dinge sagen, die mich in der Debatte erstaunt und teilweise auch irritiert haben.

Dieses teilweise abstrakte Wort "Standort" möchte ich konkretisieren. Man kann unter diesem Schlagwort Dinge fassen, die ich auch sehr kritisch sehe. Aber hier ist die Frage schon sehr konkret. Es geht um Arbeitsplätze in Branchen der Hotellerie, der Gastronomie und auch im Kleingewerbe. Das sind übrigens auch Branchen, die wir jeweils bemühen, wenn es darum geht, das Klumpenrisiko in diesem Kanton zu minimieren und die Möglichkeit für gering qualifizierte und weniger privilegierte Menschen in dieser Stadt Arbeit zu geben.

Zu den Interessen der Gesellschaft, die von der GLP erwähnt wurden. Das ist ja genau der Punkt. Die Struktur mit dem Besitz der Hallen und die Erwähnung und Erweiterung im Zweckartikel ist ja genau das Interesse der Gesellschaft, dass es in Basel durchgeführt wird. Genau darum geht es ja. Die GLP hat seit drei Jahren diese Strategie und diesen Wunsch. Dann wären wir wirklich froh gewesen, wenn wir dies in der Kommission konkret auf dem Tisch gehabt hätten. Das verstehe ich einfach nicht. Sie kritisieren, dass das Geschäft ad hoc behandelt werden muss, und dann bringen Sie diesen Antrag auf die Grossratsdebatte. Widersprüchlicher geht es ja nicht. Wenn Sie dieses Anliegen gehabt hätten bei diesem Geschäft, dann hätten Sie über die Vertretung Ihrer Fraktion in der Kommission gehen können. Dann hätten wir das in der kurzen Zeitspanne abklären können. Dann können Sie in der Kommission den Antrag stellen, dass die Verwaltung entsprechende Antworten liefert. Dann müssten wir nicht hier im luftleeren Raum über diesen Antrag diskutieren.

Zur Frage, wie digitale Produkte mit der Wertschöpfung am Standort Basel verknüpft sind: Nun kritisiert man die Messe, sie sei abgehoben, sie schaffe es nicht, Wertschöpfung zu halten, und dann kritisiert man gleichzeitig, dass sie mit der Zeit geht. Zum Messekonzept gehört heutzutage auch, dass man digitale Produkte machen muss und dass diese Wertschöpfung auch wieder Basel zugute kommt. Dann fordern Sie lieber, den Laden komplett zu schliessen als zu kritisieren, dass auch noch digitale Produkte angeboten werden.

Wie ich verstanden habe, ist die Zustimmung der GLP halb daran geknüpft, dass wir den Antrag der GLP auch unterstützen, doch ein Teil der GLP ist trotzdem dafür. Und dann zu sagen, das Geschäft sei nicht seriös aufbereitet worden, finde ich ziemlich fragwürdig.

Es gibt mit Zustimmung zu diesem Geschäft keine Garantie, dass die MCH Group florieren wird. Aber die Strategie, heute Nein zu sagen und darauf zu hoffen, dass die Messe schon in Basel bleiben wird, dass nur Zürich und Lausanne wegfallen, wo es übrigens auch gering qualifizierte Arbeitsplätze gibt, auch Wertschöpfung, die mir als Sozialdemokrat genauso wichtig ist wie die Wertschöpfung in Basel-Stadt, ist keine Strategie. Wenn ich höre, dass Teile der GLP die Sperrminorität einfach aufgeben wollen und sich dann "auf James Murdoch verlassen" wollen, verstehe ich nichts mehr. Heisst das in der Logik von Joël Thüring, dass man das Kapital auf dem freien Markt holen muss, aber heisst das in der Logik von Teilen der GLP auch, die Messe dem freien Markt zu überlassen und dann zu schauen, wie sich das entwickelt? Die Vergesellschaftung der Messe ist heute nicht traktandiert, heute ist die Frage, ob wir diese Investition, die mit einer Chance aber auch mit einem Risiko verbunden ist, heute genehmigen. In Abwägung davon, dass es konkrete Arbeitsplätze und Menschen hinter diesen Arbeitsplätzen gibt, die davon profitieren könnten, möchte ich Ihnen im Namen der SP-Fraktion sehr beliebt machen, diesem Geschäft zuzustimmen.

Zwischenfragen

Oliver Bolliger (GAB): Sind Sie bedingungslos bereit, die Sperrminorität zu halten, egal was passiert?

Beda Baumgartner (SP): Ich sage an diesem Pult nicht, dass ich zu irgend etwas bedingungslos bereit bin.

Heidi Mück (GAB): Ist Ihnen bewusst, dass wir weiterhin zweitgrösster Aktionär bleiben werden, auch wenn wir die Sperrminorität aufgeben und das Geld nicht einschiessen?

Beda Baumgartner (SP): Das ist mir bewusst, aber damit ist nicht verknüpft, dass die Messen am Standort Basel durchgeführt werden müssen.

Eric Weber (fraktionslos): Ich habe mich zu einem zweiten Votum gemeldet, weil mir das Thema sehr am Herzen liegt. Ich nehme Bezug auf meine Vorredner. Joël Thüring hat sehr gut gesprochen. Er hat richtig erwähnt, dass die GLP die Fahnen in den Wind hält. Das geht meiner Meinung nach auch nicht. Man kann nicht das Bett täglich wechseln. Heidi Mück bin ich sehr dankbar, sie hat richtig gesagt, dass das mit den Privatflugzeugen nicht geht, da wird viel Energie verschwendet. Den Rednern, die gesagt haben, dass die Messe zerschlagen würde, sage ich, dass irgendwann ein riesiges Schwimmbad oder eine chinesische Universität in die Messe komme.

Es wurde weiter erwähnt, dass nicht klar sei, wie die Messe Spring Basel 2023 sein werde. Als ich das gelesen habe, habe ich sofort daran gedacht, dass es sich nur um eine Beruhigungsspiel handelt. Wenn ein Kind schreit, gibt man ihm den Schnuller. Wir werden von der Messe mit der Spring Basel beruhigt, damit wir noch schnell die Millionen sprechen. Die Hotellerie wurde angesprochen, aber es wurde vergessen, dass wir Basler schlecht in den Weltmedien dastehen. New York Times, Frankfurter Allgemeine Zeitung beschwerten sich über die Wucherpreise in den Basler Hotels. Das steht uns schlecht an.

Ein Vorredner hat dazu aufgefordert, die Leistungen an regionale Firmen zu verteilen. Auch Oliver Bolliger hat sehr gut gesprochen. Er hat die Debatte vor zwei Jahren erwähnt. Er hat gesagt, dass der Gang an die Börse aus linker Sicht der grösste Fehler war. Wir sind ein Spielball im Grosskapitalismus. Darum wird es die Messe in zehn Jahren nicht mehr geben.

Oliver Bolliger hat gesagt, dass die Bevölkerung etwas erhalten möchte. Das möchte ich auch. Ich möchte eine Antwort auf meine Briefe erhalten. Wenn man als Grossrat auf eine E-Mail keine Antwort erhält, dann ist das arrogant.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich danke für die Diskussion und die kritische Auseinandersetzung mit der MCH. Es zeigt, dass grosse Emotionen mit diesem Unternehmen verbunden sind, das ist eine gute Voraussetzung für die Zukunft dieses Unternehmens.

In Ihren Voten wurde sehr viel aus der Vergangenheit angesprochen, sehr viele negative Erlebnisse aus der Vergangenheit. Ich bin mir sicher, jeder und jede von uns hat auch positive Erinnerungen an Momente, an Events, an Begegnungen, die im Rahmen der Messe stattgefunden haben. Heute entscheiden wir aber nicht über die Vergangenheit, sondern ganz im Gegenteil entscheiden wir über die Zukunft, und im Interesse der Zukunft unseres Standorts und der Arbeitsplätze möchte ich Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

Die MCH ist börsenkotiert, und ich teile die Meinung, dass das den demokratischen Diskurs erschwert. Es ist tatsächlich schwieriger, unter diesen Bedingungen diesen Diskurs zu führen. Aber die Situation ist zurzeit so, es ist eine Gegebenheit, mit der wir uns auch als Parlament und Regierung auseinandersetzen müssen. Dennoch, die heutige Diskussion hat auch gezeigt, welchen Nutzen und Mehrwert die MCH für unseren Standort bringt. Darüber kann man sehr gut, breit und demokratisch diskutieren.

Ich möchte meine Aussagen von vorher noch einmal wiederholen. Vor zwei Jahren ist kein Geld vom Kanton Basel-Stadt an die MCH geflossen. Das ist einfach nicht so, auch wenn Sie es noch ein paar Mal wiederholen. Wir haben damals das Geld von uns, das bereits in der Messe war, von einem Darlehen in Eigenkapital umgewandelt, und wir haben die Aktien des Nachbarkantons Basel-Landschaft gekauft. Es ist kein Geld zur MCH geflossen. Das war der Fall, als man entschieden hat, Beiträge an die neue Messehalle zu leisten. Das ist das letzte Mal, dass Steuergelder an die Messe geflossen sind.

Ein bisschen gestaunt habe ich über die Nonchalance der SVP über einen allfälligen Konkurs. Ich fände das überhaupt nicht gut für unseren Standort. Ich glaube auch nicht, wenn die immateriellen Werte, die in der MCH sind wie beispielsweise die Rechte an der Art Basel oder an der Swissbau, an diese Konkursmasse gehen, dies auch nur im geringsten Interesse für uns Standort wäre. Ich hoffe, dass dieser Konkurs nicht stattfindet. Ich glaube nicht, dass dann neue Anbieter kommen und genau gleiche Messen hier anbieten werden. Den Konkurs kann niemand hier drin wollen.

Zur Aussage der GLP, dass der Regierungsrat seinen Auftrag nicht erfüllen würde: Die Wünsche der GLP sind kein Auftrag an den Regierungsrat. Das ist ihr Wunsch, aber mit dem Entscheid vor zwei Jahren hat dieses Haus einen klaren Entscheid gefällt, dass man nicht aussteigen will, sondern dass der Auftrag da ist, die Sperrminderheit zu sichern. Seit dann ist dieser Auftrag quasi obsolet. Und ihr Wunsch, diese Privatisierung weiterzuführen, das lehnt der Regierungsrat ab. Der Grossratsbeschluss ist bindend für den Regierungsrat. Gestaunt habe ich auch, dass die BastA! einig ist mit der GLP, dass man auf die Sperrminorität verzichten kann und die Privatisierung weitertreiben kann. Das hat mich erstaunt, aber ich nehme es so zur Kenntnis.

Die GLP hätte die Anleihe bevorzugt. Das verstehe ich überhaupt nicht, denn Anleihe heisst, dass das Risiko noch ungleicher auf der öffentlichen Hand liegt und alle Minderheitsaktionäre nichts beizutragen haben an die Kapitalerhöhungen für die Sanierung der Firma. Das verstehe ich nicht. Mein Interesse ist, dass jeder Aktionär und jede Aktionärin mit den gleichen Pflichten in dieser Gesellschaft ist, und da passt eine Anleihe, die der Kanton trägt mit Bürgschaften einfach nicht hinein. Deshalb war es mir sehr wichtig, dass die Kapitalerhöhung stattfindet, wo auch die Kleinaktionäre und die privaten Aktionärinnen und Aktionäre mitmachen können. Wenn sie es nicht tun, dann sinkt ihr Anteil an der Gesellschaft. Hier geht es um die gleichen Rechte und Pflichten aller Aktionärinnen und Aktionäre, die in dieser Gesellschaft sind, und nicht darum, dass die Risiken und Kosten vergesellschaftet werden. Deshalb kann ich diese Idee überhaupt nicht verstehen.

Die Fantasy Basel hat mich auch erfreut. Die findet auch in den Messehallen statt. Ich verstehe nicht, warum das ein Argument gegen die MCH war, im Gegenteil, es hat mich sehr gefreut, dass dieser Anlass stattfindet, dass er wächst, dass er Übernachtungen gebracht hat und in unserer Stadt lustige Gestalten zu sehen waren.

Die Gegnerinnen und Gegner haben mit dem Prinzip Hoffnung gesagt, dass der Standort ja so gut sei und ein Selbstläufer sei, dass es schon irgendwie gehen werde, auch wenn der Kanton nicht mitmacht. Ehrlich gesagt, ich bin der glücklichste Mensch, wenn das wirklich der Fall ist, wenn das Messegeschäft ein Selbstläufer ist und wir eine florierende Messe- und Kongressstadt Basel werden. Dann ist es überhaupt kein Problem, wenn wir jetzt mit der Kapitalerhöhung mitmachen, weil dann partizipieren wir voll an dieser erfolgreichen Messestadt, und das Investment hat sich dann auch finanziell voll gelohnt.

Mit diesen Worten möchte ich Sie bitten, einzutreten und dieser Kapitalerhöhung zuzustimmen.

Zwischenfrage

David Wüest-Rudin (GLP): Sie stimmen mir aber schon zu, dass bei einer Anleihefinanzierung nicht nur der Kanton die Anleihe gezeichnet hätte sondern auch die Lupa Systems, in gleichen Teilen, wie es zumindest im Ratschlag stand, und dass auch Kleinaktionäre die Gelegenheit gehabt hätten, bei weiterer Fremdfinanzierung an einer Anleihe zu partizipieren.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Lupa Systems schon, die anderen Aktionäre wären nicht dabei gewesen, die hätten nichts dazu beigetragen.

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 190, 22.06.22 17:31:54]

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Abstimmung

Rückweisung an den RR

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 91 Nein. [Abstimmung # 191, 22.06.22 17:32:44]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Ermächtigung Regierungsrat
2. Erlass Rückzahlung
3. Umwidmung in Verwaltungsvermögen

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion GLP vor. Sie beantragt eine neue Ziffer 4. Der Antrag liegt Ihnen schriftlich vor.

David Wüest-Rudin (GLP): Zuerst möchte ich ein paar Worte an die Adresse von Joël Thuring und der SVP richten. Ihre Politik wird nicht besser, je verletzender Ihre Anwürfe sind an unsere Politik. Sie haben eine seriöse Politik eingefordert, und selbst betreiben Sie eine völlig unseriöse Neinsagerhaltung. Sie müssen die Folgen Ihrer Entscheide bedenken. Der Regierungsrat hat kein Konzept, wie er damit umgehen würden, wenn wir hier Nein sagen. Es ist deshalb eine klare destruktive Neinsagerhaltung der SVP, die wir aber von anderen Politikfeldern kennen. Unsere Position ist klar, wir haben einen Antrag. Wenn dieser angenommen wird, dann können wir der Finanzierung zustimmen, weil dann gibt es die Chance, dass die MCH Group wieder fit wird und dass wir in zwei Jahren grundsätzlich darüber entscheiden können, ob wir weiterfahren wollen oder ob wir etwas anderes wollen. Wenn dieser Antrag nicht durchkommt, werden wir nicht zustimmen können.

Warum kommen wir jetzt mit diesem Antrag und haben ihn nicht in die Kommission gebracht? Erstens musste man die Diskussion in der Kommission abwarten. Gibt es neue Erkenntnisse? Man hat gesehen, dass vieles in Geheimhaltung ist. Vielleicht haben Sie nicht begriffen, was wir wollen. Wir wollen nicht kurze Antworten der Verwaltung. Wir wollen eine strategische Alternative in der Standortförderung, die kann man nicht so kurz innerhalb von einem Monat Kommissionsberatung erhalten. Das geht gar nicht. Es ist gar nicht anders gegangen als jetzt zu sagen, dass wir nur zustimmen können, wenn wir in zwei Jahren Alternativen auf dem Tisch haben.

Wenn wir schon viel Geld ausgeben, dann müssen wir doch abklären, ob es die richtige Form ist, dieses Geld auszugeben. Dabei geht es nicht primär um eine Privatisierung. Es geht nicht einfach um das Verscherbeln an Private. Nein, es geht darum, Alternativen aufzuzeigen. Luca Urgese hat es gesagt, es braucht Steuergelder, das sieht man

weltweit. Das ist richtig. Aber man muss doch schauen, warum und wie wir das Geld einsetzen. Regierungsrat Kaspar Sutter, Sie haben gesagt, wir hätten dieser Form vor zwei Jahren zugestimmt und deshalb brauche es jetzt keine Alternativen. Ich finde es ziemlich frech, die Zustimmung zur Kapitalerhöhung von vor zwei Jahren gleichzusetzen mit der Zustimmung zur jetzigen Struktur. Das war damals ein Sachzwang. Wir mussten zustimmen, weil sonst die Konsequenzen desaströs gewesen wären. Heute sieht es wieder ähnlich aus.

Deshalb wollen wir nicht einfach immer so weiterfahren, sondern wir brauchen eine grundlegende Diskussion, ob wir so weiterfahren wollen oder nicht. Sehen Sie das als Chance. Wenn wir Alternativen auf dem Tisch haben, über Vor- und Nachteile diskutieren können, dann können wir allenfalls entscheiden, die börsenkotierte Gesellschaft und die Beteiligung daran weiterzuführen. Dann haben Sie aber auch eine Stärkung der Politik. Dann haben Sie nicht ein negatives Signal, sondern es gibt eine Stärkung dieser Gesellschaft, weil wir diskutieren konnten, politische Alternativen hatten und dann zustimmen konnten, diesem Weg oder allenfalls einem anderen. Und dabei geht es auch nicht darum, ob wir den Glauben haben an den Standort oder nicht. Wir glauben an den Standort Basel, an die Messe und die Messförderung, aber wir sind nicht überzeugt, dass die Form, wie wir sie jetzt haben, die richtige ist.

Wir haben in unserem Antrag geschrieben, dass wir nicht partout aussteigen wollen. Es sollen Alternativen auf den Tisch, eine Auslegeordnung. Und eine muss natürlich der Ausstieg und ein werthaltiges Ausstiegsszenario sein. Weil wir dieses Anliegen haben und der Finanzierung nur zustimmen können, wenn wir wirklich danach die politische Diskussion führen können, stellen wir Ihnen diesen Antrag. Wir brauchen diese Sicherheit. Es wurde erwähnt, wir haben Anzüge eingegeben, wir haben den Regierungsrat aufgefordert, zu prüfen und zu berichten, und es ist nichts passiert. Darum möchten wir jetzt ein verbindliches Festhalten im Grossratsbeschluss, dass der Regierungsrat eine Pflicht hat, das auch in zwei Jahren zu tun und uns vorzulegen.

Parallel haben wir eine Motion eingereicht, die ein mögliches Szenario skizziert. Aber das ist eines neben anderen. Deswegen muss man sich das seriös überlegen und sich die Zeit nehmen können. Deswegen gilt die Frist von zwei Jahren. Wenn das hier nicht durchkommt, werden wir der Finanzierung nicht zustimmen können, aber wenn einzelne finden, dass es mit dem Änderungsantrag zu schnell gegangen ist, dann können wir nachher noch einmal über die Motion diskutieren. Aber uns ist es wichtig, dass wir endlich eine politische Grundsatzdiskussion zur Messe- und Standortförderung führen, weil uns diese wichtig ist. Und wir können nur zustimmen, wenn wir den Antrag so durchbringen, sondern werden wir nicht zustimmen.

Zwischenfragen

Beda Baumgartner (SP): Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Grossen Rat innert zwei Jahren einen Ratschlag vorzulegen, der eine Veräusserung der Beteiligung an der MCH Group sowie ein Konzept ohne Beteiligung an der MCH Group vorsieht. Inwiefern ist das keine Privatisierung?

David Wüest-Rudin (GLP): Wir haben ja heute schon eine private Beteiligung, und es ist lediglich ein Vorschlag. Es ist nicht per se eine Privatisierung, man kann ja Anteile behalten. Man kann sie auch von der Börse nehmen, man kann sie anderweitig weiterführen.

Joël Thüring (SVP): Sie wollen eine Grundsatzdebatte führen. Sie haben in Ihrem Anzug damals unter anderem gefordert, dass man prüfen soll, wie der volkswirtschaftliche Nutzen ohne Beteiligung an der MCH Group bzw. unter Aufgabe des Konstrukts einer gemischtwirtschaftlichen börsenkotierten AG funktionieren soll. Finden Sie nicht, dass wir diese Grundsatzdiskussion eben gerade geführt haben, zuletzt im Februar 2022, als wir Ihren Vorstoss dann abgeschrieben haben, und dort der Regierungsrat doch schon sehr deutlich diese Grundsatzdiskussion auch in seiner Antwort geführt hat?

David Wüest-Rudin (GLP): Nein, diese Grundsatzdiskussion haben wir eben nicht geführt, weil wir keine valablen Alternativen auf dem Tisch haben. Es heisst nur, so weiterfahren oder irgendwie ungeordnet aussteigen. Aber das muss nicht so sein. Es braucht ein Gesamtpaket, einen Deal, von dem auch der Kanton profitiert.

David Jenny (FDP): Was ist die rechtliche Konsequenz, wenn der Regierungsrat in zwei Jahren nichts tut, obwohl dieser Antrag angenommen wird?

David Wüest-Rudin (GLP): Gegenfrage: Was ist die rechtliche Konsequenz, wenn eine Motion nicht erfüllt wird?

Andrea Elisabeth Knellwolf, Präsidentin WAK: Ich bedaure, dass wir über dies Anträge nicht in der Kommission beraten konnten. Ich verstehe aber auch ein Stück weit die Begründung, warum das erst jetzt kommt. Da wir in der Kommission nicht darüber beraten haben, kann ich dazu auch nicht Stellung nehmen als Kommissionspräsidentin.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Grundsatzdiskussion haben wir heute sehr intensiv diskutiert, nämlich die Frage, ob wir der Meinung sind, dass die MCH das richtige Unternehmen ist, um Messen und Kongresse durchzuführen in dieser Stadt und diesem Kanton, und ob wir als Kanton unsere Minderheitsbeteiligung halten wollen. Das ist ein klarer Grundsatzentscheid, den Sie heute fällen, wenn Sie dieser Kapitalerhöhung zustimmen. Wenn ich Grundsatzdiskussion

höre, dann denke ich eher an meine Jugend in der JUSO zurück, wo wir auch immer sehr intensive Grundsatzdiskussion geführt haben.

Der Antrag der GLP legt den Fokus auf das Ausstiegsszenario des Kantons aus der MCH. Auch wenn man noch andere Varianten vorgelegt haben möchte, ist das doch die Hauptstossrichtung dieses Antrags. Das ist auch der Hauptgrund, weshalb wir diesen Antrag ablehnen. Nach dem Entscheid vor zwei Jahren und nach dem Entscheid, den Sie heute eventuell fällen, ist es sehr inkonsistent, an einer Kapitalerhöhung mitzumachen mit dem Argument, dass wir einen Drittel der Sperrminorität behalten wollen und gleichzeitig den Auftrag zu erteilen, ein Ausstiegsszenario zu erarbeiten.

Es gibt auch die falschen Zeichen gegenüber den Märkten, gegenüber der MCH, gegenüber den anderen Stakeholder. Es würde auch die Position der öffentlichen Hand innerhalb der MCH schwächen. Deshalb möchte ich Sie bitten, diesem Antrag nicht stattzugeben.

Pascal Pfister (SP): Ich möchte die Abstimmung heute nicht mehr gefährden, und Ihnen einfach mitgeben, dass wir von der SP diesen Antrag ablehnen. Selbstverständlich haben wir uns in der Kommission Gedanken gemacht über Alternativen, selbstverständlich haben wir uns innerhalb der Partei Gedanken gemacht, und die skizzierten Alternativen der GLP sind für uns schlechtere Alternativen, es handelt sich um eine Privatisierung, die dazu führen wird, dass wir an unserem Standort weniger Wertschöpfung haben werden und deshalb sind wir jetzt dagegen. Deshalb sind wir auch dagegen, wenn die Motion eingebracht wird. Ich muss mich an Kaspar Sutter anschliessen, wir führen die Grundsatzdiskussion jetzt schon seit einigen Jahren. Es ist auch legitim, das immer wieder einzubringen. Aber es gibt eine Mehrheit dafür, dass diese Alternative die beste ist.

Luca Urgese (FDP): Ich habe es im Hauptvotum gesagt, auch die FDP hat die heute bestehende Struktur schon in Frage gestellt und konkret in den Raum gestellt, ob man nicht Betrieb und Infrastruktur in zwei Gesellschaften aufteilen will, ohne sich schon auf die Äste zu lassen, wem diese Gesellschaften letztendlich gehören sollen. Eine Auslegeordnung, die noch ein bisschen detaillierter ausführt, was das konkret bedeuten würde, welche Schritte zu unternehmen wären, was die Chancen und Risiken, Vorteile und Nachteile wären, das finden auch wir durchaus wünschenswert. Wir sind nicht der Meinung, dass wir diese Grundsatzdiskussion heute geführt haben, dafür müsste man konkret die detaillierten Ausführungen auf dem Tisch haben. Die Struktur kann man durchaus auch in Frage stellen, ohne direkt zur Privatisierung zu springen. Die aufgeteilten Gesellschaften könnten ja beispielsweise auch dem Kanton gehören oder zumindest eine davon. Das Spektrum kann man zunächst öffnen und dann kann man die Grundsatzdiskussion führen, für welche Variante man sich entscheidet.

Die FDP wird sich bei diesem Antrag enthalten, und zwar aus folgenden Gründen: Wir finden, dieser Antrag wurde sehr kurzfristig eingereicht. Bei einem Geschäft von dieser Tragweite hätten wir gerne sorgfältig miteinander diskutiert, was die konkreten Auswirkungen eines solchen Antrags sind, innerhalb von kaum 24 Stunden war dies so nicht möglich. Wir bedauern ebenfalls sehr, dass dieser Antrag nicht bereits in der WAK vorgebracht wurde. Gerade David Wüest-Rudin, der sich schon seit Jahren sehr intensiv mit diesem Messegeschäft auseinandersetzt, hätte unserer Meinung nach in der Lage sein sollen, einen solchen Antrag schon zu formulieren, als der Ratschlag öffentlich vorgelegt wurde.

Ich kann nicht gelten lassen, dass er sagt, sie hätten erst schauen müssen, was in der Kommission diskutiert wurde. Sie haben eine Vertretung in der WAK, und dieser Vertreter hat gesehen, wie die Diskussion läuft, er hat gesehen, dass es nicht darauf hinausläuft, dass wir in den Beschluss eine Auslegeordnung mit aufnehmen. Da wäre es ohne weiteres möglich gewesen, das mit Blick auf den Verlauf der Diskussion entsprechend einzubringen. Das klingt nach einer Ausrede.

Die Verknüpfung mit der Motion macht für uns ebenfalls keinen Sinn. Eine Auslegeordnung ist ergebnisoffen. Bei einer Auslegeordnung weiss man nicht schon im Voraus, was am Ende herauskommt. Wenn ich mir den Wortlaut der Motion ansehe, dann ist schon relativ klar, worauf es hinauslaufen soll. Hier vermissen wir die Ergebnisoffenheit, die wir uns von einer solchen Auslegeordnung wünschen.

Die FDP-Fraktion wird sich deshalb enthalten.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

8 Ja, 71 Nein, 12 Enthaltungen. [Abstimmung # 192, 22.06.22 17:50:31]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Detailberatung

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 18 Nein, 16 Enthaltungen. [Abstimmung # 193, 22.06.22 17:51:27]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Regierungsrat wird ermächtigt, bei einer Kapitalerhöhung der MCH Group AG bis Anfang des Jahres 2023, neue Kapitalanteile im Wert von bis zu Fr. 34'000'000 zu erwerben. Der Regierungsrat stellt dabei sicher, dass die Sperrminorität von über einem Drittel der Kapitalanteile – und damit der Stimmrechte – in öffentlicher Hand bleibt.
2. Die Rückzahlung des Restbetrags des Darlehens vom 7. Juni 2010 an die MCH Messe Schweiz (Basel) AG gemäss Ziffer VIII.4 des Beschlusses des Grossen Rates betreffend Messezentrum Basel 2012 vom 12. März 2008 in Höhe von Fr. 5'800'000 wird erlassen.
3. Die Aktien der MCH Group AG im Finanzvermögen des Kantons Basel-Stadt werden ins Verwaltungsvermögen umgewidmet.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Schluss der 22. Sitzung

18:00 Uhr

Beginn der 23. Sitzung

Donnerstag, 23. Juni 2022, 09:00 Uhr

Mitteilungen

[23.06.22 09:00:08, MGT]

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Letzte Sitzung Beatrice Isler

Beatrice Isler hat auf den 30. Juni 2022 den Rücktritt aus dem Grossen Rat erklärt. Sie gehört seit dem 1. August 2014 zu uns und hat in dieser Zeit in der GPK, der PUK und der Wahlvorbereitungskommission die Politik in unserem Kanton mitgeprägt. Zusätzlich hat Beatrice Isler als Mitglieder der IGPK Polizeischule Hitzkirch und der IGPK UKBB die interkantonale Politik geprägt.

Wir verlieren mit Beatrice Isler eine fundierte Politikerin, welche sich für die Oberaufsicht unseres Kantons und auch für Ihr Wohnquartier das Gundeli eingesetzt hat. Im Namen des Grossen Rates wünsche ich Beatrice Isler alles Gute für Ihre Zukunft und danke ihr für das Engagement für unseren Kanton.

[Applaus]

10. Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2018

[23.06.22 09:02:18, UVEK, WSU, 19.1020.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Die UVEK hat sich für dieses Traktandum sowie auch gerade für das nächste in zwei Sitzungen mit dem Thema Fluglärm auseinandergesetzt und dabei die Berichtsjahre 2019/2020 und 2021 diskutiert. Unser Dank geht an das WSU, Regierungsrat Kaspar Sutter war anwesend, und auch an eine Vertretung des EuroAirports inklusive Matthias Suhr.

Wir haben in der UVEK, und dieser Bericht wurde vom Grossen Rat damals zur Kenntnis genommen, vier Dinge gefordert in unserem letzten Bericht. Das eine betraf die nicht korrekte Abwicklung des RNAV-Verfahrens. Das ist ein System, das

angibt, wie die Flugzeuge landen/starten sollen, wo sie sich geographisch befinden sollen, auf welcher Kurve sie fliegen sollen, Höhe und Längen-/Breitengrad, und da hatten wir den Eindruck, dass das nicht korrekt ist und dieser Eindruck wurde bestätigt und ist mittlerweile auch korrigiert. Es soll so möglichst über nicht besiedeltes oder nur wenig dicht besiedeltes Gebiet geflogen werden.

Der zweite Punkt, wir haben infrage gestellt, dass diese lenkenden Massnahmen, die damals vorlagen, tatsächlich wirksam sind, und zwar in dem Sinne wirksam, dass wirklich weniger Fluglärm anfällt. Es geht da um die lärmabhängigen Gebühren und vor allem auch wie diese verwendet werden, also wie das Geld dann wieder eingesetzt wird. Dazu haben wir nun festgestellt, läuft die Diskussion, wir haben auch, und das hat uns in der UVEK gefreut, von Seiten Regierungsrat gehört, dass eben diese lenkenden Massnahmen irgendwann auch an Grenzen stossen, und das ist offensichtlich, und dass man nun auch vermehrt mit Verboten arbeiten möchte und schon begonnen hat, nämlich zum Beispiel das Startverbot ab 23 Uhr. Es ist auch uns erklärt worden, dass nun eine weitere Massnahme, nämlich eine sogenannte Lärmkurve, die die Lärmmenge insgesamt begrenzen soll, in Bearbeitung ist. Das wird aber noch Zeit in Anspruch nehmen, der Regierungsrat konnte und dazu leider kein Datum nennen.

Der dritte Punkt, die Lärmkategorisierung gemäss Ministerialerlass von 2015. Da geht es darum, welches Flugzeug fällt in welche Kategorie, was Lärm anbelangt. Da war eine Aktualisierung nötig und da gemäss Auskunft des EuroAirports wird das bis im Januar 2023 nun umgesetzt, dieser Erlass von 2015. Und der vierte Punkt, den wir damals erwähnt haben, das ist eine neue Risikoanalyse und hier haben wir erfahren, sind die Arbeiten seit 2021 im Gang und gemäss WSU sollte das nun bis Mitte 2022, also irgendwann wäre das jetzt fällig, dann auch publiziert werden. Das wären diese vier Sachen, die wir damals in unserem letzten Bericht dazu ausführlich diskutiert und danach beantragt haben. Das einmal der aktuelle Stand zu diesen vier Punkten.

Bevor ich nun auf die weiteren Punkte eingehe, vielleicht noch ein paar Grundsätze. Beim Flugverkehr ist die Nachtruhe gemäss eidgenössischer Lärmschutzverordnung massgebend, das heisst von 22 Uhr bis 6 Uhr morgens, das gilt auch am Wochenende so. Und es sind die Lärmmodellierungen massgebend, nicht die Messwerte, deren Werte auch im Fluglärmbericht ausgewiesen werden, zum Beispiel Basel Neubad, Binningen, usw. Am Schluss noch vielleicht, wie werden diese Lärmengen modelliert. Es geht um eine zeitliche Erfassung der Flugbewegungen, dann wird festgestellt, was ist es für ein Typ von Flugzeug und wie bewegt es sich, was ist die anfallende Lärmmenge dieser Flugbewegung und am Schluss wird diese dann räumlich verteilt und es wird ein Wert über mehrere Vorkommnisse dann gemittelt.

Nun zu unseren Punkten, die wir jetzt mit den neuen Jahren festgestellt haben. Wir haben festgestellt, dass es in den letzten Jahren bis zum Berichtsjahr 2019 eigentlich nur eine Tendenz gab, nämlich nach oben. Es hat sowohl das Passagier- wie auch das Frachtaufkommen zugenommen, das heisst mehr Lärm und das trotz technischem Fortschritt. Es kann sein, dass gewisse Flugzeuge aus Lärmsicht effizienter wurden, weil aber insgesamt mehr geflogen wurde, wurde das wie mehr als kompensiert, also negativ kompensiert, mehr Lärm fällt an und dass gewisse Grenzwerte zum Beispiel in Allschwil bereits geritzt werden. Das könnte auch auf dem Gebiet der Stadt Basel zu einem Problem werden, wenn das so weitergehen würde. Und einfach damit man weiss, was das heisst, wenn der Planungsgrenzwerte in Sachen Lärm überschritten wird, dann sind die Einschränkungen, wie man dort bauen kann, verdichten kann, ausbauen kann, sehr begrenzt. Das ist das gleiche Prinzip wie bei Naturgefahren, man sagt, wenn man weiss, dass zum Beispiel dieses Gebiet von einem Hochhaus gefährdet ist, dann sollte man dort nicht auch noch neu bauen. Und das gleiche ist eben auch beim Lärm, wenn man weiss, man hat gesundheitliche Folgen oder auch im Wohlbefinden der Bevölkerung Folgen zu erwarten, dann sollte nicht unbedingt dort noch gebaut werden und Leute wohnen.

Aus Lärmsicht, und das ist das erste Fazit der UVEK, ist diese Tendenz nicht zu begrüssen, es sind damit auch volkswirtschaftliche Kosten verbunden. Die UVEK hat bis jetzt in jedem ihrer Berichte geeignete Massnahmen gefordert. Es ist, wie gesagt, auch etwas passiert, trotzdem hat der Lärm zugenommen und was eben besonders störend ist, er hat insbesondere in den Nachtstunden, also von 22 Uhr bis 24 Uhr, auch von 5 Uhr bis 6 Uhr morgens zugenommen, also mehr als am Tag. Um das an einem Beispiel noch zu verdeutlichen, an der Messstation Neubad wurden zwischen 2011 und 2019 eine Zunahme von 5 Dezibel festgestellt, das entspricht in etwa einer gefühlten Lärmzunahme von 80 Prozent. Das ist für die dort wohnhafte Bevölkerung eine wirkliche Belastung und es ist eben nicht nur das Wohlbefinden, die Wissenschaft hat klar aufgezeigt, es ist auch ein Problem der Gesundheit. Die UVEK möchte darum noch einmal anregen, wirklich breit zu denken, was Lärmreduktion angeht. Das heisst auch, an Alternativen zum Fliegen zu denken. Der Regierungsrat hat auf mehrere Vorstösse berichtet, dass das gesetzlich nicht möglich ist, dass man zum Beispiel aus der Lärmabgabe solche Alternativen finanziert. Nur Dinge, die dann quasi erst ganz am Ende stehen wie zum Beispiel Lärmschutzfenster, die im Moment nur in Frankreich durch diese Abgabe finanziert werden, oder eben die Bearbeitung und Dokumentation des Themas Lärm am EuroAirport wird über diese lärmabhängige Abgabe finanziert.

Die UVEK möchte der Vertretung im Verwaltungsrat des EuroAirports und dazu zählen wir auch die Vertretung aus Basel-Stadt den Rücken stärken bei Massnahmen, die eben zugunsten von tatsächlichem Lärmschutz nun angedacht sind und das im Sinne, dass tatsächlich am Schluss weniger Lärm bei der Bevölkerung ankommt, nicht nur ein weniger starkes Wachstum des Lärms, wie es in den letzten Jahren der Fall war. Hier auch nochmals der Verweis auf die Diskussion, dass eben auch Verbote wirken, und zwar besser wirken als die bis jetzt eingeführte Lenkung. EasyJet hat zum Beispiel die neuste Generation von Flugzeugen hier am Standort Basel stationiert und viele Flugbewegungen gehen ja auf EasyJet zurück, trotzdem hat der Lärm zugenommen. Das Startverbot ab 23 Uhr wurde in der UVEK begrüsst, wir haben aber, die Daten sind seit ein paar Monaten online überprüfbar, auch festgestellt, dass es zum Beispiel im April immer noch 34 Starts gab nach 23 Uhr. Das ist etwa pro Tag einer und wir haben in dem Zusammenhang auch diskutiert, wenn diese Mittelwerte so erhoben werden und dem gegenüber aber ein Einzelereignis liegt, eben zum Beispiel ein Flugzeug, das halt irgendwann noch um 23.20 Uhr startet, und man dann eben aufwacht und aus dem Schlaf gerissen wird, dann ist das eigentlich für die Person genauso schlimm, wie wenn dort halt drei Flugzeuge nach 23 Uhr wieder fliegen. Darum diese Mittelwerte, die geben sicher eine solide Auskunft, man darf aber nicht vergessen, dass Einzelereignisse genauso schlimm

sein können und die werden natürlich mit solchen Mittelwerten nicht adäquat abgebildet.

Insgesamt stellen wir fest, dass diese Massnahmen nun in Umsetzung sind. Der EuroAirport sagt selber, sie sind hinter dem Zeitplan, es waren zwei schwierige Jahre. Es besteht zum Teil auch Ressourcenmangel, das hat die Fluglärmkommission festgestellt. Die UVEK fordert nun, dass dieser Rückstand möglichst schnell aufzuholen ist und nennt namentlich die Charter und eben diese Begrenzung der Fluglärmkurve, auf die wir grosse Hoffnungen setzen. Wir sind sehr gespannt, was im nächsten Bericht dann dazu steht.

Noch etwas zur Fluglärmkommission. Selber im Bericht wird angetönt, dass hier Änderungen anstehen, das ist eine Vereinbarung zwischen Baselland/Basel-Stadt und da ist eine Überarbeitung geplant. Die UVEK hat das auch noch diskutiert und sie möchte ihre Überlegungen hier gerne zu Protokoll geben. Erstens, wir finden es wichtig, dass auch der Aspekt Gesundheit neben dem Wohlbefinden nun auch verankert wird im Auftrag, auch in der Formulierung der Verordnung des Gesetzes und insgesamt soll die Kommission gestärkt werden und sicher nicht geschwächt. Sie soll weiterhin beraten, unterstützen und sie soll sich gezielt einsetzen für eine Reduktion der Lärmbelastung der Bevölkerung im Umkreis des EuroAirports.

Zum Schluss noch, das betrifft dann eher den zweiten Bericht, der Rückgang durch Corona war offensichtlich. Personen, die auch in der UVEK oder im Regierungsrat sind und im Westen der Stadt Basel wohnen, haben das natürlich auch am Leib selber gefühlt, was das hiess. Es war aus Lärmsicht natürlich auch eine angenehme Zeit, weil der Fluglärm wirklich markant zurückgegangen ist. Die Frage ist nun, wie geht es weiter, nutzen wir nun diese negative Sache trotzdem vielleicht in einem positiven Sinne und überlegen wir uns, muss es tatsächlich wieder möglichst schnell zurück zum alten Niveau gehen oder auch im Hinblick auf den überlasteten Flugraum in Europa gibt es vielleicht doch auch bessere Lösungen, um Fluglärm zu vermeiden. Das sind die Überlegungen der UVEK zu beiden Geschäften, ich werde dann beim nächsten Geschäft mich nicht noch einmal melden.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf in Vertretung von Kaspar Sutter noch zwei Ergänzungen machen zu diesen Ausführungen des Kommissionspräsidenten. Zuerst möchten wir uns dafür entschuldigen, dass dieser Fluglärmbericht so spät kommt. Wie Sie sich vorstellen können, war der EuroAirport während der Pandemie in einer Krisensituation und auch weil eben kaum Flugzeuge geflogen sind, ist der Fluglärmbericht natürlicherweise in den Hintergrund gerückt, aber wir werden das natürlich in Zukunft wieder fristgerecht liefern. Jetzt ist das Thema zurück, als auch eine der Personen, die da in der Nähe wohnt, kann ich das aus eigener Erfahrung bestätigen. Wir sind zwar noch deutlich unter dem Niveau von 2019, aber klar Tendenz zunehmend und deshalb setzen wir uns auch natürlich im Verwaltungsrat für den Lärmschutz ein. Sie haben es gehört, ein Meilenstein ist sicher dieses Verbot von geplanten Starts ab 23 Uhr. Das bedeutet nicht, dass gar keine Flugzeuge mehr nach 23 Uhr starten, aber sie dürfen es nicht mehr aus eigener Planung, sie dürfen nur starten, wenn äussere Umstände es nicht anders möglich machen. Kontrolliert wird das von der französischen Flugbehörde und wir lassen uns da natürlich auch unterrichten. Wir sehen auch schon, dass das Effekte zeigt, die Starts nach 23 Uhr sind deutlich weniger geworden, aber wie es der Kommissionspräsident ausgeführt hat, auch schon ein oder zwei Flugzeuge in der Nacht haben natürlich eine empfindliche Auswirkung auf die Schlafqualität vieler, vieler Menschen. Das heisst, die Arbeit geht weiter, wir sind jetzt daran auch zu schauen, welche Massnahmen man zwischen 22 Uhr und 23 Uhr treffen kann, also wir werden weiter daran arbeiten. Auch eine mögliche Massnahme ist natürlich, weniger lärmige Flugzeuge, auch da gibt es deutliche technologische Fortschritte, auf die wir setzen. Ich danke Ihnen, dass Sie diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Lisa Mathys (SP): Die SP-Fraktion nimmt die beiden vorliegenden Berichte zur Kenntnis und ich werde jetzt ebenfalls gleich zu beiden sprechen im Sinne der Effizienz. Die hier zuletzt beurteilte Zeitspanne zur Lärmbelastung durch den EuroAirport ist nicht repräsentativ. Wir haben das jetzt auch in den beiden Voten schon gehört, das muss uns wirklich auch allen klar sein. Aus unserer Sicht können wir deshalb aufgrund dieser Berichte jetzt auch eben nicht definitiv sagen, wie nachhaltig der Weg tatsächlich ist, denn der EAP in Sachen Lärmschutz inzwischen eingeschlagen hat. Aber sagen wir mal so, die Richtung stimmt, das Ziel eines wirkungsvollen Lärmschutzes für die betroffenen Anwohnenden, wie wir ihn für richtig halten würden, ist aber natürlich noch längst nicht erreicht.

Der Reihe nach. Die Rekordzahlen im Passagier- und Frachtbereich, die im Jahr 2019 erreicht wurden, bedeuteten eine enorme Zunahme an Belastung. Wir sind klar der Meinung, die Grenze des Aushaltbaren ist für viele Betroffene erreicht und in dieser Hinsicht war die Verschnaufpause, zu welcher die Pandemie geführt hat, für die Anwohnenden sicher auch heilsam. Wir dürfen nicht vergessen, die Lärmbelastung, von der wir hier sprechen, die führt zu gesundheitlichen Schäden und das führt auch zu Kosten und ich möchte aber natürlich vor allem das Leiden hier ins Zentrum stellen. Der dramatische Einbruch der Passagierzahlen und Flugbewegungen hatte denn doch tatsächlich einen positiven Effekt. Meine beiden Vorredner*innen haben es auch erwähnt. Nun, das Geschäft zieht wieder an, es wird wieder mehr geflogen, leider, das als Klammerbemerkung, auch weiterhin viel zu billig, die Belastung für die Bevölkerung im Umfeld des EAP hat entsprechend wieder stark zugenommen. Umso wichtiger ist es aus unserer Sicht, dass wir uns weiterhin für längere Nachtruhezeiten einsetzen. Keine Flüge zwischen 23 Uhr und 6 Uhr, das wäre aus Rücksicht auf die Menschen, die hier leben, einfach nichts als angebracht.

Lobend würdigen will die SP-Fraktion an dieser Stelle die Umsetzung des Verbots geplanter Starts nach 23 Uhr per Anfang Februar, auch das wurde mehrfach erwähnt. Die Massnahme ist in den Berichten thematisiert und eben inzwischen ist sie auch umgesetzt. Das war ein sehr guter Schritt und es war auch allerhöchste Zeit dafür. Dass es aber nur die geplanten Starts sind, die ausbleiben, hat einen Haken, auch das wurde schon erwähnt, und ich zeige Ihnen gerne kurz die Statistik der Starts, ich habe sie gestern dem Webreporting des EAP entnommen. Nochmal zur Erinnerung, geplante Starts wären es null. Wir sehen, wie erfreulicherweise in den ersten beiden Monaten des Startverbots die Zahlen

auf gut zehn Starts pro Monat zurückgingen, das sind auch nicht keine, aber immerhin. Aber die Disziplin scheint mit Blick auf diese Grafik doch noch von etwas kurzer Dauer gewesen zu sein. Sowohl im April als auch im Mai stiegen nämlich die Starts bereits wieder auf das dreifache an. Das heisst, wir hatten trotz des gut klingenden Startverbots ab 23 Uhr im Schnitt wieder täglich einen Start und das bedauern wir sehr. Und es erfreut uns natürlich auch nicht gerade mit unermesslich viel Vertrauen, dass dieses Startverbot nachhaltig greift. Dazu kommen natürlich noch die Landungen, die sind auch geplant weiterhin drin, also von Nachtruhe kann noch keine Rede sein. Die SP-Fraktion appelliert an die Betriebsleitung des Flughafens, ihre propagierten Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung mit Ernsthaftigkeit anzustreben und den gemachten Versprechungen tatsächlich nachzukommen. Wir gehen davon aus, dass die Fluglärnkommision ebenfalls ihr wachsames Auge auf die weitere Entwicklung halten wird.

Und gerne sage auch ich zum Abschluss noch kurz etwas zur Fluglärnkommision. Der Regierungsrat legt, wie schon angesprochen, in seinem Bericht dar, dass die Rolle und Aufgabestellung der Kommission neu definiert werden sollen, so dass sie die Erwartungen besser erfüllen kann. Dies ist zu begrüessen und die SP-Fraktion möchte hier jedoch wirklich auch sehr stark betonen, dass diese Neudefinition keinesfalls zu einer Schwächung der Kommission führen darf, zu einer Schwächung der Kompetenzen. Im Verständnis der SP ist nämlich klar, mit ihrem Auftrag der Überwachung der Lärmentwicklung vertritt die Kommission ganz klar auch und nicht zuletzt, sondern insbesondere die Interessen der Bevölkerung. Ihre Stimme soll entsprechend auch Gewicht haben, wenn es darum geht, weitere neue Massnahmen zum Schutz der Anwohnenden zu ergreifen.

Während vieler Jahre wurde uns gesagt, dass wir hier in diesem Saal und über uns die Regierungsvertretung im Verwaltungsrat des EAP wenig Einfluss haben, weil der EAP in Frankreich liegt, weil auch die französischen Behörden entscheiden und weil man logischerweise vonseiten Politik keine Mehrheit habe. Die Einführung zumindest des Startverbots ab 23 Uhr resp. des Verbots der geplanten Starts ab 23 Uhr ist jetzt inzwischen immerhin erfolgt. Danke in diesem Sinne auch, dass unsere Vertretung im Verwaltungsrat unsere Haltung und unsere Forderungen offenbar mit Nachdruck und Ausdauer wiederholt ins Entscheidungsgremium getragen hat. Auf alle Fälle ermutigt uns das auch. Wenn wir hartnäckig bleiben, werden auch künftig Verbesserungen der Situation möglich sein, wir glauben dran. Wir fordern weiterhin eine konsequente Nachtflugsperrung von 23 Uhr bis 6 Uhr und wir sind dies der Bevölkerung schuldig.

Die vorliegenden Berichte empfiehlt die SP-Fraktion zur Kenntnis zu nehmen.

Raffaella Hanauer (GAB): Auch ich nehme gerade Stellung zu beiden Berichten und so zu den Jahren 2018, 2019 und 2020. Vorweg, Lärm ist gesundheitsschädlich und die beste Massnahme gegen Lärm ist weniger zu fliegen. Das muss gesagt werden, das darf auch nicht vergessen werden. Es ist auch die beste Massnahme, um die Treibhausgasemissionen zu senken. Die Zunahme an Flugbewegungen vor Corona ist daher besonders besorgniserregend. Für mehr Lärmschutz begrüessen wir demnach das Startverbot ab 23 Uhr und begrüessen auch, dass sich der Regierungsrat sehr stark dafür eingesetzt hat und auch dafür, dass er sich sicher auch weiterhin einsetzen wird, auch damit die Flugzeuge nicht über die bevölkerten Gebiete fliegen. Wir bewerten die Arbeit der Fluglärnkommision als wertvoll und wir erwarten, dass ihre Empfehlungen auch ernst genommen werden und dass der Regierungsrat sich im Verwaltungsrat des Flughafens auch stark für die Gesundheit der von Lärm betroffenen Bevölkerung einsetzt.

Aus dem Bericht ist zu entnehmen, wir haben es gehört, dass die Regierung die Auftragsbeschreibung der Fluglärnkommision anpassen möchte. Nicht nur unsere Regierung, sondern die Regierungen, das ist in Mehrzahl zu denken. Neu soll die Fluglärnkommision nur noch ihre Einschätzungen geben können und das ist für uns besorgniserregend. Wir erachten dieses Gremium als wichtig und dessen Empfehlungen als äusserst konstruktiv. Wir erwarten daher, dass auch mit der neuen Auftragsbeschreibung die Kommission Kritik äussern und Empfehlungen aussprechen darf. Wir können uns sogar vorstellen, dass die Kommission auch Anträge stellen kann. Einer Herabsetzung der Bedeutung der Fluglärnkommision stellen wir uns entgegen.

Das GAB erhofft sich zudem im nächsten Bericht von der Fluglärnkommision, dass in der Zwischenzeit der EuroAirport die Karte zu mehr Lärmschutz schon vorlegen konnte und dass auch die von der FLK empfohlenen weiteren Instrumente zur Fluglärmminderung ausgereift und umgesetzt werden. Der Fluglärm nimmt weiter zu. Er hat vor Corona zugenommen und wenn wir weiter so machen wie bisher, dann braucht es langfristig stärkere Massnahmen und griffigere Massnahmen, um die Bevölkerung vor Lärm zu schützen. Ein erster Ansatz ist bereits getan, die geplanten Starts ab 23 Uhr sind verboten. Wir wünschen uns weitere solche Verbote, zum Beispiel zwischen 22 Uhr und 23 Uhr und auch in den frühen Morgenstunden. Wir wünschen uns auch eine strikte Durchsetzung des Verbots von geplanten Starts und wir wünschen uns, dass man hier auch weitergeht und dass wir uns entgegenstellen als Kanton gegen diese weiteren Zunahmen, die wir sehen es jetzt schon, rasant auch nach Corona wieder zunehmen, und deshalb können wir uns eine Deckelung der Flugbewegungen ebenfalls sehr gut vorstellen.

Wir können hier jedoch keine solche Anträge stellen und nehmen daher den Bericht einfach zur Kenntnis. Wir möchten jedoch dennoch zu Protokoll geben, dass nur griffige Massnahmen die Bevölkerung auch wirklich vor Lärm und vor der Lärmzunahme, die die Flugbewegungszunahmen generieren, auch schützen kann. Den Bericht nehmen wir zur Kenntnis und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Beat K. Schaller (SVP): Die Fraktion der SVP nimmt diese beiden Berichte zur Kenntnis. Sie verlangen ja, dass Änderungen an den Flugregimes durchgeführt werden. Vergessen wir nicht, der EAP ist in einer ganz speziellen Situation. Sämtliche Änderungen an Flugregimes des EAP sind französischen Regularien unterworfen und wenn unterschiedliche Rechtssituationen oder gar keine Rechtsgrundlagen bestehen, dann macht das das Vorhaben entsprechend komplexer. Das muss alles mit Paris ausgehandelt werden und da ist es natürlich naturgemäss, dass es zu Verzögerungen kommt.

Wir begrüssen die Lärmstrategie des EAP und die Änderung des Betriebsreglements, dessen Kernpunkt, wie wir gehört haben, das Verbot von geplanten Starts nach 23 Uhr ist. Das Verbot gilt seit dem 1. Februar 2022 und der EAP hat der UVEK aufgezeigt, dass es zu einer deutlichen Reduktion der Flugbewegungen gekommen ist. Vergessen wir nicht, diese Flugzeuge starten nicht aus Jux und Tollerei, sie starten aus ganz bestimmten Gründen, zum Beispiel Ambulanzflugzeuge oder Flüge der Regierung von Regierungsmitgliedern, nicht unbedingt Basel, aber sicher von Frankreich. Es können auch Flugzeuge sein, welche Hilfsmittel für Hilfsorganisationen, Medikamente, Lebensmittel, etc. transportieren. Gerade die Fluglinien haben ja ein grosses Interesse daran, ihre geplanten Flüge vollzählig durchzuführen. Wenn also die Anzahl der geplanten Starts nach 23 Uhr auf null reduziert wird, heisst das im Umkehrschluss, dass evtl. vorher mehr Starts durchgeführt werden. Es dürfte wohl den wenigsten in diesem Saal bekannt sein, Hauptdestination des EAP ist Pristina. Wenn Sie also die Anzahl Flugbewegungen deckeln wollen, dann bemühen Sie sich, dass weniger nach Pristina geflogen wird. Es wurde auch schon erwähnt, es sind ganz neue Generationen von Flugzeugen jetzt sprichwörtlich am Start, die A320 der Neo-Generation sind sehr viel leiser, für das menschliche Ohr werden sie als ca. halb so laut wahrgenommen.

Gestern hat sich dieses Parlament bekannt zu einem Messestandort Basel und ein ganz wesentliches Merkmal der Attraktivität dieses Messestandortes ist eben der EAP und seine im Vergleich zu anderen Städten Nähe zur Messe und wir dürfen in dem Fall konsequenterweise dem EAP keine Steine in den Weg legen. Die Führungsequipe des Flugplatzes konnte uns überzeugen, dass sie sich in diesem sehr schwierigen Balanceakt zwischen Wirtschaftlichkeit und Auswirkungen auf die Umgebung ihrer Verantwortung sehr wohl bewusst ist und dass sie sich der Reduktion des Fluglärms ernsthaft und konkret annimmt. Die Sprecherin der SP sagte richtig, wir sind auf dem richtigen Weg und geben wir dem EAP unsere Unterstützung, dass er diesen Weg weiterverfolgt.

Die SVP bittet Sie, die Fluglärmberichte zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Andrea Strahm (die Mitte/EVP): Ich möchte vom Lärm weg zur Risikoanalyse kommen und habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass diese seit über 15 Jahren überfällige Analyse nun endlich in Angriff genommen wird. In diesem Zusammenhang möchte ich doch darauf hinweisen, dass die meisten sogenannten Ereignisse, also Abstürze im Lande- und im Startverfahren passieren. Mitten in der Schneise befindet sich das neue Industriezentrum BaseLink und da beispielsweise das Tropeninstitut. Meine Rückfrage beim Tropeninstitut, ob in ihrem Risikokataster auch die Flugbewegungen enthalten seien, wurde negativ beantwortet. Wir wissen, was im Tropeninstitut alles an Insekten vorhanden ist und welche Sicherheitsvorkehrungen unternommen werden, damit keine derartigen Viecher entweichen können, aber an einen Absturz auf das Tropeninstitut denkt niemand. Dieses Bewusstsein fehlt vollständig. Es tut mir leid, dies sagen zu müssen, das Tropeninstitut ist ein bikantonales Projekt und betrifft auch unseren Kanton und viele andere in diesem Bereich liegenden Gebäude ebenso. Dagegen hilft kein Lärmschutzfenster, dennoch, ich habe diesen Bericht zur Kenntnis genommen und werde ihm zustimmen.

Eric Weber (fraktionslos): Frau Präsidentin, Sie haben die Stirn gerunzelt, als Beat Schaller gesagt hat, die meisten Flüge gehen nach Pristina. Das stimmt, wenn ich am Flughafen bin und meine Gäste abhole in Basel/Mulhouse am Airport, sehe ich auch die vielen Flüge von Jugoslawien, aber das ist okay, das ist so, aber ich glaube, was Beat Schaller gesagt hat, das stimmt, Frau Präsidentin, die meisten Flüge von Basel gehen nach Pristina. Ich bin dort noch nie gewesen, aber ich muss davon ausgehen, dass ist Ex-Jugoslawien. Das kann man sehen, wenn man am Flughafen ist und dort seine Gäste abholt.

Der Fluglärm ist ein Thema in Basel, das man vor allem spürt. Ich war auf Besuch bei einem Landrat der SVP, Josua Studer in Allschwil, dort sieht man die vielen Flugzeuge, die dort starten und landen. In Kleinbasel hört man es nur so, wenn es windstill ist oder wenn man den Wind hört, in der Nacht hört man es, aber sonst ist man in Kleinbasel verschont. Ich habe vorhin kurz mit dem Kommissionspräsidenten gesprochen, weil es mich beschäftigt, wir sprechen über Fluglärmbelastung. Ich habe dann den Präsidenten gefragt, bezieht sich das auch auf Helikopter? Weil ich finde, die Helikopter sind schlimm, die landen und starten in Basel bis um 1 Uhr morgens und dann starten sie schon wieder um 5 Uhr morgens. Und wenn man am Rhein wohnt auf der Kleinbasler Seite zum Beispiel, dann hört man das und ich habe das jetzt im Mai auch vier Nächte lang gehört, dass der Helikopter bis um 1 Uhr landet und um 5 Uhr schon wieder und das ist für mich auch Fluglärm und Helikopter werden nie erwähnt. Das habe ich einfach darum erwähnen wollen.

Ich komme zum Schluss. Das Problem, wie ich das sehe, ist beim Flughafen nicht der Fluglärm, sondern das Problem ist, bringen wir es auf den Punkt, der Flughafen gehört uns Schweizer gar nicht, der Flughafen gehört Frankreich und wir haben einfach den Platz dort bekommen, weil wir keinen Platz haben in Basel. Darum haben wir diesen auch bezahlt und der ganze Flughafen wird ja auch bestimmt von der Polizei Frankreich und darum bestimmt auch die Polizei Frankreich wegen dem Fluglärm, was passt und was nicht. Sie haben es letzte Woche in der Zeitung gelesen, es gab wieder Gepäckstücke ohne Eigentümer und dann entscheidet die Polizei von Frankreich und so ist es auch beim Fluglärm.

Ich komme zum Schluss, meine Vorrednerin hat etwas ganz Tolles gesagt, und da bin ich dieser Vorrednerin sehr dankbar, ich habe leider den Namen meiner Vorrednerin vergessen, das war eine nette Dame, und sie hat gesagt, wenn ich sie richtig verstanden haben, sie hat Angst, dass einmal ein Flugzeug auf das Tropeninstitut abstürzt. Also so habe ich es verstanden. Und die Frau hat gesagt, sie hat Angst, wenn beim Tropeninstitut ein Flugzeug abstürzt. Ich weiss jetzt nicht, was dort gelagert ist, ob es da um eine Explosion geht oder so, ich kann mir aber vorstellen, das Tropeninstitut ist in Grossbasel, ich kenne das nicht in Kleinbasel, und darum muss ich einfach sagen zum allerletzten Schluss, und ich bin der Zeit oft voraus, ich möchte das nur erwähnen, dass das gesagt wurde, ich habe seit Jahren hier vorne im Grossen Rat gewarnt wegen dem Fluglärm, wie meine Vorrednerin ein Absturz auf das Tropeninstitut, ich warne immer vor dem Absturz in die Roche-Türme. Das wollte ich noch sagen und jetzt höre ich auch auf, aber das muss man wissen und das muss gesagt werden, wie bei meiner Interpellation zum Zionistenkongress.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Zwei Sachen möchte ich noch ergänzen. Es wurde die Frage aufgeworfen nach den Destinationen. Wir haben die Auswertung nicht fokussiert auf gewisse Relationen. Das mag sein, dass eine gewisse Destination häufiger angefliegen wird als andere, ich denke, das Gesamtbild zählt und vor allem was wir ja in der UVEK diskutiert haben, sind Alternativen zum Flugverkehr. Da gibt es auch Flüge, die gehen von Basel nach München, nach Frankfurt, nach Paris und dort gäbe es ja sehr gute Alternativen und ich habe nachgeschaut, nach Pristina ab Basel fährt kein Zug.

Und dann wurde auch angesprochen, die Gründe, warum geflogen wird, dass es eben auch wichtige Gründe gibt. Diese Diskussion kann man natürlich führen, also der volkswirtschaftliche Wert eines Flughafens. In dem Bericht geht es aber wirklich um das Thema Lärm und die Bekämpfung des Lärms und die UVEK hat sich in ihrem Bericht zum Berichtsjahr 2017 geäußert zu den Gründen und sie zitiert dort den Mikrozensus 2015 und auf Seite 67 wird dort ausgewiesen, dass eine Schweizerin, ein Schweizer im Schnitt 0,8 Flüge pro Jahr vornimmt, davon 0,7 Privat-, Freizeitreisen, 0,1 Geschäftsreisen. Das zeigt eigentlich sehr gut das Verhältnis zwischen den Freizeit- und den Geschäftsreisen. Für die Fracht sind diese Daten natürlich im Mikrozensus nicht ausgewiesen.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme.

11. Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2019 und 2020

[23.06.22 09:40:09, UVEK, WSU, 22.0075.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Der Grosse Rat

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme.

12. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie zur Umgestaltung der Tramhaltestellen in der Austrasse im Zuge von Sanierungsmassnahmen sowie zum Anzug Beat Leuthardt und Joël Thüning betreffend vier elektrische Weichen am Brausebad für ein nachhaltigeres und flexibleres Basler Tramnetz

[23.06.22 09:40:49, UVEK, BVD, 21.0159.02 21.5273.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten, der Beschlussvorlage zuzustimmen und den Anzug abzuschreiben.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Das Projekt umfasst die gesamte Austrasse. Es besteht Sanierungsbedarf und dieser wird nun genutzt, um auch Anpassungen an der Gestaltung vorzunehmen. Für die Ziele und die Details verweise ich auf den Ratschlag des Regierungsrats. Die UVEK hat sich in mehreren Sitzungen mit diesem Thema auseinandergesetzt, wir sind auch auf eine Begehung vor Ort gegangen. Unser Dank gehört Regierungsrätin Esther Keller sowie der Vertretung aus dem Planungsamt. Ich möchte gerne die Berichterstattung zu diesem Geschäft zweiteilen, der erste Teil zur Austrasse selbst und dann zum Bereich beim Brausebad. Dort setzt ja auch der Anzug an, den wir abschreiben möchten, und dort hat die UVEK auch eine Änderung gegenüber dem Ratschlag des Regierungsrats vorgenommen.

Zuerst zum ersten Teil, die Austrasse an und für sich. Wir haben festgestellt, es besteht relativ wenig Spielraum, der Querschnitt von der einen Parzellengrenze zur anderen ist nur 12 Meter. Die Haltestellen werden gegenüber heute geringfügig verschoben, sie werden BehiG-konform ausgebaut. Aus Sicht des MIVs werden sich keine grossen Veränderungen im Vergleich zu heute ergeben. Aus Sicht des Velos, da haben wir abgeklärt, wie wäre das, wenn man die Strasse für den MIV sperren würde, könnte man dann einen Velostreifen stadteinwärts einrichten, das ist aber leider nicht möglich. Also Velogegegenverkehr ist aus Platzgründen und vor allem auch aus Konflikten zwischen der Anlieferung und der Tramachse nicht möglich. Die Idee war demzufolge nicht mehrheitsfähig in der UVEK. Aber, und das ist wichtig zu betonen, mit dem Projekt wird es nun durchgehend genug Platz geben stadtauswärts für Velofahrende und es sind velofreundliche Gleise an den Kaphaltestellen vorgesehen.

Aus Sicht Fussverkehr ist die Situation so zu beurteilen, dass insgesamt 450m² verkehrsfreie Fläche hinzukommen mit dem Projekt, das heisst, die Fläche für den Fussverkehr nimmt markant zu. Allerdings wird das Trottoir auf der linken Seite, also wenn man mit dem Velo und Auto fährt, links gedacht, stadtauswärts, dann wird dort das Trottoir auf 2 Meter reduziert, das ist heute etwa 2,3 Meter breit, das ist das Minimum gemäss Norm. Das Trottoir rechts wird jedoch erweitert von heute auch etwas über 2 Meter auf knapp 3 Meter. Das heisst, wir haben in Zukunft eine Situation, dass auf der einen Seite ein schmales Trottoir vorliegt und auf der anderen Seite aber ein grosszügigeres Trottoir als heute vorliegt. Das hat einerseits mit der Anlieferung zu tun und andererseits mit der Verkehrsführung generell. Was auch noch wichtig ist, im Vergleich zu heute wird das Tram auch auf der Seite links, wo das schmale Trottoir zu liegen kommt, weggenommen. Heute ist es wirklich unmittelbar am Trottoir anschliessend und das ist sehr unangenehm und auch von der Sicherheit nicht mehr normgerecht und diese Anpassung wird gemacht.

Noch am Schluss die Umweltaspekte. Es gibt dort ein Lärmproblem in dieser Strasse. Es ist klar, eine geeignete Massnahme wäre Tempo 30, auch ein lärmindernder Belag und die Dämmung des Tramtrasses ist sicher ein wichtiger Schritt. Der Grosse Rat forderte 2012 eine Prüfung von Tempo 30 in der Austrasse, der Bericht des Regierungsrats geht darauf nicht ein, wir haben das nun in unserem Bericht nochmals in Erinnerung gerufen. Auch zur Umwelt gehört die Entsiegelung. Das Potenzial ist leider sehr beschränkt aufgrund von Abständen zu Tramleitungen und Fassaden und allgemein des engen Platzes, aber an der Kreuzung Austrasse/Schützenmattstrasse schlagen wir vor, dass man dort doch eine kleine Fläche entsiegeln kann. Es reicht leider auch wieder nicht für Bäume, aber immerhin für Begrünung.

Und nun noch zum zweiten Teil, das betrifft die Gegend um das Brausebad. Gemäss Regierungsrat wäre ja dort die Haltestelle der Linie 6 etwas in die Austrasse hinein zurückversetzt worden, das würde dann auch zu längeren Umsteigebeziehungen führen zwischen Bus 50, Tram 1 und der Linie 6. In der UVEK haben wir alternative Varianten verlangt, diese sollen uns aufgezeigt und aufgezeichnet werden und wir haben uns am Schluss für eine Variante entschieden mit einem Bypass der Socinstrasse, so dass eben diese Umsteigebeziehungen möglichst kurz gehalten werden können. In der Abwägung aller Vor- und Nachteile sind wir zu diesem Schluss gekommen, die Vorteile eben kurze Umsteigebeziehungen, die Nachteile, es wird weniger Veloverbindungen geben als mit dem Ratschlagsprojekt des Regierungsrats, es fallen zwei Parkplätze weg. Wir sind aber zum Schluss gekommen, dass in diesem Fall einerseits die Gestaltung besser ist und andererseits die Umsteigebeziehungen hoch zu gewichten sind. Und was damit auch noch einhergeht, das aus unserer Sicht nicht kluge Verkehrsregime in der Rudolfstrasse/Allschwilerstrasse/Weiherweg ist so nicht nötig und ist so auch vom Tisch.

Am Schluss noch zum Anzug, der ja auch auf dieses Gebiet zielt. Es geht um Weichen und wir haben abgeklärt, ob die Weichen dort an diesem Ort Sinn machen und in welchen Fällen die Weichen tatsächlich einen Unterschied machen und da konnte uns aufgezeigt werden, dass die Weichen am Burgfelderplatz gewinnbringender sind als jene am Brausebad, dass eigentlich diese dort sind, die Fälle auch abgedeckt werden können, wenn sie am Brausebad von Vorteil sind, plus noch zusätzliche. Und aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden, dass wir den Anzug gerne abschreiben möchten und die neuen Weichen am Burgfelderplatz forcieren möchten.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben es gehört, und das ist mir einfach nochmal wichtig, darauf hinzuweisen, die Platzverhältnisse sind dort äusserst beschränkt und wie immer, wenn wir natürlich im Rahmen von Sanierungsarbeiten eine Strasse bearbeiten, eine Strasse verändern, werden auch ganz viele Ansprüche laut. Wir haben wirklich versucht, im sorgfältigen Prozess diese verschiedenen Bedürfnisse auszutarieren und ich möchte der Kommission ganz herzlich danken, dass sie sich auch die Zeit genommen hat, vor Ort zu gehen, sich das vor Ort anzuschauen, das ist wirklich sehr wertvoll, und dort sieht man dann auch, weshalb diese Situation vor Ort so schwierig ist.

Dennoch glaube ich, wir haben jetzt ein Projekt hier vorliegen, das wirklich viele Verbesserungen bringt. Einerseits natürlich, dass die Haltestellen neu stufenlos sind, das heisst, einfacher zu erreichen für die verschiedenen Passagiere des ÖV, aber auch den Wartebereich, den wir vergrössern können und wir schaffen mehr Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger und die Velofahrenden. Wie gesagt, wenn alles klappt mit diesem Pilotversuch mit dem velofreundlichem Gleis, soll auch dort dieser Gummieinsatz zum Einsatz kommen. Wir hoffen, dass diese Tests, die im Moment ja noch laufen, auch positiv ausfallen. Dann eben sollen auch lärmindernde Strassenbeläge eingesetzt werden, diese Dämmmatten, das alles sind wirklich Massnahmen, die den Anwohnenden zugutekommen und deshalb möchte ich auch noch auf den Zeitdruck des Geschäfts hinweisen. Die Schienen im Bereich Brausebad, die sind wirklich nach, die sind im schlechten Zustand, ich möchte nicht, dass sich das noch ein Jahr verzögert oder länger.

Deshalb sollten wir diese Arbeiten bald in Angriff nehmen und ich bitte Sie sehr um Zustimmung zu diesem Aufgabenbericht.

Jean-Luc Perret (SP): Die Umgestaltung der Austrasse ist von aussen betrachtet vielleicht nicht das spannendste UVEK-Geschäft. Die verkehrssicherheitstechnischen Anforderungen, wir haben es gehört, setzen einen relativ engen Rahmen

und beschränken auch die gestalterischen Möglichkeiten. Trotzdem haben wir es geschafft, auch mit diesem Strassenabschnitt mehrere Sitzungen und einen Ortstermin zuzubringen, insofern ist meine Fraktion auch der Meinung, wir haben hier seriöse und abschliessende Kommissionsarbeit geleistet und unterstützen den sehr kurzfristigen Rückweisungsantrag, der nachher vermutlich noch formuliert werden wird, nicht.

Die Punkte zum Lärm, zur Velofreundlichkeit, zur Trottoirbreite, die hat der Kommissionspräsident bereits erläutert. Ich möchte deshalb vor allem nochmals auf die Debatte um die Haltestelle Brausebad eingehen, denn hier kam es tatsächlich zu einer überraschenden Wendung in der Kommissionsdiskussion und diese betraf die Stelle, an der die Haltestelle des Trams am Brausebad zu liegen kommt. Falls Sie diese Tramkreuzung kennen oder gar selbst nutzen, dann wissen Sie, dass dort sehr viele Passagiere von Allschwil oder vom Morgartenring und den umliegenden Quartieren an den Bahnhof SBB und auf den Flughafenbus umsteigen und umgekehrt. Mit Blick auf all diese ÖV-Fahrgäste war es schwer nachvollziehbar, weshalb das Tram 6 in Zukunft 60 Meter weiter in der Austrasse halten soll. Dies war der ursprüngliche Vorschlag im Ratschlagsprojekt. Für Velofahrende hätte diese Verschiebung zwar Verbesserungen gebracht, aber eben für die Tramumsteigerinnen und -umsteiger eine erheblich längere Strecke, die man nicht selten mit kleinen Kindern, mit Reisegepäck, Skiausrüstung oder im Alter mit Gehhilfe zurücklegen muss. Wir haben uns in der Abwägung der Interessen der verschiedenen Verkehrsträger schlussendlich für eine Änderung des Ratschlagsprojekts entschieden. Damit bleibt die Tramhaltestelle der Linie 6 an ihrer heutigen Position. Dafür haben wir den neuen Veloweg in die Socinstrasse aufgegeben. In diesem Fall fanden wir das verkraftbar, da in diesem Quartier bereits andere Verbindungen in die Innenstadt etabliert sind. Im Zusammenhang mit der Veloverbindung stand ursprünglich auch eine Änderung des Einbahnregimes im Gebiet der Rudolf- und Thannerstrasse im Raum. Die Idee wäre gewesen, den Verkehr von der Sammelstrasse Allschwilerstrasse anstatt auf die Brausebad-Kreuzung ins verkehrsberuhigte Quartier zu leiten. Wir sind sehr erleichtert, dass dieser Plan nicht weiterverfolgt wird.

Wir glauben alles in allem, dass die intensive Diskussion in der UVEK in Zusammenarbeit mit Städtebau und Architektur das Ratschlagsprojekt deutlich verbessert hat. Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie deshalb, dem Ausgabenbericht zuzustimmen und den Anzug abzuschreiben.

Raffaella Hanauer (GAB): beantragt Rückweisung an die UVEK

Die UVEK hat hier lange gearbeitet und legt einen umfassenden Bericht vor. An dieser Stelle möchte ich meinen Kommissions-Gspänli, aber auch der Regierung und der Städtebau & Architekturabteilung danken für die Zusammenarbeit, welche diese umfassenden Änderungen erst auch ermöglichten. Das GAB vorweg findet alle Änderungen und den Bericht sehr gut. Ich gehe auf die Änderungen im Detail ein und werde am Ende meines Votums ganz kurz noch sagen, weshalb wir dennoch eine Zurückweisung an die UVEK beantragen wollen und auch werden.

Die Fraktion begrüsst die Lösung an der Haltestelle Brausebad. Die Errichtung der Haltestelle am jetzigen Standort sichert die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs, sie ermöglicht ein kurzes Umsteigen und ist daher eine sehr gute Lösung im Sinne eines inklusiven öffentlichen Verkehrs für alle. Sie ermöglicht auch, dass das Thema des Autoverkehrs, welcher durch die Quartierstrasse, die Rudolfstrasse und dann direkt auf eine Veloroute hätte geführt werden sollen, nun vom Tisch ist. Bei dieser Haltestelle-Debatte bleibt ein Wermuttropfen, die Veloverbindung in die Socinstrasse konnte zugunsten eines attraktiven ÖVs für alle nicht realisiert werden. In meinen Augen wäre diese Veloverbindung ein Nice to have gewesen, jedoch bin ich der Meinung, dass sie nur für sehr wenige Personen auf dem Velo relevant gewesen wäre und dass diese Verbindung auch gut umfahren werden kann und sie auch nicht im Teilrichtplan Velo auffindbar ist. Ich finde daher dieser Wermuttropfen vertretbar und verkraftbar.

Abgeklärt wurde in der UVEK auch, ob für Menschen auf dem Velo auch Velogegenverkehr in der Austrasse möglich wird. Das ist nicht der Fall, die Austrasse ist zu schmal und dementsprechend gilt für mich auch das Fazit, dass es richtig ist, dass die Austrasse nicht im Teilrichtplan Velo enthalten ist und umso wichtiger, und da bin ich und ist die Fraktion auch sehr froh, ist, dass die Kommission auch bemerkt hat, dass es wichtig ist, die parallele Route Holbeinstrasse/Eulerstrasse/Socinstrasse für den Veloverkehr aufzuwerten.

Die Kommission hat Begrünungspotenzial geprüft und Begrünungspotenzial wurde gefunden und das begrüsst meine Fraktion natürlich ganz klar. Wir würden uns wünschen, dass im Sinne des Stadtklimakonzepts von nun her an, auch bevor diese Geschäfte, die schon lange in der Pipeline sind, in die Kommission kommen, von der Verwaltung nochmals auf Begrünung geprüft werden, so dass es eigentlich nicht mehr vorkommen kann, dass erst in der Kommission noch zusätzliches Begrünungspotenzial gefunden wird. Ebenfalls finden wir es nicht gut, wenn Empfehlungen und Forderungen von Kommissionen, hier in diesem Fall die Forderung, dass Tempo 30 in der Austrasse geprüft wird, in einem Projekt dann zur Austrasse einige Jahre später nicht mehr thematisiert werden und wir wünschen uns, dass die Kommissionsanliegen und die Kommissionsforderungen, die auch mit dem Grossratsbeschluss gestützt sind, dass diese auch nicht vergessen gehen, sondern in die Planungen einfließen.

Das GAB, wie gesagt, bewertet die gesamte Vorlage als guter Kompromiss. Nun ist sehr kürzlich eine Petition aufgetaucht. Viele der Petitionsanliegen wurden von der UVEK bereits diskutiert. Die Sperrung von der Austrasse für Autos haben wir beantragt, sie fand keine Mehrheit. Tempo 30 wird von der UVEK unterstützt im Sinne einer Lärmsanierung und die Sicherheit mit den direkt neben dem Trottoir vorbeifahrenden Trams, die nimmt zu, weil das Trottoir neu einen Abstand zum fahrenden Tram aufweisen wird. Ein kleiner Punkt wurde jedoch in der Kommission nicht diskutiert, nicht angesprochen, und das ist die Aufteilung der Trottoirflächen vom rechten Trottoir und linkem Trottoir. Wir finden die Petitionsanliegen in diesem kleinen Punkt eigentlich spannend, wir finden auch, dass es einen Mehrwert bringen könnte, wenn die UVEK diesen kleinen Punkt noch abklärt, das wäre eine kurze Sache, und wir fänden es schön, wenn die UVEK sich dieser Frage noch annehmen könnte.

Deshalb möchten wir das Geschäft an die UVEK zurückweisen, um nur in diesem Sinne eine kleine Überarbeitung oder

kurze Stellungnahme zu erhalten. Ansonsten, wenn Sie, wie es aussieht, der Rückweisung nicht zustimmen werden, werden wir den guten Kompromiss der UVEK annehmen.

Brigitte Kühne (GLP): Den UVEK-Bericht zur Austrasse begrüßen wir und werden ihm zustimmen. Die wesentliche Abänderung des Projekts durch die UVEK besteht darin, dass die Tramhaltestelle doch nahe bei der Kreuzung Brausebad bleibt und somit die kürzeren Umsteigebeziehungen zur Tramlinie 1 und der Buslinie 50 erhalten bleiben. Es freut uns, dass durch das Nachhaken von UVEK-Mitgliedern diese Lösung doch noch gefunden werden konnte. Somit wird der ÖV gestärkt und die Umdrehung der Fahrtrichtung in der Rudolfstrasse, gegen die sich Widerstand aus der Bevölkerung gebildet hatte, ist mit der nun gewählten Variante nicht mehr nötig. Betreffend der dringlich eingereichten Petition. Es ist und bleibt eng in der Austrasse und ja, gewisse Trottoirs sind heute schon eng und werden es auch in Zukunft sein. Wir sind aber überzeugt, dass die Fachleute des BVD unter Berücksichtigung aller Normen und Ansprüche an die Strasse die beste Lösung gefunden haben.

Und betreffend Mitwirkung, der Bericht des Regierungsrates wurde letzten Sommer öffentlich und derjenige der UVEK fristgerecht am 27. Mai publiziert. Die demokratischen Prozesse wurden eingehalten. Jedoch gerade wegen den beengten Verhältnissen wäre in der Austrasse eine Temporeduktion angebracht. Angedacht vom BVD ist momentan lediglich Tempo 30 in der Nacht aus Lärmschutzgründen auf einem kleinen Abschnitt zwischen Steinenschanze und Byfangweg, nicht aber auf dem Rest der Austrasse. Wir würden es daher begrüßen, wenn im Rahmen der Überarbeitung der Tempo 30-Strategie die Austrasse Tag und Nacht Tempo 30 erhalte.

Wir bedauern sehr, dass kein Platz mehr bleibt für Bäume und lediglich eine Pflanzrabatte ohne Baumpflanzung. Dies ist aufgrund der vielen unterirdischen Gewerke leider nicht möglich. Bei diesem Bericht wird diese von der UVEK geforderte Massnahme als Zusatzinvestition noch separat aufgeführt. Bei zukünftigen Ratschlägen der Regierung betreffend Strassenprojekte erwarten wir Grünliberalen, dass das Stadtklimakonzept und somit Entsiegelung, Baum- als auch Pflanzrabattenpotenzial unaufgefordert von der Verwaltung erkannt und eingeplant wird, wenn nötig auch finanziert durch den Mehrwertabgabebonds.

Den Anzug betreffend den vier elektrischen Weichen am Brausebad empfehlen wir Ihnen aus den im Bericht genannten Gründen abzuschreiben. Den Bericht der UVEK inklusive der Mehrkosten empfehlen wir Ihnen zu genehmigen.

Franz Xaver Leonhardt, die Mitte/EVP: Wir haben noch ein kleines technisches Problem, ich habe noch gebeten, eine Skizze aufzuzeigen wegen der Petition, die eingegangen ist, vielleicht können wir das besprechen.

Ich bin Fraktionssprecher der EVP/Mitte, wir empfehlen, diesem Ratschlag für die Ausgabe zuzustimmen. Es war eine sehr intensive Diskussion oder Bearbeitung in der UVEK, ich möchte mich bei meiner Kommission sehr herzlich bedanken für diese intensive, aber gute Zusammenarbeit. Hier ein Beispiel, wie wir in der letzten Zeit zusammenarbeiten und gute Lösungen zusammen erarbeiten. Es war auch sehr gut zu erfahren, dass unser Vorschlag, die Haltestelle Brausebad, bei dem Baudepartement auf offene Ohren gestossen ist und am Schluss haben wir eine noch bessere Lösung gefunden. Da bin ich sehr glücklich darüber und ich möchte jetzt nicht verlängern, sondern zu dieser Skizze kommen. Bei der Petition, wenn man hier das oben sieht, ist beim A die heutige Situation und die Situation beim B. Und die Petition hat ja gesagt, dass das Trottoir verkürzt wird und die Trams fahren schnell durch und wenn man es jetzt hier sieht, ist zwar das Trottoir bei der neuen Variante nur 2 Meter, aber hier ist sehr deutlich zu sehen, dass der Abstand vom Tram für die Fussgänger eigentlich noch besser ist als die heutige Situation. Hier sieht man auch sehr schön, diese sehr enge Variante in dieser Ausfahrt von einer sehr alten Strasse und das ist die beste Variante. Und ich wäre auch froh, dass wir jetzt hier diesen Ratschlag verabschieden können, dass wir keine Zeit verlieren, weil er ist schon länger auf dem Traktandum und den Bau noch zu verzögern, wäre nicht sinnvoll.

Darum bitte ich Sie im Namen der Fraktion EVP/Mitte diesem Ratschlag zuzustimmen, den Anzug Beat Leuthardt abzuschreiben und dem Antrag des GAB nicht zuzustimmen.

Beat K. Schaller (SVP): Ja, Sie haben es mehrmals gehört, die UVEK hat gegenüber dem Ratschlagsprojekt zwei wesentliche Verbesserungen eingebracht. Die Lage der Tramhaltestelle in der Austrasse direkt am Knoten Spalenring und den Verzicht darauf, den stadteinwärts gerichteten MIV der Allschwilerstrasse durch die Rudolfstrasse zu führen. Der erste Punkt hätte ja eigentlich von Anfang an selbstverständlich sein sollen. Wir wollen doch bei Umgestaltungen keine Verschlechterung der Umsteigebeziehungen verursachen und hier hat die UVEK zusammen mit dem Departement eine gute Lösung gefunden, wir danken den Verantwortlichen des BVD dafür. Auch dass wir für die Rudolfstrasse eine gute Lösung gefunden haben, freut uns. Wir von der SVP haben uns daran gestört, dass die Strassennetzhierarchie mit einem Federstrich einfach so aufgehoben werden sollte. Auslöser war es ja, dass die Velofahrer bis zum Knoten Spalenring vorfahren können, den Spalenring überqueren und dann links in die Socinstrasse abbiegen können. Dafür war geplant, einen Aufstellplatz für die Velofahrer direkt am Knoten zu machen über die gesamte Strassenhälfte und dafür den MIV vorher durch die Rudolfstrasse zu führen. Es erstaunt, dass der Verkehr einer Hauptsammelstrasse, der Allschwilerstrasse, so mir nichts dir nichts über eine siedlungsorientierte Erschliessungsstrasse wie die Rudolfstrasse geführt werden könne, so zumindest die ursprüngliche Absicht des BVD. Und dass sich die Anwohner dieser doch sehr engen und ruhigen Rudolfstrasse gegen diesen zusätzlichen Verkehr wehrten, das überrascht natürlich überhaupt nicht. Und mit der jetzt vorliegenden Platzierung der Tramhaltestellen nahe am Knoten Spalenring entfällt der ursprüngliche Grund für ein anderes Verkehrsregime an der Rudolfstrasse, die Anwohner danken uns.

Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, der Änderung des Ratschlagsprojekts und dem Grossratsbeschluss zuzustimmen sowie den Anzug Beat Leuthardt, Joël Thüring, wie im Bericht der UVEK dargelegt, abzuschreiben. Ich

danke Ihnen dafür.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Ich möchte mich kurz zum Antrag auf Rückweisung an die UVEK äussern. Ich möchte festhalten, dass Mitwirkung grundsätzlich Aufgabe der Verwaltung ist. Nur in diesem Fall, wenn Rückweisung, dann erscheint es mir auch sinnvoller an die UVEK aufgrund des Zeitdrucks, dann könnten wir, wenn das erfolgreich wäre, in der UVEK diese Anhörung machen und diese Details besprechen. Ich muss aber dazu sagen, dass die Petition nach Veröffentlichung unseres Berichts eingereicht wurde, die Kommission hat in dem Sinn keine Haltung dazu. Ich kann einfach wiedergeben, dass wir in der Kommission der Ansicht sind, dass wir unsere Arbeit sorgfältig und auch abschliessend gemacht haben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Abstimmung

über Rückweisung an die Kommission.

Ergebnis der Abstimmung

17 Ja, 74 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 194, 23.06.22 10:09:17]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Alinea 1-9

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 195, 23.06.22 10:10:15]

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 14'613'000 für die Reduktion von ÖV-Behinderungen und den hindernisfreien Ausbau der Haltestellen gemäss BehiG, für die Verbesserung der Streckenführung und Erhöhung der Verkehrssicherheit, für die Aufwertung des Strassenraums, bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 1'655'000 für die Umgestaltung des Strassenraums zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“
- Fr. 3'399'000 neue Ausgaben für die Anpassungen der Gleisanlagen als Darlehen an die BVB
- Fr. 617'000 neue Ausgaben für die Anpassungen der Haltestelleninfrastruktur als Darlehen an die BVB
- Fr. 1'722'000 einmalige Ausgaben für den Trainersatz zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Globalbudget Öffentlicher Verkehr
- Fr. 1'130'000 für die Erhaltung der Strasse gemäss heutigen Strassenstandards zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“, Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Strasse
- Fr. 952'000 für die Erhaltung der Abwasserableitungsanlagen gemäss heutigem Standard zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“, Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen
- Fr. 442'000 für die Anpassung der Lichtsignalanlagen zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“, Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Lichtsignalanlagen
- Fr. 4'186'000 für die Erhaltung der Gleisanlagen zu Lasten der Rahmenausgabe Erhaltung Gleisanlagen als Darlehen an

die BVB

- Fr. 510'000 für den Einbau von velofreundlichen Gleisen an den drei Kaphaltestellen

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Die UVEK beantragt, den Anzug Beat Leuthardt und Joël Thüning betreffend vier elektrische Weichen am Brausebad für ein nachhaltigeres und flexibleres Basler Tramnetz als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug abzuschreiben.

13. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen

[23.06.22 10:10:51, JSSK, BVD, 20.1317.02, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

David Jenny Vizepräsident der JSSK: Wir beraten über ein Einführungsgesetz und den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB). Das IVöB ist direkt anwendbar und von weitgehend abschliessender Natur. Es beruht auf dem WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA), das im Staatsvertragsbereich seit 1. Januar 2021 bei Beschaffungen der Kantone Anwendung findet.

Die JSSK hat sich mit dem Geschäft intensiv an 7 Sitzungen beschäftigt. Dies mag Sie angesichts des geringen kantonalen Spielraums auf den ersten Blick hin erstaunen, vielleicht auch auf den zweiten Blick hin. Wenn Sie sich aber zurückerinnern an all die Vorstösse der letzten Jahre aus unseren Reihen, die das Beschaffungsrecht zum Gegenstand hatten, dann wird klar, dass dieses Rechtsgebiet aus verschiedenen Gründen weite Kreise sehr interessiert. Der Beitritt zum IVöB wird nicht ein separater Beschluss, sondern mit § 1 des Einführungsgesetzes (EG) beschlossen werden. Die Kommission beschloss den Beitritt einstimmig.

Zum Vorgehen der Kommission kurz folgendes: Wir liessen uns eingehend über die Revision des IVöB informieren. Die Ziele dieser Revision, Umsetzung des GPA 2012, parallele Harmonisierung des nationalen Beschaffungsrechts, Klären und Strukturieren, Flexibilisieren und Modernisieren, weniger Administrativaufwand, mehr Effizienz für Anbieter sind auch im Ratschlag und in der Musterbotschaft zur Totalrevision der IVöB dargestellt. Ich verweise ausdrücklich darauf.

Um uns mit dem Beschaffungsrecht vertraut zu machen, liessen wir uns alle Bestimmungen des IVöB erläutern. Einzelne Fragen der Kommission beantwortete die Verwaltung schriftlich. Bei der Frage, welche Auftraggeber ausserhalb des Staates, im engeren Sinne Kanton und Einwohnergemeinden dem Beschaffungsrecht unterstellt sind, mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass gewisse Unsicherheiten bestehen, die durch Praxis und Rechtsprechung zu klären sind. Die Kommission wurde auch durch den Ablauf einer öffentlichen Ausschreibung anhand eines Praxisbeispiels geführt. Diese umfassende Befassung mit der Materie half uns zu verstehen, wo überhaupt noch Entscheidungsspielraum für den kantonalen Gesetzgeber besteht.

Im Weiteren werde ich mich auf die Diskussion bezüglich des Entwurfes des EG IVöB konzentrieren. Bei allen Vorschlägen, die auf Änderungen im Entwurf des Einführungsgesetzes abzielten, ist und war zu prüfen, ob deren wahres Motiv nicht ein verpöntes protektionistisches ist. Das Beschaffungsrecht will auch im Interesse der heimischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auswärtigen Anbietenden den Zugang zu unserem Markt ermöglichen. Vice versa erwarten wir, dass unsere Unternehmen anderswo möglichst ungehinderten Marktzugang haben. Zusätzliche Vergabekriterien sollten, soweit überhaupt rechtlich zulässig, nur eingeführt werden, wenn sehr gute nicht protektionistische Gründe dafür sprechen.

Gestern habe ich gelernt, in jeder ernsthaften wirtschaftspolitischen Debatte braucht es eine Kuh-Metapher. Stellen Sie sich vor, wir haben eine grössere Schulmilchbeschaffung. Es wird ausgeschrieben. Gut, da gibt es verschiedene, ich habe mich auf die schweizerische Kuhrasse beschränkt, zum Beispiel das Holsteinvieh, ein leistungsfähiger Fleckenträger. Oder das Braunvieh, ein Schweizer Original oder für Herrn Trachsel das Eringervieh, Herkules unter den Kühen. Unter den Top 7 dieser Rassen nicht aufgeführt ist eine Basler Züchtung. Aber stellen Sie sich nun vor, wir haben eine Basler Edel-Bio-Kuh mit von Tinguely designten Hörnern, die auf der Chrischona grasen und nur von Doktorinnen und Doktoren der ETH in Agronomie gepflegt werden. Alle anderen Rassen liefern bis zu 7'000 Liter pro Jahr, unsere Edel-Kuh liefert 1'000 Liter und der Futterverbrauch ist etwa zehnmal so teuer wie für die anderen Rassen. Wir können jetzt die Kriterien schrauben, wie wir wollen. Ich glaube, zu einer Beschaffung von Schulmilch von dieser Kuh, die uns alle ans Herz gewachsen ist, werden wir nie kommen. Das ist ein bisschen übertrieben, aber teilweise wird eben versucht, alle möglichen Kriterien zu erfinden, damit möglichst keine Milch angeliefert wird, die von weiter als 5 Kilometer herkommt. Gut, jetzt kommen wir zu den zwei Änderungen, die vorgeschlagen wurden, im Vergleich zum regierungsrätlichem

Entwurf. Neu eingeführt werden soll ein § 2, der die Berücksichtigung des Kriteriums Verlässlichkeit des Preises ermöglicht. Dieses Kriterium wurde auf Bundesebene in den Parlamentsberatungen in Artikel 29 Abs. 1 des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) eingefügt. Damit soll Dumpingangebote mit späteren Nachforderungen zulasten der Vergabestelle entgegengewirkt werden und in Basel denken wir da an gewisse Elektrikerleistungen beim Theater Basel. Ob dieses Kriterium unter dem Regime der IVöB zulässig ist, ist umstritten. Die Verwaltung und auch die Regierung geht davon aus, dass die Einfügung rechtlich nicht zulässig ist und darum hält auch die Regierung an ihrem Antrag fest, dieses nicht aufzunehmen. Die Regierung ist der Ansicht, dass mit anderen Vergabekriterien gegen Dumpingangebote vorgegangen werden kann. Plausibilität des Angebots und Ausschluss ungewöhnlich tiefer Angebote. Der Kanton Aargau hat dieses Kriterium aber schon in seinem Einführungsgesetzgebung aufgenommen, § 2 des Aargauer Dekretes über das öffentliche Beschaffungswesen. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass eine gerichtliche Klärung der rechtlichen Zulässigkeit dieses Kriteriums in kantonalen Einführungsgesetzen bald eintreten wird. Die JSSK empfiehlt mit 12 zu einer Stimme, dieses Kriterium in unser Einführungsgesetz aufzunehmen. Da es sich um eine Kann-Vorschrift handelt, ist sich die Kommission bewusst, dass der Regierungsrat grosser Spielraum haben wird, in welchem Umfang dieses zusätzliche Kriterium eingesetzt werden wird.

In der zweiten beantragten Änderung wird der Regierungsrat ermächtigt, im Rahmen der staatsvertraglichen Verpflichtungen Bestimmungen zu erlassen, um die Interessen bestimmter Personengruppen oder andere wichtige Themen, insbesondere die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen sowie den Klima- und Umweltschutz, bei öffentlichen Beschaffungen zu fördern. Diese Formulierung wurde von der Verwaltung, die ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben hat, vorgeschlagen. In der BZ vom 24. Mai 2022 äusserte Christian Mensch die Befürchtung, dass es dem Buchstaben des Gesetzes entsprechen werde, etwa die bestimmte Personengruppe der Rotarier zu fördern. Diese Befürchtung ist unoriginell, aber unberechtigt. Zum einen, da der sprechende Pfadfinder aber nicht Rotarier ist, liegt natürlich die Förderung von Pfadi-Anliegen viel näher. Zum zweiten, und dies ist ein bisschen ernsthafter gemeint, entscheidend ist nicht nur der Buchstabe, sondern auch der Geist einer Bestimmung. An welche Personengruppen oder Themen gedacht wird, wird dadurch zum Ausdruck gebracht, dass als Beispiele Menschen mit Behinderungen sowie der Klima- und Umweltschutz ausdrücklich genannt werden. Falls der Regierungsrat auch andere wichtige gesellschaftliche Themen innerhalb der staatsvertraglichen Vorgaben abbilden will, so müssen diese auch eine rechtliche Dimension aufweisen, die mit den beiden ausdrücklichen Beispielen vergleichbar sind. So wurde beispielsweise im eingeholten Rechtsgutachten auf das völker- und verfassungsrechtliche Ziel der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung von Menschen mit Behinderungen hingewiesen. Ebenfalls wurde ausgeführt, dass völkerrechtlich verankert ist, dass ausländische Anbieter*innen im Vergaberecht nicht diskriminiert werden dürfen. Auf die rechtliche Relevanz auf allen Stufen unserer Rechtsordnung des Klima- und Umweltschutzes muss ich hier nicht näher eingehen.

Die JSSK musste über keinen Antrag bezüglich Lohngleichheitsanalysen befinden. Ein ursprünglich gestellter Antrag wurde zurückgezogen. Die Kommission hat eine intensive Diskussion geführt. In einem Gesetz schon diejenige kantonale Stelle zu bezeichnen, die sich beispielsweise um die Lohngleichheit kümmert, würde einen massiven Eingriff in die verfassungsrechtliche Organisationskompetenz des Regierungsrates darstellen. In der Kommission wurde die Anwendung eines pragmatischen Verfahrens propagiert, dies sei bis Mai 2021 der Fall gewesen. Eine Regelung in diesem Einführungsgesetz sei aber schwierig, es brauche dazu den Anstoss in einem separaten parlamentarischen Vorstoss und dies bedeutete, dass wir nicht darüber befinden mussten.

Abschliessend möchte ich für die kompetente Begleitung unserer Beratungen durch die Leiterin der Kantonalen Fachstelle für öffentliche Beschaffungen, Luana Huber, sowie den juristischen Mitarbeiter des BVD, Christian Gossweiler, danken. Christian Mensch hat in dem erwähnten BZ-Artikel prophezeit, dieses Geschäft im Grossen Rat verspreche maximale Langeweile. Das ich mit meinem heutigen Referat etwas gegen Ihre kollektive Langeweile bewirken konnte, bezweifle ich. Das habe ich geschrieben, bevor ich über Kühe geschrieben habe. Es liegt aber trotzdem an Regierungsrätin Esther Keller und den nachfolgenden Sprechenden, Herr Mensch Lügen zu strafen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zuerst vielen Dank der Kommission für die intensive Beratung in doch 7 Sitzungen und mit vielen, vielen Abklärungen im Hintergrund. Und David Jenny hat recht, es war etwas trockene Materie, das können sicher alle bestätigen, aber er hat das wunderbar anschaulich erklärt und ich danke ihm dafür recht herzlich, weil an sich ist das Geschäft tatsächlich für den Kanton von grosser Bedeutung. Es ermöglicht uns eben Teil des schweizweit harmonisierten Systems zu werden, dass es für alle Beteiligten, insbesondere auch für die Unternehmen einfacher macht, und wir können das Beschaffungswesen modernisieren. Die Revision ermöglicht zudem, künftige Kriterien wie die Nachhaltigkeit bei Beschaffungen stärker zu gewichten. David Jenny hat es erwähnt, es bleibt nur sehr wenig Spielraum für die Kantone, dieses Gesetz auszugestalten, aber das ist ja auch der Sinn der Übung, nämlich dass es möglichst einheitlich ist unter den Kantonen.

Der Regierungsrat sieht es deshalb kritisch, dass hier die Verlässlichkeit des Preises als neue Bestimmung aufgenommen werden soll, wenn auch nur als Kann-Bestimmung. Wir schätzen es tatsächlich als Risiko ein, dass eine solche Anpassung unzulässig ist. Die Frage ist abgesehen davon, ob es überhaupt nötig ist, da etwas zu ändern, weil wir heute andere Instrumente zur Verfügung haben und Kriterien, wo wir ähnliches oder das gleiche erreichen können. Falls diese Formulierung heute so festgesetzt wird, dann werden wir schauen, ob das Konkordat das so akzeptiert. Der Sprecher hat vorhin auf den Kanton Aargau verwiesen, wir werden sehen, ob das einer gerichtlichen Überprüfung dann standhält.

Die zweite Änderung bezüglich der sozialen Nachhaltigkeit und anderen aktuellen gesellschaftlichen Themen, das sehen wir resp. unsere Juristen etwas weniger kritisch, die Formulierung hat auch durchaus Vorteile, so können wir aktuelle Themen bei der Ausschreibung abbilden, ohne grad das Gesetz anfassen zu müssen. Ich bitte Sie, diese Überlegungen in Ihren Entscheid einfließen zu lassen.

Michelle Lachenmeier (GAB): Ich darf im Namen des GAB und der SP reden und wir beantragen Ihnen, dem Bericht der JSSK unverändert zuzustimmen. Die neue Stossrichtung ist wichtig und richtig, denn das Gesetz bezweckt neu nicht nur den wirtschaftlichen Einsatz der öffentlichen Mittel, sondern eben auch, dass diese Mittel ökologisch und sozial und nachhaltig eingesetzt werden.

Ich möchte mich zu drei Punkten näher äussern, erstens zu dieser Nachhaltigkeit. Wir begrüssen es selbstverständlich, wenn das Kriterium der Nachhaltigkeit ein stärkeres Gewicht im Beschaffungswesen im Kanton erhält. Es ist uns wichtig, dass die Qualitätskultur und die Nachhaltigkeit im Sinne der Wirtschaftlichkeit, Umwelt, aber auch im Sinne des Sozialen als neues Kriterium in Zukunft eine höhere Relevanz haben soll. Eine starre Vorgabe, dass die Nachhaltigkeit immer berücksichtigt werden muss, gibt es leider nach wie vor nicht. Das wäre ein unzulässiger Eingriff in das Konkordat. Die Nachhaltigkeit stellt nach wie vor nur ein Sekundärziel des Beschaffungsrechts dar und kein Primärziel wie eben die Gleichbehandlung der Anbietenden. Die Anwendung von Umwelt- und Sozialkriterien erfordert einen sachlichen Bezug zum Beschaffungsobjekt. Wir erwarten aber, dass das Kriterium der Nachhaltigkeit vom Kanton, wenn immer möglich, berücksichtigt wird. Das beginnt nicht erst beim Zuschlagskriterium, sondern schon früher bei der Frage, ob überhaupt etwas Neues beschafft werden soll resp. was beschafft werden soll. Ökologische Anliegen und insbesondere auch Behindertengleichstellung können zum Beispiel auch dadurch erreicht werden, wenn diese bereits bei der Definition der Beschaffungsgegenstände und bei der technischen Spezifikation berücksichtigt werden. Wir erwarten, dass der Kanton seine Mitarbeitenden diesbezüglich sensibilisiert und ein stärkerer Fokus auf ökologische und soziale Kriterien gelegt wird. Wir sind auch erfreut darüber, dass der Regierungsrat den Input der Grünen aus der Vernehmlassung aufnehmen möchte und einen Beschaffungsleitfaden für den Kanton im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Rechts prüfen möchte. Die Beschaffungsstrategie des Bundesrates könnte dabei als Grundlage für den Kanton dienen. Zudem erwarten wir, dass die KFöB bezüglich der nachhaltigen Beschaffung als Kompetenzzentrum agiert und die internen Leitfäden und Empfehlungen entsprechend der neuen Nachhaltigkeitsaspekte anpasst und sich mit der Fachstelle Ökologische Beschaffung des Bundes für Umwelt auch regelmässig austauscht.

Zur Lohngleichheit. Zur Lohngleichheit resp. zu deren Kontrolle ist zu sagen, dass wir auch hier den Vorschlag der Regierung und der JSSK begrüssen. Es wurde bereits erwähnt, dass der Regierungsrat am 1. Mai unabhängig von diesem Gesetz festgelegt hat, dass nebst der Selbstdeklaration auch ein Nachweis für die Lohngleichheit mittels Logib eingebracht werden muss. Wir finden es richtig, dass nicht nur auf die Selbstdeklaration abgestützt wird, sondern dass auch eine Kontrolle der Einhaltung der Lohngleichheit über ein Analyse-Tool gemacht wird. Wir finden es auch richtig, dass der Regierungsrat hierfür die Kompetenz erhält, einerseits die Stelle zu bestimmen, die das prüft, aber auch dass diese Stelle ein Instrument bestimmen darf und dieses für verbindlich erklären kann. Ob es nun Logib oder ein anderes Tool sein soll, das steht nicht im Einführungsgesetz, weshalb die Kritik, die hier von gewissen Seiten geäussert wurde, nicht in einem direkten Zusammenhang zu diesem Gesetz steht.

Zur Verlässlichkeit des Preises. Die JSSK hat beschlossen, dass zusätzlich zu den im IVöB erwähnten Zuschlagskriterien eben neu auch die Verlässlichkeit des Preises berücksichtigt werden kann. In der Praxis entspricht bei der Angebotsabgabe das wirtschaftlich günstigste bei der Schlussrechnung dann oftmals nicht mehr dem günstigsten Angebot. Um das vorteilhafteste Angebot zu eruieren, braucht es unseres Erachtens eine relativierende Grösse für den Preis. Das Kriterium der Plausibilität des Angebots, das auch neu vorgesehen ist, genügt unseres Erachtens aber nicht, um hier Dumpingpreise zu verhindern. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass eine gewisse rechtliche Unsicherheit und damit auch ein gewisses Prozessrisiko mit der Aufnahme dieses Kriteriums der Verlässlichkeit des Preises einhergeht. Insofern habe ich auch ein gewisses Verständnis für den Antrag des Regierungsrates. Dennoch halten wir es für vertretbar und politisch angezeigt, die Verlässlichkeit des Preises in das Gesetz aufzunehmen. Wir sind, wie wir es gehört haben, nicht der erste Kanton, der dies aufnehmen würde, die Adressaten wären weiterhin frei bei der Kalkulation, die Kalkulation muss aber verlässlich sein. Es kann immer noch das günstigste Angebot zum Zug kommen. Der Kanton könnte sich bei der Umsetzung dieses Zuschlagskriteriums auf die sich in der Prüfung befindenden Bewertungsmodelle der Vergabestelle des Bundes orientieren, die eben auch dieses Kriterium im Bundesbeschaffungsgesetz aufgenommen hat und die hier nun versucht, Bewertungsmodelle zu erstellen, die dann auch vor einem Gericht Bestand haben.

Wir lehnen daher den Änderungsantrag der Regierung ab und bitten Sie, dem Bericht der JSSK unverändert zuzustimmen.

Daniel Albietz (die Mitte/EVP): Ich danke David Jenny für die Einführung in diese eher trockene Materie. Ich kann leider nicht so viel Poesie und Blumigkeit liefern wie mit diesem Kuhvergleich, aber ich möchte auch nicht wiederholen, was er gesagt hat, sondern vor allem auf den einen Streitpunkt eingehen, der dieser Debatte noch etwas Würze verleiht. Ich möchte kurz an die Ausgangslage erinnern. Wir haben ja dieses Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen, das die Rahmenbedingungen für den Bund vorgibt, aber auch für das IVöB, für diese Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen. Und heute beschliessen wir eigentlich, dass der Kanton Basel-Stadt dieser Vereinbarung beitritt, also dass diese Grundsätze für uns massgeblich sind.

Ich hatte es vorher vom Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen und ich möchte diesen Artikel 29 einfach kurz vorlesen, damit Sie sehen, welch bunten Blumenstrauß der Regierung zur Verfügung steht, um Beschaffungen nachhaltig und korrekt durchzuführen: Die Auftraggeberin prüft die Angebote anhand leistungsbezogener Zuschlagskriterien. Sie berücksichtigt, unter Beachtung der internationalen Verpflichtungen der Schweiz, neben dem Preis und der Qualität einer Leistung, insbesondere Kriterien wie Zweckmässigkeit, Termine, technischer Wert, usw., unglaublich viele Kriterien und dann eben auch die Verlässlichkeit des Preises, Kreativität, Kundendienst, Lieferbedingungen, Infrastruktur, also es gibt da eine ganz solide gute Grundlage, wie Ausschreibungen sachgerecht

vorgenommen werden können und das ist auch der Grund, warum wir als JSSK, und zwar mit 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, das war also nicht eine knappe Sache, zum Schluss gekommen sind, dass dieses Kriterium der Verlässlichkeit des Preises in dieses Einführungsgesetz gehört.

Bei dieser Deutlichkeit und auch nachdem die Argumente ausgetauscht wurden, die Regierung hat sehr viel Platz erhalten im Bericht, um die Einwände dagegen zu formulieren, verstehen wir nicht ganz, warum jetzt doch der Antrag kommt, diesen § 2 zu streichen. Denn es ist, wie gesagt, eine Kann-Bestimmung, kann heisst, man muss nicht, dort geht auch die Befürchtung der Mitte-Fraktion hin, nämlich dass wenn es eine Kann-Bestimmung ist, dass sie nie angewendet wird. Und doch möchten wir der Verwaltung Mut machen, dieses Kriterium anzuwenden, weil es in gewissen Situationen gerade bei komplexen Projekten eine wirksame Methode ist, um eben der Nachhaltigkeit auch beim Preis zum Durchbruch zu verhelfen. Wir sehen die Gefahr, dass es ein Papiertiger sein könnte und darum geht die Erwartung an die Regierung, falls es so beschlossen wird, dass das auch dann zur Anwendung gelangt.

Auch bei diesem Kriterium geht es letztlich um Nachhaltigkeit. Es geht um die Verhinderung von Dumpingangeboten, denn gerade bei komplexen Projekten und Submissionen kann es vorkommen, dass eben das billigste Angebot nicht das wirtschaftlichste ist, und zwar bei der Schlussabrechnung. Um das vorteilhafteste Angebot zu eruieren, braucht es nebst einer Reihe volkswirtschaftliche Kriterien wie Nachhaltigkeit und Innovation auch eben diese relativierende Grösse für den Preis. Dumpingangebote sind oft unausgereift und destruktiv, oft wird bei solchen Angeboten an der Qualität und bei der Planung gespart, was mittel- und langfristig Mehrkosten verursacht, als wenn sich eine realistische und sauber kalkulierte Offerte durchgesetzt hätte. Bei der Ausführung eines Projekts erweist sich der Zuschlag für einen Bewerber mit einer solchen Dumpingofferte immer wieder als wenig einträglich. Ich zitiere den Baumeisterverband: Schlechte Planung kostet den öffentlichen Bauherrn ein Vielfaches von dem, was mit dem billigsten Angebot angeblich eingespart werden kann.

Es wurde schon gesagt, der Kanton Aargau hat dieses Kriterium eingeführt, es gibt dort meines Wissens noch keine Gerichtspraxis dazu, aber ich finde die Verwaltung sollte solche Prozesse auch nicht scheuen, um eben dieses Kriterium dann gerichtlich überprüfen zu lassen. Der Kanton Tessin kennt übrigens dasselbe Kriterium seit Jahren, es wird dort erfolgreich angewendet und ist dort bereits vom Verwaltungsgericht bestätigt. Leider sind dann diese Urteile auf Italienisch, aber ich möchte der Verwaltung Mut machen, sich vielleicht auch dort zu erkundigen, wie ein Angebot oder eine Ausschreibung ausgestaltet werden muss, um eben diesem Kriterium Achtung zu verschaffen. Letztlich geht es um eine neue Vergabekultur mit dem IVöB für die Verwaltung und auch mit dem Kriterium der Verlässlichkeit des Preises und somit ist dieses Kriterium eine Chance und es ist die Erwartung damit verbunden, dass es situativ und sachgerecht zur Anwendung kommt. Bitte keine Angst vor einzelnen Musterprozessen, die Gerichtspraxis zu einem solchen Kriterium muss, wie gesagt, zuerst entwickelt werden.

Ich kann zusammenfassen, dass unsere Fraktion den Anträgen der JSSK unverändert zustimmt und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

David Jenny Vizepräsident der JSSK: Vielleicht nur ganz kurz, ich glaube, wir dürfen es wagen, dieses Verlässlichkeitskriterium einzuführen und ich habe mit Erstaunen festgestellt, dass Daniel Albiets vom Papiertiger und nicht von einer Papierkampfküh gesprochen hat.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

§1 Beitritt

§2 Zuschlagskriterien

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, § 2 zu streichen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 84 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 196, 23.06.22 10:39:14]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Detailberatung

§3 Veröffentlichungen

§4 Rechtsschutz

§5 Vollzugs- und Ausführungsbestimmungen

Abs. 1 lit. a-j

§6 Erklärungen, Änderungen, Rechtskraft

Abs. 1 bis Abs. 4

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 197, 23.06.22 10:40:27]

Der Grosse Rat beschliesst

I.

§ 1 Beitritt

1 Der Kanton Basel-Stadt tritt der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 15. November 2019 bei.

§ 2 Zuschlagskriterien (Art. 29 Abs. 1 IVöB)

1 Zusätzlich zu den in der IVöB erwähnten Zuschlagskriterien kann das Kriterium «Verlässlichkeit des Preises» berücksichtigt werden.

§ 3 Veröffentlichungen (Art. 48 Abs. 1 IVöB)

1 Die Auftraggeber veröffentlichen Zuschlüsse, die ausserhalb des Staatsvertragsbereichs freihändig gemäss Art. 21 Abs. 2 IVöB erteilt wurden.

§ 4 Rechtsschutz (Art. 52 IVöB)

1 Die Beschwerde gegen Verfügungen der Auftraggeber ist ab dem für das Einladungsverfahren massgebenden Auftragswert zulässig.

§ 5 Vollzugs- und Ausführungsbestimmungen

1 Der Regierungsrat regelt den Vollzug und erlässt die Ausführungsbestimmungen. Er wird insbesondere ermächtigt:

- a) Vereinbarungen mit Grenzregionen und Nachbarstaaten gemäss Art. 6 Abs. 4 IVöB abzuschliessen;
- b) die für die Kontrollen zuständigen Stellen zu bezeichnen (Art. 12 Abs. 5 IVöB);
- c) die für den Vollzug, die Kontrolle und Aufsicht verantwortlichen Stellen zu bezeichnen bezüglich Art. 28 Abs. 1, Art. 45 Abs. 1 bis 5, Art. 50 Abs. 1 und Art. 62 Abs. 1 und 2 IVöB;
- d) Offertöffnungen als öffentlich vorzusehen (Art. 37 IVöB);
- e) ein zusätzliches Publikationsorgan im Sinne von Art. 48 Abs. 7 IVöB zu bezeichnen;
- f) die Befugnis des Auftraggebers zur Eröffnung von Verfügungen gemäss Art. 51 Abs. 1 IVöB zu delegieren;
- g) die für den einheitlichen Vollzug und die Auskunftserteilung sowie Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Beschaffungswesen zuständige kantonale Stelle zu bezeichnen;
- h) die kantonalen Stellen für die Entgegennahme und Behandlung von Anzeigen der Arbeitnehmenden, der paritätischen Kommissionen oder von anderen Kontrollorganen bei Missachtung von Bestimmungen über den Arbeitsschutz, die Arbeitsbedingungen, die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit, den Schutz der Umwelt oder von Bestimmungen über die Schwarzarbeit gemäss Art. 12 Abs. 1 bis 3 IVöB zu bestimmen;
- i) im Rahmen der staatsvertraglichen Verpflichtungen Bestimmungen zu erlassen, um die Interessen bestimmter Personengruppen oder andere wichtige Themen, insbesondere die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen sowie den Klima- und Umweltschutz, bei öffentlichen Beschaffungen zu fördern;
- j) Gebühren zu erheben.

§ 6 Erklärungen, Änderungen, Rechtskraft

1 Der Regierungsrat erklärt den Beitritt und Austritt zur IVöB gegenüber dem Interkantonalen Organ gemäss Art. 63 IVöB.

2 Der Beitritt zur IVöB wird mit der Abgabe der Beitrittserklärung an das Interkantonale Organ rechtskräftig.

3 Der Regierungsrat ratifiziert Änderungen der IVöB, soweit sie von untergeordneter Bedeutung sind. Ansonsten bedürfen Änderungen der IVöB sowie der Austritt daraus der Zustimmung des Grossen Rates.

4 Der Regierungsrat wird ermächtigt, aus der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 auszutreten, wenn sämtliche Kantone der revidierten IVöB beigetreten sind.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Das Gesetz über öffentliche Beschaffungen (Beschaffungsgesetz) vom 20. Mai 1999 (Stand 4. März 2010) wird aufgehoben.

IV. Schlussbestimmung

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

14. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur "Gartenlandschaft Milchsuppe"

[23.06.22 10:40:43, BRK / UVEK, BVD, 21.1553.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 2'827'000 zu bewilligen.

Jeremy Stephenson, Präsident BRK: Vergessen wir mal das Referendum gegen das neue Freizeitgartengesetz und wenden wir einfach das bestehende Gesetz an, in welchem im § 4 festgehalten wird, dass bestehende Freizeitgartenareale mit geeigneten Massnahmen qualitativ aufgewertet werden sollen, insbesondere dadurch, dass sie mit öffentlichen Grünflächen und Freizeitangeboten verbunden werden. Mit dem vorliegenden Ratschlag verfolgt das BVD resp. die zuständige Stadtgärtnerei genau ein solches Ziel. Zwischen der neuen genossenschaftlichen Wohnüberbauung an der Burgfelderstrasse und dem Freizeitgartenareal Milchsuppe soll ein öffentlicher Grün- und Freiraum geschaffen werden und das Freizeitgartenareal Milchsuppe soll teilweise geöffnet und aufgewertet werden. Das Freizeitgartenareal Milchsuppe befindet sich an der westlichen Stadtgrenze von Basel in unmittelbarer Nähe zum Grenzübergang Burgfelden zwischen Friedrich Miescher-Weg, Julia Gauss-Strasse, Burgfelderstrasse und Bungestrasse. Das Gelände ist bei der Burgfelderstrasse geprägt von einer bis zu 6 Meter hohen Hangkante. Mit der Umzonung und Rückbau eines Teils des Freizeitgartenareals konnte die als Landschaftsschutzzone deklarierte Hangkante mit ihrem festgelegten Schutzzweck in eine extensivere Nutzung und Gestaltung überführt werden.

Die Stadtgärtnerei entwickelte ein Projekt für eine öffentliche Grünanlage mit einem hohen Biodiversitätsanteil, mit Durchwegungen und Aufenthaltsbereichen und einem Angebot von Gemeinschaftsgärten. Dadurch entstand zwischen der neuen genossenschaftlichen Wohnüberbauung Burgfelderstrasse und dem nach wie vor eingezäunten Freizeitgartenareal Milchsuppe ein öffentlicher Grünraum. Neben der Schaffung dieses neuen Grünraums wird der bestehende Hauptweg durch das Freizeitgartenareal, der von der Bungestrasse bis zum Friedrich Miescher-Weg führt und der seit 2016 tagsüber schon öffentlich zugänglich war, aufgewertet und ganztags geöffnet. Im Rahmen des vorliegenden Projekts wird der chaussierte Teil des Weges saniert und durchgehend beleuchtet werden. Des Weiteren wird auf der Höhe des Spielplatzes am Vereinslokal ein Querweg, nämlich der Irisweg, zu einem öffentlichen Weg verbreitert. So soll eine direkte Verbindung von der Burgfelderstrasse resp. der neuen Überbauung zum Hauptweg des Areals entstehen. Beim Irisweg sind sechs Gartenparzellen betroffen, die rund 1,5 Meter ihrer Parzelle für den neuen Zaunverlauf sowie neue Zugänge mit Toren verlieren. Im Freizeitgartenareal befindet sich auch ein Kinderspielplatz, welcher bis heute vom Freizeitgartenverein unterhalten wurde. Da der Spielplatz vorwiegend von den Kindern aus dem direkt angrenzenden Quartier benutzt wird, möchte der Verein von dieser Verantwortung entbunden werden. Mit der neuen öffentlichen Durchwegung fällt der Unterhalt des Spielplatzes inskünftig in den Zuständigkeitsbereich des BVD.

Die grosse Mehrheit der BRK begrüsst die Umsetzung der durch den Ratschlag angedachten Massnahmen. Die BRK hat sich dann noch intensiv mit vier Themen dieses Ratschlags beschäftigt. Für die BRK ist es wichtig, dass bei Eingriffen des Staates in die Freizeitgartenareale, so zum Beispiel bei öffentlichen Durchwegungen, die direkt Betroffenen in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Dies ist im vorliegenden Fall geschehen. Die Projektverantwortlichen haben aufgezeigt, dass der Mitwirkungsprozess seit 2015 andauert und gegen 20 Veranstaltungen, Projektvorstellungen und Workshops stattgefunden haben. Insbesondere die Anhörung der Präsidentin des Freizeitgartenareals Milchsuppe war sehr informativ und überzeugend. Sie bestätigte die gute Kommunikation mit der Stadtgärtnerei und bestätigte auch, dass die sechs direkt betroffenen Personen am Irisweg mit der Öffnung und Errichtung eines Zaunes auf ihrer jeweiligen Parzelle einverstanden waren.

Die Projektverantwortlichen der BRK haben auch aufgezeigt, wie der Hauptweg durch den Freizeitgartenareal für die Nutzung durch Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velos ausgelegt werden soll. Allerdings ist der Weg zu schmal für eine nicht geregelte Nutzung. Zu Fuss Gehende haben nach wie vor Vorrang, der Weg soll nicht als Rennstrecke für Velos genutzt werden. Falls das friedliche Nebeneinander nicht klappen sollte, müssten Signalisationsmassnahmen ergriffen werden. Ursprünglich war ein im Teilrichtplan Velo auch noch eine Velorampe von der Burgfelderstrasse zum Friedrich

Miescher-Weg vorgesehen. Dadurch hätten weitere 20 Freizeitgartenareale aufgehoben werden müssen, was richtigerweise als unverhältnismässig taxiert wurde, weshalb diese Idee gar nicht in den Ratschlag aufgenommen wurde.

Die Beleuchtung des Hauptweges gab in der BRK auch zu Diskussionen Anlass. Es stehen zwei Möglichkeiten zur Verfügung, nämlich die sogenannte Astro-Dimmung und eine Beleuchtung mit Sensoren. Bei der sogenannten Astro-Dimmung, welche von der Stadtgärtnerei bevorzugt wird und auch von der IWB, kann nachts zu definierten Zeiten die Lichtintensität gedimmt werden. Die BRK ist der Auffassung, dass das Energiesparpotenzial bei den Sensoren grösser ist und diese Beleuchtungsart dem Schutz von Pflanzen, Tieren und Menschen dienlicher ist. Die BRK möchte deshalb den Verantwortlichen der IWB dringend empfehlen, nochmals über die Bücher zu gehen, ob die Kandelaber nicht doch besser mit Sensoren als mit Astro-Dimmung ausgestattet werden sollen.

Schliesslich befasste sich die BRK auch mit der Entsiegelung heute versiegelter Flächen. Hierzu bestehen verschiedene Möglichkeiten und Auffassungen. Ein Problem liegt in der Tatsache, dass von der Bungestrasse bis zur Gärtnerklause der Weg von Fahrzeugen für Anlieferungen benutzt wird. Die BRK ist eher der Meinung, dass Flächen, welche Entsiegelungspotenzial aufweisen, auch entsiegelt werden sollen. Schlussendlich sind wir allerdings der Meinung, dass die direkt Betroffenen, nämlich der Freizeitgartenverein über diese Entsiegelung und Chaussierung selber entscheiden sollte.

Mit diesen Anmerkungen hat die BRK mit 11 Stimmen bei zwei Enthaltungen dem Ratschlag zugestimmt und beantragt, diesen Ratschlag heute zu genehmigen.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Ich möchte den Beitrag der UVEK, wir haben uns für mündliche Berichterstattung entschieden, ein bisschen räumlich strukturieren, ich beginne bei der privaten Parzelle der Genossenschaft. Wir haben dort festgestellt, dass diese leider vollständig unterbaut wird, das heisst, Begrünung ist möglich, aber für Bäume wird es schwierig. Wenn wir weitergehen, bei der Böschung, das war der eigentliche Kern unserer Betrachtung, dieser ist sehr wertvoll für die Vernetzung, es sollen da ja dann auch Bundesgelder aus dem Finanzausgleich für Biodiversität fliessen in den Kanton Basel-Stadt. Wir haben mit Freude festgestellt, dass angedacht ist, dass Hochstammbäume mit Specie Rara-Sorten dorthin kommen sollen, dass auch eine extensive Beweidung mit Schafen vorgesehen ist und diese extensive Beweidung und generelles Habitat bietet dann eben auch Lebensraum für Insekten, davon dann wieder für Vögel, für kleinere Säugetiere, für Fledermäuse, usw. Also das ist sicher sehr wertvoll aus ökologischer Sicht und soll so auch weiterverfolgt werden, die Störungen durch den Menschen sollen dort gering gehalten werden.

Dann der untere Bereich, das ist der Bereich des Gartenlabors und auch dort wieder Hochstammbäume und extensive Wiesen. Allerdings dann in einer Mischung von Nutzung und Schutz quasi und da finden wir es aus Sicht der UVEK gut, dass man neue Wege geht. Es besteht ein Bedürfnis nach solchen neuen Ansätzen des Gärtnerns. Aus unserer Sicht soll der Fokus klar auf dem Gärtnern sein und weniger auf dem Festen oder auch Grillieren, also die Nutzungen sollen sich nach Möglichkeit nicht gegenseitig beeinträchtigen. Wir stellen uns vor, dass das auch begleitet wird und allenfalls noch Korrekturen dann nötig sind. Wir haben auch gesagt, dass genau diese Form, dieses Gartenlabor, geeignet wäre, um den biologischen Gartenbau den Gärtnerinnen und Gärtnern im klassischen Freizeitgartenareal näher zu bringen. Von Gesetzes wegen ist das ja eigentlich gefordert, in der Praxis ist das aber bis heute immer noch ein Problem, dass gerade Familiengartenareale sehr stark belastet sind mit Schadstoffen.

Räumlich gehe ich weiter zum Freizeitgartenareal selber, dort haben wir uns eigentlich zurückgehalten und gesagt, das ist Thema der BRK. Wir haben trotzdem ein, zwei Punkte. Das eine ist das Littering, das wir besprochen haben, und dort geht es uns weniger um das Littering auf den Wegen, sondern dass Personen, die dort dann durchlaufen, Abfall in die Gärten werfen und das ist natürlich sehr ärgerlich für die Gärtnerinnen und Gärtnern und da soll man dagegen vorgehen. Die Durchwegung wurde schon von Jeremy Stephenson angesprochen. Wir haben uns im Gegensatz anscheinend zur BRK klar dafür ausgesprochen, dass nur der Hauptweg versiegelt sein soll und sonst unversiegelt, aber trotzdem möglichst BehiG-konforme Varianten gesucht werden, also wassergebundener Mergelbelag zum Beispiel. Da haben wir erfahren, da ist eine Kooperation oder eine Zusammenarbeit mit Pro Infirmitas angedacht, um solche Materialien auch zu testen und auf ihre Machbarkeit und Befahrbarkeit dann zu prüfen.

Zur Veloverbindung, die ist im Teilrichtplan, hat die UVEK keinen Antrag. Wir nehmen die Abwägungen, die die BRK gemacht hat, zur Kenntnis und wir verweisen auch zusätzlich auf den hängigen Anzug. Dort wird ja das Amt für Mobilität dazu dann berichten müssen. Auch die Beleuchtung war bei uns ein Thema. Wir sind aus Sicht der UVEK generell froh, dass diese zurückhaltend eingesetzt wird, also der ganze Böschungsbereich und auch der untere Bereich soll ja nicht beleuchtet werden, sondern nur Richtung Gartenareal selber und auch wir sind der Ansicht, dass die Version mit Sensoren gut wäre und wir fordern wirklich die IWB auf, dazu Hand zu bieten, eine Lösung dort umzusetzen. Wir haben mitbekommen, dass die Mitwirkung aufgegleist ist und die UVEK findet das sehr wichtig und fordert, dass diese sorgfältig weitergeführt wird.

Insgesamt auch von unserer Seite eine grosse mehrheitliche Zustimmung.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, das ist wirklich ein sehr anschauliches Beispiel, wie wir die Freizeitgärten auch weiter entwickeln wollen und können, damit sie eben auch in Zukunft attraktiv sind. Die Milchsuppe wird mit diesem Projekt besser ins Quartier eingebunden und das ermöglicht auch der Bevölkerung beispielsweise den Spielplatz zu nutzen oder das Areal durch die Mitte zu passieren. Etwas, was seit doch einigen Jahren schon versuchsweise möglich ist und so weit gut funktioniert. Dann auch die Schaffung von Gemeinschaftsgärten, die erwähnt wurde, das ist ja ein Angebot, das vor allem von aussen auch an uns herangetragen wurde, dass das etwas wäre, was man schätzen würde. Nicht alle Freizeitgärtner*innen möchten unbedingt eine grosse Fläche, einen grossen eigenen Garten bewirtschaften, das

bedeutet doch sehr grossen Aufwand, das heisst, man möchte auch die Gelegenheit haben, mit anderen eine Fläche gemeinsam zu nutzen und genau das wollen wir ermöglichen, dass man diese gemeinschaftliche Nutzung dort eben machen kann.

Der Freizeitgartenverein Milchsuppe wurde von Anfang an in dieses Projekt einbezogen, auch das ist ein gutes Beispiel, wie wir arbeiten möchten, davon konnten sich die Kommissionen auch während ihrer Beratung im direkten Austausch mit der Präsidentin überzeugen. Wir haben es kurz gehört, es geht auch um die Frage der teilweisen Entsigelung, da sind wir natürlich offen, aber wie es der Präsident der BRK erwähnt hat, wir möchten das nicht einseitig einfach verordnen oder verfügen, es ist wichtig, dass hier auch die Freizeitgartenvereine Mitbestimmung haben, ein Mitbestimmungsrecht, weil es eben Flächen sind, die zum Teil sehr stark genutzt werden. Für die Natur hat das Projekt wirklich auch noch deutliche Vorteile. Ich möchte auch erwähnen, dass die geplanten Massnahmen im Bereich Biodiversität vom Bund voraussichtlich unterstützt werden mit einem nicht unwesentlichen Beitrag. Wir erwarten etwa Fr 250'000 als Beitrag zu dieser Biodiversitätsmassnahmen.

Ich möchte den Kommissionen nochmal ganz herzlich danken für ihre Arbeit und auch die positive Empfehlung und die Anregung bezüglich Beleuchtung, die werden wir sehr gerne mit- und weiterverfolgen.

Der Regierungsrat würde sich sehr über Ihre Zustimmung zu diesem Projekt freuen.

Pascal Messerli (SVP): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Sie sehen es in der Kreuztabelle, die SVP beantragt Ihnen hier Rückweisung. Wir haben es uns diesmal zugegebenermassen nicht ganz so einfach gemacht, die Situation ist hier etwas speziell. Wir haben ja diese Gesetzesrevision beschlossen, wo das Referendum dagegen ergriffen wurde, und wir haben hier auch diesen speziellen Ratschlag und Sie mögen sich sicherlich auch an unsere Abänderungsanträge vom März erinnern, wo wir auch gesagt haben, dass wir grundsätzlich nicht gegen Öffnungen sind, wenn das Einverständnis der Vereine jeweils gegeben ist. Und zugegebenermassen ist es hier so, dass die Präsidentin des Areals Milchsuppe hier einverstanden ist mit der Öffnung, auf der anderen Seite, wenn ich an die Unterschriftensammlung zurückdenke, wir haben insgesamt über 5'000 Unterschriften gegen die Öffnung zustande bekommen, 4'000 allein auf dem SVP-Bogen und da waren eine Menge Menschen darauf, welche einen Garten haben in diesem Milchsuppen-Areal. Wir sind hier einfach auch der Meinung, dass die Auffassung von Präsidentin und Pächterinnen und Pächter hier durchaus etwas auseinanderdividieren. Wir wollen das nicht gegenseitig ausspielen, das muss der Verein intern lösen, das geht uns nichts an, aber wir sind hier schon der Meinung, dass wir diesem Öffnungsschritt vor dieser Abstimmung, die im September stattfindet, nicht zustimmen können.

Und wenn wir ehrlich sind, dann ist, was jetzt der Regierungsrat und das BVD hier veranstaltet haben mit diesen zwei verschiedenen Ratschlägen in dieser Situation und in dieser Konstellation, schon etwas ein Chaos, wenn nicht sogar ein kommunikatives Desaster. Zuerst sagt man, das Gesetz habe sich grundsätzlich bewährt, ausser bei der Freizeitgartenkommission und beim Rechtsweg gibt es noch einzelne Dinge, die man ändern möchte. Dann ändert man aber alles, man wirft den Kompromiss von 2011 komplett über den Haufen, man hat § 4 und § 5 geändert, weil man gesagt hat, das Gesetz ist nicht präzise, man braucht für die Öffnung eine präzisere Bestimmung, beispielsweise mit Worten wie Durchwegung. Und dann sagt man hier beim Ratschlag Milchsuppe, ja, aber hier haben wir eine gesetzliche Grundlage für eine Öffnung. Da kommt der einfache Bürger da draussen überhaupt nicht mehr draus, um was es hier überhaupt geht. Das ist wirklich kommunikativ nicht einfach etwas schlecht kommuniziert, Note 3,75, sondern das ist kommunikativ die Note 1. Das versteht ja wirklich niemand mehr, wenn wir im September darüber abstimmen und jetzt heute einen Öffnungsschritt in einem einzelnen Areal beschliessen.

Aus diesem Grund finden wir das etwas sehr abenteuerlich, wir finden auch die Interpretation sehr abenteuerlich, dass man jetzt sagt, hier hätte man diese rechtliche Grundlage für diese Öffnung. Wir finden das eher dünnes Eis und wir haben hier einfach etwas die Angst, was passiert, wenn hier die Bevölkerung das im September ablehnt. Was machen Sie dann, sagen Sie dann bei jedem einzelnen Areal, ja, aber eigentlich hätten wir ja die gesetzliche Grundlage. Nein, die gesetzliche Grundlage hätten Sie ja dann nicht, weil explizit auch Durchwegung drinsteht jetzt im neuen Gesetz und das würde ja dann abgelehnt werden. Wenn das Gesetz durchkommt, wenn wir vom Referendumskomitee hier unterliegen sollen, dann ist es wieder etwas anderes, dann akzeptieren wir selbstverständlich diesen direkt demokratischen Entscheid, aber vorher sind wir nicht gewillt, hier zuzustimmen, bevor im September diese Volksabstimmung stattfindet.

Und deshalb sind wir der Meinung, wir sollten das an den Regierungsrat zurückweisen, bis die Abstimmung vorbei ist, und wenn die Abstimmung im Sinne des Regierungsrates vielleicht dann so entschieden wird, dann kann man es noch in der Oktobersitzung dringlich traktandieren, man kann nochmal genau das Gleiche bringen und dann ist es auch sauber aufgegleist. Aber jetzt hier zwei verschiedene Ratschläge zu diesem Zeitpunkt, in dieser Situation und in dieser Konstellation erachten wir als nicht zielführend, da kommt der Mensch nicht mehr draus, um was es hier wirklich geht. Und dementsprechend bitten wir Sie hier, unserem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

René Brigger (SP): Ich kann auf das Votum von Jeremy Stephenson verweisen, das wurde einstimmig bei zwei Enthaltungen von der BRK angenommen und im "Chrüzlistich" ist die SVP dagegen resp. für eine Zurückweisung. Ich gehe vielleicht kurz auf das Vorvotum von Kollege Pascal Messerli ein. Er sagt, wie ich ihn verstehe, dass es kommunikativ keine Sonderleistung ist und zeitlich liegt das ungünstig. Ja, das mag sein, aber ist hier überhaupt nicht relevant. Die Frage an Kollege Pascal Messerli, was passiert, falls das Referendum angenommen wird, dann haben wir hier diese Ausgabenbewilligung nach wie vor, die Durchwegung ist akzeptiert, die Durchwegung bringt was. Und ich muss einfach sagen, die Durchwegung ist ein Hinweis an die Basta, diese Durchwegung ist auch nach dem bestehenden Freizeitgartengesetz möglich. Die ist auch nach dem neuen Freizeitgartengesetz möglich und wir haben hier einen

konkreten Ratschlag für knapp Fr. 3'000'000, ein sehr guter Ratschlag nach dem alten Freizeitgartengesetz, der wäre dann auch möglich nach dem neuen. Aber wenn Sie sagen, wir können das nicht verabschieden, weil das Volk muss dann noch zum neuen Freizeitgartengesetz Ja oder Nein sagen, wenn das Volk Nein sagen würde, wären Sie dann gegen die Meinung dieses Freizeitgartenvereins Milchsuppe? Würden Sie dann wirklich auch dagegen sein, ich glaube nicht ernsthaft. Die vorliegende Ausgabenbewilligung hat nichts, weder formell noch materiell etwas zu tun mit der Revision des Freizeitgartengesetzes gemäss der Abstimmung. Die kommunikative und zeitliche Koinzidenz ist ungewöhnlich und nicht optimal, das ist zwar richtig.

Dieser Ausgabenbericht ist im Rahmen des bestehenden Gesetzes über die Freizeitgärten entstanden und revidiert worden. Die Abstimmung hat also vom September 2022 nichts damit zu tun. Auch falls die Revision abgewiesen werden würde, so spricht nichts gegen die Ausgabenbewilligung, ganz im Gegenteil, diese Ausgabenbewilligung und die Durchwegung, der Miteinbezug der Interessen des Familiengartenareals zeigt eben auf, dass diese Revision des Freizeitgartengesetzes gar kein Problem ist. Das Ganze ist, auch das Referendum ist meines Erachtens ein Sturm im Wasserglas. Da werden Ängste geschürt, Pascal Messerli, das Freizeitgartenareal, Sie haben das gesehen, Sie waren in der Kommission, die Präsidentin hat das begrüsst, das war eine jahrelange Arbeit. Und natürlich, ich glaube Ihnen auch, dass Sie 100 oder 200 Unterschriften in diesem Bereich gesammelt haben, aber das hat nichts damit zu tun. Und wenn Sie sagen, ja, bitte sehr, wollen Sie das jemand in ihren Garten trumpt und Abfälle hinterlegt, etc., dann unterschreiben die das, aber das ist dann schon etwas polemisch und gegen das eigene Interesse der Mitglieder des Freizeitgartenvereins. Ich glaube auch, dass das Referendum, ich gehe so weit, kontraproduktiv ist gegenüber den wohlverstandenen Interessen der Freizeitgärtnerinnen und Freizeitgärtner.

Ich komme zum eigentlichen Ratschlag. Die vorliegende Ausgabenbewilligung ist eine wichtige Gestaltung des gesamten Milchsuppen-Areals und auch für die neu entstandenen Genossenschaftshäuser bedeutet das ein Mehrwert und für das ganze Quartier. Diese Durchwegung, die besteht schon seit langen Jahren, also von der Bungestrasse rüber nach Frankreich zum Friedrich Miescher-Weg, da werden neue Durchwegungen geschaffen, wie gesagt, Gemeinverständnis. Ich möchte nur daran erinnern, dass bei der neugeschaffene Genossenschaftswohnungen an der Burgfelderstrasse 218 bis 240, da bin ich als Präsident einer Wohngenossenschaft Mitbauherr, die wurden alle bis Ende 2021 bezogen. Ich kann Ihnen mitteilen, das sind 125 Wohnungen, wo ca. 240 Erwachsene und ca. 120 Kinder, jedes Jahr kommen ein paar dazu, wohnen. Neu 360 neue Quartierbewohner, die jetzt eigentlich auf etwas schauen, was noch nicht entwickelt ist. Darum ist es wichtig, dass heute diese Ausgabenbewilligung erstellt wird.

Wir haben vorne eine Brachfläche, wir haben Rheinkies mit Humus und wir sind froh und danken der Stadtgärtnerei, dass sie möglichst bald mit der Arbeit beginnt. Die Arbeit hätte schon vor einem Jahr angefangen werden sollen. Die Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler, die 360 neu Eingezogenen warten auf die Gestaltung der Böschung, warten auf die Gestaltung der Gemeinschaftsgärten, abgesehen davon sind viele der Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler, die neu eingezogen sind, auch zugleich Freizeitgärtnerinnen und Freizeitgärtner, die warten auf diese Arbeit. Auch das Zollhaus, das der Genossenschaften gehört, wird umgebaut, halböffentlich genutzt, auch da wird auf eigene Kosten eine Umgebung gemacht und da ist wichtig, dass auch die Stadtgärtnerei und der Kanton die weitere Umgebung auch mitgestalten. Wir haben also eine gewisse Dringlichkeit. Wir haben hier einen klaren Mehrwert und eine Win-win-Situation für alle. Die knapp Fr. 3'000'000, das ist noch interessant, des Ausgabenbeschlusses werden zu über 90 Prozent vom sogenannten Mehrwertabgabefonds finanziert und offenbar zahlt der Bund für die Landschaftsschutzzone im Bereich der morphologischen Geländekante auch noch Fr. 250'000. Rein finanziell zahlt der Kanton an dieser Öffnung, an diesem Mehrwert für die neuen Anwohner, auch der gewünschte Mehrwert zugunsten der Freizeitgärtnerinnen und Freizeitgärtner nichts, weil wir haben diesen Mehrwertabgabefonds, der bekanntlich relativ voll ist.

Von daher bitte ich Sie namens der Fraktion SP, diesem Ausgabenbeschluss mit Überzeugung zuzustimmen.

Tonja Zürcher (GAB): Warum legt uns die Regierung eine Öffnung eines Freizeitgartenareals vor, noch bevor wir im September über die Revision des entsprechenden Gesetzes abstimmen können? Das war eine der meistdiskutierten Fragen, sei es in der BRK, in der Bevölkerung oder einer Partei, niemand ist wirklich drausgekommen, wie das jetzt zusammenpasst. Pascal Messerli hat das bereits hier ausführlich ausgeführt. Das ist gerade deshalb komisch, weil für die Gesetzesänderung des Freizeitgartengesetzes von der Regierung ja genau damit beworben wird, dass sie Öffnungen von Freizeitgartenareale ermöglichen soll. Dass wir heute über genau so eine Öffnung entscheiden, noch bevor die Bevölkerung über dieses Gesetz abstimmen konnte, passt da irgendwie nicht wirklich zusammen. Was jetzt nun gilt, können wir jetzt schon, aber nachher nicht, oder was auch immer, das ist relativ schwierig zu sagen. Ich denke, die Interpretation Pascal Messerli ist eine Interpretation, also dass es jetzt nicht zulässig wäre, dann dürften wir es heute nicht machen. Die andere Interpretation, das ist die, an die ich selber dran glaube, aber es spielt keine Rolle, es gibt beide, die zweite ist, es wäre heute schon möglich, und zwar wenn die betroffenen Pächterinnen und Pächter einverstanden sind.

Und dann frage ich mich, weshalb kommt dann eine Gesetzesrevision für die Öffnung der Freizeitgärten. Die einzige Erklärung, die aber den bisherigen Aussagen der Regierung widerspricht, ist, dass mit einer Gesetzesänderung auch Freizeitgartenöffnungen gegen den Willen von Betroffenen durchgesetzt werden können. Wie auch immer, der offensichtliche Widerspruch zwischen der Kommunikation der Regierung zum Milchsuppen-Areal, wo wir jetzt heute darüber entscheiden, und zur Gesetzesrevision, über die die Bevölkerung im Herbst entscheidet, hinterlässt ein un gutes Gefühl. Einige Mitglieder unserer Fraktion werden sich deshalb hier zu dem vorliegenden Geschäft enthalten oder der Rückweisung zustimmen.

Nun zum konkreten Projekt. Sie können es sich vorstellen, für uns war es wichtig zu wissen, was der betroffene Freizeitgartenverein, was die Pächter*innen dazu sagen, ob sie damit einverstanden sind oder nicht. Es wurde bereits vorher ausgeführt, dass sich die Präsidentin des Freizeitgartenvereins Milchsuppe klar dazu geäußert hat, dass der

Verein einverstanden ist mit der Öffnung. Es geht zwar ein kleiner Teil der Gartenfläche verloren, also es wird ein Weg verbreitert, dadurch sind es so ein paar dutzend Quadratmeter Gartenfläche, die verloren gehen. Ich gehe davon aus, dass die betroffenen Pächterinnen und Pächter da nicht wirklich begeistert darüber sind, aber offenbar haben sie es so weit akzeptiert. Das heisst, die Grundbedingung aus unserer Sicht, dass eine Öffnung stattfinden kann, ist gegeben.

Ich möchte jetzt noch auf zwei konkrete Punkte eingehen, die bereits auch schon im Eingangsvotum vom Kommissionspräsidenten angesprochen wurden. Zum einen zur Lichtverschmutzung und dann nachher noch zur Entsiegelung. Zur Lichtverschmutzung. Mit der Öffnung soll neu eine Beleuchtung des Hauptweges eingeführt werden. Das heisst, es entsteht eine zusätzliche Lichtverschmutzung in einem Gebiet, das heute nachts dunkel ist. Das mag für einige vielleicht ein Detail sein, aber es gibt gute Gründe, weshalb wir die Lichtverschmutzung generell, also überall in der Stadt und gerade auch bei der vorliegenden Planung eines Familiengartenareals genau anschauen sollten. Nach Schätzung der Wissenschaft werden pro Strassenlampe und Nacht 150 Falter, Käfer oder Fliegen getötet. Also pro Lampe und Nacht 150 Tiere. Die Insekten werden vom Licht angezogen, sie verbrennen entweder an der heissen Lichtquelle, je nachdem was man für eine Lampe verwendet, oder sie werden leichte Beute für die Spinnen und anderen Räuber, die darauf warten, bis die Insekten kommen. Oder sie verhungern einfach, weil sie nachts nicht unterwegs sind zum Fressen, sondern um die Lichtquelle rumfliegen.

Ja, vielleicht ist Ihr Mitgefühl für Insekten nicht so gross, weil Sie denken, ja, diese Mücken und so, die nerven mich sowieso, Insekten sind aber extrem wichtig als Nützlinge. 80 Prozent der Bestäubung von Pflanzen passiert durch Insekten und die berühmte Honigbiene ist da nur ein sehr kleiner Teil davon. Ein grosser Teil der Bestäubung passiert auch nachts und jetzt können Sie sich vorstellen, wenn diese nicht mehr stattfinden, weil diese Insekten um die Lampen herumfliegen, dann findet diese Bestäubung nicht mehr statt. Und jetzt reden wir über ein Pflanzengebiet, also hier pflanzen Gärtnerinnen und Gärtner ihr Gemüse an und möchten doch auch gerne, dass bei den Tomaten oder Zucchini auch etwas wächst und wenn wir da keine Bestäubung mehr haben oder viel weniger, weil die Insekten sterben, dann denke ich, sollte allen klar sein, dass das nicht besonders erwünscht ist. Dasselbe gilt auch, wenn man nebdran die Biodiversität fördern will mit Hochstammbäumen, usw. Ja, es ist ein kleiner oder eher ein grosser Widerspruch, wenn man gleichzeitig nebenan eine Lichtverschmutzungsquelle erstellt, die genau dieser Biodiversität schadet.

Für uns vom GAB ist es deshalb sehr wichtig, dass die Beleuchtung nachts so weit wie möglich abgestellt wird. Wenn für die Nutzung der Fussverbindung, beispielsweise für Zeiten, wenn noch das Tram fährt, eine Beleuchtung als notwendig erachtet wird, dann ist es aus unserer Sicht klar, dass es ein Beleuchtungssystem mit Bewegungssensoren sein muss, dass es nur dann beleuchtet, wenn es auch tatsächlich gebraucht wird. Oder wie es in einem Positionspapier vom Fussverkehr Schweiz formuliert ist; es ist nicht nötig, etwas zu beleuchten, wenn niemand da ist. Es gibt keinen Grund, einen Fussweg zu beleuchten, wenn er gar nicht gebraucht wird zu dieser Zeit. Ein grosses Dimmen der Lampe auf die Hälfte oder etwas weniger als die Hälfte, wie es von der IWB vorgeschlagen wird, ist aus unserer Sicht nicht ausreichend. Wir erwarten deshalb, dass wie von der BRK dringend empfohlen, eine Beleuchtung mit Sensoren ernsthaft geprüft und auch umgesetzt wird. Da andernorts bereits gute Erfahrungen mit solchen Beleuchtungssystemen gemacht wurden, gehen wir davon aus, dass es auch in Basel möglich ist.

Dasselbe gilt übrigens auch für das Entsiegelungspotenzial. Es wurde bereits angesprochen, sofern keine zwingenden Gründe gegen eine Entsiegelung spricht und der betroffene Freizeitgartenverein einverstanden ist, sollte der Teer durch ein versickerungsfähiger Belag ersetzt werden. Mit welchem Material, ob Mergel oder Kies oder irgendwas Halbgebundenes, das aber trotzdem noch versickerungsfähig ist, da sind wir offen Wichtig ist einfach, dass wir dieses Entsiegelungspotenzial nutzen. Es wäre eine kleine Kompensation für die Überbauung und dadurch reduzierte unversiegelte Fläche in diesem Gebiet. Eine kleine Kompensation wirklich im Vergleich zur grossen Fläche, die überbaut wurde, aber trotzdem ein wichtiger Schritt für eine klimaangepasste Stadt und ich denke auch ein starkes Signal, dass der Begriff Schwammstadt nicht nur ein Schlagwort ist, sondern auch ernst gemeint wird. Ich danke für die Berücksichtigung dieser Anliegen.

Brigitte Kühne (GLP): Mit der Hochbauentwicklung entstand und entsteht in Städten immer mehr eine Fragmentierung des Freiraums. Dem müssen wir dringend entgegenwirken, indem die bestehenden Freiräume vernetzt werden. Dies dient einerseits den Menschen zur Nächsterholung, wie wir in der Pandemie gelernt haben, andererseits auch der Biodiversität, indem Grünräume ökologisch vernetzt werden. Denn Freiräume sind ein wertvolles Gut und ein substanzieller Bestandteil lebenswerter Städte. Eine systematische Sicherung und Entwicklung von Freiräumen sind ein absolutes Muss. Das Spezielle am Areal Milchsuppe ist, dass bereits jetzt, wir haben es gehört, vor der Revision des Freizeitgartengesetzes ein öffentlicher Weg, die Julia Gauss-Strasse, durch das Areal führt. Dieser Spazierweg ist Teil des Burgfeldenparks, der ein Projekt der Interessengemeinschaft Burgeldenpark ist. Es lohnt sich, diese spezielle Initiative ganz kurz zu beleuchten.

Seit 2016 besteht dieser Park. Er ist eine ausserordentliche Initiative der UPK, der Rehab, dem Bürgerspital, der Stadtgärtnerei, des Sportamtes, des Vereins Freizeitgärten Milchsuppe, einzelner Firmen, der LBB-Gärtnerei und der Gemeinde St. Louis, bemerkenswert, initiiert und geleitet von einem Basler Landschaftsarchitekturbüro. Ziel, das Öffnen und erlebbar machen eines vergessenen Stücks Stadt. Aus diesem Ziel wurde, Zitat: Ein wegweisendes Beispiel für die neuen Anforderungen, die die Verdichtung nach innen an die Qualität von Freiräumen stellt. So die Jury des Preises Gute Bauten Kanton Basel-Landschaft und Kanton Basel-Stadt. Unterdessen hat dieses Projekt auch noch den Hasen in Gold von Hochparterre erhalten.

Warum, weil dieses Projekt den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Es geht darum, das mit Freiräumen unterversorgte Iselin-Quartier sowie der wachsenden Bevölkerung allgemein ausreichend Freiräume zur Verfügung zu stellen, die Freiräume zu teilen und somit auch zu vernetzen. Und eines müssen wir uns einfach alle bewusst sein, der Boden der Freizeitgartenareale gehört der Stadt, das heisst, der gesamten Bevölkerung. Wenn die Stadt wächst und dichter wird,

dann muss die Bevölkerung, die keinen Freizeitgarten pachtet, auch von diesen Frei- und Grünflächen profitieren können. Im weitesten Sinne kann man diesen Prozess auch als Eigenbedarf der Basler Bevölkerung verstehen.

Wir haben hier mit dem Bericht der BRK zum Ratschlag Milchsuppe ein ausgezeichnetes Projekt auf dem Tisch, das als sehr gutes Beispiel für die teilweise Öffnung der Freizeitgartenareale dient. Warum, erstens, Gemeinschaftsgärten und Landschaftsschutzgebiet. Aufgrund der Stadtrandentwicklung Nordwest entsteht eine Gartenlandschaft mit Aufenthaltsqualität und hoher Biodiversität für die ganze Bevölkerung. Also eine Art öffentlicher Park, der ein Obsthain mit Pro Specie Rara-Sorten, extensive Wiesenflächen sowie Pflanzfelder und sogenannte Gemeinschaftsgärten beinhaltet. Erstmals wird in Basel-Stadt ein solches Projekt aufgegleist, ein Projekt, das notabene den Zeitgeist trifft. Mit anderen Menschen aus dem Quartier gärtnern, ein eigener Garten wäre zu viel Aufwand, aber so innerhalb des neu gegründeten Vereins und unter Anleitung der Stadtgärtnerei wird gemeinschaftsgärtnern in Gruppen möglich. Besonders wichtig ist auch das neue Landschaftsschutzgebiet, das an der Hangkante entstehen wird.

Zweitens, Durchwegung. Öffentliche Wege durch Freizeitgartenareale, solche sind bereits seit langem vorhanden. Wie erwähnt, im Areal Milchsuppe, aber auch in den Freizeitgartenareale Hörnli und Landauer. Sie stellen keine Probleme dar und sind notabene konfliktfrei. In diesem konkreten Projekt verbindet der neue Weg die Gartenlandschaft, die Gemeinschaftsgärten beinhaltet, mit dem bestehenden Spielplatz neben dem Vereinslokal Milchsuppe. Also eine sinnvolle Durchwegung, die als Prototyp von Durchwegung im Sinne des neuen Freizeitgartengesetzes dient.

Drittens, öffentlicher Spielplatz. Der Spielplatz muss dringend erneuert werden und wird zukünftig durch die Stadtgärtnerei unterhalten und gepflegt. Der Verein Freizeitgarten Milchsuppe wird dadurch von Aufgaben und Kosten entlastet. Eine durchaus positive Sache, also, wie wir schon mal gehört haben, eine Win-win-Situation, bei der Synergien genutzt werden können.

Viertens, die Kosten. Wir begrüßen es sehr, dass das Gros der Kosten zulasten des Mehrwertabgabefonds geht mit Annahme der Folgekosten für den jährlich wiederkehrenden Unterhalt der öffentlichen Grünräume sowie der WC-Anlage. Ebenfalls dass die geplanten Massnahmen zugunsten der Biodiversität, wie bereits erwähnt, mit Fördermittel des Bundes finanziert werden können.

Unser Fazit: Was ganz klein mit der Idee des Freiraumkonzepts Burgfeldenpark begonnen hat, wird nun durch die Stadtgärtnerei schlüssig weitergeführt. Wir Grünliberalen sind überzeugt, mit dem zusammen erarbeiten, zusammen entwickeln von und zusammen leben in Grünräumen funktioniert, die dringend benötigte Freiraumentwicklung für alle Bewohner. Für das Quartier, für Urban Gardeners, Rollator-Fahrende, für Freizeitgärtner, für Kinder des Quartiers und nicht zuletzt auch für die Natur und deren Biodiversität.

Aufgrund der genannten Gründe empfehlen wir Grünliberalen Ihnen, dem Bericht klar zuzustimmen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte trotzdem noch kurz auf die Voten der SVP und der Basta eingehen, wo ja auch kritisch hinterfragt wird, weshalb jetzt diese zeitliche Korrelation zwischen diesen Geschäften. Vielleicht kurz vorab, Sie sagen, Pascal Messerli, Sie hätten auf dem Areal Milchsuppe viele Unterschriften gesammelt und das liege wahrscheinlich an einer Differenz zwischen der Präsidentin und der Pächter*innen, wie es mit dem Areal weitergeht. Man könnte das aber auch so deuten, dass eben nicht ganz klar ist, worum es bei dieser Teilrevision geht und worum eben nicht. Und ja, wir unterscheiden uns vielleicht in der Einschätzung des Gewichts, die diese Teilrevision hat. Es sind formelle Änderungen, es ist nicht viel Materielles. Es geht um Zuständigkeiten, aber auch um die Durchwegung und so hat es auch die Kommission und der Grosse Rat grossmehrheitlich gesehen.

Sie haben auch noch gefragt, was die Abstimmung im Herbst dann auslösen würde. Hier haben wir ja eben den Fall, dass der Freizeitgartenverein vor Ort einverstanden ist mit der Änderung. Deshalb bin ich der Überzeugung, dass sich da materiell nicht viel ändert, bei Teilrevisionen ist der Regierungsrat der Meinung, dass eben der Staat das letzte Wort haben soll, weil es sich eben um Böden handelt, der der Bevölkerung, der Ihnen allen gehört. Ziel ist aber immer, mit den Freizeitgartenvereinen eine Lösung zu finden, und das ist hier der Fall und deshalb bin ich auch zuversichtlich, dass das in Zukunft weiterhin gelingt, und aus meiner Sicht ändert sich an diesem Projekt auch mit der Abstimmung im Herbst nichts.

Jeremy Stephenson, Präsident BRK: Nur ganz kurz, zuhanden des Protokolls beantrage ich, die Rückweisung abzulehnen und ich beisse jetzt ganz fest auf meine Zunge und fange den Abstimmungskampf noch nicht an.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Abstimmung

über die Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 70 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 198, 23.06.22 11:24:39]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Detailberatung

Titel und Ingress

Alinea 1 Betrag Öffnung Freizeitgartenareal

Alinea 2 Entwicklungsbeitrag

Alinea 3 Inventarschädigungen

Alinea 4 Wiederkehrende Ausgaben Unterhalt Belags- Vegetationsflächen

Alinea 5 Wiederkehrende Ausgaben Unterhalt der öffentlichen WC-Anlagen

Beitrag Bund

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 9 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 199, 23.06.22 11:25:52]

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 2'827'000 für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur «Gartenlandschaft Milchsuppe» bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 2'460'000 (Baupreisindex Nordwestschweiz Tiefbau, Basis Okt. 2010 = 100%;

Oktober 2020 = 107.3) neue Ausgaben für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur «Gartenlandschaft Milchsuppe» zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur – Mehrwertabgabefonds“.

- Fr. 260'000 neue Ausgaben als Entwicklungsbeitrag für die ersten fünf Jahre nach Fertigstellung der öffentlichen Bereiche Freizeitgartenareal Milchsuppe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds.

- Fr. 60'000 neue Ausgaben Inventarschädigungen für das Freizeitgartenareal Milchsuppe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds.

- Fr. 35'000 als jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für den Unterhalt der Belags- und Vegetationsflächen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei.

- Fr. 12'000 als jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für den Unterhalt der öffentlichen WC-Anlage zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Tiefbauamt.

Ein allfälliger Beitrag des Bundes in Höhe von voraussichtlich max. Fr. 257'760 (40% der Kosten für Massnahmen zugunsten der Biodiversität) wird nach Abschluss des Projektes vollumfänglich in Abzug gebracht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

15. Ratschlag betreffend 9. Rahmenausgabenbewilligung für Staatsbeiträge in den Jahren 2022-2025 gemäss Gesetz über den Denkmalschutz vom 20. März 1980

[23.06.22 11:26:11, BRK, BVD, 22.0538.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Rahmenausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 12'990'400 zu bewilligen.

Jeremy Stephenson, Präsident BRK: § 11 Abs. 1 des Gesetzes über den Denkmalschutz lautet: "Der Kanton kann auf begründetes Gesuch von Privatpersonen Beiträge an die Kosten der Erhaltung und Restaurierung von Denkmälern leisten." Gemäss § 15 der Richtlinien der Kommission für Denkmalsubventionen können pro Gesuch maximal Fr. 300'000 bewilligt werden. Die denkmalpflegerischen wertvollen Arbeiten betreffen gemäss diesen Richtlinien regelmässig nur einen

Teil der mit den jeweiligen Sanierungsmassnahmen verbundenen Investitionen. So wird zum Beispiel die Renovation historischer Fenster oder Fassaden subventioniert, nicht aber der Einbau von zum Beispiel Heizungen, Lüftungen, Aufzüge oder ähnlichem.

Die Denkmalsubventionen tragen in erheblichen Mass zum gepflegten Erscheinungsbild der geschützten Teile des Stadtbildes und des Ortsbildes von Riehen und Bettingen bei. Sie fördern die Investitionstätigkeit im Bereich der Erneuerung bestehender Bauten in Verbindung mit der Verpflichtung, schutzwürdige Bauten im Interesse der Öffentlichkeit zu erhalten. Die daraus resultierende Wertschöpfung für das hiesige spezialisierte Gewerbe ist sehr bedeutend. Bei der letzten Ausgabenbewilligung für die Jahre 2018 bis 2021 sind durchschnittlich pro Jahr 196 Gesuche eingegangen, für die jetzige Ausgabenbewilligung wird von rund 200 Gesuchen pro Jahr ausgegangen. Die Höhe der vorliegenden Ausgabenbewilligung berechnet sich auf Fr. 3'137'600 pro Jahr sowie zusätzliche Mittel von Fr. 110'000 für das Universitätsspital. Dies bedeutet einen Gesamtbetrag von Fr. 3'247'600 oder auf vier Jahre hochgerechnet rund Fr. 13'000'000.

Hier noch ein Wort zum Universitätsspital. Seit Änderung der Rechtspersönlichkeit des Universitätsspitals zählt dieses neu zu den potenziellen Empfängern von Denkmalsubventionen. Das Universitätsspital ist im Besitz von bedeutenden und grossvolumigen Schutzobjekten, die regelmässig unterhalten werden müssen, so zum Beispiel neben dem Klinikum 1 auch der Holsteinerhof oder der Markgräflerhof.

Zusammenfassend sprechen folgende Punkte für die Bewilligung der vorliegenden Ausgabenbewilligung. Erstens, die fachgerechte Renovation von historischen Gebäuden erfordert wegen des Einsatzes von historischen Baumaterialien und Arbeitstechniken einen höheren Aufwand als bei neuzeitlichen Bauten. Bei solchen Renovationen sollen die entsprechenden Arbeiten vom Staat subventioniert werden. Die Eigentümerschaft wird von diesen Mehrkosten entlastet und motiviert diesen auch, solche Renovationen an die Hand zu nehmen. Die Subventionierung historischer Arbeitstechniken und Baumaterialien hat auch den wichtigen Nebeneffekt, dass spezialisierte Fachbetriebe mit dem entsprechenden Fachwissen gefördert werden. Dieses Fachwissen wird dadurch im Kanton erhalten, was für die Pflege und Renovation historischer Gebäude von grösster Bedeutung ist.

Nächster Punkt, die Eigentümerschaften wissen, dass ihre Bemühungen zugunsten des Denkmalschutzes angemessen honoriert werden. Die Eigentumsbeschränkung durch die unter Schutzstellung von Liegenschaften werden dadurch einigermaßen abgefedert. Mit den Subventionen wird die fachgerechte Erhaltung der historischen Baudenkmäler, die im privaten Besitz sind, ermöglicht.

Und der letzte Punkt, mit den Subventionen werden Ziele des Klimaschutzes unterstützt, das Pflegen und Renovieren von bestehender Bausubstanz schonen unsere Ressourcen.

Aus all diesen Gründen ist die finanzielle Unterstützung privater Aufwendungen zum Erhalt baulicher Denkmäler mittels einer Rahmenausgabenbewilligung notwendig und sehr sinnvoll. In diesem Sinne beantragt Ihnen die BRK einstimmig, den vorliegenden Grossratsbeschluss anzunehmen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf bestätigen, das Instrument ist offensichtlich beliebt, wir haben zumindest immer mehr Gesuche um Beiträge und damit wird unser verfassungsmässiger Auftrag auch gestützt, nämlich Sorge zu tragen zu unserem Stadtbild und zur Erhaltung des baulichen Erbes. Dies wiederum kommt dem Gewerbe zugute, wir haben das gehört, da die Subventionierung von Sanierungen auch Aufträge auslöst. Wir sprechen da doch von einer Wertschöpfung von Fr. 20'000'000. Und es ist klar, es ist ein weiteres Thema, das immer mehr ins Bewusstsein rückt, der nachhaltige Umgang auch mit Ressourcen, sprich mit Bestandesbauten, um die Vernichtung von grauer Energie zu vermeiden. Man darf also durchaus von einer Win-win-Situation sprechen, wenn man das Neudeutsch ausdrücken will. Also Win für den Kanton, aber auch für die Privaten und für die Unternehmen und der Regierungsrat würde sich deshalb über Ihre Zustimmung zu dieser Rahmenausgabenbewilligung sehr freuen und ich bedanke mich nochmal ganz herzlich bei der Kommission für die Prüfung und für die einstimmige Empfehlung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 200, 23.06.22 11:33:00]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Finanzierung der Staatsbeiträge in den Jahren 2022–2025 gemäss Gesetz über den Denkmalschutz vom 20. März 1980 wird die 9. Rahmenausgabe in der Höhe von Fr. 12'990'400 zulasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

16. Ratschlag Einführung eines elektronischen Logiernächtemanagements im Tourismus; Anpassung von § 35 des Gastgewerbegesetzes vom 15. September 2004 (SG 563.100)

[23.06.22 11:33:14, WAK, BVD, 22.0168.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) beantragen, auf das Geschäft 22.0168 einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Andrea Elisabeth Knellwolf, Präsidentin WAK: Das wird jetzt also wirklich ultrakurz und einfach, ich darf auch mündlich berichten. Es geht um einen Nachvollzug im Gesetzestext des Gastgewerbegesetzes, den man schlicht vergessen hatte, der aber total Sinn macht und auch total unproblematisch ist. Bislang mussten nämlich Beherbergungseinrichtungen, also sprich vor allem Hotels, ihre Gäste erfassen und ihre Zettel einreichen, Sie kennen das vielleicht noch aus alten Kriminalfilmen. Dieses ganze System wurde digitalisiert, was auch für die Beherbergungsstätten enorme Vorteile mit sich bringt. Nicht nur, dass sie weniger Aufwand haben, sondern dass sie vor allem auch sehr viel mehr Informationen generieren können aus diesen Daten. Also Basel Tourismus, der Kanton, die können richtig was anfangen mit diesen Daten, natürlich unter Wahrung aller datenschutzrechtlichen Vorgaben. Es werden auch nicht mehr Daten erhoben als bislang, aber man kann sie einfach besser überschauen, ich sage es mal so. Das wurde gemacht, das wurde eingeführt, wir haben uns das auch erklären lassen und es wirklich eine super Sache. Was man aber ein bisschen aus den Augen verloren hatte, war, dass der Text im Gastgewerbegesetz nur von Papier spricht. Das heisst, diese elektronische Form ist einfach im Gesetzestext nicht abgebildet und das hat man mit dieser Änderung nun korrigiert. Wie gesagt, total sinnvoll, total unproblematisch, einfach ein bisschen spät, aber es ist jetzt hier nicht weiter schlimm.

Ich bitte Sie also ganz klar im Namen der gesamten WAK, dieser Änderung zuzustimmen.

Eric Weber (fraktionslos): Ich werde in Zukunft nur noch zu Sachen sprechen, die mich selbst betreffen und wo ich Erfahrungen habe. Andere Sachen interessieren mich nicht mehr. Ich bringe es ganz klar auf den Punkt und ich kann diese Beweise vorlegen. Wir leben in einem wirklichen kapitalistischen Polizeistaat. Ich habe in 20 Hotels im Kanton Basel-Stadt schon übernachtet und da möchte ich jetzt schildern, ruhig und sachlich, was mir da passiert ist. Ich stelle Rückweisung und Nichteintreten. Ich stelle das als Grossrat und Hotelgast im Kanton Basel-Stadt, stelle ich Rückweisung und Nichteintreten. Und ich möchte das bitte ruhig und sachlich begründen, weil ich der einzige Grossrat bin, der diese Erfahrungen hat. Darum sage ich, wir sind in einem Polizeistaat, weil ich jetzt begründen werde, wie das System funktioniert. Es stimmt halt nicht, was die Präsidentin der Kommission sagt, es werden nicht mehr Daten erhoben. Doch. Und diese Frau hat gesagt, es ist eine super Sache, nein, es ist keine super Sache. Und ich bitte die Linken, SP, Grünen, Basta, auch einmal hier zu sagen, dass wir in einem Polizeistaat leben. Und zu dieser Aussage stehe ich und das begründe ich jetzt auch.

Seit vielen Jahren kämpfe ich hier im Parlament gegen das elektronische Logiernächte-Management an. Seit vielen Jahren. Wenn Sie in das Archiv des Grossen Rates gehen, sehen Sie, dass ich mehrere schriftliche Anfragen zu dem gestellt habe. Ich war der Zeit voraus und reichte diesbezüglich schon viele schriftliche Anfragen ein, auch diese. In diesem Grossratsheft des jetzigen Junis, das Sie alle auf dem Tisch haben, auf der Seite 39 sage ich, das ist halt Zufall, das ist jetzt im Grossratsheft, schauen Sie auf der Seite 39: Es ist bekannt, dass in Basel alle Hotelgäste penibel registriert werden. So hat mir mal ein Polizist an den Kopf geworfen, das war 2004 bei der Grossratswahl, dass ich im Hilton Hotel war, dann im Hotel Rochat und im Hotel Dorint. Die Hotels mussten die Gäste an die Polizei melden, alle.

Daher habe ich dann gefragt: Melden die Hotels weiterhin alle Gäste an die Polizei, besteht eine rechtliche Pflicht, dass die Hotels die Gäste an die Polizei melden? Und ganz wichtig an die Präsidentin der Kommission, ich würde mich freuen, wenn Sie das mal beantworten würden, es ist ja alles super, wie lange müssen die Daten bei der Polizei gespeichert sein? Ich frage die Polizei vom Datenschutz, in welchen Basler Hotels bin ich in den letzten drei Jahren abgestiegen? Ich frage das nur, um zu sehen, ob die Antwort korrekt ist. Danke. Es ist einfach so. Wie viele Übernachtungen in Basel wurden 2021 getätigt, wie viele Übernachtungen in Basel wurden 2022 bis heute getätigt? Die Unterlagen sind bei der Basler Polizei. Stimmt es, und das wurde jetzt vergessen von der Präsidentin, dass sich allein bei der Basler Polizei acht Mitarbeiter sich täglich beschäftigen, die Hotelgäste in Basel polizeilich durchzuchecken? Das ist ja Geldverschwendung. Wir bestimmen hier, wo das Geld hingehet, und darum will ich von der Kommissionspräsidentin wissen, ob das stimmt, dass acht Mitarbeiter vollamtlich angestellt sind bei der Basler Polizei und sie beschäftigen sich täglich damit, wer in welchem Hotel lebt.

Abstimmung

über das Eintreten

Ja heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 201, 23.06.22 11:41:39]

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft **einzutreten**.

Abstimmung

über die Rückweisung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 85 Nein. [Abstimmung # 202, 23.06.22 11:42:24]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 203, 23.06.22 11:43:25]

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Das Gesetz über das Gastgewerbe (Gastgewerbegesetz) vom 15. September 2004) (Stand 1. Januar 2020) wird wie folgt geändert:

§ 35 Abs. 1 (geändert)

1 Die Beherbergungsbetriebe sind verpflichtet, die Meldedaten ihrer Gäste vollständig und wahrheitsgetreu täglich im dafür vorgesehenen Meldesystem zu erfassen.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

17. Ratschlag betreffend Beschaffung von eTransportern für die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt

[23.06.22 11:43:47, JSSK, JSD, 22.0246.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) beantragen, auf das Geschäft 22.0246 einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Danielle Kaufmann, Präsidentin JSSK: Gerne berichte ich Ihnen mündlich von der Beratung des Ratschlages zur Beschaffung von eTransportern für die Feuerwehr Basel-Stadt. Die JSSK hat den Ratschlag an zwei Kommissionssitzungen beraten, wobei uns in der ersten Sitzung die Verantwortlichen der Feuerwehr aufgezeigt haben, dass die existierenden neun Transporter der Feuerwehr an ihre technische Lebensdauer gelangt sind bzw. bereits diese zum Teil schon lange überschritten haben und deshalb dringend ersetzt werden müssen. Zudem entsprechen die bisherigen Transporter auch hinsichtlich Sicherheitsvorkehrungen, insbesondere für die mitfahrenden Feuerwehrleute, nicht mehr den Anforderungen, sitzen die Personen doch auf links angeordneten Bänken ohne Sicherheitsgurten. Sie sehen das auch auf diesem Factsheet, das wir Ihnen noch auf den Tisch gelegt haben, da sehen Sie die Fotos von den bisherigen Transportern mit diesen seitlichen Bänken, wo die Feuerwehrleute einfach so sitzen ohne Sicherheitsgurten oder ähnliches.

Gemäss Gesamtstrategie E-Mobilität, welche wir hier als Grossen Rat mit grossem Mehr vor etwas mehr als einem Jahr zugestimmt haben, soll der Kanton mit einer Vorbildfunktion vorangehen und wenn keine wesentlichen leistungsmässigen Nachteile bestehen, Elektro-Fahrzeuge anschaffen. Wie Sie dem Ratschlag des Regierungsrates entnehmen können, hat das JSD detailliert geprüft, ob gemäss dem Gesamtkonzept E-Mobilität und aber auch gemäss den technischen Anforderungen der Feuerwehr die ausgedienten Transporter durch elektronisch betriebene Fahrzeuge ersetzt werden können. Dabei hat sich gezeigt, dass die elektrisch betriebenen Fahrzeuge, welche die gewünschten Anforderungen erfüllen, und die sind leider auch nicht ab der Stange zu kaufen, sehr viel teurer sind als vergleichbare Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor.

Dieser Umstand hat im Folgenden in der JSSK zu sehr grossen Diskussionen geführt. Im Wesentlichen stellte ein Teil der Kommission infrage, ob es wirklich zielführend ist, Fahrzeuge, die, zum Glück muss man sagen, mehrheitlich herumstehen oder in Kilometern ausgedrückt nur ca. 1'000 Kilometer pro Jahr fahren und damit nicht wirklich die grosse Menge CO₂ produzieren, durch elektrisch betriebene Fahrzeuge ersetzt werden sollen. Der andere Teil der Kommission hat dem entgegengehalten, dass der Entscheid des Grossen Rates bezüglich der Gesamtstrategie E-Mobilität auch in diesem Geschäft berücksichtigt werden müsse und der Kanton, wenn immer möglich, seine Vorbildfunktion wahrnehmen müsse und man sich daher für die eTransporter entscheiden soll, auch wenn die eTransporter, und das ist natürlich klar im Moment noch, einfach teurer sind.

Um die ausgiebig diskutierte Frage der Öko-Bilanz, also wie viel CO₂ eingespart werden kann bei der Nutzung von den eTransportern im Gegensatz zu Transportern mit Verbrennungsmotor, zu klären, hat die JSSK das JSD gebeten, nochmals detaillierteres Zahlenmaterial vorzulegen. Aus dem Factsheet, welches ich jetzt schon erwähnt habe, welches das JSD für die JSSK daraufhin erstellte und welches Ihnen eben vorliegt, ist ersichtlich, dass auch bei geringer Leistung von 1'000 Kilometern pro Jahr bis zu fünf Tonnen weniger CO₂ ausgestossen werden wird, wenn man statt auf Verbrennungsmotoren auf E-Mobilität setzt. Bis zu fünf Tonnen weniger CO₂ entspricht einer CO₂-Reduktion von bis zu 26 Prozent.

Kritiker der Anschaffung von eTransportern in der JSSK erklärten aufgrund der hohen Kosten im Vergleich zu aus ihren Augen geringen Nutzen, dass viel zielführender und vor allem viel billiger wäre, die fünf Tonnen CO₂-Emissionen zu kompensieren. Die Befürworter der eTransporter hielten dagegen, dass eine Lösung über Kompensationszahlungen sehr komplex sei und nur eine zeitliche und örtliche Verschiebung des Problems bewirke, denn schlussendlich ging es um die grundsätzliche Reduktion der CO₂-Emissionen und es sei daher nur eine vermeintliche Lösung über die Kompensationszahlung.

Die Abstimmung über den Ratschlag in der JSSK war dann aber zum Schluss trotz längerer Diskussion sehr deutlich. Neun Mitglieder der Kommission stimmen dem Ratschlag zu, zwei haben sich enthalten und eine Person lehnte den Ratschlag ab. Die JSSK empfiehlt Ihnen somit mit grossem Mehr den Ratschlag anzunehmen und den Kauf von neun elektrisch betriebenen Transportern für die Feuerwehr zu ermöglichen.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich kann grossmehrheitlich auf die Ausführungen der Kommissionspräsidentin verweisen und ich danke auch für die gute Auseinandersetzung und Diskussion in der Kommission. Es geht um diese neun Transporter, die ihre technische Laufdauer überschritten haben, zum Teil deutlich überschritten haben, und es sind wie zwei Aspekte darin. Dass wir die ersetzen müssen, ist, denke ich, ohne Zweifel, dass hat vor allem auch damit zu tun, dass die Sicherheitsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt sind. Nun gut, das hat noch nichts unmittelbar zu tun mit dem Antrieb, aber wir haben natürlich dieses Gesamtkonzept Elektromobilität und unter diesem Aspekt ist auch die Feuerwehr gehalten zu schauen, ob es ihren Bedürfnissen entspricht, also dass das überhaupt funktioniert mit einem E-Antrieb. Das ist mir auch noch wichtig. Also ich denke, gerade in unseren Einsatzorganisationen müssen wir sehr stark darauf achten, dass die Arbeit an der Front, die Einsatzzeiten, dass das funktioniert. Das ist der Kernpunkt. Und diese Analyse hat die Feuerwehr gemacht und kommt zum Schluss, dass das funktioniert mit diesen Transportern mit einem alternativen, also jetzt sprich E-Antrieb. Das ist mir noch wichtig.

Was natürlich auch mitschwingt, sind die Kosten. Das ist auch der Grund, warum wir überhaupt hier sind, weil wir deutlich über den 10 Prozent Mehrkosten sind, wir sind bei 62 Prozent Mehrkosten. Das hat damit zu tun, dass natürlich, wenn Sie die Fotos anschauen von diesen Transportern, die sehen Sie jeden Tag irgendwo rumstehen, da sind Paketlieferdienste mit diesen Transportern unterwegs, man müsste meinen, die gibt es von der Stange zu kaufen. Da haben wir aber einen Unterschied für die Feuerwehr, weil es braucht Mindestanforderungen, dass es überhaupt dann im Einsatz funktioniert. Das ist zum einen die Reichweite, aber auch das Tempo, das gefahren werden muss, damit man auch innert nützlicher Frist dann auch vor Ort ist, und diese Fahrzeuge in dieser Ausgestaltung gibt es noch nicht von der Stange zu kaufen. Das ist der Grund für diese Mehrkosten.

Dennoch rein vom Inhalt und von der Stossrichtung, die Präsidentin der Kommission hat es richtig gesagt, wenn wir da in diesem Bereich in eine Vorbildfunktion wechseln wollen, dann denke ich, sind schon die ersten Fahrzeuge, die man dann auch sieht und die erkennbar sind, unsere angeschriebenen Einsatzfahrzeuge. Wir haben das bei der Polizei gesehen und die Feuerwehr ist ebenso gut sichtbar und deshalb sind wir seitens JSD zum Schluss gekommen, diesen Ratschlag so zu präsentieren. Wirklich diskutiert haben wir es in allen Details, die Öko-Bilanz spricht auch eine eigene Sprache, die wir noch in Auftrag gegeben haben, und deshalb bitte ich Sie oder beantrage ich Ihnen, diesen Ratschlag gutzuheissen und zu verabschieden.

David Jenny (FDP): Ich gehöre eher zum skeptischen Teil der JSSK. Pro Fahrzeug geben wir etwa Fr. 220'000 aus, ein herkömmliches Fahrzeug hätte etwa Fr. 106'000 gekostet und über die ganze Lebensdauer geben wir 62 Prozent mehr aus als bei einem Dieselfahrzeug. Und ich verstehe eben Nachhaltigkeit umfassend und zur Nachhaltigkeit gehört auch der sorgfältige Umgang mit den finanziellen Mitteln des Staates und diese sind entgegen der hier vorherrschenden Meinung nicht unbegrenzt. Ich habe wirklich mal so eine kleine Rechnung gemacht mit diesen Kompensationsplattformen und da kann man also für ein Fahrzeug, alles hochgerechnet, ein paar tausend Franken über die ganze Lebensdauer kompensieren. Ich will das nicht vorschlagen, wir hätten auch Bäume pflanzen können, etc., also da wären sehr viele finanzielle Mittel zur Verfügung gestanden, um mehr für die Umwelt zu tun, als wir mit diesen Stehzeugen tun, die wirklich nur etwa 1'000 Kilometer pro Jahr fahren sollen.

Offensichtlich handelt es sich ja nicht um eine gebundene Ausgabe, sonst wäre das überhaupt nicht ins Parlament gekommen, sondern die Regierung ist auch der Ansicht, es besteht da Spielraum. Das Geschäft ist vielleicht auch zeitlich ein bisschen ungünstig gekommen, vielleicht wären in zwei Jahren wesentlich günstigere E-Fahrzeuge zur Verfügung gestanden, weil sich der Bedarf erhöht hat. Und was wir auf keinen Fall wollen, es ist völlig klar, unsere Milizfeuerwehrleute brauchen diese Fahrzeuge, von daher haben wir keine wirkliche Wahl, was wirklich unglücklich ist.

Und daher werde ich mich persönlich auch wieder enthalten, aber bitte die Regierung, zukünftig wirklich die Nachhaltigkeit umfassender zu verstehen und vielleicht bei solchen Sachen sagen, ja, es gibt eine gewisse CO₂-Reduktion, aber wir wollen das Geld lieber an anderer Stelle viel wirksamer für unsere Umwelt einsetzen und nicht nur aus den Schlagworten Vorbildfunktion unvorbildlich mit Geld umzugehen.

Zwischenfrage

Oliver Thommen (GAB): Sie haben gesagt, die Mittel des Staates sind nicht unbegrenzt im Sinne der Nachhaltigkeit. Ist denn das CO₂-Budget unbegrenzt?

David Jenny (FDP): Ich meine, die staatlichen Mittel können anderswo viel besser eingesetzt werden, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren.

Daniel Albietz (die Mitte/EVP): Ich werde Ihnen kurz die Haltung unserer Fraktion erläutern, denn die deutliche Mehrheit der Fraktion stimmt der Beschaffung zu und ist für diese Fahrzeuge mit diesem Antrieb und es war tatsächlich auch nur der Antrieb, der bei uns zu Diskussionen Anlass gegeben hat. Es ist unbestritten, dass diese Fahrzeuge ersetzt werden müssen, sie sind am Ende der Lebenszeit, es gibt Sicherheitsprobleme bei der jetzigen Anordnung der Sitze, usw. Aber es ging eben um die Frage, lohnt es sich, sie wurden Stehzeuge genannt, für diese Stehzeuge, dass man sie mit diesem Antrieb ausstattet, und zwar geht es um die Frage, Elektromobilität um jeden Preis, da hat David Jenny schon das Wesentliche gesagt. Es gibt dieses Gesamtkonzept Elektromobilität und der Kanton hat bezüglich Mobilität Vorbildfunktion im Zweifel für den Elektromotor. Bei diesen Fahrzeugen hingegen, die wie konventionelle Busse daherkommen, bezweifle ich, dass ein Grossteil der Bevölkerung überhaupt wahrnimmt, dass sie mit Elektroantrieb unterwegs sind.

Eine Minderheit der Fraktion, unter anderem auch JSSK-Mitglieder, erachten bei dieser Vorlage, wie schon erläutert, die Grundsätze der Verhältnismässigkeit und der Nachhaltigkeit als verletzt. Bei der Verhältnismässigkeit ist darauf hinzuweisen, dass es um die Frage geht, was darf Elektromobilität kosten, darf die Anschaffung doppelt so teuer sein, darf der Gesamtverbrauch in die ganze Lebenszeit gerechnet mehr als 62 Prozent höher sein. In absoluten Zahlen ist es zwar mit Blick auf die gestern verabschiedete Jahresrechnung vernachlässigbar, aber es geht um das Prinzip, gilt die Nachhaltigkeit auch für die Frage der Finanzen.

Sie wissen ja, dass auch die Herstellung von Autobatterien enorme Ressourcen braucht, Lithium, Kobalt, seltene Erden, usw. und diese Batterien haben auch eine beschränkte Lebensdauer und darum ist gerade bei Fahrzeugen, die so wenig unterwegs sind, vielleicht eine Lösung, wie David Jenny sie gerechnet hat, nämlich fünf bis sechs Tonnen CO₂ zu kompensieren für Fr. 200. Sie können das nachlesen auf myclimate, bei diesen Kompensationsberechnungen, warum kann man es nicht so lösen in dieser Frage. Oder meine eigene Frage, sie wurde nicht beantwortet, warum wird zum Beispiel nicht Biogas als möglicher Treibstoff evaluiert. Biogas ist zu 100 Prozent CO₂-neutral, es sind Verbrennungsmotoren, aber es ist ein ökologischer Antrieb, der mit dem Gas hergestellt wird aus unseren Nahrungsmitteln und Gartenabfällen, und ich finde, wenn eine Biogas-Anlage in der Nähe steht, wie wir es in Pratteln haben, könnte man eine solche Versorgung evaluieren.

Und damit sind wir beim letzten Punkt, der uns am Herzen liegt, es geht nur darum, dass das hier öffentlich genannt wird, das ist die Frage der Strommangellage als grösstes Risiko beim Bevölkerungsschutz, das ist bekannt. Und wenn diese Blackouts eintreten, und sie werden mit grosser Sicherheit eintreten, dann möchte ich ein gutes Gefühl haben, dass diese Fahrzeuge auch dann unterwegs sein können, wenn eine grosse Mangellage eintritt. Und hier bitte ich bei der

Anschaffung und auch bei der künftigen Konzeptionierung von Rettungsfahrzeugen, diesen Punkt zu berücksichtigen. Insgesamt stimmt unsere Fraktion zu mit einigen wenigen Gegenstimmen.

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Antrag Verzicht auf die Nachmittagssitzung

Joël Thüring (SVP): Ich beantrage, auf die Nachmittagssitzung zu verzichten. Wir haben nicht mehr sehr viele Traktanden, auch keine sehr umstrittenen, auch keines, das zeitkritisch ist. Ob Sie jetzt etwas im Juni oder im September beschliessen, ist völlig egal, und diejenigen, die schon etwas länger in diesem hohen Hause dabei sind, wissen, dass der Bündelitag in erster Linie dafür da ist, die Rechnung zu beschliessen und vielleicht ein oder zwei Geschäfte zu behandeln. Aber dass wir nun eine Traktandenliste von 20 Geschäften haben, finde ich ein wenig schwierig. Das ist kein Vorwurf an irgendjemand, aber ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag Folge zu leisten.

Abstimmung

JA keine Nachmittagssitzung; NEIN Nachmittagssitzung

Ergebnis der Abstimmung

28 Ja, 57 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 204, 23.06.22 12:01:39]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Nachmittagssitzung durchzuführen.

Schluss der 23. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 24. Sitzung

Donnerstag, 23. Juni 2022, 15:00 Uhr

Lorenz Amiet (SVP): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Meinerseits ein paar Gedanken zu diesem Geschäft und sie schliessen bei denen von David Jenny an, aber ich möchte Ihnen noch zwei, drei andere Zahlen vorstellen, um Ihnen zu zeigen, welch grosser Verhältnisblödsinn wir hier vor uns liegen haben. Selbstverständlich stellen wir nicht infrage, dass die Feuerwehr neue Fahrzeuge braucht, also im Grundsatz sind wir sicher nicht gegen diese Absicht, aber die Art der Ausgestaltung dieser Vorlage, die missfällt uns schon sehr. Wenn wir ausrechnen, wie viel Geld wir bei dieser Vorlage pro reduzierte Tonne CO₂ ausgeben, und die Zahlen liegen auf dem Tisch, dann kommen wir auf Fr. 20'000 bis Fr. 25'000 pro Tonne CO₂. Ich habe nachgeschaut, gestern kostete die Tonne CO₂ im Europäischen Emissionshandel EURO 80. Sie haben also hier einen Faktor von 250 bis 300. Ineffizienter kann man CO₂-Reduktion nicht betreiben. Und falls Ihnen diese Zahlen ein bisschen zu abstrakt sind, eine andere Zahl, pro Liter nicht verbrannter Diesel geben wir bei dieser Vorlage Fr. 53 aus. Wieder auf der Basis der Zahlen, die uns vorgelegt wurden.

Dabei müssen wir nicht einmal auf Emissionshandel ausweichen. Wir können, wenn wir das wollten, hier eine Lösung anstreben, die wirklich Netto-Null bzw. CO₂-ausstossfrei ist. Und das Rätsel löst sich, indem wir e-Fuels anschauen. Für all jene von Ihnen, die e-Fuels nicht kennen, ich empfehle die Webseite des ETH-Spin-off Synhelion. Ja, der Liter e-Fuel ist teuer, der kostet etwa Fr. 6 pro Liter und ist im Prinzip nicht konkurrenzfähig gegen fossile Brennstoffe. Nur wenn Sie Fr. 53 zu gut haben pro Liter Diesel, dann ist Fr. 6 ein Klacks. Wir hätten hier eine absolut klimaverträgliche Lösung anstreben können für einen Bruchteil der Kosten und hätten das Geld, das dann übrig geblieben wäre, in andere effizientere Klimamassnahmen investieren können.

Und aus dieser Überlegung heraus beantrage ich als Einzelsprecher Rückweisung dieses Geschäfts an die Regierung mit dem Wunsch, das ist mir bewusst, das ist ein Wunsch, das kann nicht verbindlich gemacht werden, hier eine Lösung anzustreben auf der Basis von e-Fuels.

Daniel Sägesser (SP): Nachdem ich hier das letzte Mal in einem Dekarbonisierungsgeschäft gegen einen Rückweisungsantrag aus der SVP-Fraktion gesprochen habe, hat mir die geschätzte Frau Präsidentin mit auf den Weg gegeben, ich möge doch inskünftig etwas sachlicher votieren. Ich habe zwar absolut keine Ahnung, was sie damit gemeint haben könnte, aber ich möchte sie trotzdem diesbezüglich zumindest für heute beruhigen. Denn erstens spreche ich hier nicht nur für mich, zwar als Einzelsprecher, aber ich vertrete die Position der Fraktion und dann pflege ich sowieso nicht über die Stränge zu schlagen. Und zweitens habe ich Lorenz Amiet gut zugehört und verstanden, dass heute die Motivation für den Rückweisungsantrag eine andere ist.

Es geht ihm nicht um eine grundsätzliche Opposition gegen die Dekarbonisierung, sondern Lorenz Amiet verspricht sich

von der Zurückweisung, dass dadurch geprüft werden könnte, für die Beschaffung der neuen Feuerwehrtransportfahrzeuge statt des vorgesehenen batterieelektrischen Antriebs nicht eher der e-Fuel-Antrieb zum Zuge kommen könnte. Aber es ist grundsätzlich richtig, dass e-Fuels zumindest theoretisch für sehr bestimmte Nischenanwendungen eine interessante Option sein könnten. Dies insbesondere bei Fahrzeugen, die über die Lebensdauer nur sehr wenige Kilometer zurücklegen. Meine Betonung liegt allerdings auf dem Wort theoretisch. Bis heute gibt es weltweit erst ein paar wenige Forschungs- und Pilotanlagen für die Herstellung von e-Fuels. Die Verfügbarkeit von e-Fuels ist also noch sehr stark begrenzt und auch nicht langfristig abgesichert. Es ist ungewiss, ob und wann genügend e-Fuels verfügbar sein werden, sicher aber ist, das nicht kurzfristig.

Man könnte nun auch vorschlagen, dass man gleich in Basel eine solche Produktionsanlage baut, dafür hätte ich grundsätzlich durchaus Sympathien, sinnvollerweise würde ein solches Projekt gleich mit der bereits in Planung befindlichen Wasserstoffproduktionsanlage der IWB beim Kraftwerk Birsfelden verknüpft. Dieses Projekt ist bereits am Laufen, aber trotzdem wird noch einiges an Wasser den Rhein runter und durch das Kraftwerk fließen, bis es dann zu Wasserstoff und in weiterer Folge zur e-Fuels-Produktion genutzt werden könnte. Es zeigt sich, dass bereits die Wasserstoffherstellung nicht eben trivial ist und da käme mit der Weiterverarbeitung des Wasserstoffs zu e-Fuel dann noch einige ebenfalls ziemlich anspruchsvolle Produktionsschritte dazu. Kurz, auch e-Fuels aus Basler Eigenproduktion wird es also nicht kurzfristig geben.

Und das ist nun auch der springende Punkt für die SP-Fraktion. Ich meine, wenn wir uns vorstellen, dass unsere Feuerwehrleute, die Tag für Tag und für uns alle Leib und Leben riskieren, noch immer in solch gurtenfreien Schüttelbechern umherfahren müssen, dann ist die SP-Fraktion schon dezidiert der Meinung, dass wir der Feuerwehr so schnell wie möglich anständiges und vor allem sicheres Arbeitsgerät zur Verfügung stellen sollen. Es wurde kritisiert, dass die Kosten im Verhältnis zum ökologischen Vorteil verhältnismässig hoch seien. Das mag sein, wenn wir die Kosten nur auf die Schadstoffreduktion abwälzen.

Für die SP-Fraktion ist aber eben auch die Vorbildfunktion des Kantons sehr wichtig. Diese haben wir hier drin erst vor einem Jahr im Rahmen des Gesamtkonzepts Elektromobilität neu definiert und beschlossen. Es war damals unbestritten. Und selbstverständlich hat eine solche Vorbildfunktion auch ein Preisschild. Dieses ist aber gerechtfertigt, denn gerade bei Transportern, Nutz- und Arbeitsfahrzeuge sind sogenannte Early Adopter für die Etablierung der Technologie noch sehr wichtig. Denn noch gibt es bei Transportfahrzeugen anders als bei PKWs erst eine sehr begrenzte Modellpalette auf dem Markt, auch weil es erst eine begrenzte Nachfrage gibt. Steigt die Nachfrage, wird der Markt für das nötige Angebot sorgen. Ausserdem helfen Early Adopter auch bei der Verbreitung und bei dem Akzeptanzaufbau neuer Technologien. Wenn lokale Handwerksbetriebe sehen, dass selbst die Feuerwehr nach einer professionellen Evaluation auf die Vorteile des batterieelektrischen Antriebs vertraut, wird es ihnen einleuchten, dass es keine technischen Gründe gibt, das im eigenen Betrieb nicht auch zu machen.

Die SP-Fraktion folgt also dem Regierungsrat und der JSSK und bittet Sie, dies ebenfalls zu tun. Und ich hoffe, die Frau Präsidentin ist mit der Sachlichkeit meines Votums zufrieden heute.

Zwischenfrage

Lorenz Amiet (SVP): Ich bedanke mich für das sachliche Votum. Daniel Sägesser, sind Sie mit mir einig, dass 4,5 Liter e-Fuel schon heute für weniger als Fr. 53 der Liter aus Pilotanlagen gekauft werden können?

Daniel Sägesser (SP): Ja, man kann schon einige Liter kaufen, die Frage ist, ob man genug Liter kaufen kann und ob man nicht nur heute genug Liter kaufen kann, sondern auch in einem Jahr, in fünf Jahren und in zehn Jahren.

Danielle Kaufmann, Präsidentin JSSK: Ganz kurz. Vielen herzlichen Dank für die angeregte Diskussion. Die hat eigentlich das gespiegelt, was wir in der Kommission auch so diskutiert haben. Vielleicht einfach, die Mehrheit der JSSK hat schlussendlich halt wirklich dem Vorrang gegeben, dass man das CO2 nicht nur rein mit einem wirtschaftlichen Blick anschaut, sondern eben auch mit einem klimapolitischen. Und es ist klar, im Moment ist die E-Mobilität, abgesehen vielleicht von den e-Trottis, immer noch sehr teuer. Wir haben jetzt alle dreimal, viermal gesagt, Vorbildfunktion und das soll jetzt nicht einfach so ein Schlagwort sein, sondern wie es auch gerade noch Daniel Sägesser gesagt hat, der Kanton hat hier wirklich eine Rolle, die wir ihm gegeben haben. Er soll jetzt mit dieser E-Mobilität vorwärts machen und in diesem kleinen Bereich ist es jetzt vielleicht sehr teuer, aber so exorbitant über das Ganze gesehen sind diese Zahlen nicht und in zwei Jahren, das hat auch David Jenny gesagt, wäre es natürlich schon billiger und von dem her, das ist jetzt so ein Pik und wir gehen davon aus, dass es in Zukunft dann billiger wird. Von dem her bitte ich Sie nochmals, der JSSK zu folgen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft einzutreten.

Abstimmung

über die Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

13 Ja, 69 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 205, 23.06.22 15:11:42]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 4 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 206, 23.06.22 15:12:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird eine Ausgabenbewilligung über gesamthaft Fr. 1'995'000 für die Beschaffung von neun elektrobetriebenen Transportern der Feuerwehr Basel-Stadt zu Lasten der Investitionsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Dienststelle Rettung, genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

18. Bericht der Petitionskommission zur Petition P419 "Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag"

[23.06.22 15:13:36, PetKo, 20.5278.04, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären.

Tonja Zürcher (GAB): Wir behandeln die Petition zum Polizeieinsatz gegen die feministische Demonstration vom 14. Juni 2020 nun zum dritten Mal und das, weil die Stellungnahme aus der Verwaltung der Polizei und der Regierung lange nicht befriedigend waren. Und wir können nun festhalten, es hat sich gelohnt. Durch die Antworten der Regierung auf die erneute Überweisung haben wir nun einiges mehr erfahren über die Aufarbeitung des Polizeieinsatzes. Positiv ist festzuhalten, dass die Regierung Verständnis dafür zeigt, dass die Personenkontrollen oder das Abführen von Personen aufseiten der Demonstrantinnen und Demonstranten Irritation und auch Einschüchterung hervorrufen. Ob die Regierung Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen hat, bleibt jedoch offen. Ich werde später noch einmal auf diesen Punkt eingehen.

Positiv zu erwähnen ist zudem, dass Verbesserungspotenzial bei der Kommunikation geortet wurde. Einerseits auf der technischen Ebene, bei der Hörbarkeit der Durchsagen. Hier wurde bereits auch eine Lösung gefunden, es gibt nun neue mobile Lautsprecheranlagen, von denen sich die Polizei verspricht, dass sie auch bei einer lauten Demonstration gehört werden. Verbesserungspotenzial sieht die Regierung aber auch auf der inhaltlichen Ebene. So weist sie darauf hin, dass eine erneute Abmahnung vor der Kesselung auf der Johanniterbrücke zum Verständnis hätte beitragen können. Das auch, weil zu diesem Zeitpunkt neue Personen zur Demonstration hinzugestossen sind, welche die Abmahnung auf der Mittleren Brücke noch nicht mitbekommen haben. Hinzu kommt, dass die Regierung festhält, dass es der Kantonspolizei nicht gelungen ist, den Teilnehmenden bei der Mittleren Brücke zu vermitteln, dass sie die Demonstration nicht verlagern, also weitergehen sollen, sondern dass die Demonstration aufgelöst werden müsse.

Noch immer fehlt aber eine nachvollziehbare Begründung, weshalb die Einsatzleitung am 14. Juni 2020 zur Entscheidung kam, die Demonstration auf der Johanniterbrücke einzukesseln, die Demonstrantinnen und Demonstranten dort während Stunden festzuhalten und in dieser Zeit auch unnötig den öffentlichen Verkehr zu blockieren. Die Polizei stellte im Nachgang an die Kundgebung 218 Bussen aus, im Mai hat das Strafgericht nun eine erste dieser Bussen aufgehoben und die angeklagte Person freigesprochen. Der Entscheid bestärkt die Haltung der Petitionskommission, dass eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob die Einkesselung der Demonstrierenden auf der Johanniterbrücke verhältnismässig gewesen sei, stattfinden muss, und dies unabhängig davon, welche Haltung man zur Demonstration und ihrem Inhalt gehabt hat. Hier sind wir uns in der Kommission einig.

Um zu sehen, welche Auswirkung diese Aufarbeitung des feministischen Streiks 2020 gehabt hat, lohnt es sich, einen Blick auf den diesjährigen Streik vor inzwischen neun Tagen zu werfen. Da die Petitionskommission seit dem 14. Juni dieses Jahres noch keine Kommissionssitzung hatte, werde ich mich hier persönlich äussern und nicht als Kommissionssprecherin. Es kann aber durchaus sein, dass grössere Teile der Kommission diese Meinung teilen.

Die Vorkommnisse an der diesjährigen feministischen Kundgebung bestätigen den Eindruck der letzten Jahre, dass der Polizei eine klare Linie fehlt und die Verhältnismässigkeit nicht immer gewahrt wird. Die Präsenz von Polizeikräften in Vollmontur war enorm. Teilweise wurde der Demonstrationenzug beidseitig von Polizistinnen und Polizisten mit einsatzbereiten Gummischrotgewehren flankiert. Seitenstrassen wurden jeweils mit Polizeiketten abgesperrt. Alle Demonstrierenden wurden gefilmt, was mit den Aufnahmen passiert, ist offen. Die friedliche und bunte Demonstration, die übrigens bewilligt war, bei der haben viele Kinder, Jugendliche und auch alte Menschen teilgenommen. Diese Demonstration wurde durch die Polizeipräsenz behandelt, als würde es sich um einen gewalttätigen Mob handeln. Es wurde der Eindruck erweckt, die Demonstration sei etwas gefährliches, anstatt dass sie als demokratische Meinungsäusserung zu nehmen. Dass nach der Demonstration umfangreiche Personenkontrollen durchgeführt wurden, die auch Unbeteiligte betrafen, also Menschen, die gar nicht an der Demonstration teilgenommen haben, verstärkt die einschüchternde und abschreckende Wirkung des Einsatzes. Mehreren Personen wurden ohne Angabe der Gründe mit Kabelbinder gefesselt und abgeführt.

Das bringt mich zur Antwort auf die Petition von 2020 zurück, nämlich auf die Erkenntnis der Regierung, dass solche Personenkontrollen, das Abführen von Personen Einschüchterungen hervorrufen. Dieses einschüchternde Verhalten führt dazu, ob das nun Absicht ist oder nicht, dass sich viele nicht mehr getrauen, ihr Recht auf freie Meinungsäusserung zu nutzen. Offenbar nimmt das die Regierung bewusst in Kauf. Was das für eine Demokratie für Folgen hat, können Sie sich selber vorstellen. Man kann jetzt hoffen, dass es einfach Zufall ist, dass es nach der Kesselung von 2020, dem 8. März 2021, als eine Vierzehnjährige nach einer friedlichen Demonstration von dutzenden Polizist*innen umzingelt und mit Handschellen abgeführt wurde, dieses Jahr erneut die feministische Bewegung trifft. Vielleicht ist es einfach Pech, dass feministische Demos und Streiks zufällig immer dann stattfinden, wenn das Pendel der Polizei gerade wieder in Richtung Repression und Abschreckung schwingt. Aber es trifft schon auffällig oft zufällig die feministische Bewegung. Nicht nur in Basel, auch in anderen Städten und Ländern, das sollte uns zu denken geben.

Auch wenn wir heute die Petition von 2020 als erledigt erklären, bleibt das Thema der Verhältnismässigkeit also hochaktuell. Dass die Petitionskommission zum Schluss kommt, dass eine erneute Überweisung an die Regierung trotz der aktuellen Thematik nicht sinnvoll ist, liegt an der Einschätzung, dass eine weitere Stellungnahme der Regierung keine befriedigte Antwort auf die Frage der Verhältnismässigkeit bringen wird. Wir bitten Sie deshalb, diese Petition als erledigt zu erklären.

Pascal Messerli (SVP): Eigentlich wollte ich mich jetzt dazu gar nicht äussern, aber ich bin jetzt schon der Meinung, dass jetzt das Votum, Tonja Zürcher, nicht wirklich die Abmachung war, was die Petitionskommission eigentlich sagte. Wir haben uns nicht zum aktuellen Frauenstreik geäussert als Petitionskommission. Ich kann hier nicht den Polizeieinsatz von diesem Jahr anmassen, ob jetzt das richtig oder falsch war, und ich würde auch nicht behaupten, dass es falsch war. Die Polizei hat in meinen Augen ein sehr grosses Vertrauen und ich bitte Sie, doch hier wenigstens auch das wiederzugeben, was wir in der Petitionskommission abgemacht haben und nicht selbst irgendwelche Interpretationen hineinzubringen in das eigene Parteibuch und im Namen der Petitionskommission herunterzulesen.

Fleur Weibel (GAB): Ich möchte noch ein paar Worte hinzufügen im Namen der Fraktion des GAB und auch im Namen der Fraktion SP. Wie Sie gehört haben, hat die Petitionskommission die Petition "Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag" von 2020 einstimmig als erledigt erklärt. Dies nach einem Hearing, zwei Stellungnahmen, die die Kommission im Anschluss von der Regierung eingefordert hat. Dass die Kommission die Petition als erledigt erklärt, bedeutet aber nicht, dass damit das Thema des Umgangs mit Demonstrationen und die spezifischen Fragestellungen zum feministischen Streiktag 2020 erledigt wären. Vielmehr vermisst die Kommissionsmehrheit ebenso wie die Fraktionen des GAB und der SP auch nach der zweiten Stellungnahme der Regierung eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob die Einkesselung der Demonstration auf der Johanniterbrücke verhältnismässig war. Allerdings teilen auch wir die Ansicht der Kommission, dass eine erneute Überweisung jetzt nicht sinnvoll wäre.

Gleichwohl vertreten die Fraktionen vom GAB und der SP die Auffassung, dass wir uns weiter mit der Frage der Verhältnismässigkeit des polizeilichen Umgangs mit Demonstrationen im Kanton Basel-Stadt auseinandersetzen müssen. Denn wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme richtig konstatiert, prallen bei Demonstrationen nicht selten zwei Welten aufeinander. Jüngst zu beobachten war dieses Aufeinandertreffen von zwei Welten gerade wieder am diesjährigen feministischen Streiktag, der letzte Woche am 14. Juni stattfand. Da war auf der einen Seite die Welt der Streikenden, die sich um 18 Uhr auf dem Theaterplatz versammelten, in ebenso fröhlicher wie kämpferscher Stimmung, bereit, ihre zahlreichen Forderungen durch ihre Teilnahme am geplanten Demonstrationenzug durch ihre Transparente und Fahnen auf die Strasse zu tragen. Im Vorderrund stand dieses Jahr der Protest gegen die geplante Erhöhung des Frauenrentenalters im Rahmen der AHV-Reform, über die das Stimmvolk im September abstimmt. Statt einer Erhöhung des Rentenalters forderten die Demonstrierenden eine Erhöhung der Löhne in den sogenannten Frauenberufen. Daneben wurden zahlreiche weitere Forderungen formuliert.

Und diese Welt, die sich eben vom Theaterplatz aus aufmachte zum bewilligten Demonstrationenzug über die Wettsteinbrücke, traf oben auf dem Bankverein auf ein enormes Aufgebot der Polizei. Geschätzt 100 Polizist*innen in Vollmontur, ausgerüstet mit Schildern und Gummischrotgewehren, die sich zu beiden Seiten entlang der CS und UBS aufgestellt hatten und die vorbeiziehenden Demonstrierenden zudem filmten. Die Irritation und das Unbehagen der Demonstrationsteilnehmenden war angesichts dieser Polizeipräsenz beträchtlich. Warum wurden sie von der Polizei gefilmt, wenn sie während einer bewilligten Demo gegen die AHV-Reform protestieren wollten? Warum mussten sie durch diesen Spalier der Polizei hindurchgehen und warum hatte die Polizei Gummischrotgewehre dabei? Würden sie diese einsetzen oder dienten sie nur der Einschüchterung oder wer sollte genau eingeschüchtert werden? Sie sehen, die Frage

der Verhältnismässigkeit von Polizeieinsätzen bei Demonstrationen beschäftigt uns weiterhin. Nach wie vor ist die Frage offen, ob es verhältnismässig war, eine relativ kleine Gruppe junger Demonstrierenden auf einer Brücke über dem Rhein, also auch an einem besonders gefährlichen Ort, einzukesseln, sie zu kontrollieren und ihre Personalien aufzunehmen. Und es stellt sich wieder die Frage angesichts des diesjährigen feministischen Streiktags, ob es verhältnismässig ist, mit einem derartigen Polizeiaufgebot aufzufahren.

Während die Regierung in ihrem zweiten Bericht betont, dass es 2020 nicht darum gegangen sei, die Demonstrierenden einzuschüchtern, so stellt sich angesichts des Polizeieinsatzes von der letzten Woche die Frage, ob es dieses Mal um Einschüchterung ging. Oder wie sollen die Demonstrierenden den Aufmarsch sonst deuten? Und darüber hinaus, was bedeutet es für die Forderungen der Demonstrierenden bezüglich der AHV-Reform, wenn sie zwar auf die Strasse getragen werden können, aber nur flankiert von der Polizei? Können die Botschaften der Demonstrationen so überhaupt noch vermittelt werden? Oder erscheinen die Forderungen von Beginn weg illegitim, wenn sie mit einer solchen Polizeipräsenz einhergehen? Und wäre das demokratiepolitisch nicht ein wenig problematisch?

Sicher ist für die Fraktionen des GAB und der SP, dass solche Polizeieinsätze nicht zu einer besseren Verständigung zwischen den beiden Welten beitragen. Zu begrüssen ist hingegen der neue Einsatz von Dialogteams, der sich in der Zwischenzeit etabliert hat, was wir ausdrücklich begrüessen. Und wir erwarten auch, dass diese Dialogstrategie in Zukunft weiter konsequent verfolgt und ausgebaut wird und zugleich auf unverhältnismässige präventive Polizeipräsenz in Vollmontur verzichtet wird.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P419 (20.5278) ist **erledigt**.

19. Bericht der Petitionskommission zur Petition P433 "Für eine sinnvolle, nachhaltige Schulraumnutzung und Schulraumplanung im Niederholzquartier"

[23.06.22 15:28:12, PetKo, 21.5434.03, PAE]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären.

Andrea Strahm (die Mitte/EVP): Im Namen der Petitionskommission bitte ich Sie, die Petition P433 betreffend "Für eine sinnvolle, nachhaltige Schulraumnutzung und Schulraumplanung im Niederholzquartier" als erledigt zu erklären. Wie Sie dem Ihnen vorliegenden Bericht der Petitionskommission entnehmen können, hatte sich die Petitionskommission ausführlich mit der Schulhausituation im Niederholzquartier auseinandergesetzt und mit ihrem Bericht vom 24. August 2021 den Grossen Rat gebeten, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Dies geschah am 27. Oktober 2021 und nun liegt der Bericht der Regierung vor. Diesen hat die Petitionskommission noch einmal ausführlich diskutiert.

Die Regierung führt aus, dass im Jahre 2008 die Schulhausplanung für das Gemeindegebiet Riehen an die Gemeinde Riehen übergeben wurde. Vorerst mietete die Gemeinde die Schulhäuser vom Kanton, übernahm sie dann aber 2016. Das Niederholzquartier ist die Schnittstelle zwischen dem Stadtgebiet und Riehen, deshalb wurde das Areal aufgeteilt. Das Niederholzschulhaus blieb beim Kanton, weil die Gemeinde Riehen keine Erhöhung der Schülerzahlen erwartet hatte, die die Übernahme dieses Schulhauses gerechtfertigt hätte. Der Kanton nutzte und nutzt das Schulhaus für das Zentrum für Brückenangebote. Wenn bei den Petenten offenbar der Eindruck besteht, das Schulhaus werde nur schlecht genutzt, so trägt dieser Anschein. Die Regierung führt ausführlich aus, was in der Schulhausplanung allgemein und insbesondere im Bereich Niederholz an Neu- und Umbauten in Planung und Ausführung ist.

Die Gemeinde Riehen ihrerseits plant eine Erweiterung des damals ihr zugesprochenen dortigen Hebelschulhauses. Derzeit laufen Architekturwettbewerbe. Damit sowohl Schulunterricht als auch Neu- und Umbauten stattfinden können, müssen temporäre Bauten erstellt werden. Der Regierungsrat betont, was auch die Vertreter der Gemeinde bereits am Hearing bei der Petitionskommission betont hatten, nämlich dass die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Riehen und Kanton Basel-Stadt eine ausgezeichnete sei und reibungslos klappe. Die Gemeinde plant den Ausbau des Hebelschulhauses jedoch autonom und das gleiche gilt für den Kanton und das Niederholzschulhaus. Beide Teile informieren sich aber gegenseitig stets über die kommenden Bauvorhaben und sprechen sich bei Bedarf ab.

Die Petitionskommission ist der Ansicht, dass eine gemeinsame Planung im Niederholz und nicht nur eine gegenseitige Information die Prozesse allenfalls hätte beschleunigen können. Sie würde eine intensivere Information der Anwohnenden und Nutzer der Schule durch die Gemeinde Riehen begrüessen, denn es scheint ihr, dass die Petentschaft sich hängen gelassen fühlte. Dies könnte mit einer besseren Kommunikation wohl in Zukunft vermieden werden. Es ist eine Tatsache, dass auf dem ganzen Kantonsgebiet ein Mangel an Schulräumen besteht und der Kanton deshalb nicht darum

herumkommt, diverse Rochaden vorzunehmen. Rochaden, die bei Eltern und Lehrpersonen mehr Aufwand bewirken und deshalb nicht überall auf Verständnis stossen. Die Situation lässt sich derzeit aber, wie der Petitionskommission ausführlich dargelegt wurde, nicht entschärfen. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass mit dem Abschluss diverser Schulhausneubauten etwa im Bereich Voltaplatz eine spürbare Verbesserung eintreten wird.

Mit diesen Bemerkungen bittet die Petitionskommission Sie, die vorliegende Petition als erledigt zu erklären.

Béla Bartha (GAB): Wenn man das jetzt so hört, dann könnte man denken, alles Paletti, aber ich werde heute die Stellungnahme für das Grün-Alternative Bündnis und die Grünliberale Partei abgeben. Und in beiden Fraktionen besteht ein gewisses Bauchgrummeln, wenn man diese Worte der Petitionskommission hier hört. Es ist offensichtlich, dass die derzeitigen Missstände beim Schulraumangebot nicht unvorbereitet wie eine Naturkatastrophe über uns gekommen sind, sondern weitgehend über Schulreformen und den Wunsch der Gemeinde Riehen nach mehr Autonomie betreffend Schulentwicklung hausgemacht sind und eigentlich auf weite Strecken vorhersehbar und planbar gewesen wären. Dass die Riehener Bevölkerung wächst, dürfte dabei auch keine Überraschung sein. Daher ist es schwer verständlich, dass es in Riehen nach meinem Wissensstand erst seit kurzer Zeit überhaupt Bemühungen gibt, Prognosen zur Entwicklung der Schulkinderzahlen zu erstellen. Viel zu spät.

Nicht überraschend war ja auch, dass die Gemeinden und in weiten Teilen auch die Stadt ständig auf Entwicklungen reagieren, die eigentlich bereits Fakt und Realität sind. Glaubt man den Antworten auf die Forderungen der Petenten, dann sind dies eigentlich keine neuen Erkenntnisse für die Departemente und die Akteure, die sich tagtäglich mit diesen prekären Zuständen in der Stadt und in den Gemeinden auseinandersetzen müssen. Und dennoch zeigt uns diese Petition, dass im Hintergrund zwar fleissig gewerkelt und scheinbar auch kommuniziert wird, dies aber nach 13 Jahren immer noch nicht zu einer merkbaren Verbesserung der Situation für die Kinder und Lehrerinnen und Lehrer, etc. geführt hat. Und Mann/Frau kann daher einzig zur Erkenntnis gelangen, dass die momentane Unterversorgung mit geeignetem Schulraum das Resultat mangelnder Weitsicht und Planungsvoraussicht sein müssen bzw. wenn man mit dieser Erkenntnis falsch liegen sollte, wie bisher in einer Weise agiert und kommuniziert wurde, welche die Bevölkerung für die Ausbildung ihrer Kinder nicht vertrauensvoll und mit der nötigen Zuversicht in die Zukunft blicken lässt.

Auch wenn wir das Geschäft als erledigt betrachten, so danken wir den Petenten sehr, dass sie mit ihrem Engagement das Thema, und fordern auch wir in beiden Fraktionen, ganz oben auf die Pendenzenliste der betroffenen Departementvorsteherin und Behörden bringen, die dann wieder kooperativ und mit Nachdruck Lösungen entwickeln und realisieren sollen. Sonst werden wir uns schon sehr bald ein weiteres Mal mit besorgten Stimmen aus der Bevölkerung auseinandersetzen müssen.

Edibe Gölgeli, SP: Béla Bartha, mein Vorredner, hat es bereits schon ausgeführt, ich möchte nicht lange noch wieder ausholen, ich möchte ein, zwei Punkte noch begründen. Auch wir als SP-Fraktion bedanken uns bei der Regierung für die Beantwortung der Petition und möchten auch nochmal betonen, dass es jetzt sehr lange gebraucht hat und dass die Petentschaft, deren Anliegen eigentlich sehr klar waren, sie haben sich eine nachhaltige und koordinierte Gesamtarealplanung gewünscht und eigentlich auch zu verstehen, wie der gemeinsame Gesamtplan zwischen Kanton und Gemeinde ausschauen könnte und welche Strategie verfolgt wird in diesem Schulhausareal. Ja, und die Petentschaft hat nicht in diesem Sinne, so wie es auch dargelegt wurde, eine Anwohnermitwirkung gewünscht, jedoch hat das die Petitionskommission vorgeschlagen, einen sogenannten runden Tisch, aber wie auch die Petitionskommission gemerkt hat, dass da etwas nicht ganz optimal läuft, hat man dementsprechend zwischenzeitlich gemerkt, dass da jetzt etwas läuft. Immerhin wird kommuniziert, dass eine Strategie vorhanden sei, auch wenn diese nicht publiziert wurde. Aber dennoch, der zuständige Gemeinderat, die Gemeinderätin stellt sich bemüht und stellt sich den Interessen des Elternrats zu, immerhin. In Anbetracht des Zuwachses der Riehener Bevölkerung und aber auch den Zuwachs der Schüler*innenanzahl werden wir sicher ein Augenmerk darauf weiterlegen und die Entwicklungen auf jeden Fall weiterverfolgen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P433 ist **erledigt**.

20. Bericht der Petitionskommission zur Petition P443 "Kantonale Brückenleistung 60plus - statt Gang aufs Sozialamt"

[23.06.22 15:38:57, PetKo, 21.5820.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Karin Sartorius, Präsidentin PetKo: Avenir50plus Schweiz fordert im Kanton Basel-Stadt sowie in weiteren Kantonen, dass allen Personen mit Mindestalter 60/61 Jahre, die ausgesteuert und ohne Chance auf Arbeit sind, eine kantonale Brückenleistung zu gewähren analog den ursprünglichen Leistungen der Überbrückungsleistung des Bundes. Die Voraussetzung zum Leistungsbezug sowie die Finanzierung wurde von der Petentschaft erarbeitet und im Hearing

erläutert.

Die Petitionskommission nahm die ausführliche Erläuterung der Petentschaft und die Argumentation der Vertreter des WSU mit Interesse zur Kenntnis. Es war ein interessantes Hearing mit sehr vielen Hintergrundinformationen zum Bundesprogramm, welches im Sommer 2021 startete, zum kantonalen Status Quo, die möglichen Auswirkungen der Petitionsumsetzung im Kanton Basel-Stadt sowie Erfahrungen aus dem Kanton Waadt, in welchem es seit zehn Jahren ein solches Brückenleistungsprogramm gibt. Die Petentschaft erläuterte, dass es viele Erwerbslose gäbe, die glauben und hoffen, dass sie mit der Erreichung des 60. Geburtstags Anspruch auf die Überbrückungsleistungen des Bundes hätten. Dies entspricht auch dem ursprünglichem Willen einer Mehrheit des Nationalrates. In der Praxis sieht es aber anders aus. Als Verband der Betroffenen seien sie mit der gesetzlichen Mindestversion nicht einverstanden und hätten deshalb diese Petition lanciert. Die Statistik der Ausgesteuerten ist der Auslöser für die Petition gewesen. Es wurde aufgezeigt, dass in den Jahren vor Corona jährlich durchschnittlich 280 Personen im Alter von 50 bis 59 Jahren ausgesteuert seien. Im Alter von 60plus seien es hingegen lediglich 70 Personen gewesen. Mit anderen Worten, das Gros der Personen, die im Alter von über 50 Jahren ausgesteuert würden, werden nie in den Genuss der Brückenleistung des Bundes kommen. Selbst dann nicht, wenn sie im Alter von 60 immer noch arbeitslos sind. Aufgrund von Studien sei bekannt, dass nur ein geringer Teil der Ausgesteuerten je eine existenzsichernde Arbeit erhalten wird. Auch der Kanton Waadt zeigt auf, dass ganz wenige Personen von der nationalen Brückenleistung profitieren können. Ein Thema sei die Säule 3b, diese muss aufgebraucht werden. Die Vermögensgrenze bei diesen Berechnungen sei relativ tief. Mit Einberechnung der dritten Säule werden viele Personen darüber liegen. Daher fände man das kantonale Instrument sehr wichtig, ein Ziel sei der Erhalt der Kaufkraft bei der betroffenen Schicht gewesen. Von der Wirtschaftsseite aus seien Ängste geäussert worden, es könnte dazu führen, dass die Unternehmen den Älteren aufgrund dieser Absicherung früher kündigen könnten. Dies habe sich in den letzten zehn Jahren im Kanton Waadt nicht bewiesen.

Die Petition fordert für eine Einzelperson Fr. 3'600 und für Ehepaare Fr. 5'500 monatlich. Es handelt sich um das gleiche Niveau wie bei den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV. Die Voraussetzungen seien ähnlich wie bei den Ergänzungsleistungen und den Überbrückungsleistungen des Bundes. Das WSU bestätigte, dass es in Basel-Stadt praktisch keine Fälle gäbe, die von der nationalen Brückenleistung profitierten, was der gesamtschweizerischen Situation entspreche. Aktuell profitieren im Kanton Basel-Stadt nur vier Personen von den nationalen Leistungen und beziehen diese auch. Die ursprüngliche Prognose des Bundes heruntergerechnet auf den Kanton Basel-Stadt sei von etwa 250 Personen ausgegangen. Dies sei allerdings auf den Endausbau bezogen, es sollten, zumindest theoretisch, laufend neue ausgesteuerte Personen dazukommen, und zwar bis im Jahr 2024. Dann würden wiederum die ersten Personen den Anspruch verlieren, weil sie das ordentliche AHV-Alter erreicht hätten.

Der Grund für die niedrigen Zahlen liege tatsächlich bei den strengen Voraussetzungen. Die Aussteuerung müsse zum Teil tatsächlich nach dem 60. Geburtstag erfolgt sein. Personen, die vorher ausgesteuert worden seien und sich irgendwie durchgeschlagen hätten, haben keinen Anspruch auf die Überbrückungsleistung des Bundes. Sie müssen zudem ein Leben lang gearbeitet haben. Aktuell gibt es im Kanton Basel-Stadt um die 200 bis 300 Arbeitslose im Alter von über 60. Jährlich würden 70 im Alter von über 59 ausgesteuert. In der Sozialhilfe befinden sich aktuell 400 Personen über 60 Jahre, deren Wohnsitz länger als drei Jahre im Kanton Basel-Stadt liege und die somit eine grosse Wahrscheinlichkeit von einer solchen kantonalen Brückenleistung abgelöst würden, wenn sie in Basel-Stadt existieren würde.

Das WSU schlug vor, die Petition und den Anzug Georg Mattmüller miteinander im kommenden Herbst zu beantworten. Dies wurde lange besprochen und auch von der Kommission nach ausführlicher Diskussion so übernommen. Weiter ist die Mehrheit der Kommission der Ansicht, dass es sich bei der Petition um ein prüfungswertes Anliegen handelt, da es eine wichtige Unterstützung für ältere Arbeitslose und eine Entlastung für die Sozialhilfe darstelle. Zudem würde mit dem Erhalt einer kantonalen Überbrückungsleistung die zusätzliche Unterstützung der Sozialhilfe wegfallen, weswegen noch weniger ältere Erwerbslose wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten.

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat, die Petition betreffend "Kantonale Brückenleistung 60Plus – statt Gang aufs Sozialamt" gemeinsam mit dem Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend "Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose" der Regierung zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Es handelt sich um ein prüfungswertes Anliegen, es stellt eine Entlastung für die Sozialhilfe dar, denn leider haben diese Betroffenen keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt.

David Trachsel (SVP): beantragt die Petition als erledigt zu erklären.

Vorweg, die SVP beantragt Ihnen, die Petition "Kantonale Brückenleistung 60Plus – statt Gang aufs Sozialamt" für erledigt zu erklären. Die SVP ist jene Partei, welche schon lange über die Probleme älterer Arbeitnehmenden auf dem Schweizer Arbeitsmarkt spricht und es freut uns, dass diese Problematik anerkannt wird und Bereitschaft besteht, etwas dagegen zu unternehmen, denn es darf nicht sein, dass bemühte, willige Arbeitnehmende im höheren Alter unwürdig abseits des Arbeitsmarkts versorgt werden.

In der Methode, wie dieses Problem nun gelöst wird, bestehen aber offensichtlich deutliche Differenzen. Es ist mir an dieser Stelle wichtig darauf aufmerksam zu machen, dass das Grundproblem bei dieser Thematik, ob wir wollen oder nicht, die masslose Zuwanderung von günstigen Arbeitskräften auf dem Schweizer Arbeitsmarkt aus dem Ausland ist. Die anhaltende masslose Zuwanderung führt zu Lohndumping und verdrängt ältere Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt, denn eigentlich müssten aufgrund des Fachkräftemangels ältere Arbeitnehmende gefragt sein. Doch das ist nicht der Fall, denn man weicht lieber auf jüngere, günstige, ausländische Arbeitskräfte aus. Um das Ganze noch unter Beweis zu stellen, verweise ich auf die Romandie und das Tessin, welche einen deutlich höheren Druck durch ausländische Arbeitskräfte haben und dadurch ein deutlich höheres Lohndumping und höhere Arbeits- und Erwerbslosenquoten haben. Die Begrenzung der masslosen Zuwanderung bleibt das Hauptproblem für ältere Arbeitnehmende in der Schweiz, welches

es zu lösen gilt. Weitere sinnvolle Verbesserungen für ältere Arbeitnehmende sind die Anpassung der Pensionskassenbeiträge, indem die Beiträge der Älteren gleich hoch oder nur noch leicht höher wie jene der Jungen sind. Andere Verbesserungen wären zum Beispiel die Flexibilisierung des AHV-Bezugs sowie Weiter- und Umschulungen.

Wir sind hingegen entschieden dagegen, dass dieses Grundproblem mit der Schaffung eines neuen über die Bundeslösung hinausgehenden üppigen Sozialwerks übertüncht und vordergründig verdrängt wird. Wir möchten ältere Arbeitnehmende nicht zu ausrangierten Almosenempfänger machen. Wir möchten keine Überbrückungsrente, welche in der Wirkung von allem einer Entlassungsrente entspricht. Zudem lesen wir im Bericht der Petitionskommission, welche Unterstützungsprogramme die Sozialhilfe kennt, welche wegfallen würden und somit die Arbeitsmarktintegration der betroffenen Leute nochmals erschwert würde. Zudem würde durch die Schaffung dieses neuen Sozialwerks schlechte Anreize im Hinblick auf die erwerbstätige Bevölkerung gesetzt werden. Denn sollte die Überbrückungsleistung tatsächlich in der Höhe von Fr. 3'600 monatlich für Einzelpersonen und Fr. 5'500 monatlich für Ehepaare angesetzt werden, so gäbe es in Basel-Stadt 1'100 Leute über 59 Jahre, welche arbeiten, aber weniger verdienen als jene, welche die Brückenleistung beziehen. Und es darf in keinem Fall sein, dass wir die Sozialleistungen so hoch ansetzen, dass diese attraktiver sind als das Nachgehen einer Arbeit.

Aus diesen Gründen beantragen wir Ihnen, die Petition für erledigt zu erklären.

Pascal Pfister (SP): Dieses Thema beschäftigt uns ja schon länger und es ist vor allem eine Bundesgeschichte. Es wurde eine Überbrückungsrente geschaffen für diese Menschen und es geht eben David Trachsel genau darum, dass diese Leute nicht zum Sozialamt müssen und die Würde im hohen Alter erhalten bleibt und sie nicht dort diese Bittgänge machen müssen. Sondern es geht um Leute, die am Ende ihres Erwerbalters sind und die eben diese Überbrückungsrente erhalten sollen, damit sie in dieser kurzen Zeit nicht auch noch ihre Altersguthaben aufbrauchen müssen, also das privat Gesparte. Das ist ein Hintergrund dieser ganzen Geschichte.

Jetzt hat der Bund das als Gegenvorschlag zu einer Initiative von der SVP gemacht und leider hat der Ständerat diese Vorlage verschlechtert und er hat sie wirklich so verschlechtert, dass sie nicht wirkt. In der Petitionskommission, ich habe mich eingesetzt für diese Überbrückungsrente, wurde uns gesagt, es sind vier Leute in Basel-Stadt, die profitieren können. Das war wirklich schockierend. Und deshalb verstehe ich sehr gut, dass Avenir50plus aktiv geworden ist und gesagt hat, wir müssen hier eine Lösung schaffen. Und wenn es auf der Bundesebene nicht möglich ist, dann müssen wir das im Kanton machen. Einige Kantone machen das bereits.

Wir wissen, es sind Anzüge hängig und deshalb sind wir der Meinung, man sollte das gemeinsam mit diesen Anzügen behandeln. Es wäre aber sicher wünschenswert, wenn die Bundeslösung verbessert würde, wir haben eine nationale Parlamentarierin, oder man könnte sich auch eine Standesinitiative überlegen, wenn man der Meinung ist, dass es hier eine Bundeslösung braucht. Was aber ganz sicher ist, dass die Bundeslösung nicht funktioniert hat, dass das Versprechen, das damals gegeben wurde, nicht eingelöst wurde. Und da ist ganz klar ein bürgerlich dominierter Ständerat, der sich diesen Schuh anziehen muss, und wenn wir hier aus den Kantonen den Druck erhöhen, wäre das sicher sinnvoll.

Zwischenfrage

David Trachsel (SVP): Pascal Pfister, Sie haben gesagt, die Bundeslösung nützt nichts. Sind Sie sich bewusst, dass diese erst seit letztem Sommer in Kraft ist und deshalb logischerweise noch fast niemand hineingekommen ist und dass sich die Anzahl der Betroffenen nach viereinhalb Jahren erhöhen wird?

Pascal Pfister (SP): Nein, Sie können das im Bericht auch nachlesen, diese Zugangsbedingungen sind viel zu strikt und deshalb funktioniert es nicht. Dazu muss man auch noch sagen, dass die Situation sich verschärft. Sie können das in den Zeitungen lesen, es sind genau diese Leute, die aus dem Arbeitsmarkt herausgespült werden.

Eric Weber (fraktionslos): Meine letzte Rede vor unserer parlamentarischen Sommerpause, die bis zum 14. September geht. Das Thema ist sehr wichtig, 50plus, ich will nur Danke sagen. Ich verspüre grosse Dankbarkeit gegenüber dem Kanton Basel, den ich bin der einzige Grossrat, der in den Genuss dieser Sache kam, 60plus. Ich war tätig im Deutschen Bundestag, dann wurde ich arbeitslos, dann war ich beim RAV, es war eine schöne Zeit. Aber dann ist das Geld vom RAV ausgelaufen und dann wird es kritisch. Ich kam dann ins Stöckli. Dieses Programm geht ab 50. Ich konnte bei einer religiösen Sekte über ein Jahr putzen hier in Basel. Die Arbeit war nicht streng, nur putzen. Normal geht das Stöckli nur sechs Monate. Ich bekam es auf 12 Monate und noch ein Monat dazu. Dann in dieser Zeit, bei dieser Massnahme, wurde ich erfolgreich zum vierten Mal in den Grossen Rat gewählt.

Ich finde dieses Projekt sehr gut, daher muss ich als einziger Grossrat aufzeigen, wie hier armen Menschen geholfen wird. Ich rede aus Erfahrung, ich rede genau zu diesem Tagesordnungspunkt, zur Sache, weil ich in den Genuss dieser Massnahme kam. Dank dieser Massnahme, wo wir jetzt Geld sprechen oder unterstützen, fand ich wieder Arbeit. Ich wurde ins Parlament gewählt und bin wieder rentenversichert. Das ist super, einfach toll, was hier im Kanton gemacht wird. Diese Hilfe, die gibt es nur im Kanton Basel-Stadt. Es wurde zwar der Kanton Waadt noch genannt, aber ich weiss es nicht. Wie mir das RAV sagte, gibt es dieses Projekt in der ganzen Schweiz nur noch in Basel und ausgerechnet ich konnte dieses Projekt machen. Dann lief es aber bei mir aus, Ende 2020 und der neue Grosse Rat fing ja erst im Februar 2021 an, also wurde dieses Projekt für mich verlängert, dass ich nicht zum Sozialamt musste.

Daher stimme ich hier mit vollem Herzen zu, es braucht solche Angebote, um auch sozial schwachen Menschen zu helfen. Sie sehen selbst, dieses Projekt ist verzahnt mit dem Grossen Rat und nimmt Rücksicht, wenn man eine Arbeit gefunden

hat. Und diese Arbeit als Grossrat konnte ich ja erst im Februar 2021 anfangen. Durch meine Wahl in dieses Parlament bin ich in der Statistik beim RAV und beim Stöckli als erfolgreich vermittelt aufgeführt. Und das ist doch schön, ich wurde erfolgreich vermittelt, weil ich hier mehr erhalte als beim Sozialamt und ich wollte mich beim RAV bedanken und ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerpause.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Abstimmung

Ja erledigt, NEIN Antrag zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat.

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 75 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 207, 23.06.22 15:57:01]

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P000 (21.5820) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**.

21. Bericht der Petitionskommission zur Petition P445 "Für den Erhalt unserer Friedhofskultur auf dem Hörnli - Nein zum Entfernen von Kreuzen und christlichen Symbolen"

[23.06.22 15:57:28, PetKo, 22.5140.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären.

Andrea Strahm (die Mitte/EVP): Im Namen der Petitionskommission bitte ich Sie, die Petition P445 betreffend "Für den Erhalt unserer Friedhofskultur auf dem Hörnli – Nein zum Entfernen von Kreuzen und christlichen Symbolen" als erledigt zu erklären. Die Kommission fasste ihren Entscheid mit 10 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme bei zwei Abwesenheiten. Die detaillierte Begründung entnehmen Sie bitte dem Ihnen vorliegenden Bericht.

In der Petition ging es darum, dass die Petentschaft befürchtete, auf dem Friedhof Hörnli könnten Kreuze und andere religiöse, christliche Symbole entfernt werden. Sie verlangte, dass die Regierung die Planung für die Errichtung religionsneutraler Einrichtungen auf dem Friedhof Hörnli stoppt und sicherstellt, dass Kreuze, Wandbilder und andere Symbole der abendländischen Kultur in der jetzigen Form bestehen bleiben.

Die Petitionskommission führte mit der Petentschaft sowie Vertreter der Leitung Friedhöfe und dem Koordinator für Religionsfragen ein Hearing durch, um zu klären, was hier tatsächlich geplant ist. Dabei ergab sich, dass gar keine Veränderungen der Art, wie sie die Petentschaft befürchtet hatte, geplant sind. Die Verwaltung führte aber auch aus, dass die Nachfrage nach religionsneutralen Räumen steigend sei, was nicht verwunderlich ist, da über 50 Prozent der Bevölkerung von Basel-Stadt keiner Religionsgemeinschaft mehr angehören. Die Petentschaft führte aus, dies sei nicht relevant, weil am Lebensende viele dann doch noch ein christliches Begräbnis wünschten. Dazu liessen sich naturgemäss keine genauen Angaben machen. Immerhin ist zur Kenntnis zu nehmen, dass gemäss den Angaben der Verwaltung die Nachfrage nach religionsneutralen Räumen steigend ist.

Im Zentrum steht für alle Beteiligten, sowohl für die Petentschaft als auch für die Verwaltung, dass sich Trauernde ihren Gefühlen und Traditionen gemäss von der verstorbenen Person verabschieden können sollen. Die Abdankungsräume sollen Trost spenden. Der Kanton sieht sich dabei in der Pflicht, rituelle Grundversorgung, wie er es nennt, zu gewährleisten, damit die wichtigen Rituale im Leben und am Lebensende so gestaltet werden können, dass es den Wünschen der Trauergemeinde und der verstorbenen Person möglichst entspricht. Dies ist nicht immer einfach, weil etwa jüdische oder muslimische Verstorbene innert 48 Stunden bestattet werden sollten.

Die Petitionskommission hat vonseiten der Verwaltung eine grosse Sensibilität gespürt, auf die Wünsche der Hinterbliebenen möglichst einzugehen und dabei allen Glaubensrichtungen und spirituellen wie atheistischen Ausrichtungen gerecht zu werden. Ferner hatte die Kommission den Eindruck, dass sich die Bedenken der Petentschaft durch die Ausführungen der Verwaltung hätten beseitigen lassen. Zudem begrüsst es die Kommission, dass die Petentschaft an einem der nächsten Treffen des Runden Tisches der Religionen beider Basel eingeladen worden ist und so ihren Standpunkt einbringen kann.

Am Ende war sich die Petitionskommission einig darüber, dass der Erhalt der christlichen Symbolik und der christlich geprägten Kunst auf dem Friedhof Hörnli zwar wichtig ist, ebenso wichtig ist es jedoch, dass es jenen Hinterbliebenen, denen die christliche Ausstattung der Kapellen so nicht entspricht, möglich sein sollte, entsprechende Anpassungen vorzunehmen. Die Petitionskommission hält fest, dass der Friedhof am Hörnli der grösste Friedhof der Schweiz ist und vom Kanton betrieben wird. Er sollte deshalb allen Einwohnenden gleichermaßen zur Verfügung stehen, unabhängig von

ihrem Glaubensbekenntnis. Abdankungen müssen zudem nicht zwangsläufig auf dem Friedhof stattfinden, sondern können, wenn die Ausstattung der Einrichtungen vor Ort nicht befriedigt, auch in den Kirchen, der Synagoge oder an anderen Orten gemäss den Wünschen der Beteiligten durchgeführt werden. Die Kommission wünscht sich daher, dass die individuelle und flexible Ausgestaltung der Kapellen im Masterplan so umgesetzt wird, wie es vonseiten der Verwaltung am Hearing vom 4. April geschildert wurde.

Die Mehrheit der Kommission kam zum Schluss, dass sich das Anliegen der Petentschaft und die Pläne und Ideen der Verwaltung nicht widersprechen und grundsätzlich ein Konsens gefunden wurde, weshalb die Petition als erledigt erklärt werden kann. Den Entscheid hat die Kommission mit einer Gegenstimme gefällt.

Mit diesen Bemerkungen bittet die Petitionskommission Sie, die vorliegende Petition als erledigt zu erklären.

Pascal Messerli (SVP): beantragt zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Die SVP beantragt Ihnen, diese Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Wir überweisen ja relativ viele Petitionen hier in diesem Grossen Rat, völlig unabhängig davon, ob die Petition mit 20, 50, 100 oder 1'000 Unterschriften eingereicht wurde und auch völlig unabhängig davon, ob die Unterschriften aus dem Baselbiet, aus der Stadt, aus Hamburg oder aus New York stammen. Hier kann ich Ihnen aber wirklich sagen, hier haben wirklich mehrere tausend Menschen diese Petition schweizweit unterschrieben und es waren weit über tausend Menschen, welche aus dem Kanton Basel-Stadt stammten, meistens aus Riehen, aber auch aus der Stadt. Wir waren dort auch aktiv und haben das auch gezählt, es waren über tausend Leute aus dem Kanton Basel-Stadt.

Es war im Januar eine relativ emotionale Debatte und ich denke, diese emotionale Debatte war nicht deshalb geschuldet, weil es darum ging, dass man irgendwelche Religionen gegeneinander ausspielen will, sondern die emotionale Debatte war geschuldet, weil es darum ging, dass man irgendjemandem etwas wegnehmen will. Das stand so etwas im Raum. Und es spielt ja keine Rolle, ob man jetzt streng christlich ist, weniger streng christlich, ob man in einem christlichen Verein ist oder in einer öffentlich-rechtlichen Kirche. Es geht darum, dass Leute, welche an Abdankungen teilnehmen, ich habe auch in dieser Woche an einer Abdankung teilgenommen, in einer gewissen Emotion sind und irgendetwas benötigen und irgendwas brauchen, was ihnen Halt gibt. Völlig unabhängig von der Religion, aber in diesem Moment sind diese Symbole wichtig, um einem Halt zu geben. Seien es Symbole, seien es Lieder, seien es Predigten. Und aus diesem Grund war die Debatte derart emotional und aus diesem Grund haben auch sehr viele Menschen diese Petition unterzeichnet, welche nicht unbedingt einen starken christlichen Glauben gehabt haben, sondern es ging einfach darum, dass die Diskussion im Raum stand, dass man den Leuten etwas wegnehmen will.

Und dann kam das in die Petitionskommission und es ist effektiv so, wir hatten dort eine sehr, sehr gute Sitzung, sowohl seitens Beteiligten der ausführenden Behörden, seitens der Petentschaft, aber auch seitens der Petitionskommission. Es konnten viele Missverständnisse aus dem Weg geräumt werden. Man hat dann gesehen, dass die Suppe nie so heiss gegessen wird, wie sie gekocht wird, und auch die Petentschaft ging einigermaßen zufrieden dann auch von dieser Sitzung wieder nach Hause. Man hat gemerkt, dass einem dann nichts weggenommen wird, sondern dass es einfach situative Möglichkeiten gibt für die Trauer. Alles gut so weit.

Nur jetzt wissen wir auch, dass seitens der Behörden ein Masterplan angefertigt wird, wo auch jetzt andere Religionen berücksichtigt werden, wo nochmals Schwerpunkte gesetzt werden, wie man das in Zukunft machen will. Und das ist doch nur natürlich, wenn wir jetzt eine derartige Petition mit so vielen Unterschriften an den Regierungsrat überweisen, um diese Anliegen, die in dieser Petition gewesen sind, auch nochmals zu würdigen, damit wir hier einen friedlichen Abschluss im wahrsten Sinne des Wortes auch haben. Das würden wir auch dieser Petentschaft schulden, weil wirklich sehr, sehr viele Unterschriften zusammenkamen, weil die Debatte sehr emotional war und weil wir hier auch im Sinne des religiösen Friedens auf diese Menschen eingehen können.

Dementsprechend bitte ich Sie, diese Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen, dass man mit dem Masterplan, der jetzt kommen wird, auch etwas in der Hand hat, damit man hier proaktiv kommunizieren kann und sämtliche Religionsgruppen auch unter einen Hut bringen kann und dass sie alle zufrieden sind.

Barbara Heer (SP): Ich darf auch im Namen des GAB sprechen. Beide Fraktionen würden der Petitionskommission folgen und die Petition als erledigt erklären. Der Kanton Basel-Stadt hat eine sehr fortschrittliche Praxis in Bezug auf die Religionsvielfalt, der Verwaltung ist klar, dass die Bevölkerung im Kanton religionsvielfältig ist und dem Rechnung getragen werden muss. Wie bereits gesagt wurde, Friedhöfe sind staatliche Institutionen und sind der staatlichen Neutralität in Religionsfragen gebunden. Wichtig ist, dass deswegen nicht eine bestimmte religiöse Tradition mit ihren Symbolen vor allem präsent ist, niemand soll gezwungen sein, die Symbole anderer Religionen während dem eigenen Ritual in übermässiger Weise ansehen zu müssen. Dem Grossen Rat war dies auch in der Revision des Bestattungsgesetzes wichtig, die verfassungsmässige Verpflichtung zur Religionsvielfalt wurde auch dort im Gesetz explizit festgehalten.

Aus unserer Sicht, die Annahme der Petentschaft, dass hier die religiösen Symbole, die christlichen Symbole langfristig entfernt werden sollen, beruht eigentlich auf einem Missverständnis, der aus Grund eines reisserischen Zeitungsberichts entstanden ist. In der Realität ist es vielmehr so, dass es um flexible Räume geht, also dass bestimmte Symbole verhängt werden können, andere Symbol hineingetragen oder auch an die Wand projiziert werden können. Ein Punkt ist aus unserer Sicht noch wichtig zu betonen, dass sich halt Basel sehr stark verändert hat, nur noch gerade 30 Prozent der Bevölkerung sind Angehörige der reformierten oder der katholischen Kirchen, über 50 Prozent der Bevölkerung sind konfessionslos und das ist eben auch die Gruppe, die zunehmend diesen Wunsch nach religionsneutralen Abdankungsorten äussert. Personen, die häufig aus der Kirche ausgetreten sind, die auch einen Bruch hatten in ihrer

Biografie, in ihrer Beziehung zur Kirche und damit bei einer Beerdigung dann nicht konfrontiert werden möchten.

Im Namen der SP-Fraktion und des GAB möchte ich auf einen Punkt hinweisen, der uns am Text der Petition stört. Aus unserer Sicht ist die Petition eben nicht wahnsinnig sachlich gehalten, sondern durchaus auch emotional. Sie spricht vom sogenannten abendländischen Kulturgut und möchte mit der Formulierung eigentlich eben einen Religionskonflikt heraufbeschwören, also so tun, wie wenn jetzt das Christentum auf dem Friedhof Hörnli eigentlich vom Islam bedroht sei. Und darum geht es eben gerade nicht, sondern es geht um die Säkularisierung unserer Gesellschaft, es geht um die Bedürfnisse von Konfessionslosen, die eben auch auf dem Friedhof stärker Platz haben sollen. Aus unserer Sicht scheint es aber für die Petentschaft offensichtlich opportun zu sein, Feindbilder vom Islam zu schüren, als sich selber damit auseinanderzusetzen, dass die eigene Religion halt jetzt zu einer Minderheitsreligion wird. Wir möchten darum eben nochmals betonen, dass es sehr wichtig ist, dass man eben nicht Spaltungen schürt, religiöse Konflikte nicht heraufbeschwört, wenn es diese schlicht so nicht gibt.

Zum Abschluss möchte ich aber nochmals auf diese reale Thematik hinweisen, die es aber durchaus gibt beim Friedhof Hörnli, eben dass es zum Beispiel am Wochenende kein Zugang gibt zu den Waschungen oder keine Personen bestattet werden können, was für Religionen wie den Islam ein Problem ist, weil dort die Bestattungen eigentlich innerhalb von 24 oder maximal 48 Stunden durchgeführt werden müssten. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass hier für diese reale Thematik auch in absehbarer Zeit Lösungen gefunden werden und so der Friedhof wirklich auch ein Friedhof für alle ist und diese Grundversorgung effektiv für alle im Kanton sicherstellen kann.

Das Hearing hat gezeigt, das Anliegen der Petentschaft beruht mehrheitlich auf einem Missverständnis, die Petitionskommission konnte das sehr gut klären mit der Verwaltung, es sind keine Fragen offen und deshalb ist es uns wichtig, dass die Regierung sich nun nicht auch noch mit dem Thema auseinandersetzen muss, und bitten Sie deshalb, die Petition als erledigt zu erklären.

Zwischenfrage

Pascal Messerli (SVP): Barbara Heer, wo lesen Sie in der Petition das Wort Islam? Ich habe es nicht gefunden.

Barbara Heer (SP): Das abendländische Kulturgut nutzt man im Gegensatz zum morgenländischen Islam, von dem her ist diese Subtilität in dem Text sehr wohl präsent.

Andrea Strahm (die Mitte/EVP): Ich möchte nur noch etwas klarstellen. Es besteht auf dem Friedhof Hörnli ein Pikettdienst, der es möglich macht, Bestattungen innert 48 Stunden tatsächlich zu realisieren, und dies für die jüdischen und muslimischen Einwohnenden dieser Stadt.

Abstimmung

Ja heisst zur Abschliessenden Behandlung an den RR, NEIN erledigt.

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 79 Nein. [Abstimmung # 208, 23.06.22 16:13:20]

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P445 (22.5140) ist **erledigt**.

22. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend gezielter Ausbau der digitalen Möglichkeiten in den Schulen und in der Zweitausbildung

[23.06.22 16:13:52, ED, 17.5391.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 17.5391 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 17.5391 ist **erledigt**.

23. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Task-Force Lehrstellenmarkt: Gemeinsam die Auswirkungen der Corona-Krise bewältigen

[23.06.22 16:14:03, ED, 20.5233.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5233 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5233 ist **erledigt**.

24. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Beda Baumgartner und Konsorten für Unterstützung von aufsuchender Arbeit im Altersbereich

[23.06.22 16:14:30, GD, 21.5810.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf in Vertretung von Lukas Engelberger kurz begründen, weshalb wir hier einen Anzug wünschen. Es ist so, dass die Regierung vor doch rund zwei Jahren die Vision Gut und gemeinsam älter werden verabschiedet hat und diese Vision befindet sich jetzt in der Umsetzung. Es wurde eine Umfrage gemacht bei Betroffenen, aber auch bei Organisationen, die mit älteren Personen zusammenarbeiten und es kam klar hervor, Einsamkeit, soziale Teilhabe ist ein grosses Thema bei dieser Altersgruppe und das hat jetzt Priorität in der Bearbeitung. In diesem Bereich, gerade in diesem Thema ist die aufsuchende Altersarbeit sehr, sehr wichtig und wir haben eine Bestandsanalyse gemacht. Es gibt Angebote in diesem Bereich, ich verweise hier beispielsweise auf die Quartiertreffpunkte, aber auch auf Spitex-Organisationen, die Pflegeberaterinnen des Gesundheitsdepartements oder die Gemeinde Riehen, die eine spezielle Siedlungs- und Wohnassistenz anbietet.

Gleichzeitig sehen wir auch, dass gar nicht alle älteren Personen diese Angebote wahrnehmen möchten. Sei es, weil sie durch Familienangehörige unterstützt werden oder weil sie sich noch nicht so alt fühlen oder selbstbestimmt alt werden möchten. Also es gibt verschiedene von diesen Angeboten unterschiedliche Ansprüche und eines der Angebote ist eben auch der genannte Verein Fundus. Das ist ein spannendes Angebot im Hirzbrunnenquartier, auch ein wichtiges Angebot, die Stellenleiterin geht auf Personen zu und stellt deren Bedürfnisse fest und vermittelt sie je nach Bedürfnis an die zuständigen Organisationen. Der Regierungsrat erachtet diese Methode der aufsuchenden Arbeit als wichtig und unterstützt den Verein Fundus deshalb seit 2020 auch finanziell.

Aber eben, wir möchten nicht nur ein Angebot fördern, sondern diese Bedarfsanalyse weiter vorantreiben und dann auch ein Massnahmenpaket schnüren, das verschiedene Ansprüche abdeckt. Deshalb bitten wir Sie, die Motion als Anzug zu überweisen.

Oliver Bolliger (GAB): Ich spreche für die Fraktionen des GAB und auch gerade für die SP. Wir sind überzeugt und klar der Meinung, dass die Motion für die Unterstützung von aufsuchender Arbeit im Altersbereich erneut als Motion und nicht in der abgeschwächten Form als Anzug überwiesen werden soll. Weshalb als Motion. Die aufsuchende soziale Arbeit ist nichts neues, sie wird immer dann eingesetzt, wenn der Zugang zu Menschen über die bestehenden Hilfsangebote nicht oder nur ungenügend hergestellt werden kann. Sie alle kennen dies bestens von der aufsuchenden Jugend-, Gassen- oder Suchtarbeit und wir wissen, dass dieser Ansatz ein sehr wertvoller Hebel ist, um Hilfestellungen zu ermitteln. Pilotprojekte im Gesundheits- und Sozialbereich sind sehr sinnvoll, um mit konkreten Ansätzen einerseits ein Angebot in einem Bereich zu lancieren, wo wir wissen, dass ein Bedarf vorhanden ist, und andererseits lassen sich eben mit solchen Pilotprojekten wertvolle Erfahrungen sammeln, um danach das Angebot zu schärfen und noch besser auf die Zielgruppen abzustimmen. Immer wieder lancieren wir hier im Grossen Rat genau solche Pilotprojekte, hier eine kleine Aufzählung von bestehenden oder abgeschlossenen. Das Drug-Testing-Angebot gibt es, der Versuch einer Cannabis-Abgabe, die Frauennotschlafstelle oder der Pilot zur Ausbildungsfinanzierung von Menschen ohne Anspruch auf Stipendien.

Die aufsuchende Altersarbeit ist in all den bestehenden Angeboten im Altersbereich ein wichtiges und entscheidendes Standbein der sozialen Arbeit. Der Regierungsrat wurde durch den Anzug von Pascal Pfister beauftragt, bis zum November 2023 eine kantonale Strategie gegen die Einsamkeit zu erarbeiten. Dies ist sehr wichtig, denn Einsamkeit kann uns alle treffen. Und wenn wir einsam sind, nehmen soziale und gesundheitliche Probleme zu, die Scham steigt und die

Selbstständigkeit nimmt ab. Wir wissen, unsere Hilfsangebote erreichen nicht nur diejenigen, die es nötig hätten, neben kulturellen, sprachlichen und psychischen sind es auch biografische Gründe. Gerade deshalb ist die aufsuchende Altersarbeit von grosser Bedeutung und die Regierung, wir haben es vorher auch grad wieder gehört, anerkennt dies ja auch in ihrer Motionsbeantwortung ebenfalls und möchte neben einer Auslegeordnung, die sicher sehr sinnvoll ist und auch unterstützungswürdig, die bestehenden Angebote weiter unterstützen.

Nun, aber die vom Regierungsrat erwähnten Angebote sind nicht wie die direkt aufsuchende Arbeit des Vereins Fundus zu vergleichen. Zum Beispiel der erwähnte Infobus der Pro Senectute hat vor allem Informationsvermittlung zum Ziel, ist aber viel zu unregelmässig im Einsatz, um die Beziehungen aufzubauen. Das Projekt der Post und dem Roten Kreuz entlastet vor allem die Angehörigen, was sehr sinnvoll ist, und fokussiert aber auch eine andere Zielgruppe. Und die von Esther Keller erwähnten Quartiertreffpunkte werden auch genannt, doch diese haben nicht die Struktur und auch nicht den Auftrag, explizit aufsuchende Altersarbeit für vulnerable und armutsbetroffene Seniorinnen und Senioren umzusetzen.

Deshalb würde ich es sehr sinnvoll finden, auch aus demografischen Gründen, dass wir hier ein Pilot starten, um mit einem bestehenden gut funktionierenden Angebot mehr Menschen allenfalls auch in anderen Quartieren erreichen zu können und vor allem weitere notwendige Erkenntnisse zu erhalten, wie diese aufsuchende Altersarbeit zu gestalten ist, damit sie Wirkung erzielen kann. Ich bin überzeugt, wir alle sind heute in der Lage, dies zu lancieren, denn die aufsuchende Altersarbeit in den Quartieren wird sowieso kommen und anstatt zu warten, können wir es heute auch beschliessen.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 209, 23.06.22 16:21:39]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 21.5810 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Motion 21.5810 dem Regierungsrat zu überweisen.

25. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung § 30

[23.06.22 16:22:10, BVD, 21.5840.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Debatte läuft ja schon einige Zeit und die Argumente liegen auf dem Tisch. Ich möchte einfach nochmal auf zwei wichtige Punkte eingehen und dann mich später vielleicht während der Debatte nochmals zu Wort melden. Es ist mir wichtig an dieser Stelle nochmals zum Ausdruck zu bringen, dass der Regierungsrat das Anliegen der Motionär*innen teilt, dass man weiter prüft, wo Tempo 30 zum Vorteil der Bevölkerung eingeführt werden kann, also weitere Strassen. Der Regierungsrat ist deshalb auch der Meinung, dass das Konzept von 2012 aktualisiert und ganzheitlich überarbeitet werden soll. Deshalb werden wir das sehr gerne in Angriff nehmen, wenn Sie den Vorstoss nochmals überweisen.

Es wird aber weiterhin jede Strasse einzeln geprüft werden müssen, deshalb sind wir der Meinung, dass die Überweisung als Motion das falsche Zeichen ist. Flächendeckende Einführung ist schwierig, denn wir brauchen weiterhin Verkehrsachsen mit Tempo 50, so wie das übrigens auch in anderen Städten der Fall ist, die häufig genannt werden, die mit Tempo 30 vorwärtsmachen. Ein weiteres Argument, das in der Debatte sicher vorkommen wird, ist der ÖV. Also wir müssen ganzheitlich anschauen, welche Auswirkungen das hat auch auf den öffentlichen Verkehr und natürlich die Rettungsachsen.

Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat die Überweisung als Anzug.

Raphael Fuhrer (GAB): beantragt Überweisung als Motion.

Im Namen des GAB beantrage ich, dieses Geschäft als Motion weiter zu behandeln. Ich möchte kurz begründen. Der Vorstoss ist im Rahmen der UVEK-Behandlung entstanden. Wir haben gesehen, dass der Regierungsrat von Anfang an gewisse Strassen ausschliesst und gar nicht auf Tempo 30 prüfen möchte. Wir wollten mit dieser Motion einen Wandel anstossen, einen Grundsatzentscheid fällen, damit Strassen jeweils betrachtet werden, ob sie sich für Tempo 30 eignen. Darum fordert die Motion ein Konzept zur Einführung von integral Tempo 30, damit nicht Strassen nur nachts zum Beispiel angeschaut werden oder gar nicht. Das heisst aber nicht, dass das Konzept am Schluss ein flächendeckendes rund um die Uhr geltendes Tempo 30-Regime wie eine Glocke über die ganze Stadt legen wird. Uns ist wichtig, dass jede Strasse auf ihr Potenzial von Tempo 30 untersucht wird. Wenn es sehr gute Gründe gibt, die dagegensprechen, dann fallen die Strassen natürlich raus und sonst soll Tempo 30 signalisiert werden und so habe ich nun auch Regierungsrätin Esther Keller verstanden, dass sie uns dieses Konzept innert zwei Jahren mit diesem Ansatz vorlegen wird, egal wie der Vorstoss überwiesen wird.

Warum nun Motion. Punkt eins, wir hatten das Thema Tempo 30 im Grossen Rat, das war vor meiner Zeit, 2012/2013. Dort hat der Grosse Rat zum Beispiel den Auftrag gegeben, in der Austrasse, in der Elsässerstrasse, in weiteren Strassen Tempo 30 zu prüfen. Wir hatten heute Morgen das Geschäft der Ausstrasse und es war keine Silbe von Tempo 30 im Ratschlag des Regierungsrates. Ein GRB alleine reicht anscheinend nicht bei diesem wichtigen Thema. Punkt zwei, es gibt einen Anzug von Brigitte Heilbronner, sie ist mittlerweile nicht mehr im Grossen Rat, der stammt aus 2011. Der wurde von uns hier im Grossen Rat mittlerweile fünf Mal stehen gelassen, das letzte Mal vor kurzem oppositionslos und es ist nichts passiert. Wir haben kein Tempo 30 in der Nacht, so wie das zum Beispiel Lausanne gemacht hat im September letzten Jahres, nachdem das höchste kantonale Gericht dem zugestimmt hat.

Und aus diesen Gründen, weil es nun wirklich Zeit ist und weil anscheinend GRBs alleine und Anzüge eben auch nicht reichen, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dieses Geschäft als Motion überweisen würden.

Tobias Christ, GLP: Wir von der GLP folgen dem Antrag der Regierung und möchten Ihnen ans Herz legen, den Vorstoss als Anzug zu überweisen. Der Grund ist, klar, wir stehen immer noch voll und ganz hinter der Grundidee, dass Tempo 30 weitgehend eine gute Sache ist. Ich will das nochmal ganz kurz aufzählen, ohne ins Detail zu gehen, aber Verkehrssicherheit, Lärmschutz und nicht zuletzt Verflüssigung, Verbesserung des Verkehrsflusses, Flächeneffizienz. Und die Situation in Basel, das wurde auch schon erwähnt, ist eigentlich gar nicht so schlecht. Ich will das vielleicht noch ein bisschen versachlichen, die ganze Diskussion, wir sind da schon ziemlich weit, aber es gibt durchaus eben Stellen, wo man das noch verbessern könnte, wo es für uns auch nicht ganz klar ist, warum ist das nicht schon jetzt Tempo 30. Aber klar, die Situation, die rechtliche, hat sich auch geändert in den letzten Jahren, es ist also kein Vorwurf an irgendjemanden in der Vergangenheit.

Natürlich gibt es auch Gründe, die dagegensprechen, Tempo 30 im Einzelfall und der wichtigste Grund ist hier die Verlangsamung des ÖV, die zustande kommen könnte, wenn für Tram oder Bus kein eigenes Trasse vorhanden ist. Das wurde ja auch in der Motion explizit genannt, dass man das anschauen soll und eben nur Tempo 30 dort machen soll, wo es vertretbar ist. Es braucht dann eben eine Interessensabwägung. Das erklärt meiner Meinung nach nicht die starke emotionale Reaktion, die man teilweise gegen diesen Vorstoss gehabt hat in der Bevölkerung und auch in unseren Reihen. Und da gibt es natürlich auch noch andere Gründe, den Grund, den ich verstehe und den man auch nicht wegdiskutieren kann oder muss, ist, natürlich gibt es auch eine gewisse Verlangsamung des motorisierten Individualverkehrs durch Tempo 30. Aber ich will doch nochmals deutlich hier sagen, er ist längst nicht so gross wie man naiv annehmen könnte, wenn man einfach ausrechnet, wie lange brauche ich für einen Kilometer mit Tempo 50 und mit Tempo 30. Die Realität sieht anders aus. Konkrete empirische Studien zeigen, dass die Verlangsamung höchstens halb so gross ist, wie man annehmen könnte, oft sogar gar nicht nachweisbar ist, weil der Verkehr eben flüssiger läuft. Natürlich bedingt das dann auch begleitende Massnahmen.

In dem Sinne habe ich jetzt vielleicht auch erklärt, warum wir dafür sind und der Regierung folgen, dass man das als Anzug weiterbehandeln soll und nicht als Motion. Nicht, weil wir nicht hinter Tempo 30 stehen, aber weil wir ein Stückweit den Diskurs des Sachlichen wollen, weil wir auch der Regierung vertrauen, dass auch wenn wir das nur als Anzug jetzt machen, dass trotzdem ein Ruck durch uns geht, durch die Verwaltung insbesondere auch, dass man das Thema jetzt ernster nimmt, dass wir ein klares Mandat haben, ja wir wollen grundsätzlich Tempo 30, wie es Raphael Fuhrer erklärt hat. Es geht wirklich um diesen Paradigmenwechsel, Tempo 30 soll der Standard sein und wenn man von diesem abweicht, dann braucht es eine Begründung. Aber es ist absolut okay, dass es dann Stellen gibt, wo man eine gute Begründung hat.

In dem Sinne und im Sinne der Versachlichung der Diskussion und um auch diesen kritischen Stimmen ein Stückweit entgegenzukommen, beantragen wir Ihnen Weiterbehandlung als Anzug.

Lisa Mathys (SP): Es ist natürlich jetzt ein bisschen misslich, weil diese laute Gegenwehr jetzt dann wahrscheinlich alle hinterher noch kommt, aber ich möchte trotzdem für die SP-Fraktion hier das Votum jetzt schon halten und auch das GAB dabei unterstützen und Sie darum bitten, bei der Motion zu bleiben. Es ist Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist Zeit, liebe Regierungsrätin Esther Keller, es ist Zeit, dass wir auch in Basel dafür sorgen, dass die Lebensqualität nicht weiterhin immer mehr unter die Autoräder kommt, so wie es in den vergangenen Jahrzehnten war. Und ich möchte an dieser Stelle rasch einen Blick auf die Ausgangslage werfen. Es gibt eine schöne Karikatur, Illustration von Karl Jilg. Sie sehen hier sinnbildlich, wie gross der Anteil an Platz ist, den wir Menschen im städtischen Raum abgetreten haben. Das ist

die Ausgangslage, hier starten wir und wieso schafft Tempo 30 Abhilfe. Wir fordern Tempo 30 als Grundgeschwindigkeit, weil wir damit Platz gewinnen. Platz, der dann gerechter verteilt werden kann. Mit Tempo 30 als Grundgeschwindigkeit wird die erforderliche Strassenfläche für die Autofahrspuren nämlich weniger und dadurch wird eine Korrektur des herrschenden Ungleichgewichts möglich. Das ist ein Grund, dass Tempo 30 als Grundgeschwindigkeit im Siedlungsgebiet gelten soll. Nicht überall, nur als Grundgeschwindigkeit. Überall dort, wo Tempo 30 statt 50 nichts bringt, wird weiterhin Tempo 50 signalisiert werden.

Es gibt die weiteren Gründe. Tempo 30 ist sicherer. Nicht umsonst zeigen die statistischen Daten, die öffentlich zur Verfügung stehen, dass pro Strassenkilometer deutlich mehr Unfälle auf Strassen mit einer Höchstgeschwindigkeit von 50 oder 60 passieren als auf einem Kilometer mit Tempo 30, und zwar deutlich mehr. Wir reden vom Faktor 3 bis 8. Tempo 30 ist weniger laut und in diesem Zusammenhang finde ich eine Ablehnung der Forderung besonders stossend. Wir haben letzten Sommer das hier debattiert. Entlang von 60 Kilometern Strasse in unserer Stadt sind Anwohnende von überschrittenen Lärmgrenzwerten oder sogar Alarmgrenzwerten betroffen und ich kann wirklich nicht verstehen, dass jene, die Tempo 30 ablehnen, darauf einfach nicht eingehen. Und kommen Sie jetzt nicht mit den E-Autos. Erstens, davon gibt es aktuell gerade mal zwei Prozent. Es werden mehr, ja, aber nicht heute und nicht morgen. Und zweitens, ab Tempo 40 ist das Rollgeräusch lauter als der Motor, da hilft das E vor dem Auto dann auch nichts mehr.

Tempo 30 ist günstig. Lärmschutz, Schadstoffreduktion, weniger und weniger schlimme Unfälle, mehr Platz für alle, günstiger kann man das echt nicht haben. Tempo 30 funktioniert. Ganz viele andere Städte haben es versucht und gezeigt. In der Vorbereitung dieser Sitzung habe ich gelernt, in Spanien gilt überall Tempo 30 innerorts, Paris hat massiv vorwärts gemacht mit Tempo 30, in Zürich können wir Anschauungsunterricht geniessen, nur um drei Beispiele zu nennen.

Die vorliegende Motion fordert ein integrales Konzept für den ganzen Siedlungsraum. Ein integrales Konzept, keine flächendeckende Umsetzung. Einzelfallprüfungen sind selbstverständlich nötig und werden erfolgen, das ist juristisch sowieso garantiert. Und jetzt noch einmal zur Frage, Motion oder Anzug. Ich schaue noch einmal zu Regierungsrätin Esther Keller, im Übrigen, ich habe das Gefühl, Sie haben vorher genickt. Sie wollen ein Konzept vorlegen innerhalb von zwei Jahren, auch wenn es ein Anzug ist. Wir geben das Nicken zu Protokoll. Unsere Ansicht, dass es eine Motion bleiben sollte, rührt halt wirklich auch daher, dass seit 11 Jahren dieser Anzug von Brigitte Heilbronner nicht genügend umgesetzt wurde. Wir sind deshalb auch der Überzeugung, wie Raphael Fuhrer es geschildert hat, dass Motion richtig wäre. Wir hören Sie aber und sehen Ihr Nicken, Esther Keller, wir werden Sie daran erinnern, dass Sie vorwärts machen wollen, sollte es dennoch ein Anzug werden. Wir werden Sie beim Wort nehmen und sind so oder so erfreut, wenn Basel und Basel-Stadt hier heute einen wichtigen Schritt vorwärts machen kann.

Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen Überweisung als Motion.

Beat K. Schaller (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Die Meinungen sind gemacht, die Positionen sind bezogen, Rot-Grün hat ihre Ideologie zum Besten gegeben. Wir von der SVP legen jetzt unsere Überlegungen dar. Sie, damit meine ich die, welche diesen Ratschlag vielmehr überweisen wollen, Sie sagen ja, 30 ist das neue 50, wir sagen, 50 ist das richtige 50, dort wo es angezeigt ist. Ja, wir sind eben willens und fähig, hier differenziert zu denken und zu handeln. Sie reden von 30 und jetzt krebzen Sie etwas zurück und sagen, ja, dann machen wir dann dort schon noch irgendwo 50. Ja, wer sieht, wie die Verkehrspolitik in diesem Kanton läuft, der darf ruhigen Gewissens daran zweifeln. Wir sagen, in den Quartieren 30 ja und in den verkehrorientierten Strassen nein. Sie wollen mit dem grossen Besen den MIV integral zu 30 Stundenkilometern verdonnern, wir nehmen nicht einfach die Giesskanne zur Hand.

Sie nehmen es in Kauf, dass die Blaulichtorganisationen langsamer fahren müssen, weil sie sonst ein Verfahren riskieren, und wer selbst einmal auf ein Blaulichtfahrzeug gewartet hat, der weiss, Sekunden dehnen sich zu Ewigkeiten. Ich habe das selbst erlebt und ich wünsche es niemandem von Ihnen in diesem Saal. Sie nehmen es in Kauf, dass zum Beispiel Handwerker länger unterwegs sind zum Kunden. Wer bestreitet, dass diese Verzögerung Geld kostet, der hat sich noch nie in der freien Wirtschaft bewegen müssen. Die Handwerker legen drauf, weil sie die Zeit auf der Strasse statt bei ihrem Kerngeschäft verbringen müssen. Die Kunden legen drauf, weil der Handwerker sein Fahrzeug länger braucht, höhere Kosten verursacht und einen Teil der Kosten kann er auf den Kunden abwälzen, auf dem Rest bleibt er sitzen. Mit Tempo 30 überall verliert ein grosser Teil unserer Bevölkerung. Wer auf Hilfe wartet, der wartet länger, wer zu einem Kunden fährt, fährt länger, kann weniger arbeiten, wer einen Auftrag erteilt, wartet länger und muss für die Verzögerung erst noch bezahlen.

Es wurde schon ein paar Mal von der SVP gesagt, auch hier wieder ein weiteres Salamischeibchen auf dem Weg zur Vertreibung des Autos aus unserem Kanton. Wovon Sie die Augen verschliessen, ist, dass nicht das Auto bekämpft wird, sondern die Autofahrer. In jedem Auto sitzt ein Mensch und diese Menschen wollen Sie tatsächlich aus unserem Kanton verjagen. Die SVP wehrt sich entschieden gegen eine Politik, welche bewusst einen Teil der Bevölkerung vergällen will. Mit Tempo 30 integral unterstützen Sie eine Zweiklassengesellschaft. Diejenigen, die einen Tacho haben und identifiziert werden können, und die anderen, welche keinen Tacho haben müssen und anonym unterwegs sind. Mit modernen Velos kann man problemlos Tempo 30 oder schneller erreichen. Und wie wollen Sie Tempo 30 bei diesen Verkehrsteilnehmern durchsetzen? Wenn Ihnen auch noch ein Rest von "Vor dem Gesetz sind alle gleich" geblieben ist, müssten Sie in der Motion auch die entsprechenden Sanktionsmassnahmen verlangen, aber natürlich weit gefehlt. Der MIV wird geprügelt, die anderen können tun und lassen, was sie wollen.

Sie politisieren an der Bevölkerung vorbei. Das Institut Link hat in einer repräsentativen Umfrage aufgezeigt, dass in Basel zwei Drittel der Bevölkerung Tempo 30 klar oder eher ablehnen. Die SVP respektiert die Meinung des Volkes und wird Tempo 30 integral mit allen Mitteln bekämpfen. Ein anderes Argument, das wir heute gehört haben, wegen des Lärms, lärmmindernde Beläge und leise Reifen erreichen mindestens das gleiche Ziel. Also wieso verfolgen wir nicht diesen

Ansatz.

Es braucht aber auch keinen Anzug. In unserem Kanton sind schon zwei Drittel der Strassen verkehrsberuhigt und für das restliche Drittel werden Gründe gesucht, wie auch dort Tempo 30 eingeführt werden kann. Ein Anzug müsste den parlamentarischen Prozess durchlaufen mit einem Bericht des Regierungsrates, vermutlich mit einer Überweisung an die UVEK, die dann ihrerseits einen Bericht erstellen würde, und mit den herrschenden Mehrheitsverhältnissen wird das Gleiche herauskommen wie heute, was in der Motion steht. Ersparen wir dem Steuerzahler diesen teuren Umweg. Entlarvend ist der Satz des Regierungsrates, er wolle Tempo 30 auch auf verkehrsorientierten Strassen einführen. Er verabschiedet sich damit vom sehr sinnvollen Konstrukt der Strassennetzhierarchie. Gerade das Konstrukt, welches bis heute den Verkehr erfolgreich aus den Quartierstrassen herausgehalten hat. Der Regierungsrat schreibt weiter, er wolle und müsse eine Einzelfallprüfung machen, das sei unumgänglich. Bitte, dazu braucht es nicht noch einen Anzug, sondern bekennen wir uns zum erfolgreichen, wirksamen Konstrukt der Strassennetzhierarchie.

Deshalb namens der SVP bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen, auch nicht als Anzug.

Christoph Hochuli (die Mitte/EVP): Ich möchte als Polizist etwas aus der Sicht der Blaulichtorganisationen in die Tempo 30-Debatte einbringen. Wenn Blaulichtorganisationen wegen einem Brand, einem Herzstillstand oder einem Gewaltdelikt an einen Ort fahren, dürfen sie mit Blaulicht und Wechselklanghorn Verkehrsübertretungen begehen. Die Geschwindigkeitsüberschreitung und andere Verkehrsregelverletzungen müssen aber immer verhältnismässig sein und es darf kein Unfall passieren. So weit, so gut. Wenn wir heute mit 70 Stundenkilometer in einer 50er-Zone fahren, fahren wir 20 Stundenkilometer zu viel. Wenn nun aber zum Beispiel der Spalenring mit Tempo 30 signalisiert wird und wir mit 70 Stundenkilometer fahren, haben wir 40 Stundenkilometer zu viel auf dem Tacho und da sind wir bereits im Raser-Tatbestand.

Ab einer gewissen Tempoüberschreitung gegenüber der erlaubten Geschwindigkeit wird nicht einfach eine Busse ausgestellt, sondern der Fall geht an die Staatsanwaltschaft, welche ein Verfahren gegen den Lenker oder die Lenkerin führt. Dann muss die Stawa beurteilen, ob die Sanitäterin, der Feuerwehrmann oder die Polizistin dem Ereignis entsprechend verhältnismässig fuhr. So riskieren die Blaulichtfahrenden in ihren Einsätzen eine Busse, eine Geldstrafe oder im schlimmsten Fall sogar eine Freiheitsstrafe. Ja, und zusätzlich riskieren sie auch einen Führerausweisentzug. Dies ist nicht nur eine Hypothese, es gab schon einige Blaulichtfahrende auch im Kanton Basel-Stadt, die wegen Verkehrsübertretungen bestraft und mit einem Führerausweisentzug belegt wurden.

National- und Ständerat beschlossen kürzlich, dass das Strassenverkehrsgesetz so angepasst wird, dass Blaulichtfahrende weniger streng beurteilt werden können, auch wenn sie schneller fahren, als erlaubt. Für die Strafbarkeit soll lediglich die Differenz zur Geschwindigkeit herangezogen werden, die für den Einsatz angemessen gewesen wäre. Dies ist ein guter und wichtiger Entscheid. Doch bei der Rechtsprechung, also bei der Beurteilung der angemessenen Geschwindigkeit wird garantiert auch in Zukunft miteinbezogen, welches Tempolimit auf der gefahrenen Strasse signalisiert ist.

Ein zweiter ganz wichtiger Punkt sind Blaulichtfahrten in der Nacht. Aus Rücksicht auf die schlafende Bevölkerung verwenden die Blaulichtorganisationen in den Nachtstunden meistens nur das Blaulicht, aber kein Horn. Gemäss der Blaulichtweisung des ASTRA darf nachts auch nur mit Blaulicht, aber ohne Horn gefahren werden, dann dürfen allerdings nur kleinere Verkehrsübertretungen begangen werden. Dies bedeutet, dass Blaulichtorganisationen bei neu signalisiertem Tempo 30 statt 50 nachts sicher nicht mehr 70 Stundenkilometer fahren dürfen, weil dies nicht als kleine Verkehrsübertretung gilt. Die Folge davon wäre, dass zukünftig die Sanitäter, Feuerwehrleute und Polizist*innen in den Nachtstunden entweder viel langsamer fahren und unter Umständen zu spät am Einsatzort eintreffen oder aber sie verwenden immer Blaulicht und Horn, also auch in der Nacht. Ersteres hätte je nach Ereignis schwerere Verletzungen zur Folge oder ein Leben kann nicht mehr gerettet werden oder auch, dass ein Täter nicht gefangen werden kann. Zweiteres, also die Verwendung des Horns bei jeder Blaulichtfahrt auch in der Nacht, würde die Bevölkerung bestimmt nicht goutieren.

Ich bitte Sie, diese Argumente bei der Abstimmung zu bedenken und deshalb die Motion abzuschreiben.

Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP): Ich hoffe, dass Sie nach meinem Votum, Sie sind ja nicht nur meine Freunde, aber Sie werden langsam meine Freunde nach anderthalb Jahren, wo ich hier im Saal bin, dass Sie noch mit mir sprechen. Weil, Beat Schaller, Sie haben gesagt, unternehmerisch, ich denke, das kann ich mitnehmen, ich bin in der freien Marktwirtschaft und brauche als Unternehmer Mut, das haben Sie gestern gehört in meinem Votum. Aber auch als Politiker braucht es ab und zu Mut und heute habe ich mich entschieden, mutig zu sein und diese Motion zu unterstützen. Ich bin froh, dass ich in der Mitte politisieren kann, da hat man keine Fesseln, sondern wir können unsere Meinungen und Argumente freien Lauf lassen.

Ich habe eine Rede vorbereitet, ich halbiere sie und ich fange beim dritten Argument an, dem Argument Lärm. Beim Thema Lärm bestätigt, dass eine lärmmindernde Wirkung von Tempo 30 in der Forschung weitgehend unbestritten ist. Dabei zeigt sich, dass die Bevölkerung die Lärminderung subjektiv sogar stärker und angenehmer erlebt, als tatsächlich die Reduktion in Dezibel vermuten lässt. Das bestätigt auch der Artikel in der BaZ, der war sehr aufschlussreich und hat mir auch geholfen. Das ist, was ich jetzt nun überall gehört habe oder auch gelesen habe, ein Argument, das ich sehr wichtig finde. Wenn wir raumplanerische Verdichtung möchten, geht das bei Tempo 50 nicht. Das hat die Diskussion in Zürich gezeigt, wo man keine Verdichtung machen kann, und ich denke, das ist in Basel-Stadt doch sehr entscheidend, wenn wir nicht noch mehr Tempo 30 machen. Ich glaube wirklich unserem Kommissionspräsidenten Raphael Fuhrer, dass bei der Ausarbeitung eines Konzeptes für integral Tempo 30 wir Ausnahmen beschliessen können. Ich bin auch dafür, bei

zweispurigen Ringstrassen, dass wir dort Tempo 50 machen können. Aber eine integral Tempo 30 mit Ausnahmen 50 finde ich sehr sinnvoll.

Darum werde ich für Motion stimmen.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich habe vorher nicht inhaltlich gesprochen und vor allem argumentiert, warum Motion. Zwei, drei Sätze noch inhaltlich. Blaulichtorganisationen, wir hatten nun den Entscheid im National- und Ständerat und ich zitiere wörtlich: Es ist einzig massgebend die Verhältnismässigkeit der Geschwindigkeit im Einsatz. Das heisst, die Signalisation ist nicht mehr massgebend, das ist so, das steht so in der Medienmittelung aus dem Ständerat. Das ist ein paar Tage alt, das ist vielleicht noch nicht überall angekommen. Der Kanton Waadt zusammen mit der Stadt Lausanne, die haben Tempo 30 seit September von 22 Uhr bis 6 Uhr. Die CHUV in Lausanne hat keine Probleme, dass die Patientinnen und Patienten dort sind, dass die Feuerwehr zu spät dort ist, die Generalstaatsanwaltschaft hat öffentlich zu Protokoll gegeben, sie werden solche Fälle gar nicht erst zur Anklage bringen. Also dieses Thema bitte ich Sie wirklich auf die Seite zu schieben.

Dann Lärm und lärmmindernde Beläge, es ist eine rhythmische Skala. Wenn ein Belag am ersten Tag eine gute Wirkung erbringt, heisst das nicht, dass dann am Ende der Dauer, wo er im Boden liegt, immer noch die gleiche Wirkung bringt. Ein lärmmindernder Belag darf so genannt werden, wenn er ein Dezibel Unterschied macht, das ist gerade noch hörbar und Tempo 30 ist viel effizienter und viel billiger. Lausanne hat das für Fr. 300'000 gemacht, diese Tempo 30 in der Nacht, wenn man 60 Strassenkilometer auf einmal mit Lärmbelägen ausstatten möchte, hätten wir die Stadt zu für fünf Jahre und wir hätten x Millionen ausgegeben.

Und das Dritte noch, diese Strassenhierarchie. Die Strassenhierarchie, da gibt es Quartierstrassen, Durchleistungsstrassen, übergeordnetes Strassennetz. Die ist festgeschrieben nach VSS-Normen. Was siedlungsorientiert und was verkehrsorientiert ist, ist eine Einschätzung, die die Kantone oder Gemeinden machen, da haben wir freie Hand. Die Feldbergstrasse ist verkehrsorientiert, sie ist aber eindeutig auch siedlungsorientiert. Mit diesen Argumenten kommen wir nicht weiter.

Und noch zur Umfrage, die gleichen Organisationen haben Anfang Jahr eine repräsentative Umfrage gemacht und dort haben 60 Prozent der Leute angegeben, sie möchten in den Städten mehr Tempo 30. Wenn wir heute schon auf allen Quartierstrassen Tempo 30 haben, wo soll dann dieses Mehr an Tempo 30 kommen, wenn nicht auf den Hauptstrassen. Und diese Umfrage, die Sie jetzt nun zitiert haben, dort war die Fragestellung: Möchten Sie auf komplett allen Strassen in Ihrem Kanton, in Ihrer Gemeinde Tempo 30, und da haben die Leute nein gesagt. Das ist aber auch nicht das, was die Motion fordert. Die Motion fordert ein integrales Konzept und auch dort wird es noch Ausnahmen geben.

Darum, diese inhaltlichen Argumente möchte ich wirklich hier in Abrede stellen und Sie bitten, die Motion zu überweisen.

Zwischenfrage

Beatrice Isler (die Mitte/EVP): Wenn Sie hier einen Fachmann gehört haben, Christoph Hochuli, ich habe die Idee, Sie glauben ihm gar nicht.

Raphael Fuhrer (GAB): Doch, wir haben uns gestern auch länger dazu unterhalten im Vorzimmer, ich glaube ihm sehr. Ich nehme aber die Erfahrung Lausanne wahr und ich habe auch Leute der Grünen Partei im Stände- und Nationalrat, die mir dazu berichtet haben.

Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP): Ich möchte ergänzen aus der Perspektive von Riehen. Ich schliesse mich dem Votum von Christoph Hochuli an. Es geht auch mir um die Polizei und Rettungsfahrzeuge und da haben wir in Riehen und Bettingen ganz andere Distanzen, wir haben auch eine ganz andere Situation. Zum Beispiel haben wir auf der Kantonsstrasse zwischen Basel, Eglisee und Riehen keine Anwohner, die sich am Lärm stören könnten, und wir haben dort aus guten Gründen eine 60er-Signalisation. Und stellen Sie sich doch mal vor, wenn es in Riehen an der Grenze zu Lörrach oder in Bettingen auf dem St. Chrischona einen Unfall oder einen Brand gibt, dann kommen Einsatzfahrzeuge aus Basel, da geht es um jede Minute. Da müssen Rettungsfahrzeuge so richtig Gas geben können, die Fahrerinnen und Fahrer dürfen nicht wegen der Androhung von Strafen so richtig ausgebremst werden. Klar, ich habe die Diskussion schon mitbekommen, auch das Beispiel von Waadt, aber wir wissen nicht, was es dann wirklich sein wird hier im Kanton.

Und ich schliesse mit meinem Hauptargument, die Tempo 30-Motion greift in Bezug auf die Gemeindestrassen in die Kompetenz der Gemeinde Riehen und Bettingen ein, so schreibt es der Gemeinderat. Und ich frage mich, ist es nur ein Eingriff oder ist es nicht vielleicht eher ein Übergriff? Es geht mir auch um die Gemeindeautonomie. Im Riehener Einwohnerrat haben wir schon mehr als einmal über Temporeduktion diskutiert. Das ist der richtige Rahmen, auch im Gespräch mit der Bevölkerung, das Gespräch in Riehen. Aus dieser Perspektive geht mir die Motion zu weit.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte ganz kurz auf zwei Dinge noch eingehen. Einerseits kurz zum Votum der SVP. Ich glaube, der Regierungsrat hat ganz klar auch eine Verpflichtung zum Schutz der Bevölkerung und wenn in einer Strasse die Grenzwerte von Lärm oder Feinstaub nicht eingehalten werden, dann kann Tempo 30 eine sinnvolle Massnahme sein, unabhängig davon, ob es eine siedlungsorientierte oder eine verkehrsorientierte Strasse ist. Insofern ist das kein Paradigmenwechsel, sondern ich verweise wieder auf die Einzelfallprüfung, die wir eben machen müssen.

Wo ich etwas die Erwartungen dämpfen muss, ist bezüglich der Beschleunigung des ÖVs. Wir sehen schon heute, dass

wir Schwierigkeiten haben, diese Beschleunigung hinzukriegen. Wenn wir eine Haltestelle aufheben oder zusammenlegen, ist es häufig sehr viel mit Widerstand aus der Bevölkerung, aus den Quartieren verbunden. Bei den Lichtsignalen haben wir einige Stellen ausgeführt, wo wir das Potenzial schon ausgeschöpft haben, auch da gibt es wahrscheinlich nicht mehr allzu viel Spielraum und an vielen Stellen haben wir auch schon Parkplätze entlang von Tramgleisen aufgehoben, dass da beispielsweise die Verlangsamung der Trams durch ein- und ausparkierende Autos verhindert wird.

Sie sehen, wir haben schon einiges gemacht und weiteres Tempo 30 wird auf gewissen Strassen dann wirklich auch Auswirkungen haben. Wie gross die eben sind, diese Auswirkungen, das werden wir prüfen müssen. Insbesondere nachts schlägt es natürlich zu Buche, Sie können sich vorstellen, dass gerade nachts beispielsweise Busse freie Fahrt hätten und dann langsamer unterwegs sein werden, aber nachts ist natürlich auch der Moment, wo grad die Anwohnenden auch darauf angewiesen sind, dass sie nicht zu viel Lärm haben und Tempo 30 sehr schätzen würden. Also wir sind gespannt, was bei dieser Analyse auch rauskommt.

Und vielleicht noch ganz kurz zum Votum des GAB und der SP resp. der Frage nach der Frist. Ja, ganz klar haben wir unabhängig davon, ob der Vorstoss als Motion oder als Anzug überwiesen wird, die Ambition, dieses Konzept in zwei Jahren zu realisieren. Ganz einfach aus dem Grund, weil wir ja mit der Strassenlärmsanierung, den Ratschlag, den Sie schon überwiesen haben, weiter dran sind, Tempo 30 zu realisieren und es macht absolut Sinn, das in einen Gesamtkontext zu stellen.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 47 Nein. [Abstimmung # 210, 23.06.22 16:58:19]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 211, 23.06.22 16:59:25]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 21.5840 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage **innert zwei Jahren zu überweisen.**

26. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen

[23.06.22 16:59:44, PD, 16.5314.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 16.5314 abzuschreiben.

Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD: Sie haben, das entnehme ich dem "Chrüzlistich", entschieden, die Justiz- und Sicherheitskommission damit zu beauftragen, diese beiden Anzüge zu erfüllen. Wir respektieren das selbstverständlich. Ich möchte Ihnen einfach nochmal mit auf den Weg geben und zu erklären versuchen, warum wir der Meinung waren, man müsste eigentlich diese Anzüge abschreiben.

Es geht aus unserer Sicht darum, den demokratischen Institutionen Sorge zu tragen. Es geht nur darum. Sie wissen es auch, Demokratien sind in diesen Zeiten massiv unter Druck, nicht nur weil eine Demokratie in der Ukraine angegriffen wird durch einen hässlichen Angriffskrieg, sondern auch weil sich die Medien rasant verändern. Und die Medien bilden die Grundlage letztlich für solide demokratische Entscheide. Information wird immer mehr über soziale Medien beschafft, das heisst, es gibt immer mehr Schnelfutter, Information, die nicht gestützt, die nicht verifiziert ist, auch Abstimmungskämpfe verlagern sich immer mehr in die sozialen Medien. Und das ist eine schwierige, beunruhigende Entwicklung. Aus unserer Sicht ist es ganz wichtig, dass die Menschen solide Grundlagen haben, verifizierte, ich sage auch wohlabgewogene, ausgewogene Abstimmungsinformationen. Und die nächsten zwei Vorstösse gehen aus unserer Sicht in die falsche

Richtung, weil sie ganz wichtige demokratische Institutionen aus unserer Sicht schwächen. Das eine ist das Parlament, wenn es eine solide Beratung macht zu einem Geschäft, bevor es eine Parole fasst, und das andere ist das Abstimmungsbüchlein, um das es sich hier jetzt handelt.

Basel-Stadt ist einer von drei Kantonen, die das verkürzte Verfahren kennen, dass also eine Initiative ohne Abstimmungsempfehlung vor das Volk kommen kann. 1990, als der Grosse Rat entschieden hat, das umzusetzen, hat er bewusst darauf verzichtet, dazu eine schriftliche Berichterstattung vorzulegen, welche eine Abstimmungsempfehlung enthält. Sie haben uns dann beauftragt zu prüfen und zu berichten, ob dieses System angepasst werden könnte. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass diese Regelung auch heute noch berechtigt und deshalb beizubehalten ist, und zwar aus den folgenden Gründen:

Die Behörden sind gesetzlich verpflichtet, den Abstimmungsunterlagen eine kurze, sachliche und ausgewogene Erläuterung beizulegen, das steht im § 27 des Wahlgesetzes. Und nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts sind wir bei der Abfassung dieser Abstimmungserläuterung zur Sachlichkeit verpflichtet. Die erforderliche Objektivität genügen Abstimmungserläuterungen, wenn die Aussagen wohl abgewogen sind und beachtliche Gründe dafür sprechen, wenn sie ein umfassendes Bild der Vorlage mit ihren Vor- und Nachteilen abgeben und den Stimmberechtigten eine Beurteilung ermöglichen. Wesentliche Grundlage für diese möglichst objektiven und ausgewogenen Erläuterungen ist jeweils die schriftliche Berichterstattung des Regierungsrates, die Sie bei uns in Auftrag geben, nachdem Sie die Initiative als rechtlich zulässig erklärt haben. Für uns ist dieser Bericht ein sehr wichtiges Instrument, eine wichtige demokratische Institution, damit wir Ihnen darlegen können, aber dann auch der Bevölkerung, was die Annahme der Initiative auslösen würde. Sie traktandieren diesen Bericht, behandeln ihn in einer Kommission und führen darüber eine Debatte im Grossen Rat, am Schluss dieses Prozesses verfassen Sie eine Abstimmungsempfehlung, die in den Abstimmungserläuterungen aufgenommen wird.

Entscheidet der Grosse Rat, eine Initiative unter Verzicht auf die schriftliche Berichterstattung sofort dem Volk vorzulegen, fehlt dieses Element der vertieften Auseinandersetzung mit der Initiative. Eine Abstimmungsempfehlung würde allein auf den Voten im Grossen Rat basieren, auf den Voten, die Sie in der Debatte äussern, die sich eigentlich dazu äussert, ob Sie eine Berichterstattung des Regierungsrates wollen oder nicht und die sich nicht mit vertieften Grundlagen zur Beurteilung der Vorlage befasst hat.

Verstehen Sie mich richtig. Der Regierungsrat will mit seiner Anzugsbeantwortung nicht suggerieren, eine Grossratsdebatte sei weniger demokratisch, wenn sie nicht auf einem regierungsrätlichem Bericht und einer Kommissionsberatung beruht, aber darin sind wir uns einig, sie wird nicht im gleichen Masse vertieft geführt. Und der Regierungsrat hat versucht Ihnen aufzuzeigen, dass das bestehende System das bessere ist, weil sich sachliche und ausgewogene Abstimmungserläuterungen dann formulieren lassen, wenn Abstimmungsempfehlungen auf einer vertieften inhaltlichen Diskussion beruhen, einer Diskussion, die im Regierungsrat, in einer Grossratskommission und bei Ihnen im Plenum geführt wird. Nur dann lässt sich der Anspruch der bundesgerichtlichen Rechtsprechung erfüllen, anders nicht, ansonsten soll auf eine Abstimmungsempfehlung verzichtet werden.

Und das nur als Ergänzung zur Anzugsbeantwortung. Das Abstimmungsbüchlein bedeutet ja nicht das Ende eines Abstimmungskampfes um eine Initiative, die beginnt ja dann erst, und das Abstimmungsbüchlein ist, ich sage es nochmal, ein Rückzug für sachliche, abgewogene, fundierte Argumente. Es ist nur die behördliche Darstellung des Initiativbegehrens, die nach Bundesgericht sachlich und ausgewogen sein muss. Und deshalb ist es auch diejenige amtliche Publikation, die gemäss Umfragen die höchste Glaubwürdigkeit hat und das soll sie auch behalten.

Nun, Sie werden den Anzug stehen lassen und der JSSK überweisen. Ich bitte Sie dann vielleicht trotzdem auch die Regierung dazu einzuladen, dass wir unsere Haltung und unsere anderen Reformpläne, die im Moment anstehen, Ihnen auch darlegen können.

Luca Urgese (FDP): beantragt Überweisung an die JSSK.

Ich beantrage Ihnen, ich darf das auch im Namen der SVP tun, diesen Anzug an die JSSK zu überweisen. Wir werden das auch beim nächsten Anzug von Harald Friedl dann entsprechend unterstützen. Dieser Anzug wurde schon zwei Mal von diesem Gremium hier überwiesen. Er ist inzwischen, zuerst als Motion, aber der ganze Prozess ist doch schon seit sechs Jahren hängig. Und vor zwei Jahren hat dieses Gremium, dieser Grosse Rat gegen den Willen des Regierungsrates entschieden, ihn stehen zu lassen verbunden mit einem Auftrag, uns hier etwas vorzulegen. In der Debatte damals, ich ging das nochmals nachlesen, kam zum Ausdruck, der Grosse Rat will hier konkret über eine Änderung diskutieren können, will eine Gesetzesvorlage auf dem Tisch haben. Immerhin hat der Regierungsrat damals eine IRG-Revision angekündigt, also eine Revision des Gesetzes über Initiative und Referendum, und das wäre dann die Gelegenheit gewesen, wo man diese Vor- und Nachteile nochmals konkret hätte abwägen können, da hätte man dann die ganz konkrete Diskussion führen können.

Nun haben wir jetzt lesen müssen, gab es offenbar eine Kehrtwende beim Regierungsrat, von einer IRG-Revision ist überhaupt nicht mehr die Rede, Regierungspräsident Beat Jans hat sich jetzt auch nicht mehr dazu geäussert. Der Regierungsrat hat zumindest schriftlich nicht festgehalten, warum jetzt auf diese IRG-Revision nachträglich noch verzichtet wurde entgegen der ursprünglichen Ankündigung. Bevor das jetzt wieder zwei Jahre liegenbleibt beim Regierungsrat und uns dann wieder berichtet wird, warum das alles keine gute Idee ist, müssen wir halt die Gesetzgebungsarbeit selber machen und für das braucht es eben die Überweisung an die Justiz- und Sicherheit- und Sportkommission.

Dann inhaltlich. Ich muss immer noch Kopfschütteln, das habe ich schon vor zwei Jahren gemacht und muss es immer noch tun, dass der Regierungsrat es uns offensichtlich hier drin nicht zutraut, uns ohne Bericht eine Meinung bilden zu können zu einer Initiative. Es war die Rede davon, dass man eine wohlabgewogene Meinung bilden soll, das geht

offensichtlich nach Meinung des Regierungsrates auch nur dann, wenn er uns dazu berichtet. Der Regierungsrat ist auch der Meinung, dass er offensichtlich objektiver berichtet, völlig unabhängig von politischen Überlegungen, auch dahinter möchte ich ein Fragezeichen setzen. Wir sind doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Lage, hier drin eine saubere demokratische Debatte basierend auf Fakten zu führen bei gewissen Initiativen, wo uns von Anfang an klar ist, dass wir sie direkt dem Volk vorlegen müssten. Wir machen das ja nicht jedes Mal, wir machen das nur im Ausnahmefall, wenn wir der Meinung sind, die Forderung der Initiative ist glasklar, da braucht es jetzt nicht noch zusätzliche Abklärungen und Berichte, aber auch das ist meiner Meinung dann klar eine demokratische Debatte.

Und dann hat Regierungspräsident Beat Jans gesagt, in der Debatte äussert man sich ja nicht gross inhaltlich, sondern primär zur Frage, sollen wir es dem Regierungsrat zur Berichterstattung überweisen oder nicht. Das ist natürlich klar, dass das beim heutigen Prozess so ist, aber wenn wir wissen, wir stimmen dann anschliessend über eine Abstimmungsempfehlung ab, dann werden ja logischerweise in der Konsequenz auch die Voten entsprechend ausgestaltet, dann äussert man sich dann auch entsprechend ausführlicher und dann ist dann der Regierungsrat oder die Staatskanzlei auch in der Lage basierend auf dieser Debatte im Abstimmungsbüchlein diese auch sauber abzubilden als Grundlage für die Stimmberechtigten.

Und dann noch, um bereits dem nächsten Anzug, da schon vorzugreifen und dafür mich dann nachher nicht mehr zu melden, auch die 3-Monatsfrist ist aus unserer Sicht problemlos möglich. Der Regierungsrat hat ja gerade erst kürzlich die Abstimmungen für den September angesetzt, das war jetzt auch mit einer 3-Monatsfrist wegen den Sommerferien, also wenn man will, dann geht das schon und es ist eigentlich ein Akt der Fairness gegenüber all denjenigen, die hier Abstimmungskampagnen vorbereiten müssen, dass man ihnen auch genügend Zeit gibt, das zu tun. In der Regel kann man ja ein bisschen abschätzen, was kommt, aber man kann dann doch erst wirklich loslegen, wenn man weiss, dass es formell auch tatsächlich zur Abstimmung kommt. Also hier ist es im Sinne des Milizprinzips, wenn wir hier allen Organisationen, die da involviert sind und den Parteien, statt zwei drei Monate zur Verfügung stellen.

Wir bitten Sie also, diesen Anzug an die JSSK zu überweisen und wie gesagt, den nächsten Anzug dann eben auch.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs bei der JSSK.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 84 Nein. [Abstimmung # 212, 23.06.22 17:12:47]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 16.5314 der JSSK zu überweisen.

27. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen

[23.06.22 17:13:10, PD, 18.5190.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5190 abzuschreiben.

Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD: Wir glauben auch, dass es meistens möglich ist, es kann aber die Situation entstehen, dass es eng wird, dann müssen wir die Frist beim vorhergehenden Prozess abkürzen. Das wiederum halte ich für eine Schwächung der demokratischen Institution. Die Berichterstattung der Regierung wird verkürzt, der Kommissionen wird verkürzt und das ist nicht wünschenswert aus unserer Sicht. Deshalb haben wir Sie gebeten, diesen Anzug abzuschreiben. Wir bitten auch hier, dass Sie uns einbeziehen in der Justiz- und Sicherheitskommission, wenn Sie daran weiterarbeiten.

Zwischenfrage

Oliver Thommen (GAB): Die von Ihnen konzessionierte APG möchte, dass wir acht Wochen vor der Abstimmung angeben, ob wir aushängen oder nicht, und acht Wochen vorher wollen Sie bekannt geben, welche Abstimmung kommt. Wann genau zwischen diesen acht Wochen, zwei Monaten sollen dann unsere Mitglieder entscheiden, welche Parole sie fassen wollen?

Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD: Ich habe es gesagt, wir bemühen uns, diese Fristen einzuhalten und werden es auch wahrscheinlich meistens können, aber die Flexibilität, die finden wir nötig.

Harald Friedl (GAB): beantragt Überweisung an die JSSK.

Wie mein Vorredner Luca Urgese beim Traktandum vorhin werde ich auch beantragen, und ich glaube, das ist im Sinne der Fraktionen, das hier zu unterstützen, es sind alle oder fast alle gemäss dem "Chrüzlistich", dass wir auch meinen Anzug stehen lassen und der JSSK zur Behandlung überweisen. Ich habe vorhin bei Ihnen sehr gut zugehört, Regierungspräsident Beat Jans, ich habe da wirklich wenig oder kein Argument gehört, warum mein Anzug problematisch sein soll oder wo das Problem liegt. Sie haben vor allem über das Abstimmungsbüchlein gesprochen und darum geht es ja bei meinem Anzug nicht.

Es ist mir und Luca Urgese aufgefallen, dass der Regierungsrat da ein Slalomkurs gefahren ist. Zuerst wollte er die beiden Motionen, die dann als Anzüge überwiesen wurden, zusammen bearbeiten, hat dann aber entschieden, dass sie wieder getrennt werden sollen, weil Sie der Meinung sind, dass dem Anzug Luca Urgese Genüge getan wurde und dass mein Anzug nicht umsetzbar sei. Es ist wirklich wenig passiert in diesen zwei Jahren, die der Regierungsrat hatte, sich nochmals damit auseinanderzusetzen. Wir sind darum zur Meinung gelangt, dass es besser ist, wenn die JSSK das nochmals neu aufnimmt, weil wir wirklich das Gefühl haben, da ist beim Regierungsrat, in der Verwaltung keine Lust vorhanden, das nochmals zu diskutieren.

Es ist auch mir wichtig, dass die Demokratie aufrecht erhalten wird. Beat Jans hat da Beispiele genannt, in was für Zeiten, dass wir leben, und gerade darum ist mir mein Anzug sehr wichtig. Der Regierungsrat geht meiner Meinung mit keinem Wort darauf ein, was denn eigentlich auch die Aufgaben der Politik, also der Parteien sind, wenn dann der Grosse Rat fertig debattiert hat. Da müssen wir, und da hat Oliver Thommen schon ein schönes Beispiel genannt, in sehr, sehr kurzer Zeit sehr viele Entscheidungen treffen und ich kann Ihnen versichern, wenn der Grosse Rat behandelt hat und sich eine Meinung gebildet hat, dann ist das noch nicht abschliessend die Meinung der Partei. Da werden die Gremien nochmals tagen, da kann auch ein Antrag eines Mitglieds kommen und in einer Versammlung kann da die Parole wirklich geklärt werden. Und dann noch irgendwie eine Kampagne aufzufahren, das ist praktisch unmöglich.

Vielleicht haben Sie es auch gesehen, die Motion damals, die war unterschrieben von Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen und meistens waren es auch die Parteipräsidentin oder der Parteipräsidenten, die damals im Amt waren. Also es war wirklich ein Anliegen der Parteien, dass sie da mehr Luft bekommen, um diesen Prozess durchzuführen, weil wir auch der Überzeugung sind, sehr viele Leute schauen halt darauf, was die Parteien entschieden haben, welche Parole sie fassen und wieso, dass sie diese Parole fassen und für das brauchen wir Zeit.

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen bezüglich der Fristen. Ich habe mal gezählt, wie oft in den letzten vier Jahren Fristverlängerungen beantragt wurden vom Regierungsrat, weil die Ausarbeitung des Gegenvorschlags oder die Behandlung in den Kommissionen mehr Zeit brauchten, als die jetzige Fristenregelung eigentlich zulässt. Es waren in den letzten vier Jahren acht Stück, also praktisch bei allen Initiativen wurde eine Fristverlängerung beantragt, zum Teil bis zu 18 Monate, meistens sind es sechs Monate, und da ist zu sagen, wegen einem Monat Verlängerung der Bekanntgabe einer Ansetzung einer Abstimmung, wenn das ein Problem sein sollte, dann habe ich so meine Zweifel und ich staune sehr darüber.

Ich möchte Ihnen danken, dass Sie den Antrag von Luca Urgese und mir unterstützen, so dass die JSSK diese zwei Probleme miteinander diskutieren kann, dass die Parteien da sich eine Meinung bilden können und natürlich, ich denke schon, die JSSK wird auch da den Regierungsrat anhören, da bin ich überzeugt. Besten Dank für die Überweisung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs bei der JSSK.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 83 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 213, 23.06.22 17:20:22]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 18.5190 der JSSK zu überweisen.

28. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept

[23.06.22 17:20:52, WSU, 21.5837.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion teilweise rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die Motion, die er als rechtlich teilweise zulässig einstuft, als Anzug zu überweisen. Der Grund ist einfach, die Motion rennt offene Türen ein. Denn ein Grossteil der Forderungen der Motion, insbesondere die Identifikation geeigneter Areale sowie die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Logistik in der Raum- und Richtplanung in Basel-Stadt sind, soweit es in unserem Stadtkanton möglich ist, bereits erfüllt. In Basel-Stadt sind die Standorte des Trimodale Terminal Basel Nord, das Hafenbecken 3 als Erweiterung der

Hafenanlage und Projekt der Schweizerischen Rheinhäfen sowie der Umschlagsanlage Basel SBB Güterbahnhof (Wolf Nord) im Kantonalen Richtplan behördenverbindlich als Standorte Güterlogistik festgelegt. Damit ist die Logistik die einzige Wirtschaftsbranche, für die auf Stufe der Richtplanung Flächensicherungen vorgenommen wurden. Einer weitergehenden und eigentümerverschreiblichen Festlegung von Flächen für bestimmte Branchen in der Nutzungsplanung steht der Regierungsrat jedoch kritisch gegenüber. Dies würde einen grossen Eingriff in die Eigentumsfreiheit von Grundeigentümerinnen und -eigentümer bedeuten und langfristig die Handlungsspielräume in der Areal- und Stadtentwicklung einschränken.

Die vorliegende Motion wurde gleichzeitig in ähnlicher Form auch im Landrat eingereicht. Beide Kantone, die bereits heute sowohl beim Thema Raumplanung als auch bei der Standortförderung eng zusammenarbeiten, sind bereit, die in den Vorstössen eingebrachte Thematik im Rahmen der bestehenden Gefässe zur Planungskoordination weiterzuverfolgen. Unbestritten ist für den Regierungsrat, dass die Region Basel als Logistikkreislauf für die gesamte Schweiz von grosser Bedeutung ist. Die Logistikbranche ist mit einer Bruttowertschöpfung von Fr. 2'000'000'000 im Jahr eine der drei Schlüsselbranchen unseres Wirtschaftsstandortes und ein entsprechend wichtiger Arbeitgeber.

Weil das so ist, beantragt der Regierungsrat auch nicht einfach die Ablehnung der zum grossen Teil erfüllten Motion, sondern deren Überweisung als Anzug.

Daniel Hettich (LDP): beantragt Überweisung als Motion.

Ich stehe für die LDP und die SVP. Die Aufgaben der regionalen Logistik sind für viele eine Selbstverständlichkeit und in der Wahrnehmung nicht so aufdringlich. Aber die Erwartungen an die Dienstleistungen sind dafür umso höher und zwingend. Sie ermöglichen vielen Branchen in der Region überhaupt ein Wirtschaften mit einem funktionierenden Güterfluss. Man kann nur ein Projekt bearbeiten, wenn es auch vorhanden ist. Auch die Logistik mit ihrer Bruttowertschöpfung von rund 12'000 Beschäftigten und 810 Betriebsstätten ist eine nicht zu unterschätzende Leitbranche des Wirtschaftsstandorts Basel. Sie sorgt zudem auch mit ihren niederschweligen Arbeitsplätzen für ein gut funktionierendes Wohnen und Arbeiten in der Region. Wird sie aus dem städtischen Raum verdrängt, hätte das langfristig negative Folgen für uns alle. Das Thema ist gerade bei den grossen Transformationsflächen, die im Moment in Arbeit sind, wichtig und muss mitgedacht werden.

Leider ist die Logistik in der Optik nicht immer so attraktiv wie eine begrünte Wohnsiedlung, daher ist die Flächenkonkurrenz hoch und die Branche unter Druck. Aber nahe Güterumschlagsflächen sind notwendig für einen gut funktionierenden Güterfluss. Mit der Fläche kann die Gewährdienstleistung für Gewerbe und Pharmabranche verkehrseffizient abgewickelt werden, unter anderem wären sonst Verkehrszunahmen die Folge, was sicher nicht unserem Interesse liegt, wollen wir doch alle das Klima möglichst schonen. Die Logistik ist nicht nur für mich als Handwerker mit meinem Produktionsbetrieb eine wichtige Grundlage, sondern für uns alle im Kleinen. Ein Klick am PC auf Bestellen ist schnell gemacht und immer der gleiche Aufwand. Das Produkt zu transportieren dahinter aber nicht, vor allem wenn ich es ja am nächsten Tag erwarte. Für dass das Bestellte bei mir ankommt, braucht es Flächen und eine gut funktionierende Logistik, die das schnell und am liebsten noch ökologisch für mich erledigt. Das geht nur, wenn die Umschlagsflächen auch in unserem urbanen Raum integriert sind.

Darum überweisen Sie bitte die Motion als Motion.

Jérôme Thiriet (GAB): Gemäss dem "Chrüzlistich" ist das Grün-Alternative Bündnis offen. Ich möchte auch nicht allzu lange vom Feierabend abhalten, Daniel Hettich hat eigentlich die grundsätzlichen Probleme nochmals angesprochen. Ich bin ja auch in dieser Branche tätig und ich kann bestätigen, dass der Regierungsrat bereits viel macht, wie es Regierungsrat Kaspar Sutter schon ausgeführt hat. Wegen dem ist es mir nicht ganz verständlich, warum man diese Motion nicht als Motion entgegennehmen möchte und entsprechend das Konzept dann auch wirklich ausführen gemäss diesen Bemühungen, die jetzt schon da sind. Insofern bin sehr gespannt auf die nächste Beantwortung dieses Anzugs, es wird als Anzug überwiesen gemäss "Chrüzlistich", aber ein Teil des GAB wird es trotzdem als Motion weiterbehandeln, weil wir diese Logistikflächen als sehr, sehr wichtig für die Stadt auch im ökologischen Sinn betrachten.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 214, 23.06.22 17:27:47]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 21.5837 in einen Anzug umzuwandeln.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den **Anzug 21.5837** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

29. Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Balz Herter und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend rasche und proportionale Rückerstattung der Krankenkassen-Reserven an der Bevölkerung

[23.06.22 17:28:13, WSU, 21.5793.02, SSI]

Der Regierungsrat beantragt, die Standesinitiative einzureichen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 215, 23.06.22 17:29:16]

Der Grosse Rat beschliesst

bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative betreffend rasche und proportionale Rückerstattung der Krankenkassen-Reserven an der Bevölkerung in der vom Grossen Rat bereinigten Fassung einzureichen.

Das Geschäft 21.5793 geht an den **Regierungsrat zum Vollzug**.

Der Antrag 21.5793 ist **erledigt**.

Schluss der 24. Sitzung

18:00 Uhr

Basel, 10.08.2022

Jo Vergeat
Grossratspräsidentin

Beat Flury
I. Ratssekretär

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | A | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | A |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | A | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | A | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | A | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | A |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | A | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | A | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | A | Felix Wehrli (SVP) | J |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | A | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | A | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | A | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 79 | 25 | 13 | 11 | 10 | 9 | 7 | 4 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 19 | 5 | 4 | 4 | 1 | 1 | 1 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | A | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | A |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | A | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | A |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | A | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | A |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | A | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | A |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | A | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | A | Felix Wehrli (SVP) | J |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | A | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | A | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | A | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 79 | 25 | 13 | 11 | 10 | 9 | 7 | 4 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 19 | 5 | 4 | 4 | 1 | 1 | 1 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | A | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | A | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | A | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | A |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | J |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | J |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | A | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 88 | 26 | 16 | 12 | 11 | 10 | 8 | 5 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 10 | 4 | 1 | 3 | - | - | - | 2 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | A | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | A | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | E |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Mury (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | A | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | A |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | J |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | J |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 88 | 27 | 15 | 12 | 11 | 10 | 8 | 5 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 1 | - | 1 | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 9 | 3 | 1 | 3 | - | - | - | 2 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Wahl eines Mitglieds des Erziehungsrates

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | A | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | A | Raffaela Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Mury (LDP) | E | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | A | Joël Thüring (SVP) | E | Beat Braun (FDP) | A |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | J |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | J |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | A | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 86 | 26 | 16 | 11 | 10 | 10 | 8 | 5 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 2 | - | - | 1 | 1 | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 10 | 4 | 1 | 3 | - | - | - | 2 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2021 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2021 der fünf kantonalen Museen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | A | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | A |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | J |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | J |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | A |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | A | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 89 | 28 | 15 | 12 | 11 | 10 | 8 | 5 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 9 | 2 | 2 | 3 | - | - | - | 2 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zum Historischen Museum Basel

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | A | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | N | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | J |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | E |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | J |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Kruppenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 76 | 29 | - | 12 | 11 | 10 | 8 | 6 | - |
| N | Nein | 16 | - | 16 | - | - | - | - | - | - |
| E | Enthaltung | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| A | Abwesend | 6 | 1 | 1 | 3 | - | - | - | 1 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Zweiter Zwischenbericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission Biozentrum (PUK)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | A |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | A | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | J |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | A |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | J |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 91 | 29 | 15 | 12 | 11 | 10 | 8 | 6 | - |
| N | Nein | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 8 | 1 | 2 | 3 | - | - | - | 1 | 1 |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht des Regierungsrates betreffend Sammelvorlage Nachtragskredite 2022

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | A |
| René Brigger (SP) | A | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | A | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | J |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | J |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 90 | 28 | 15 | 12 | 11 | 10 | 8 | 6 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 8 | 2 | 2 | 3 | - | - | - | 1 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Ausgabenbewilligung für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an einer Kapitalerhöhung der MCH Group AG

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | A | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | E | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | J |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | J |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | A | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 89 | 28 | 15 | 11 | 11 | 10 | 8 | 6 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 1 | - | 1 | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 8 | 2 | 1 | 4 | - | - | - | 1 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Ausgabenbewilligung für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an einer Kapitalerhöhung der MCH Group AG

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | N | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | N | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | N | Anina Ineichen (GAB) | A | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | N |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | N | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | N | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | N | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | N |
| Annina von Falkenstein (LDP) | N | Thomas Müry (LDP) | N | Lorenz Amiet (SVP) | N |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | N |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | N |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | N | Beat Braun (FDP) | N |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | N | Mark Eichner (FDP) | N |
| Pascal Messerli (SVP) | N | Daniela Stumpf (SVP) | N | Balz Herter (die Mitte/EVP) | N |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | N | Roger Stalder (SVP) | N | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | N |
| David Trachsel (SVP) | N | David Wüest-Rudin (GLP) | N | Eric Weber (fraktionslos) | J |
| Claudia Baumgartner (GLP) | N | Brigitte Kühne (GLP) | N | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | N | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | N | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | N | Luca Urgese (FDP) | N | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | N | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | N | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | N | Felix Wehrli (SVP) | N |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | N | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | N | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | N |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | N | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | N |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | N |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | N |
| Toya Krummenacher (SP) | N | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | N |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | N | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | N | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| N | Nein | 91 | 29 | 16 | 11 | 11 | 10 | 8 | 6 | - |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 7 | 1 | 1 | 4 | - | - | - | 1 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Ausgabenbewilligung für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an einer Kapitalerhöhung der MCH Group AG

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | E |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | N | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | N | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | E |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | E |
| Melanie Eberhard (SP) | N | Anina Ineichen (GAB) | A | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | E | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | E | Beat von Wartburg (LDP) | N |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | E | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | N | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | N | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | N |
| Annina von Falkenstein (LDP) | N | Thomas Müry (LDP) | N | Lorenz Amiet (SVP) | N |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | N | Beat Braun (FDP) | N |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | N | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | N | Daniela Stumpf (SVP) | N | Balz Herter (die Mitte/EVP) | N |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | N | Roger Stalder (SVP) | N | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | E |
| David Trachsel (SVP) | N | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | N | Luca Urgese (FDP) | E | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | E | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | N | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | E | Felix Wehrli (SVP) | N |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | N | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | N | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | N |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | E | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | E |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | N |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | N |
| Toya Krummenacher (SP) | N | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | N | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | N | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 8 | - | - | - | - | - | 8 | - | - |
| N | Nein | 71 | 29 | 10 | 11 | 11 | 7 | - | 2 | 1 |
| E | Enthaltung | 12 | - | 6 | - | - | 3 | - | 3 | - |
| A | Abwesend | 8 | 1 | 1 | 4 | - | - | - | 2 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Ausgabenbewilligung für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an einer Kapitalerhöhung der MCH Group AG

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | E | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | E | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | A | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | E | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | E | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | N |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | N |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | E |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | E |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | N | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | N | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | N | Daniela Stumpf (SVP) | N | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | N | Roger Stalder (SVP) | N | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | E |
| David Trachsel (SVP) | N | David Wüest-Rudin (GLP) | E | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | E | Brigitte Kühne (GLP) | E | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | E | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | E | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | E | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | E | Felix Wehrli (SVP) | N |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | N |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | E |
| Toya Kruppenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | E |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 57 | 29 | 6 | 11 | - | 6 | - | 5 | - |
| N | Nein | 18 | - | 6 | - | 11 | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 16 | - | 4 | - | - | 4 | 8 | - | - |
| A | Abwesend | 8 | 1 | 1 | 4 | - | - | - | 2 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

| | |
|-----------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Geschäft | Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie zur Umgestaltung der Tramhaltestellen in der Austrasse im Zuge von Sanierungsmassnahmen sowie zum Anzug Beat Leuthardt und Joël Thüning betreffend vier elektrische Weichen am Brausebad für ein nachhaltigeres und flexibleres Basler Tramnetz |
|-----------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | N | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | N | Raffaella Hanauer (GAB) | E | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | N | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | N |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | N | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | N |
| Michael Hug (LDP) | A | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | N |
| Annina von Falkenstein (LDP) | N | Thomas Müry (LDP) | N | Lorenz Amiet (SVP) | N |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | N |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | A |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüning (SVP) | N | Beat Braun (FDP) | N |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | N | Mark Eichner (FDP) | N |
| Pascal Messerli (SVP) | N | Daniela Stumpf (SVP) | N | Balz Herter (die Mitte/EVP) | N |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | N | Roger Stalder (SVP) | N | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | N |
| David Trachsel (SVP) | N | David Wüest-Rudin (GLP) | N | Eric Weber (fraktionslos) | E |
| Claudia Baumgartner (GLP) | N | Brigitte Kühne (GLP) | N | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | N | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | N | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | N | Luca Urgese (FDP) | N | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | N | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | N | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | N | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | N | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | N |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | N | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | N |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | N | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | N |
| Toya Krummenacher (SP) | N | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | N |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | N |
| Christian von Wartburg (SP) | N | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | N | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 17 | - | 15 | - | - | 2 | - | - | - |
| N | Nein | 74 | 30 | 1 | 12 | 10 | 8 | 7 | 6 | - |
| E | Enthaltung | 2 | - | 1 | - | - | - | - | - | 1 |
| A | Abwesend | 6 | - | - | 3 | 1 | - | 1 | 1 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

| | |
|-----------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Geschäft | Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie zur Umgestaltung der Tramhaltestellen in der Austrasse im Zuge von Sanierungsmassnahmen sowie zum Anzug Beat Leuthardt und Joël Thüning betreffend vier elektrische Weichen am Brausebad für ein nachhaltigeres und flexibleres Basler Tramnetz |
|-----------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | E |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | E |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüning (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | E | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | J |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | J | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | J |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 91 | 30 | 14 | 13 | 10 | 10 | 8 | 6 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 3 | - | 3 | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 4 | - | - | 2 | 1 | - | - | 1 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | N | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | A | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | N | Anina Ineichen (GAB) | N | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | N |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | N | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | N | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | N | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | A |
| Annina von Falkenstein (LDP) | N | Thomas Müry (LDP) | N | Lorenz Amiet (SVP) | N |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | N |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | N |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | N | Beat Braun (FDP) | N |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | A | Beat K. Schaller (SVP) | N | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | N | Daniela Stumpf (SVP) | N | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | N | Roger Stalder (SVP) | N | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | N | David Wüest-Rudin (GLP) | A | Eric Weber (fraktionslos) | E |
| Claudia Baumgartner (GLP) | N | Brigitte Kühne (GLP) | N | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | N | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | N | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | N | Luca Urgese (FDP) | N | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | N | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | N | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | N | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | N | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | N | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | N |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | N | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | N |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | N |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | N |
| Toya Krummenacher (SP) | N | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | N |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | N |
| Christian von Wartburg (SP) | N | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | A | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 2 | - | - | - | - | 2 | - | - | - |
| N | Nein | 84 | 27 | 16 | 12 | 9 | 8 | 7 | 5 | - |
| E | Enthaltung | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| A | Abwesend | 12 | 3 | 1 | 3 | 2 | - | 1 | 2 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | A | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | A |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | A | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | A | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Kruppenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | J |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | A | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 86 | 27 | 15 | 12 | 9 | 10 | 8 | 5 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 12 | 3 | 2 | 3 | 2 | - | - | 2 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur "Gartenlandschaft Milchsuppe"

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | E |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | N | Michelle Lachenmeier (GAB) | A |
| René Brigger (SP) | N | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | E |
| Melanie Eberhard (SP) | A | Anina Ineichen (GAB) | N | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | E | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | E | Beat von Wartburg (LDP) | N |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | E | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | N | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | N | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | A |
| Annina von Falkenstein (LDP) | N | Thomas Müry (LDP) | N | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | N |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | N |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | N |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | A | Balz Herter (die Mitte/EVP) | N |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | A | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | N |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | N | Eric Weber (fraktionslos) | E |
| Claudia Baumgartner (GLP) | N | Brigitte Kühne (GLP) | N | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | A | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | N | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | N | Luca Urgese (FDP) | N | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | A | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | N | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | N | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | N | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | N | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | N | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | N |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | N | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | N |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | N |
| Toya Kruppenacher (SP) | N | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | N |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | N |
| Christian von Wartburg (SP) | A | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | N | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 9 | - | 2 | - | 7 | - | - | - | - |
| N | Nein | 70 | 28 | 9 | 12 | - | 10 | 7 | 4 | - |
| E | Enthaltung | 6 | - | 5 | - | - | - | - | - | 1 |
| A | Abwesend | 14 | 2 | 1 | 3 | 4 | - | 1 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur "Gartenlandschaft Milchsuppe"

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | E |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | A |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | E |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | E |
| Melanie Eberhard (SP) | A | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | E | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | E | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | E | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | A |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | N |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | N | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | E | Beat K. Schaller (SVP) | N | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | N | Daniela Stumpf (SVP) | A | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | N | Roger Stalder (SVP) | N | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | N | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | A | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | A | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | N |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | J | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Kruppenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | J |
| Christian von Wartburg (SP) | A | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 70 | 28 | 9 | 12 | - | 10 | 7 | 4 | - |
| N | Nein | 9 | - | - | - | 8 | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 7 | - | 7 | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 13 | 2 | 1 | 3 | 3 | - | 1 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag betreffend 9. Rahmenausgabenbewilligung für Staatsbeiträge in den Jahren 2022-2025 gemäss Gesetz über den Denkmalschutz vom 20. März 1980

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | A | Stefan Wittlin (SP) | A | Michelle Lachenmeier (GAB) | A |
| René Brigger (SP) | A | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | A |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | A | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | A | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | A | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | A | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | A | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | A | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | J |
| Christian von Wartburg (SP) | A | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 80 | 24 | 14 | 13 | 9 | 10 | 6 | 4 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 18 | 6 | 3 | 2 | 2 | - | 2 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag Einführung eines elektronischen Logiernächtemanagements im Tourismus;
Anpassung von § 35 des Gastgewerbegesetzes vom 15. September 2004 (SG 563.100)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | A | Stefan Wittlin (SP) | A | Michelle Lachenmeier (GAB) | A |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | A | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | A | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | A | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | A | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | J | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Kruppenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | J |
| Christian von Wartburg (SP) | A | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | A | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 83 | 25 | 16 | 11 | 10 | 10 | 7 | 4 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 15 | 5 | 1 | 4 | 1 | - | 1 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag Einführung eines elektronischen Logiernächtemanagements im Tourismus;
Anpassung von § 35 des Gastgewerbegesetzes vom 15. September 2004 (SG 563.100)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | A | Michelle Lachenmeier (GAB) | A |
| René Brigger (SP) | N | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | A | Anina Ineichen (GAB) | N | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | N |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | N | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | N | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | N | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | N |
| Annina von Falkenstein (LDP) | N | Thomas Mury (LDP) | N | Lorenz Amiet (SVP) | N |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | N |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | N |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | N | Beat Braun (FDP) | N |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | N | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | N | Daniela Stumpf (SVP) | N | Balz Herter (die Mitte/EVP) | N |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | N | Roger Stalder (SVP) | N | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | N |
| David Trachsel (SVP) | N | David Wüest-Rudin (GLP) | N | Eric Weber (fraktionslos) | J |
| Claudia Baumgartner (GLP) | N | Brigitte Kühne (GLP) | N | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | A | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | N | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | N | Luca Urgese (FDP) | N | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | A | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | N | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | N | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | N | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | N | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | N |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | N | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | N |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | N | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | N |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | N |
| Toya Krummenacher (SP) | N | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | N |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | N |
| Christian von Wartburg (SP) | A | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | A | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| N | Nein | 85 | 26 | 16 | 12 | 10 | 10 | 7 | 4 | - |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 13 | 4 | 1 | 3 | 1 | - | 1 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag Einführung eines elektronischen Logiernächtemanagements im Tourismus;
Anpassung von § 35 des Gastgewerbegesetzes vom 15. September 2004 (SG 563.100)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | A | Michelle Lachenmeier (GAB) | A |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | A | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | A | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | A | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | J | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | J | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | A | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | A | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 84 | 26 | 16 | 11 | 10 | 10 | 7 | 4 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 14 | 4 | 1 | 4 | 1 | - | 1 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag betreffend Beschaffung von eTransportern für die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | A | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | N | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | A | Anina Ineichen (GAB) | N | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | N | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | A |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | E | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | N |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | N |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | N | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | N | Brigitte Kühne (GLP) | N | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | A | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | N | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | N | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | A | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | N | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | A | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | E | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | N | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | N | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | N |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | E |
| Christian von Wartburg (SP) | N | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | N | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 28 | - | - | 9 | 10 | 6 | - | 3 | - |
| N | Nein | 57 | 28 | 17 | 1 | - | 2 | 7 | 1 | 1 |
| E | Enthaltung | 3 | - | - | 2 | - | 1 | - | - | - |
| A | Abwesend | 11 | 2 | - | 3 | 1 | 1 | 1 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag betreffend Beschaffung von eTransportern für die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | A | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | A | Raffaela Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | N | Anina Ineichen (GAB) | N | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | N |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | N | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | N | Lea Wirz (GAB) | A | Alex Ebi (LDP) | N |
| Michael Hug (LDP) | N | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | N | Thomas Müry (LDP) | A | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | N |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | N |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | N |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | N |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | N |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | N | Eric Weber (fraktionslos) | J |
| Claudia Baumgartner (GLP) | N | Brigitte Kühne (GLP) | N | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | N | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | N | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | E | Luca Urgese (FDP) | E | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | N | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | A | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | E | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | N | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | N | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | E |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | N |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Kruppenacher (SP) | A | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | N |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | N |
| Christian von Wartburg (SP) | A | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | N | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 13 | - | - | - | 10 | 2 | - | - | 1 |
| N | Nein | 69 | 25 | 16 | 12 | - | 6 | 8 | 2 | - |
| E | Enthaltung | 4 | - | - | - | - | 1 | - | 3 | - |
| A | Abwesend | 13 | 5 | 1 | 3 | 1 | 1 | - | 2 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ratschlag betreffend Beschaffung von eTransportern für die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | A | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | A | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | A |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | A | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | A | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | A |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | A |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | A |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | A |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | E |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | A | Lorenz Amiet (SVP) | E |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | A | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | N | Beat Braun (FDP) | A |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | A | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | A | Roger Stalder (SVP) | N | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | A |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | E | Luca Urgese (FDP) | E | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | A | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | A |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | A | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | E | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | N |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | A | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | A |
| Alexandra Dill (SP) | A | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | N |
| Toya Kruppenacher (SP) | A | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | A | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 60 | 21 | 13 | 8 | 3 | 6 | 8 | 1 | - |
| N | Nein | 4 | - | - | - | 3 | 1 | - | - | - |
| E | Enthaltung | 5 | - | - | - | 2 | 1 | - | 2 | - |
| A | Abwesend | 30 | 9 | 4 | 7 | 3 | 2 | - | 4 | 1 |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Petitionskommission zur Petition P443 "Kantonale Brückenleistung 60plus - statt Gang aufs Sozialamt"

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | A | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | A | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | N | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | A | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | N | Anina Ineichen (GAB) | N | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | N |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | N | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | N | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | N |
| Michael Hug (LDP) | N | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | N | Thomas Müry (LDP) | N | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | N |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | N |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | N |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | A |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | N |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | N | Eric Weber (fraktionslos) | E |
| Claudia Baumgartner (GLP) | N | Brigitte Kühne (GLP) | N | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | N | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | N | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | N | Luca Urgese (FDP) | N | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | A | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | N | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | N | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | N | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | N | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | A | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | N |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | N |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | N |
| Toya Krummenacher (SP) | A | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | N |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | N |
| Christian von Wartburg (SP) | N | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | N | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 10 | - | - | - | 10 | - | - | - | - |
| N | Nein | 75 | 25 | 17 | 13 | - | 8 | 8 | 4 | - |
| E | Enthaltung | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| A | Abwesend | 13 | 5 | - | 2 | 1 | 2 | - | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Petitionskommission zur Petition P445 "Für den Erhalt unserer Friedhofskultur auf dem Hörnli - Nein zum Entfernen von Kreuzen und christlichen Symbolen"

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | A | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | N | Raffaela Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | N | Anina Ineichen (GAB) | N | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | N |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | N | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | N | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | N | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | N | Thomas Müry (LDP) | N | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | N |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | N |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | N |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | N |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | N |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | N | Eric Weber (fraktionslos) | A |
| Claudia Baumgartner (GLP) | N | Brigitte Kühne (GLP) | N | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | N | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | N | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | N | Luca Urgese (FDP) | N | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | N | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | N | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | N | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | N | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | N | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | N | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | N |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | N | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | N |
| Toya Kruppenacher (SP) | A | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | N |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | N |
| Christian von Wartburg (SP) | N | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | N | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 12 | - | - | 1 | 10 | 1 | - | - | - |
| N | Nein | 79 | 28 | 17 | 12 | - | 9 | 8 | 5 | - |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 8 | 2 | - | 2 | 1 | - | - | 2 | 1 |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Beda Baumgartner und Konsorten für Unterstützung von aufsuchender Arbeit im Altersbereich

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | N | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | N | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | N | Anina Ineichen (GAB) | N | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | N | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | A | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | J |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | E | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | A | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | N | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | N |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Kruppenacher (SP) | A | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | A |
| Christian von Wartburg (SP) | N | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | N | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 42 | - | - | 12 | 9 | 7 | 8 | 5 | 1 |
| N | Nein | 47 | 29 | 17 | - | - | 1 | - | - | - |
| E | Enthaltung | 1 | - | - | - | - | 1 | - | - | - |
| A | Abwesend | 9 | 1 | - | 3 | 2 | 1 | - | 2 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | N | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | N | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | N | Anina Ineichen (GAB) | N | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | J |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | N | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | J | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | J |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | J |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | J | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | J | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | J | David Wüest-Rudin (GLP) | J | Eric Weber (fraktionslos) | J |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | N | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | N | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Kruppenacher (SP) | A | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | J |
| Christian von Wartburg (SP) | N | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | N | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 46 | - | - | 13 | 10 | 9 | 8 | 5 | 1 |
| N | Nein | 47 | 29 | 17 | - | - | 1 | - | - | - |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 6 | 1 | - | 2 | 1 | - | - | 2 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | N |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | N | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | N |
| Michael Hug (LDP) | N | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | N |
| Annina von Falkenstein (LDP) | N | Thomas Müry (LDP) | N | Lorenz Amiet (SVP) | N |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | N |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | N | Beat Braun (FDP) | N |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | N | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | N | Daniela Stumpf (SVP) | N | Balz Herter (die Mitte/EVP) | N |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | N | Roger Stalder (SVP) | N | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | N |
| David Trachsel (SVP) | N | David Wüest-Rudin (GLP) | E | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | N | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | N | Luca Urgese (FDP) | N | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | N | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | N | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | N | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | N | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | N |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | N | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | N |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | J | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | N |
| Alexandra Dill (SP) | J | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | N |
| Toya Krummenacher (SP) | A | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | N |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | N |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 51 | 29 | 17 | - | - | 1 | 4 | - | - |
| N | Nein | 41 | - | - | 13 | 10 | 9 | 3 | 5 | 1 |
| E | Enthaltung | 1 | - | - | - | - | - | 1 | - | - |
| A | Abwesend | 6 | 1 | - | 2 | 1 | - | - | 2 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | A |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | N | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | N | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | N | Anina Ineichen (GAB) | N | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | N |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | N | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | A | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | N |
| Michael Hug (LDP) | N | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | A |
| Annina von Falkenstein (LDP) | N | Thomas Müry (LDP) | N | Lorenz Amiet (SVP) | A |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | N |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | N |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | N | Beat Braun (FDP) | A |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | N | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | N | Daniela Stumpf (SVP) | N | Balz Herter (die Mitte/EVP) | N |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | A | Roger Stalder (SVP) | N | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | N |
| David Trachsel (SVP) | N | David Wüest-Rudin (GLP) | A | Eric Weber (fraktionslos) | J |
| Claudia Baumgartner (GLP) | N | Brigitte Kühne (GLP) | N | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | N | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | N | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | N | Luca Urgese (FDP) | N | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | N | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | N | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | N | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | N | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | N | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | N |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | N | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | N |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | N |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | N |
| Toya Krummenacher (SP) | A | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | N |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | N |
| Christian von Wartburg (SP) | N | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | N | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| N | Nein | 84 | 27 | 17 | 12 | 7 | 10 | 7 | 4 | - |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 14 | 3 | - | 3 | 4 | - | 1 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Harald Friedl und Consorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | N | Claudio Miozzari (SP) | N | Beda Baumgartner (SP) | N |
| Barbara Heer (SP) | N | Jean-Luc Perret (SP) | N | Michela Seggiani (SP) | N |
| Thomas Gander (SP) | N | Seyit Erdogan (SP) | N | Tonja Zürcher (GAB) | N |
| Tim Cuénod (SP) | N | Stefan Wittlin (SP) | N | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | N | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | N | Raphael Fuhrer (GAB) | N | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | N | Anina Ineichen (GAB) | N | Fleur Weibel (GAB) | N |
| Semseddin Yilmaz (SP) | N | Beatrice Messerli (GAB) | N | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | N | Beat von Wartburg (LDP) | N |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | N | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | A | Lea Wirz (GAB) | N | Alex Ebi (LDP) | N |
| Michael Hug (LDP) | N | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | A |
| Annina von Falkenstein (LDP) | A | Thomas Mury (LDP) | N | Lorenz Amiet (SVP) | N |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | N |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | N |
| Oliver Thommen (GAB) | N | Joël Thüring (SVP) | N | Beat Braun (FDP) | A |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | A | Beat K. Schaller (SVP) | N | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | N | Daniela Stumpf (SVP) | A | Balz Herter (die Mitte/EVP) | N |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | A | Roger Stalder (SVP) | N | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | N |
| David Trachsel (SVP) | N | David Wüest-Rudin (GLP) | A | Eric Weber (fraktionslos) | E |
| Claudia Baumgartner (GLP) | N | Brigitte Kühne (GLP) | N | Sasha Mazzotti (SP) | N |
| Tobias Christ (GLP) | N | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | N | Franziska Roth (SP) | N |
| David Jenny (FDP) | N | Luca Urgese (FDP) | N | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | N | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | N | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | N | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | N | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | N | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | N |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | N | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | N | Andreas Zappalà (FDP) | N |
| Nicole Amacher (SP) | N | Salome Hofer (SP) | A | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | N |
| Alexandra Dill (SP) | N | Georg Mattmüller (SP) | N | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | N |
| Toya Krummenacher (SP) | A | Edibe Gölgeli (SP) | N | Sandra Bothe (GLP) | N |
| Danielle Kaufmann (SP) | N | Ivo Balmer (SP) | N | Béla Bartha (GAB) | N |
| Daniel Sägesser (SP) | N | Jessica Brandenburger (SP) | N | Olivier Battaglia (LDP) | N |
| Christian von Wartburg (SP) | N | Mahir Kabakci (SP) | N | | |
| Pascal Pfister (SP) | N | Salome Bessenich (SP) | N | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| N | Nein | 83 | 28 | 16 | 11 | 7 | 10 | 7 | 4 | - |
| E | Enthaltung | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| A | Abwesend | 15 | 2 | 1 | 4 | 4 | - | 1 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | N |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | N | Heidi Mück (GAB) | N |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | N |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | A | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | N |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | A |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | N | Laurin Hoppler (GAB) | E | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | A | Lea Wirz (GAB) | E | Alex Ebi (LDP) | N |
| Michael Hug (LDP) | N | Jeremy Stephenson (LDP) | N | Stefan Suter (SVP) | A |
| Annina von Falkenstein (LDP) | N | Thomas Müry (LDP) | N | Lorenz Amiet (SVP) | N |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | N | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | N | Lukas Faesch (LDP) | N | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | N | Beat Braun (FDP) | A |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | N | Beat K. Schaller (SVP) | N | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | N | Daniela Stumpf (SVP) | A | Balz Herter (die Mitte/EVP) | N |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | A | Roger Stalder (SVP) | N | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | N | David Wüest-Rudin (GLP) | A | Eric Weber (fraktionslos) | E |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | N |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | N |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | N |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | J | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | A | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albietz (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | A | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | N |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 55 | 27 | 8 | - | - | 9 | 7 | 4 | - |
| N | Nein | 26 | - | 7 | 11 | 7 | 1 | - | - | - |
| E | Enthaltung | 3 | - | 2 | - | - | - | - | - | 1 |
| A | Abwesend | 15 | 3 | - | 4 | 4 | - | 1 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Balz Herter und Consorten auf Einreichung einer Ständesinitiative betreffend rasche und proportionale Rückerstattung der Krankenkassen-Reserven an der Bevölkerung

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

| | | | | | |
|---------------------------------------|---|--------------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| Lisa Mathys (SP) | J | Claudio Miozzari (SP) | J | Beda Baumgartner (SP) | J |
| Barbara Heer (SP) | J | Jean-Luc Perret (SP) | J | Michela Seggiani (SP) | J |
| Thomas Gander (SP) | J | Seyit Erdogan (SP) | J | Tonja Zürcher (GAB) | J |
| Tim Cuénod (SP) | J | Stefan Wittlin (SP) | J | Michelle Lachenmeier (GAB) | J |
| René Brigger (SP) | J | Raffaella Hanauer (GAB) | J | Heidi Mück (GAB) | J |
| Melanie Nussbaumer (SP) | J | Raphael Fuhrer (GAB) | J | Nicola Goepfert (GAB) | J |
| Melanie Eberhard (SP) | J | Anina Ineichen (GAB) | J | Fleur Weibel (GAB) | J |
| Semseddin Yilmaz (SP) | J | Beatrice Messerli (GAB) | J | Harald Friedl (GAB) | J |
| Raoul I. Furlano (LDP) | A | Oliver Bolliger (GAB) | J | Beat von Wartburg (LDP) | A |
| Lydia Isler-Christ (LDP) | J | Laurin Hoppler (GAB) | J | André Auderset (LDP) | A |
| Catherine Alioth (LDP) | A | Lea Wirz (GAB) | J | Alex Ebi (LDP) | J |
| Michael Hug (LDP) | J | Jeremy Stephenson (LDP) | J | Stefan Suter (SVP) | A |
| Annina von Falkenstein (LDP) | J | Thomas Müry (LDP) | J | Lorenz Amiet (SVP) | J |
| Jo Vergeat (GAB) | P | Philip Karger (LDP) | J | Bülent Pekerman (GLP) | J |
| Jérôme Thiriet (GAB) | J | Lukas Faesch (LDP) | J | Johannes Sieber (GLP) | J |
| Oliver Thommen (GAB) | J | Joël Thüring (SVP) | J | Beat Braun (FDP) | A |
| Patrizia Bernasconi (GAB) | J | Beat K. Schaller (SVP) | J | Mark Eichner (FDP) | A |
| Pascal Messerli (SVP) | J | Daniela Stumpf (SVP) | A | Balz Herter (die Mitte/EVP) | J |
| Gianna Hablützel-Bürki (SVP) | A | Roger Stalder (SVP) | J | Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP) | J |
| David Trachsel (SVP) | A | David Wüest-Rudin (GLP) | A | Eric Weber (fraktionslos) | N |
| Claudia Baumgartner (GLP) | J | Brigitte Kühne (GLP) | J | Sasha Mazzotti (SP) | J |
| Tobias Christ (GLP) | J | Niggi Daniel Rechsteiner (GLP) | J | Franziska Roth (SP) | J |
| David Jenny (FDP) | J | Luca Urgese (FDP) | J | Daniel Hettich (LDP) | J |
| Erich Bucher (FDP) | A | Karin Sartorius (FDP) | J | Nicole Strahm-Lavanchy (LDP) | J |
| Beatrice Isler (die Mitte/EVP) | J | Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP) | J | Felix Wehrli (SVP) | A |
| Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP) | J | Andrea Strahm (die Mitte/EVP) | J | Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP) | J |
| Christoph Hochuli (die Mitte/EVP) | J | Brigitte Gysin (die Mitte/EVP) | J | Andreas Zappalà (FDP) | J |
| Nicole Amacher (SP) | J | Salome Hofer (SP) | J | Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP) | J |
| Alexandra Dill (SP) | A | Georg Mattmüller (SP) | J | Daniel Albiets (die Mitte/EVP) | J |
| Toya Krummenacher (SP) | A | Edibe Gölgeli (SP) | J | Sandra Bothe (GLP) | J |
| Danielle Kaufmann (SP) | J | Ivo Balmer (SP) | J | Béla Bartha (GAB) | J |
| Daniel Sägesser (SP) | J | Jessica Brandenburger (SP) | J | Olivier Battaglia (LDP) | J |
| Christian von Wartburg (SP) | J | Mahir Kabakci (SP) | J | | |
| Pascal Pfister (SP) | J | Salome Bessenich (SP) | J | | |

| | | Total | SP | GAB | LDP | SVP | die Mitte/EVP | GLP | FDP | fraktionslos |
|---|--------------|------------|----|-----|-----|-----|---------------|-----|-----|--------------|
| J | Ja | 83 | 28 | 17 | 11 | 6 | 10 | 7 | 4 | - |
| N | Nein | 1 | - | - | - | - | - | - | - | 1 |
| E | Enthaltung | 0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| A | Abwesend | 15 | 2 | - | 4 | 5 | - | 1 | 3 | - |
| P | Präsidium | 1 | | 1 | | | | | | |
| | Total | 100 | 30 | 18 | 15 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 |

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

| Direkt auf die Tagesordnung kommen | | Komm. | Dep. | Dokument |
|------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------|------|--------------------------|
| 1. | Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zum Historischen Museum Basel | GPK | | 22.5209.01 |
| 2. | Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (EG IVöB) | JSSK | BVD | 20.1317.02 |
| 3. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P419 "Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag" | PetKo | | 20.5278.04 |
| 4. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P433 "Für eine sinnvolle, nachhaltige Schulraumnutzung und Schulraumplanung im Niederholzquartier" | PetKo | | 21.5434.03 |
| 5. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P443 "Kantonale Brückenleistung 60plus - statt Gang aufs Sozialamt" | PetKo | | 21.5820.02 |
| 6. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P445 "Für den Erhalt unserer Friedhofskultur auf dem Hörnli - Nein zum Entfernen von Kreuzen und christlichen Symbolen" | PetKo | | 22.5140.02 |
| 7. | Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie zur Umgestaltung der Tramhaltestellen in der Austrasse im Zuge von Sanierungsmassnahmen sowie zum Anzug Beat Leuthardt und Joël Thüring betreffend vier elektrische Weichen am Brausebad für ein nachhaltigeres und flexibleres Basler Tramnetz | UVEK | BVD | 21.0159.02 21.5273.02 |
| 8. | Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Ausgabenbewilligung für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an einer Kapitalerhöhung der MCH Group AG | WAK | WSU | 22.0470.02 |
| 9. | Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2021 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2021 der fünf kantonalen Museen | FKom BKK | | 22.5239.01 |
| 10. | Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur "Gartenlandschaft Milchsuppe" | BRK | BVD | 21.1553.02 |
| 11. | Zweiter Zwischenbericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission Biozentrum (PUK) <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i> | PUK Biozentrum | | 21.5652.02 |
| 12. | Bericht des Regierungsrates betreffend Sammelvorlage Nachtragskredite 2022 <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i> | FKom | FD | 22.0784.01 |
| 13. | Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept | | WSU | 21.5837.02 |
| 14. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen | | PD | 18.5190.04 |
| 15. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen | | PD | 16.5314.04 |
| 16. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Task-Force Lehrstellenmarkt: Gemeinsam die Auswirkungen der Corona-Krise bewältigen | | ED | 20.5233.02 |

Überweisung an Kommissionen

| | | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------|----|--------------------------|
| 17. | Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit zur Gegenfinanzierung der Projektkosten zur Digitalisierung einzelner wichtiger Sammlungsbestände des Naturhistorischen Museums Basel | BKK FKom | PD | 21.1624.01 |
| 18. | Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der Beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2021 | BKK | ED | 22.0666.01 |
| 19. | Stellungnahme des Regierungsrates zum Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa sowie Ausgabenbericht für eine Städtepartnerschaft im Sinne "Von Stadt zu Stadt" (Sahab, Jordanien) | RegioKo | PD | 16.5216.03 19.1710.01 |
| 20. | Ratschlag betreffend Corona-Bonus für das Gesundheitspersonal während der COVID-19-Pandemie sowie Bericht des Regierungsrates zur Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Corona-Bonus für das Gesundheitspersonal während der COVID-19-Pandemie | GSK | GD | 22.0690.01 21.5017.03 |
| 21. | Ausgabenbericht für Ausbau der Massnahmen zugunsten der gesundheitlichen Chancengleichheit im Kanton Basel-Stadt | GSK | GD | 22.0612.01 |
| 22. | Ratschlag zu einem Kantonalen Gleichstellungsgesetz zu Geschlecht und sexueller Orientierung (Kantonales Gleichstellungsgesetz) sowie Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Nora Bertschi und Konsorten betreffend die Gleichstellung von Menschen unabhängig ihrer sexuellen Orientierung | JSSK Mitbericht GPK | PD | 21.0829.01 17.5022.04 |
| 23. | Petition P449 "Keine Aufhebung oder Verschiebung von den Bushaltestellen Linie 31, 38 Thomaskirche, Ensisheimerstrasse, Blotzheimerstrasse" | PetKo | | 22.5309.01 |
| 24. | Petition P450 "Burgfelderstrasse Tempo 30 - Jetzt!" | PetKo | | 22.5310.01 |

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

| | | | | |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|--|------------|
| 25. | Motionen: | | | |
| 1. | Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie | | | 22.5302.01 |
| 2. | David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Erarbeitung strategischer Alternativen zur Beteiligung an der MCH-Group | | | 22.5312.01 |
| 26. | Anzüge: | | | |
| 1. | Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Regulierung der Arbeit auf Abruf im Personalrecht des Kantons Basel-Stadt | | | 22.5295.01 |
| 2. | Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Voraussetzungen für Staatsbeiträge | | | 22.5296.01 |
| 3. | Eric Weber betreffend Info-Material der Parteien im Parlament | | | 22.5297.01 |
| 4. | Eric Weber betreffend Friedenskonferenz in Basel | | | 22.5298.01 |
| 5. | Eric Weber betreffend Abschaffung des Sicherheitspersonals im Grossen Rat | | | 22.5299.01 |
| 6. | Eric Weber betreffend Städtepartnerschaft von Basel nach Kiev oder nach Saporischschja | | | 22.5300.01 |
| 7. | Sandra Bothe und Konsorten betreffend Monitoring zur Sicherstellung von ausreichend und qualifizierten Lehr- und Fachpersonen sowie Schulleitungen für die Basel-Städtischen Schulen | | | 22.5306.01 |

Kenntnisnahme

| | | | | |
|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------|-----|------------|
| 27. | Schreiben der Finanzkommission betreffend Dringlicher Nachtragskredit und Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten aus dem Ukraine-Krieg durch Staatsbeitragsempfänger | FKom | WSU | 22.0615.02 |
| 28. | Bericht des Regierungsrates betreffend IWB Industrielle Werke Basel: Genehmigung der Jahresrechnung 2021 | | WSU | 22.0582.01 |
| 29. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend Ausbau Elsässerbahn nur mit Überdeckung und S-Bahn-Station Morgartenring (stehen lassen) | | BVD | 19.5368.03 |
| 30. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Alexandra Dill betreffend Re-Use und Baustoffkreisläufe für klimafreundlicheres Bauen | | BVD | 22.5128.02 |
| 31. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Annina von Falkenstein betreffend Sicherung von Suizidhotspots | | BVD | 22.5129.02 |
| 32. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Michela Seggiani betreffend Homeoffice | | FD | 22.5144.02 |
| 33. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jessica Brandenburger betreffend den Auswirkungen der geschlechts-spezifischen Unterschiede in der medizinischen Versorgung | | GD | 22.5126.02 |
| 34. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage David Wüest-Rudin betreffend Auswirkung von Covid-19 auf Eigenfinanzierung des Campus Gesundheit | | GD | 22.5131.02 |
| 35. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jérôme Thiriet betreffend psychische Gesundheit am Arbeitsplatz | | GD | 22.5137.02 |
| 36. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Claudia Baumgartner betreffend Schaffung einer polizeilichen «Fachstelle Tierdelikte» | | JSD | 22.5125.02 |
| 37. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Nicole Amacher betreffend Rückstufungen und Entzug von Aufenthaltsbewilligungen seit Einführung des neuen AIG 2019 und der COVID-19-Pandemie | | JSD | 22.5127.02 |
| 38. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Franziska Roth betreffend Berufsinformation und -beratung an den Gymnasien | | ED | 22.5204.02 |
| 39. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Joël Thüning betreffend "Entwicklung der Energiepreise im Kanton Basel-Stadt, wie sauber ist der Strom tatsächlich und was macht der Regierungsrat gegen den bevorstehenden Strom-Blackout?" | | WSU | 22.5058.02 |
| 40. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Fortnite, Minecraft und Amang Us | | ED | 22.5103.02 |

Anhang C: Neue Vorstösse

Motionen

1. Motion betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie

22.5302.01

Unabhängig davon, wie jemand zur neuen Wohnschutzpolitik steht, besteht Einigkeit darüber, dass sich Regierung und Behörden an den Volkswillen halten müssen. Es dürfte für alle unbestritten sein, dass sich das Wohnschutzgesetz gegen Missbrauch richtet, währenddem Vermietende erleichterte Bedingungen vorfinden sollen. In diesem Zusammenhang lassen sich die initiierenden Kreise beim Konzept für einen «Expressschalter» behaften.

Stets war insbesondere in Bezug auf das «Vereinfachte Verfahren» die Rede von «nur minimaler und unbürokratischer Bewilligungspraxis». Dementgegen ist seit dem 28. Mai 2022 eine Website aufgeschaltet, deren Umfang jeglichen Rahmen sprengt. Sie ist viel zu kompliziert und unübersichtlich, stellt bürokratische Maximalmassnahmen über jegliche Vorgaben wie Einfachheit, Konzision, Niederschwelligkeit und Barrierenfreiheit, obwohl nur letztere dem Volkswillen und dem geltenden Gesetz entsprechen.

Ausdruck dieses Bürokratiemonsters sind gigantische Formulare von 17 und 18 Seiten Länge, gespickt mit Multiple Choice-Fragen. Diese auszufüllen bedeutet stundenlange Arbeit. Dies ist besonders stossend in Bezug auf das «Vereinfachte Verfahren» (§ 8c Wohnschutzgesetz), die ja auf sanfte Sanierungsvorhaben zugeschnitten sind. Die Behörden sehen dort nicht etwa einen ganztags geöffneten Expressschalter und ein einfaches mündliches Vorgehen vor. Stattdessen werden Vermietende zur Öffnung und Bearbeitung eines Formulars von nicht weniger als 17 Seiten Umfang gezwungen.

Hinzu kommt, dass solche Formularmonster noch nicht mal digital ausfüllbar sind, sondern in altvaterischer Art von Hand ausgefüllt werden müssen. Zudem ist die befristete Öffnungszeit der Hotline von jeweils 10 bis 12 Uhr von Montag bis Freitag nicht sehr kundenfreundlich.

Aus diesen Überlegungen bitten die Motionäre den Regierungsrat, in Bezug auf die Wohnschutzkommission folgende Massnahmen innert 6 Monaten zu treffen:

1. Es ist umgehend sicherzustellen, dass der Auftritt der Kommission nach aussen sowie die Frage von Eingaben und Formularen grundsätzlich Sache der Kommission ist, und dass diese sich selber organisiert.
2. Sämtliche Formulare sind während einer Übergangszeit von längstens sechs Monaten in geeigneter Weise so vereinfachend auszugestalten, dass
 - a) deren Zahl bezogen auf den Ursprungszustand (Stichtag 1.6.2022) radikal gekürzt wird,
 - b) deren Länge massiv gekürzt und deren Inhalt auf das absolute Minimum beschränkt wird,
 - c) deren Nutzung niederschwellig und benutzerfreundlich möglich ist,
 - d) deren digitale Nutzung vollumfänglich gegeben ist.
3. Die persönliche und die telefonische Erreichbarkeit sind so zu verbessern und zu erleichtern, dass die Öffnungszeiten den üblichen und den zeitgemässen Sprechstundenzeiten entsprechen.

Joël Thüring, Jérôme Thiriet, Balz Herter, Jeremy Stephenson, Pascal Pfister, Niggi Daniel
Rechsteiner

2. Motion betreffend Erarbeitung strategischer Alternativen zur Beteiligung an der MCH-Group

22.5312.01

Der Regierungsrat verabschiedete am 13. April einen Ratschlag (22.0470), mit dem er dem Parlament einen Kapitalnachschuss von CHF 34 Mio. und ein Erlass des Restdarlehens von CHF 5.8 Mio. für die MCH Group beantragt. Seit Jahren wird vom Regierungsrat gefordert, dass er auf die sich abzeichnenden Debakel MuBa und BaselWorld dem Parlament Alternativen aufzeigt, wie der Messestandort Basel ohne das Konstrukt MCH Group gefördert werden könnte. Nach einer unbefriedigend beantworteten Interpellation betreffend finanzieller Schieflage der MCH Group (19.5210) hat der Grosse Rat vor drei Jahren mit einem ohne Gegenstimme überwiesenen Anzug (19.5236) dem Regierungsrat den Auftrag erteilt, zu prüfen und zu berichten, «mit welcher alternativen Strategie er die Messe- und Standortförderung und den volkswirtschaftlichen Nutzen sichert ohne Beteiligung an der MCH Group bzw. unter Aufgabe des Konstrukts einer gemischtwirtschaftlichen, börsennotierten AG nach OR 762». Im Anzug wurde deutlich gemacht, dass «es für Parlamente ärgerlich, ja untragbar ist, wenn sie von der Exekutive vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Anzugstellenden wollen darum Transparenz, frühzeitige Information über Alternativen, eine politische Diskussion und vor allem im Grossen Rat keine Sachzwänge vorgelegt bekommen, über die sie dann nur noch pro forma entscheiden können, weil keine Alternativen mehr bestehen.» Drei Jahre später ist

klar: Der Regierungsrat hat nichts gemacht, er präsentiert einen teuren Sachzwang nach dem anderen ohne Alternative (Kapitalerhöhung 2020 25 Mio.; aktuell 2022 40 Mio.). Der Regierungsrat stellt die jetzt geplante Finanzspritze als alternativlos dar, die einzige kurzfristige andere Option sei der sofortige, ungeordnete und konzeptlose Ausstieg aus der MCH Group.

Die Motionäre sind der Meinung, dass der Regierungsrat seine grundlegende strategische Arbeit nicht verweigern soll und dem Parlament trotz gegenteiligem Auftrag nicht wiederholt teure Sachzwänge präsentieren soll. Es müssen Alternativen auf den Tisch. Dazu zählt klar auch die Veräusserung der Beteiligung. Eine solche kann aber nicht einfach so vollzogen werden, der Kanton soll nicht seine Werte konzeptlos verscherbeln, dahinter muss ein Gesamtkonzept mit Standortförderungsstrategie und der (Teil-)Verkauf als Gesamtpaket stehen.

In der Debatte bezüglich des Abschreibens des Anzugs 19.5236 am 16. Februar 2022 argumentierte Regierungsrat Sutter (nach Audioprotokoll), der Grosse Rat habe mit der Zustimmung zur Kapitalerhöhung 2020 zur aktuellen Lösung Ja gesagt und es gäbe keine Alternativforderung seitens des Parlaments. Obgleich es nach Meinung der Motionäre nicht Aufgabe eines Milizparlaments sein kann, dem Regierungsrat seine Messe- und Standortförderungsstrategie zu formulieren, wird nachfolgend ein Vorschlag als «Alternativforderung» präsentiert, den der Regierungsrat in einem Ratschlag ausarbeiten, diskutieren und weitere Alternativen dazu darlegen soll: Der Kanton...

- ... verkauft seine Anteile an der MCH Group. Dieser Schritt stellt einen Mehrwert für die jetzigen und hinzukommenden Investoren dar (Möglichkeit Statutenänderung, unternehmerische Freiheit);
- ... lässt sich diesen Mehrwert abgelten, indem er vertraglich gesichert an künftigen Wertsteigerungen der Gesellschaft oder an Gewinnen in einer gewissen Zeitspanne beteiligt wird – ohne Übernahme von Risiken;
- ... kauft die Messehallen zu einem fairen/günstigen Preis. Auch dieser Schritt stellt einen Mehrwert für die jetzigen und hinzukommenden Investoren dar;
- ... verpflichtet im Gegenzug vertraglich die MCH Group für eine gewisse Zeit (z.B. 10 Jahre) die Hallen mit Messen oder anderen Events zu bespielen bzw. teilweise zu mieten, insbesondere zur Ausrichtung der Art Basel;
- ... gründet eine Betreiberfirma zum Betrieb und Bespielung der Hallen, vorzugsweise zusammen mit einem professionellen privaten Partner.

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Grossen Rat in zwei Jahren einen Ratschlag vorzulegen, der eine Veräusserung der Beteiligung an der MCH Group sowie ein Konzept bzw. eine Strategie zur Messe-/ Event-/ Standortförderung ohne Beteiligung an der MCH Group vorsieht gemäss den Ausführungen in dieser Motion. Der Regierungsrat soll im Ratschlag zugleich Alternativen darlegen, wie der Messe- und Eventstandort Basel ebenso gut und nachhaltig gefördert werden kann, über die der Grosse Rat dann entscheiden kann.

David Wüest-Rudin, Claudia Baumgartner, Brigitte Kühne, Tobias Christ, Bülent Pekerman, Sandra Bothe, Niggi Daniel Rechsteiner, Johannes Sieber

Anzüge

1. Anzug betreffend Regulierung der Arbeit auf Abruf im Personalrecht des Kantons Basel-Stadt

| |
|------------|
| 22.5295.01 |
|------------|

Echte Arbeit auf Abruf bedeutet, dass weder die individuelle eine Arbeitseinteilung (Einsatzplan) noch die effektive Arbeitszeitdauer (Einsatzzeit) oder beides nicht im Voraus vereinbart wird, sondern einseitig vom Arbeitgeber situativ bestimmt wird. Bei der unechten Arbeit auf Abruf haben die Arbeitnehmenden das Recht, die Arbeit abzulehnen (oder anzunehmen). Dies ist bei der unechten Arbeit auf Abruf nicht so ist, und damit wird das Unternehmerrisiko auf die Arbeitnehmenden abgewälzt wird. Die Arbeitnehmenden erhalten weder eine Entschädigung für die Rufbereitschaft noch haben sie eine Garantie auf ein Minimum an Arbeitsstunden – und damit ein Mindesteinkommen. Entsprechend prekär und dramatisch sind oft die wirtschaftlichen Folgen von echter Arbeit auf Abruf für die Arbeitnehmenden. Auch die in gewissem Masse «mitbestimmte» unechte Arbeit auf Abruf hat ihre wirtschaftlichen Risiken für Arbeitnehmende: Oft werden Arbeitsangebote von Seiten des Arbeitgebers nach einigen Ablehnungen von Einsätzen oder während Kündigungsfristen drastisch reduziert.

Das Bundesgericht hat zwar Arbeit auf Abruf nicht als grundsätzlich unzulässig gewertet, jedoch in verschiedenen Urteilen Lohnfortzahlungspflichten bzw. Entschädigung von Rufbereitschaft geschützt. Immer wieder beschäftigen sich auch kantonale Gerichte mit Rechtsfragen bzw. -streitigkeiten im Zusammenhang mit Arbeit auf Abruf, weil klare gesetzliche Rahmenbedingungen fehlen.

Auf nationaler Ebene ist mit dem im Ständerat angenommenen Postulat Cramer bereits ein gewisser Konsens betreffend die Notwendigkeit Arbeit auf Abruf im Privatrecht zu regulieren spürbar.

Das Bedürfnis für Arbeitnehmende auf Abruf existiert aber nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch im Bereich des Personalrechts des Kantons Basel-Stadt. Auch hier fehlen klare, genügende rechtliche Rahmenbedingungen, die

sowohl den Arbeitgeber wie auch die Arbeitnehmenden vor Rechtsunsicherheiten bzw. wirtschaftlichen Risiken bewahrt. Dies obwohl einfache Lösungen wie die Festlegung von einer minimalen durchschnittlichen Arbeitszeit im Arbeitsvertrag oder eine Entschädigung für Rufbereitschaft ähnlich der Pikettregel auf der Hand liegen.

Entsprechend wird der Regierungsrat gebeten, zu prüfen und zu berichten, wie sowohl echte wie auch unechte Arbeit auf Abruf im kantonalen Personalrecht zum Schutze der Arbeitnehmenden und dem Arbeitgeber entsprechend den oben erwähnten Ansätzen oder anderen reguliert werden kann.

Toya Krummenacher, Tonja Zürcher, Patrizia Bernasconi, Christian von Wartburg, Oliver Thommen, Beda Baumgartner, Olivier Battaglia, Anina Ineichen, Claudio Miozzari, Pascal Pfister, Beatrice Messerli, Heidi Mück

2. Anzug betreffend Voraussetzungen für Staatsbeiträge

22.5296.01

Es ist wohl ein akzeptierter Grundsatz, dass die öffentliche Hand niemandem finanzielle Leistungen gewähren soll, der offensichtlich und systematisch gegen die üblichen Arbeits- und Lohnbedingungen verstösst. Im Submissionsrecht wird deshalb von den Anbietern die Einhaltung der orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen verlangt.

Im Submissionsrecht werden aber nicht alle Empfänger von geldwerten Leistungen der öffentlichen Hand erfasst. Gerade im Bereich der Empfänger von Finanzhilfen und Abgeltungen fehlt eine entsprechende, allgemeine Schutzbestimmung. Zwar finden sich in einzelnen Spezialgesetzen entsprechende Regelungen, aber damit werden selbstredend nur jene Empfänger erfasst für welche betreffende Spezialgesetze gelten.

Die einfachste Lösung, um die Einhaltung der üblichen Arbeits- und Lohnbedingungen darzulegen aber auch zu überprüfen, ist die Beteiligung des Leistungsempfängers an einem Gesamtarbeitsvertrag.

Es scheint daher sinnvoll, eine allgemeine Regelung im Staatsbeitragsgesetz ähnlich §5 des Beschaffungsgesetzes zu verankern. Da es sich jedoch gerade im Subventionsbereich um Leistungsempfänger aus sehr vielfältigen Branchen und sehr unterschiedlicher Grösse handelt, wäre es wohl sinnvoll eine solche Voraussetzung zum Beispiel an die Grösse des Subventionsempfängers oder die Subventionshöhe oder deren Charakter abhängig zu machen. Das Ziel ist nicht etwa z.B. für kleinere Vereine oder Institutionen die Hürden für Subventionen zu erhöhen, sondern bei gewichtigen Leistungsempfängern bzw. hohen Staatsbeiträgen eine gewisse Gleichbehandlung mit Unternehmen, die Gelder der öffentlichen Hand über Submissionen erhalten zu erreichen und so auch sicherzustellen, dass die öffentliche Hand nicht Institutionen oder Unternehmen finanziert, welche die üblichen Arbeits- und Lohnbedingungen unterwandert.

Es wäre auch vorstellbar, dass Institutionen oder Organisationen, die bereits einen Gesamtarbeitsvertrag mit repräsentativen Sozialpartnern auf Arbeitnehmendenseite beteiligt sind, einen erleichterten Zugang zu Staatsbeiträgen haben könnten, als solche die an keinem Gesamtarbeitsvertrag beteiligt sind.

Der Regierungsrat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten wie im Staatsbeitragsgesetz unter den Voraussetzungen zur Gewährung von Finanzhilfen und Abgeltungen, geregelt werden könnte, dass namhafte Leistungen der öffentlichen Hand nicht an Empfänger gehen, die die üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen untergraben, ohne dabei die Hürden insbesondere für kleinere zu erhöhen.

Toya Krummenacher, Patrizia Bernasconi, Pascal Pfister, Beatrice Messerli, Beda Baumgartner, Tonja Zürcher, Anina Ineichen, Oliver Thommen, Claudio Miozzari, Christian von Wartburg

3. Anzug betreffend Info-Material der Parteien im Parlament

22.5297.01

Vielen Bürgern fehlt heute die Information über die Parteien. Ist man in grossen Parlamenten wie im Bundestag in Berlin oder im Europa-Parlament in Strassburg oder in Landtagen in Deutschland, so findet man im Parlamentsgebäude überall von allen Parteien Info-Ständer mit Material zum mitnehmen.

Da es scheinbar verboten ist, auf der Parlamentstribüne Flugblätter zu verteilen, sollte eine schöne Lösung gefunden werden, dass es nicht zu Gehässigkeiten kommt.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie ermöglicht werden kann, dass jede Partei im Rathaus ihr Info-Material auslegen kann. Auf der Tribüne gibt es am Rand schon so ein Fach, wo der Sitzplan vom Parlament drin liegt und die Tagesordnung. Genau dort könnten weitere Fächer angebracht werden, für die Parteien.

Eric Weber

4. Anzug betreffend Friedenskonferenz in Basel

22.5298.01

Der Krieg tobt in Europa. Vor unserer Haustüre. Das ist sehr gefährlich, denn die USA ist wieder einmal weit weg und es wird die USA nicht treffen.

Die Schweiz bekannt als neutraler Staat, ist daher immer legitimiert, eine Friedenskonferenz durchzuführen. Im Sommer findet im Kanton Tessin eine Geber-Konferenz für die Ukraine statt. Darunter versteht man eine Konferenz, die Geld für die Ukraine organisieren wird.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass Basel-Stadt eine Europäische Friedenskonferenz organisieren kann.

Basel hat eine lange Geschichte. Das Konzil von Basel. Dann lebte der Russische Zar zwei Jahre lang in Basel. Unsere Stadt soll sich weiterhin einen Namen machen, für den Frieden in der Welt.

Eric Weber

5. Anzug betreffend Abschaffung des Sicherheitspersonals im Grossen Rat

22.5299.01

Es fällt auf, dass im Parlament auf der Tribüne immer Sicherheits-Personal ist. Auch sonst im Gebäude.

Die Grossräte wurden darüber nie informiert. Es sind weitere Kosten, die auf den Steuerzahler zukommen.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten, zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass das Sicherheitspersonal wieder vollständig abgebaut wird.

Eric Weber

6. Anzug betreffend Städtepartnerschaft von Basel nach Kiew oder nach Saporischschja

22.5300.01

Der Ukraine Krieg wird uns noch länger beschäftigen. Und daher ist es doch sinnvoll, wenn an mögliche Städtepartnerschaften an die Ukraine gedacht wird. Zum Beispiel nach Kiew oder an die Stadt Saporischschja.

Saporischschja ist wie Basel an einem grossen Fluss gelegen.

Die Basier Regierung wird gebeten zu prüfen, wie ermöglicht werden kann, dass es neue Städtepartnerschaften geben kann.

Eric Weber

7. Anzug betreffend Monitoring zur Sicherstellung von ausreichend und qualifizierten Lehr- und Fachpersonen sowie Schulleitungen für die Basel-Städtischen Schulen

22.5306.01

Der Mangel an adäquat ausgebildeten Lehr- und Fachpersonen an Schulen ist schweizweit ein Thema. Andere Kantone publizieren dazu ihre Zahlen: So fehlen im Kanton Luzern aktuell 233 Lehrpersonen, im Kanton Zürich sind es rund 950 und im Kanton Bern rund 500 Lehrpersonen. Der Kanton Basel-Stadt publiziert dazu keine Zahlen.

Gute Schulen brauchen angemessen ausgebildete Lehrpersonen und qualifizierte Fachpersonen in genügender Anzahl. Infolge von Pensionierungen und Kündigungen verlassen tendenziell mehr Schulpersonal die Volksschule als an den Pädagogischen Hochschulen ausgebildet werden. Ausserdem streben jüngere Lehrpersonen, die in den Beruf einsteigen, häufig ein Teilzeitpensum an und verbleiben weniger lang im Beruf.

In seiner Antwort auf die Schriftliche Anfrage von Kerstin Wenk vom 16. Dezember 2020 betreffend die Anstellungen von Lehrpersonen hält der Regierungsrat fest, dass im Jahr 2019 160 Lehrpersonen der Volksschule gekündigt haben. In den vorangehenden Jahren waren es 114 Personen (2017) bzw. 147 Personen (2018). Zudem unterrichteten im Schuljahr 2020/21 an der Volksschule 240 Personen ohne ein von der EDK anerkanntes Diplom.

Solange ein installiertes Monitoring fehlt, das darstellt, wie viele Lehr- und Fachpersonen jährlich ihren Arbeitsvertrag auflösen, wie viele Stellen nicht bzw. mit nicht adäquat qualifizierten oder mit unqualifizierten Personen besetzt und wie viele Stellen von Studierenden bzw. Pensionierten übernommen werden, kann nicht beurteilt werden, ob nicht auch in Basel-Stadt ein akuter Lehrpersonenmangel herrscht.

Nur wenn Daten gesammelt, systematisch aufbereitet, analysiert und interpretiert werden, können sinnvolle Massnahmen beschlossen und nachhaltige Steuerungsentscheide getroffen werden. Ein Monitoring in diesem Sinne würde auch helfen, vorgeschlagenen Massnahmen weiterzuentwickeln.

Schliesslich hängt die Qualität des Bildungssystems respektive das Erreichen der Bildungsziele zu einem wesentlichen Teil von adäquat ausgebildeten Lehrpersonen und Schulleitungen ab. Ein Monitoring legt die Basis, von der ausgehend eine datengestützte Strategie formuliert und entsprechende Massnahmen geplant werden können, die nicht nur den Bedarf an Lehr- und Fachpersonen und Schulleitungen decken, sondern auch deren Ausbildungsstand berücksichtigen.

Ausgehend von dieser Darlegung bitten die Anzugsstellenden den Regierungsrat, ein Monitoring einzurichten, das die Besetzung von Stellen von Lehr- und Fachpersonen sowie den Schulleitungen an den Volksschulen von Basel-Stadt jeweils zu Beginn des neuen Schuljahres aufzeigt und über folgende Punkte informiert:

- Wie viele Stellen mit adäquat ausgebildeten Lehr- und Fachpersonen sowie Schulleitungen jährlich besetzt werden, aufgeschlüsselt nach Schulstufen
- Wie viele Stellen jährlich an den verschiedenen Schulstufen mit Personen, die nicht über ein EDK- anerkanntes Diplom verfügen, besetzt werden
- Wie viele Stellen davon von Studierenden bzw. von Pensionierten besetzt werden, nach Schulstufe aufgeschlüsselt
- Wie viele Arbeitsverhältnisse im Lehr- und Fachpersonen und bei den Schulleitungen jährlich aufgelöst werden, aufgeschlüsselt nach Schulstufen
- Wie viele Stellen jährlich an den verschiedenen Schulstufen nicht besetzt werden können.
Sandra Bothe, Brigitte Gysin, Beatrice Messerli, Sasha Mazzotti, Catherine Alioth, Béla Bartha, Erich Bucher, Jenny Schweizer, Balz Herter

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend die hohen Kündigungszahlen an der Volksschule im Vergleich mit den Mittelschulen, den Berufsschulen und den höheren Fachschulen

22.5311.01

Bei den Vorbereitungsarbeiten für einen Anzug habe ich die Antwort der Regierung auf die schriftliche Anfrage von Kerstin Wenk betreffend Anstellungen von Lehrpersonen vom 15. Dezember 2020 nochmals genau gelesen.

Auf die Frage, wie viele Lehrpersonen beim Kanton Basel-Stadt in den letzten drei Jahren – also von 2017 bis 2019 – gekündigt haben, antwortete die Regierung wie folgt: An den Volksschulen kündigten im Jahr 2019 - 160, im 2018 - 147 und im 2017 - 114 Lehrpersonen.

Im Jahr 2019 waren gemäss Zahlenspiegel Bildung 20/21 2610 Lehrpersonen an der Volksschule angestellt.

An den Mittelschulen, Berufsfachschulen und höheren Fachschulen haben im Jahr 2019 - 4, im 2018 - 2 Lehrpersonen und im 2017 - 1 Lehrperson das Arbeitsverhältnis aufgelöst.

Im Jahr 2019 waren gemäss Zahlenspiegel Bildung 20/21 1'131 Lehrpersonen angestellt.

Die zahlenmässig proportional viel höheren Kündigungszahlen an den Volksschulen - im Vergleich mit den Mittelschulen, Berufsfachschulen und höheren Fachschulen – sind augenfällig. Sie können meiner Meinung nach nicht allein mit den Gründen (Mutterschaft, altersbedingte Abgänge, private Gründe oder Wechselwünsche), die in der Antwort der Regierung aufgeführt sind, erklärt werden, da diese Gründe grundsätzlich für alle Schulstufen geltend gemacht werden können.

Gemäss Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz sind insbesondere auch die Stellen von Klassenlehrpersonen an der Primarschule – vom akuten Lehrpersonenmangel betroffen.

Die Qualität des Unterrichts, die Bildungsqualität an den Schulen von Basel-Stadt, hängt von gut qualifizierten Lehrpersonen und gut ausgebildeten Fachkräften ab.

Infolgedessen drängt es sich auf, auch die Ursachen für Kündigungen zu klären, um entsprechende Massnahmen zu ergreifen, damit die Attraktivität und die Rahmenbedingungen des Lehrberufs insbesondere auf der Primarstufe gesteigert werden können. Deshalb bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was sind die Gründe für die zahlenmässig deutlichen Unterschiede bei den Kündigungen von Lehrpersonen an der Volksschule im Vergleich zu jenen an den Mittelschulen, Berufsfachschulen und den höheren Fachschulen?
2. Welche Belastungsfaktoren und Berufsanforderungen führen nach Ansicht der Regierung zu Kündigungen in der Volksschule?
 - a. Inwiefern spielt die Komplexität der Aufgaben infolge der Reformen und Integrativen Schule mit der damit verbundenen Arbeitsbelastung eine Rolle?
 - b. Inwiefern sind die Unterschiede auf die Lohnunterschiede zurückzuführen?
 - c. Sind Unterschiede bei den Kündigungen in Bezug auf die Berufsphase festzustellen mit Fokus auf Berufseinsteigende versus erfahrene Lehrpersonen?
 - d. Inwiefern spielen Laufbahn-Ziele eine Rolle?
 - e. Inwiefern spielen geschlechts- und stufenspezifische Unterschiede eine Rolle?
 - f. In Bezug auf die Kündigung wegen Familiengründung – wie viele Lehrpersonen geben den Beruf auf, wie viele Lehrpersonen arbeiten reduziert weiter?
 - g. Wie werden Lehrpersonen zum Wiedereinstieg motiviert?

3. Welche Faktoren machen die Arbeit an den Mittelschulen, den Berufsfachschulen und den höheren Fachschulen ganz konkret attraktiver?
4. Welche konkreten Massnahmen plant der Regierungsrat, um dem drohenden Lehr- und Fachpersonenmangel an der Volksschule von Basel-Stadt entgegenzuwirken?

Sandra Bothe

2. Schriftliche Anfrage betreffend Storchenparking schliessen?

22.5313.01

Das Storchenparking bzw. das mit ihm verbundene MIV-Verkehrsaufkommen bildet, mitten im Stadtzentrum, einen ärgerlichen Fremdkörper. Es stört den gesamten Güter- und Lieferverkehr sowie den ÖV und den Veloverkehr. Die Belastungen führen zu Fahrt-, Reise- und Lieferverzögerungen und verteuern somit sämtliche damit verbundenen Dienstleistungen, was sich tendenziell auch in den Rechnungslegungen, Abgeltungen und Lieferpreisen abbildet. Abgesehen von diesen ökonomisch belastenden Faktoren beeinträchtigt das Storchenparking permanent die Lebensqualität der gesamten Wohnbevölkerung, weil die Menschen in der Innenstadt flanieren möchten. Auch so gesehen ist das Storchenparking nicht mehr zeitgemäss und ein Auslaufmodell.

Besonders ausgeprägt sind die Belastungen durch das Storchenparking in den häufigen Zeiten massiver Rückstaus in der Spiegelgasse und teils bis in den Blumenrain hinein. Solche Auswirkungen können gut und gern als gesetzwidrige Beeinträchtigungen des ÖV betrachtet werden, dies vor allem was den Busverkehr aus Richtung Universitätsspital zur Haltestelle Schiffflände betrifft. An besonders MIV-belasteten Tagen – häufig an Samstagen – führt dies zusätzlich zur Behinderung des Tramverkehrs, insbesondere von Tram 11, welches trotz faktischen Eigentrassees im Blumenrain aufgrund der Undiszipliniertheit der MIV-Lenkenden nicht oder nicht ungehindert vorwärts kommt.

All diese Nachteile sind letztlich bloss Partikularinteressen geschuldet. Es ist in keiner Weise einsichtig, wieso sich MIV-Lenkende einen Vorteil gegenüber der gesamten übrigen Bevölkerung verschaffen können, indem sie überproportional dynamische und statische Verkehrsfläche für sich allein in Anspruch nehmen und der übrigen Wohnbevölkerung wegnehmen.

Es drängen sich die nachfolgenden Fragen an die Basler Regierung auf.

1. Ist das Storchenparking noch gesetzeskonform?
2. Falls nein, ist die Regierung bereit, es unverzüglich zu schliessen?
3. Falls ja:
 - a) Lässt es sich aufgrund der heutigen rechtlichen Grundlagen permanent schliessen?
 - b) Welche enteignungsähnliche Massnahmen wären ggf. möglich?
 - c) Lässt es sich kurzfristig gestützt auf den verfassungs- und gesetzmässigen Vorrang des ÖV (hier: Busse) und zur Verhinderung der häufigen Staus an Samstagen und an weiteren Verstauungstagen tagsüber schliessen?
 - d) Mit welchen weiteren Sofortmassnahmen, etwa Pfortnersystemen und Zufahrtsbeschränkungen, kann der häufige Rückstau aus der Spiegelgasse und aus dem Blumenrain verbannt werden?
4. Welche rechtlichen Grundlagen (bitte möglichst präzise) müssten andernfalls geschaffen werden, um das Ziel, das Storchenparking zu schliessen, zu erreichen?

Beat Leuthardt

3. Schriftliche Anfrage betreffend Tram- und Velofeindliche Lichtsignalanlagen beseitigen?

22.5314.01

Heute werden die Tram-Fahrgäste regelmässig um ihren Vortritt gebracht, weil die Tramzüge an Kreuzungen/ Knoten durch Lichtsignalanlagen (LSA) verlangsamt oder ganz gestoppt und so behindert werden. Die aktuellen LSA-Steuerungen geben dem MIV immer wieder freie Fahrt zulasten der Tramzüge (und auch des Veloverkehrs). Dies steht im Gegensatz zum verfassungsmässig und gesetzlich verbrieften Vorrang für die Tram-Fahrgäste, und ebenso im Widerspruch zu Rats- und Volksentscheiden, die die Bedürfnisse des MIV an Knoten als absolut nachrangig definieren.

Dafür verantwortlich sind subalterne Behörden. Sie haben für die LSA-Steuerungen eigene Kriterien aufgestellt und Regularien verfasst. Betrieben sie früher Verkehrspolitik mit dem Schraubenzieher, indem die LSA an den Schaltkästen vor Ort manuell eingestellt wurden, so bedienen sie sich heute ihrer Algorithmen, die sie per Laptop und Enter-Taste auf die örtlichen Knoten übertragen.

Ihre sämtlichen Konzepte und Mechanismen der Steuerung betrachten die massgeblichen Behörden seit jeher als intern. Weder erkannten sie bisher die (auch rechtliche) Notwendigkeit, diese Kriterien publizieren zu müssen, noch wollen sie sie vom Parlament oder von der Stimmbevölkerung gutgeheissen wissen. Anders etwa in Bern, wo ein ausführliches Handbuch publiziert ist, was – übertragen auf Basel – eine öffentliche Debatte erlauben würde:

<<https://www.bern.ch/themen/planen-und-bauen/bern-baut/arbeitshilfen/handbuch-lichtsignalanlagen/ftw-simplelayout-filelistingblock/hb-lsa-be-v2-0-20200703.pdf/download>>

Die Einführung rechtskonformer und Tram-optimierter LSA-Steuerungen würde bedeuten, dass Tram-Fahrgäste – wie in anderswo in Schweizer Städten – in Tramzügen ohne Tempoverminderung und erst recht ohne LSA-Stopp auf Kreuzungen zufahren und diese überqueren können. Bei Haltestellen vor Kreuzungen würden Tramzüge jederzeit ungehindert losfahren können, ohne Wartezeit und auch ohne Bestrafung durch zu kurze Fahrtfreigabezeiten.

Für den Veloverkehr an Kreuzungen bzw. Knotenpunkten gelten zwar rechtlich nicht dieselben Vortrittsregelungen wie für Tramzüge; faktisch müssten aber auch sie vom bedingungslosen Tram-Vortritt profitieren können. Als Beispiel sei die heute rechtswidrig (auch) auf den MIV ausgerichtete Spalenter-Kreuzung genannt: Das Tram muss kürzer oder länger warten, auch noch abhängig vom Verkehrsfluss und der Tageszeit; erhält es dann endlich Fahrtfreigabe, werden die Velofahrenden am parallelen Überqueren der Kreuzung gehindert. Andernorts werden Velo-Grünphasen zugunsten der (relativen) OeV-Priorität geopfert. Solches ist unzulässig und verstärkt die Tendenz, Tram-Fahrgäste und Velofahrende auseinanderzudividieren.

Es drängen sich die nachfolgenden Fragen an die Basler Regierung auf.

1. Welche Menge zusätzlicher Energie wird pro Jahr verbraucht, weil Tramzüge von 40 bis 70 Tonnen Gewicht vor Lichtsignalanlagen (LSA) leicht oder gänzlich abbremsen und anschliessend wieder beschleunigen müssen (grobe Schätzungen genügen)?
2. Welche zusätzlichen staatlichen und privatwirtschaftlichen Kosten entstehen jährlich kumuliert durch Fahrzeitverluste aufgrund nicht absolut prioritär geschalteter LSA-Steuerungen (grobe Schätzungen genügen)?
3. Ist die Regierung bereit, die Anmelde- und Wartezeiten als Sofortmassnahme einheitlich kurz zu gestalten, sodass Tramzüge an sämtlichen Knoten während der gesamten Betriebszeit identische Bedingungen vorfinden und die Fahrtverzögerungen berechenbar werden, dies im Sinne vorausschauenden Fahrens (Bsp. Mulhouse)?
4. Ermöglicht sie es, Knoten hinter Haltestellen für Tramzüge freizuschalten, bevor diese abfahrtbereit sind?
5. Ermöglicht sie es, Knoten hinter Haltestellen ohne Limit freizuhalten, auch wenn sich die Abfahrt von Tramzügen um bis zu 20 Sekunden verzögert?
6. Ermöglicht sie Tramzügen diese Freischaltung und Freihaltung auch dann, wenn dadurch der querende MIV längere Wartezeiten in Kauf nehmen muss?
7. Verzichtet sie im Sinne von Ziff. 6 auf das heute gängige „Abfluss-Grün“, mit dem einzelne MIV-Fahrzeuge noch rasch Vorrang vor fahrbereiten Tramzügen erhalten?
8. Ist sie bereit, absolute Tramzug-Priorität zusätzlich dadurch abzusichern, dass allfällige Staufolgen mittels konsequent errichteter Pfortnersysteme verhindert oder vermindert werden?
9. Ist sie bereit, die LSA bei Knoten mit Tramzügen abzuschaffen, um den Vorrang der Tramzüge wiederherzustellen?
10. Ist sie bereit, das Handbuch bzw. Reglemente und Regularien zu den Basler LSA-Steuerungen unverzüglich zu publizieren?
11. Ist sie bereit, dieses Handbuch innert Jahresfrist durch ein umfangreicheres zu ersetzen, welches den rechtlichen Anforderungen inkl. Parlamentsbeschlüsse und Volksentscheidungen angepasst ist?
12. Ist sie bereit, die LSA-Steuerungen an die zuständigen Verkehrs-Fachbetriebe auszulagern, welche über das bessere Knowhow und über die höhere Motivation verfügen, um die Abläufe an den Knoten korrekt zu steuern? (Bsp. Bern/bernmobil)

Beat Leuthardt

4. Schriftliche Anfrage betreffend Fahrgäste an Tramhaltestellen schützen statt gefährden?

22.5315.01

Tram-Fahrgäste hätten ein Anrecht auf sicheres Aus- und Einsteigen an sämtlichen Tramhaltestellen. Dies gilt insbesondere für Haltekanten ohne Traminsel. Doch heute sind einzelne Haltestellen sehr unangenehm, und dies auf allen städtischen Tramlinien:

Tram 1: Voltaplatz beidseits,

Tram 2: Markthalle Rtg. IWB,

Tram 3: Salinenstrasse beidseits und Pilgerstrasse Rtg. Spalenter,

Tram 6: Holbeinstrasse beidseits und Schiffflände Rtg. Kleinbasel,

Tram 8: Feldbergstrasse und Bläsiring je beidseits sowie Schiffflände Rtg. Kleinbasel,

Tram 14: Musical Theater und Riehenring je beidseits sowie Schiffflände Rtg. Kleinbasel,

Tram 15: Tellplatz Rtg. Bruderholz,

Tram 16: Markthalle Rtg. IWB.

Dass vor einzelnen dieser Gefahrenherde teils hoch hängende Ampeln montiert sind, ist eine rein technische bzw. technokratische Lösung, die nur den Schein der Absicherung liefert, in Wirklichkeit aber das Risiko der Fahrgäste noch erhöht. Vor allem an Stellen, an denen der Fahrgastwechsel auf die Fahrbahn hin erfolgt, sind Gefährderinnen und Gefährder im Auto oder auf dem (E-) Velo häufig zu beobachten.

Nicht nur unangenehm, sondern der nackte Horror sind zwei komplett schutzlose Haltestellen: Schiffflände Rtg. Kleinbasel und Markthalle Rtg. IWB.

Bei der Sicherheit von ÖV-Nutzenden wäre „zero tolerance“ angesagt. Dies kann allerdings nicht den ÖV -Betreibern BVB und BLT angelastet werden, da das BVD sich für sämtliche bauliche Massnahmen zuständig erklärt. Rechtfertigungen wie Unfallstatistiken geben nicht nur ein ungenügendes Bild ab, sondern wären im Fall eines Rechtsstreits auch nicht geeignet, die Verantwortlichen innerhalb des BVD zu exkulpiieren.

Davon unabhängig besteht auch die verfassungsrechtliche und gesetzliche Verpflichtung, den ÖV und dort insbesondere den Tramverkehr attraktiver zu machen und dessen Nutzung zu fördern. Unsichere Haltestellen wie die obgenannten stehen diesem Ziel diametral entgegen. Sie schaffen auch eine verwaltungsinterne Verpflichtung zur raschen Attraktivierung des ÖV mittels Beseitigung des Gefährdungspotenzials an den Haltestellen.

Nur am Rand sei die Alters- und Behindertenfeindlichkeit dieser faktisch ungeschützten Haltestellen erwähnt.

Damit es nicht zu Haftungsklagen noch zu Verantwortlichkeitsklagen gegenüber BVD-Verantwortlichen kommen muss, ist als Sofortmassnahme die Absicherung der Haltestellen durch Fahrbahnteiler aus Plastik (evtl. mit Wasser füllbar) oder aus Beton angezeigt.

Es drängen sich die nachfolgenden Fragen an die Basler Regierung auf.

1. Teilt die Regierung die Auffassung, dass die genannten Tram-Haltestellen (-Kanten) Sofortmassnahmen zur Absicherung benötigen?
2. Ist die Regierung insbesondere bereit, die Fahrgäste der Tram-Haltestelle Schiffflände Rtg. Kleinbasel mit dauerhaften Fahrbahnteilern aus Plastik (evtl. Beton, siehe Abbildungen 1 und 2), die neben dem Heck der Tramzüge platziert werden, gegen eindringende Velofahrende zu schützen?
3. Ist sie zu einer gleichartigen Massnahme an der Haltestelle Markthalle Rtg. IWB gegenüber durchfahrenden MIV- und Velo-Fahrzeugen bereit?
4. Mit welchen Mitteln lassen sich die übrigen genannten Haltestellen ebenfalls rasch absichern?
5. Ist die Regierung bereit, bei den Sicherungsmassnahmen zugunsten der Tram-Fahrgäste auf millionenschwere Umfassendplanungen zu verzichten und pragmatische Lösungen zu bevorzugen?
6. Sollte die Regierung zu einzelnen oder allen Massnahmen gemäss Ziff. 2 bis 5 nicht bereit sein, was würde sie dann etwa jenen Fahrgästen an der Schiffflände, die aus dem Tramzug aufs Trottoir flüchten müssen, zur Begründung mitgeben?

Beat Leuthardt

5. Schriftliche Anfrage betreffend Gefahrenpotenzial Rockerbanden

22.5317.01

Gewalt zwischen rivalisierenden Rockerbanden hat inzwischen auch die Schweiz erreicht. Im Zusammenhang mit einem Prozess kam es in den letzten Tagen in Bern vor dem Regionalgericht zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen je rund 100 Mitgliedern der Hells Angels und der Bandidos, darunter auch solchen aus dem Ausland. Dank dem Einsatz vieler Polizeikräfte konnten die beiden Parteien voneinander getrennt werden. Dazu mussten auch ganze Strassen gesperrt werden. Ebenfalls kürzlich kam es in einer Genfer Bar zu einer wildwestmässigen Schiesserei zwischen Mitgliedern beider Banden. Während manche Ereignisse wie jenes in Genf darauf hindeuten, dass die Gewalt primär die Mitglieder der Banden betrifft und gefährdet, haben die Ereignisse in Bern gezeigt, dass davon auch schnell Unbeteiligte betroffen sein können. Wie der Berichterstattung zum Hintergrund dieser Ereignisse zu entnehmen ist, versuchen Mitglieder der Bandidos in der Schweiz Fuss zu fassen und Charters zu gründen, was die Hells Angels nicht zulassen wollen. «Grundsätzlich lässt sich sagen, dass auch in der Schweiz ein ernst zu nehmendes Konfliktpotenzial in der Szene der Rocker- und rockerähnlichen Gruppierungen vorhanden ist», wird das Fedpol in den Medien zitiert.

Zu dieser potenziellen Gefährdung im öffentlichen Raum kommt die Frage hinzu, inwiefern Rockerbanden in organisiertes Verbrechen involviert sind. Gemäss Fedpol seien bisher in der Schweiz dazu noch keine Mitglieder von Rockerbanden wegen der Beteiligung an organisiertem Verbrechen verurteilt worden. Im Ausland scheinen hierzu allerdings andere Erfahrungswerte vorzuliegen, so wurden in Deutschland und den Niederlanden verschiedene Rockerbanden als kriminelle Organisation verboten.

Unbestritten ist, dass viele Mitglieder solcher Banden schon mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind. Wie der schwedische Kriminologe Amir Rostami in einem Interview im Tagesanzeiger sagt (1.6.22), sei die Situation in Schweden untersucht worden, wobei es sich gezeigt habe, dass ein hoher Prozentsatz der Mitglieder in verschiedene kriminelle Aktivitäten verwickelt sei. In den Niederlanden sei Ähnliches festgestellt worden. Die Clubs seien attraktiv für Personen, die schon einen kriminellen Background haben. Zudem gebe es in ihnen generell eine hohe Akzeptanz, Verbrechen zu begehen.

Glücklicherweise kam es bisher in der Schweiz erst selten zu Gewalt. Die Szenen vor dem Regionalgericht in Bern haben viele Unbeteiligte vor Ort in Angst versetzt. Vor diesem Hintergrund bittet die Unterzeichnende die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Rockerbanden sind aktuell im Kanton Basel-Stadt aktiv?
2. Wie viele Mitglieder haben diese Rockerbanden?
3. Hat das JSD Kenntnisse davon, inwiefern die im Kanton ansässigen Rockerbanden in (organisiertes) Verbrechen involviert sind?
4. Werden die Aktivitäten der Rockerbanden im Kanton in irgendeiner Weise beobachtet/überwacht? Wenn ja, wie?
5. Inwiefern sind Konzepte vorhanden, um auf allfällige Bandenkriege, Gewaltausschreitungen zwischen Banden in der Öffentlichkeit zu reagieren und die Bevölkerung zu schützen?

Brigitte Gysin

6. Schriftliche Anfrage betreffend Teilpensen von Lehrpersonen in der Volksschule von Basel-Stadt

22.5321.01

Im Zusammenhang mit dem Mangel an Lehrpersonen ist ebenso die Diskussion der Teilpensen in den Fokus gerückt. Beispielsweise in der NZZ am Sonntag vom 12. Juni 2022, wo ausgeführt wurde, dass mit einer Aufstockung aller Pensen um ein Prozent im Kanton Zürich 250 Vollpensen geschaffen würden.

Der Zahlenspiegel Bildung 20/21 des Kantons Basel-Stadt zeigt auf, dass im Jahr 2019 83% aller Lehrpersonen mit einem Teilpensum von durchschnittlich 66 Prozent arbeiteten. Im Total sind an der Volksschule im Schuljahr 2019/20 2610 Lehrpersonen angestellt. Sie teilen sich ein Total von 1710 100%-Pensen. Die Zahlen werden nicht weiter aufgeschlüsselt.

Abgesehen davon, dass es grundsätzlich interessant ist, die Ursachen für die Teilzeitanstellungen der Lehrpersonen auf der Primarstufe zu ergründen, ist die Tatsache auch deshalb von Bedeutung, weil dies dazu führt, dass die Schülerinnen und Schüler von zahlreichen Personen unterrichtet werden.

Aber gerade die Beziehungsarbeit und damit verbunden der Zeifaktor im Umgang mit der Schülerschaft ist ein wesentlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit. Dieser Aspekt ist besonders deshalb wichtig, weil kaum mehr eine Klassenlehrperson im Vollpensum unterrichtet. Auf der Sekundarstufe sind Teilpensen wegen des Fachunterrichts eventuell eher erklärbar.

In Zusammenhang mit dem Lehrpersonenmangel und den damit einhergehenden pädagogischen Auswirkungen interessieren nun aber insbesondere die quantitativen Aspekte. Deshalb bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen bezüglich Teilpensen. Dabei gehe ich von der Berücksichtigung von kumulierten Pensen aus, wenn Lehrpersonen standortübergreifend arbeiten.

1. Wie viele Lehrpersonen arbeiteten in den Schuljahren 2020/21 und 2021/22 an der Volksschule im Total, wie viele davon mit einem Teilpensum?
2. Basierend auf dem Zahlenspiegel 20/21, wie verteilen sich die Teilpensen von 2019 auf die unterschiedlichen Stufen der Volksschule (Kindergarten, Primarschule, Sekundarschule)?
3. Wie sind die Teilpensen der Lehrpersonen im Schuljahr 2019/20 in der Primarstufe und Sekundarstufe umfangmässig verteilt? Bitte nach Beschäftigungsgrad aufschlüsseln.
4. Wie viele Studierende arbeiten in den Jahren 2019/2020/2021 in einem Teilpensum in der Volksschule? In welchem Umfang? Auf welcher Stufe?
5. Wie viele Teilpensen werden in der Volksschule von Lehrpersonen ohne Ausbildung bzw. adäquater Qualifizierung unterrichtet? In welchem Umfang, welcher Stufe?
6. Welche Ursachen liegen den Teilpensen aus Sicht der Regierung zu Grunde, grundsätzlich und im speziellen in Bezug auf die strukturelle Überzeit und die allgemeine Arbeitsbelastung von Lehrpersonen?

Sandra Bothe

7. Schriftliche Anfrage betreffend „Werden infantile Ideen von Flâneur Basel mit Steuergeldern alimentiert?“

22.5324.01

Anfang Juni 2022 wurde bekanntgegeben, dass das Stadtraumfestival „Flâneur Basel“ je vier Trinkwasserbrunnen für jeweils einen Monat bepflanzen wird. Eine erste Bepflanzung wurde sodann bei den vier bekannten Basler Brunnen (Pisoni-Brunnen auf dem Münsterplatz, Samson und Delila-Brunnen am Barfüsserplatz, Neuer Lyssbrunnen am Rümelinsplatz sowie am „Johannes der Täufer“-Brunnen am Spalenberg) vorgenommen und so wichtige Trinkquellen ihrer eigentlichen Nutzungsbestimmung entzogen.

Bereits nach wenigen Tagen war die Empörung entsprechend gross und weitherum viele negative Reaktionen feststellbar. Mit der zunehmenden Wärme, angesichts des Umstandes, dass es Sommer ist, wurde die Kritik noch lauter und es entstanden Protestaktionen gegen diese Idee, welche von StadtKonzeptBasel (vormals Pro Innerstadt)

lanciert wurde. Knapp drei Wochen später wurde mitgeteilt, dass die Aktion nicht fortgeführt und auf weitere Bepflanzungen, vermutlich v.a. aufgrund der vielen negativen Reaktionen, verzichtet wird. Weitere Stellungnahmen gaben die ansonsten redseligen Verantwortlichen nicht ab.

Flâneur Basel will in den kommenden Monaten mit weiteren Aktionen auf sich aufmerksam machen. Es handelt sich bei diesem Festival um eine Initiative von StadtKonzeptBasel und wird u.a. durch den Stadtbelebungsfonds des Kantons Basel-Stadt, welcher mit sechs Millionen Franken der Steuerzahler alimentiert ist, mitfinanziert. Entsprechend scheint es wichtig zu sein, dass Projekte realisiert werden, welche der Stadtaufwertung/-belebung tatsächlich dienen und – so wird es auch in der Zweckbestimmung des Fonds ausgeführt – die „Aufenthaltsdauer der Besucher/innen in der Basler Innenstadt verlängern.“ Dies gilt es bei diesem Projekt zu hinterfragen.

Am konkreten Brunnen-Projekt waren auch die IWB beteiligt. Gemäss §60 Abs. 4 der „Ausführungsbestimmungen von IWB betreffend die Abgabe von Trinkwasser“ erheben die IWB für den Bezug des Trinkwassers einen kostendeckenden verbrauchsabhängigen Zuschlag, der die Aufwendungen der öffentlichen Brunnen deckt. Die IWB sind verantwortlich für Betrieb und Unterhalt der Brunnen – was auch deren Funktionsfähigkeit beinhaltet. Werden Brunnen aber für Projekte wochenlang ihrem eigentlichen Nutzen vorbehalten, bleibt fraglich, ob die Gebührenerhebung noch gerechtfertigt ist.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch waren die für dieses Projekt via Stadtbelebungsfonds gesprochenen Geldmittel?
2. Haben sich die IWB am Projekt finanziell beteiligt? (Falls ja, bitte Personal- und Sachkosten einzeln auflisten)
3. Haben sich andere Stellen des Kantons am Projekt finanziell beteiligt?
4. Erachtet der Regierungsrat die Zweckentfremdung dieser öffentlichen Wasserquellen – noch dazu im Sommer – für richtig und den Vorschriften der o.g. Ausführungsbestimmungen entsprechend korrekt?
5. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass mit einem derartigen Projekt die Innenstadt tatsächlich aufgewertet und belebt wird und eine positive Aussenwirkung entsteht?
 - 5.1 Falls ja, welche messbaren Parameter belegen diese These?
6. Werden durch den Stadtbelebungsfonds mitfinanzierte Projekte hinsichtlich ihrer Wirkung vorgängig mit messbaren Parametern geprüft und im Anschluss nach Abschluss überprüft?
7. Ist beabsichtigt gewesen, die Gebühren für den Bezug des Trinkwassers für die Konsumentinnen und Konsumenten zu senken, wenn – wie ursprünglich geplant – diverse Brunnen monatelang ausser Betrieb sind?
 - 7.1. Falls nein, weshalb nicht?

Joël Thüring

8. Schriftliche Anfrage betreffend Anzahl Demonstrationen in Basel

22.5325.01

In letzter Zeit kommuniziert der Regierungsrat verschiedene Tabellen mit der Anzahl der Demonstrationen, die in Basel pro Jahr stattfinden - unter anderem in der Stellungnahme zur Motion 21.5768.02 betreffend Verkürzung der Antragsfrist für Kundgebungen und Demonstrationen. Die Tabellen zeigen eine Steigerung der Anzahl Demonstrationen von 85 im 2015 auf 275 im 2021.

Dass die Anzahl Demonstrationen zugenommen hat, ist unbestritten. Die starke Zunahme und insbesondere die hohe Zahl von 275 Demonstrationen im 2021 sind allerdings erklärungsbedürftig, denn es ist schwer vorstellbar, dass im 2021 durchschnittlich mehr als 5 Demonstrationen pro Woche stattgefunden haben sollen.

Demonstrationen und Kundgebungen sind für eine zunehmende Anzahl Personen wichtige Mittel, um ihre politische Meinung in einer breiten Öffentlichkeit sichtbar kund zu tun, oder auf welt- oder lokalpolitische Ereignisse zu reagieren. Das Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, wie auch auf Versammlungsfreiheit gerät aber vermehrt unter Druck. Es werden Nutzungskonflikte heraufbeschworen und die steigende Anzahl Demonstrationen wird als Argument für die Forderung nach Einschränkungen benutzt.

Eine wichtige Grundlage, um die verschiedenen Nutzungsansprüche im öffentlichen Raum zu erfüllen, ist neben der sorgfältigen Koordination auch ein offener und faktenbasierter Dialog mit allen Anspruchsgruppen. Aus diesem Grund ist es wichtig, mehr Details zur kommunizierten Anzahl Demonstrationen und Kundgebungen zu kennen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Art Anlässe (Demonstrationen, Platzkundgebungen, Standaktionen, Mahnwachen etc.) fliessen in die veröffentlichte Statistik der Anzahl Demonstrationen ein?
2. Wie viele Demonstrationen, wie viele Platzkundgebungen, wie viele Mahnwachen etc. fanden 2021 statt? Bitte einzeln aufschlüsseln.
3. An wie viele Demonstrationen, Kundgebungen etc. nahmen nach Schätzung der Polizei weniger als 20, zwischen 21 und 50, zwischen 51 und 100, zwischen 101 und 500, mehr als 500 Personen teil? Bitte einzeln aufschlüsseln.
4. Bei wie vielen Demonstrationen, Kundgebungen etc. musste der öffentliche Verkehr umgeleitet werden?

5. Bei wie vielen Demonstrationen, Kundgebungen etc. kam es zu erheblichen Verspätungen im öffentlichen Verkehr (mehr als 30 Minuten)?
6. Zu welchen Zeiten fanden die 275 Demonstrationen, Kundgebungen etc. im 2021 statt? Bitte aufschlüsseln nach Wochentagen und Tageszeiten.

Heidi Mück